



# HESSISCHER LANDTAG

20. 05. 2010

## 46. Sitzung

Wiesbaden, den 20. Mai 2010

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	3167	38. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Aufmarsch einer faschistischen Organisation in Wiesbaden am 65. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus</b>	
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	3168	– Drucks. 18/2384 – . . . . .	3179
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	3167	<i>Abgelehnt</i> . . . . .	3179
69. Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Vorfahrt für Datenschutz in Hessen – Google braucht klares Stoppschild)</b>		Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	3179
– Drucks. 18/2407 – . . . . .	3168	86. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Aufmarsch der Neonazis am 8. Mai 2010 in Wiesbaden</b>	
<i>Abgehalten</i> . . . . .	3173	– Drucks. 18/2432 – . . . . .	3179
Wolfgang Greilich . . . . .	3168	<i>Ziffern 1 und 3 abgelehnt,</i>	
Ellen Enslin . . . . .	3169	<i>Ziffern 2 und 4 angenommen</i> . . . . .	3179
Dr. Ulrich Wilken . . . . .	3170	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	3179
Rafael Reißer . . . . .	3171	71. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Erneute Panne bei zentraler Abschlussprüfung – Pleiten, Pech und Henzler im Kultusministerium)</b>	
Nancy Faeser . . . . .	3172	– Drucks. 18/2409 – . . . . .	3179
Minister Volker Bouffier . . . . .	3172	<i>Abgehalten</i> . . . . .	3185
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	3173	Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	3180
Vizepräsident Norbert Kartmann . . . . .	3228	Mario Döweling . . . . .	3180
48. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Lücken im Bundesdatenschutzgesetz bei der Erhebung sogenannter Geodaten durch Google Street View und andere private Unternehmen schließen</b>		Barbara Cárdenas . . . . .	3182
– Drucks. 18/2394 – . . . . .	3173	Heike Habermann . . . . .	3182
<i>In geänderter Fassung angenommen</i> . . . . .	3173	Hans-Jürgen Irmer . . . . .	3183
hierzu:		Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann . . . . .	3184
Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP		Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	3185
– Drucks. 18/2434 – . . . . .	3173	72. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Innenminister Bouffier – Affären, Skandale und kein Ende)</b>	
<i>Angenommen</i> . . . . .	3173	– Drucks. 18/2410 – . . . . .	3185
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	3173	<i>Abgehalten</i> . . . . .	3195
70. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Stadt Wiesbaden und Polizei lassen Neonazis am 8. Mai marschieren – gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements)</b>		Günter Rudolph . . . . .	3185
– Drucks. 18/2408 – . . . . .	3173	Holger Bellino . . . . .	3186
<i>Abgehalten</i> . . . . .	3179	Jürgen Frömmrich . . . . .	3188
Hermann Schaus . . . . .	3174	Hermann Schaus . . . . .	3189
Angela Dorn . . . . .	3175	Wolfgang Greilich . . . . .	3189
Peter Beuth . . . . .	3175	Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	3191
Wilhelm Reuscher . . . . .	3176	Hans-Jürgen Irmer . . . . .	3192
Ernst-Ewald Roth . . . . .	3177	Tarek Al-Wazir . . . . .	3192
Minister Volker Bouffier . . . . .	3178	Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . .	3193
Günter Rudolph . . . . .	3179	Willi van Ooyen . . . . .	3194
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	3179	Minister Volker Bouffier . . . . .	3194
		Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	3195, 3202

	Seite		Seite
73. Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Schuldenbremse umsetzen – Handlungsfähigkeit erhalten, Hessens Zukunft für nachfolgende Generationen sichern)</b>		9. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Seilbahngesetzes</b>	
– Drucks. 18/2411 –	3195	– Drucks. 18/2365 zu Drucks. 18/2187 –	3228
<i>Abgehalten</i>	3202	<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>	
Gottfried Milde (Griesheim)	3196	<i>Gesetz beschlossen</i>	3228
Willi van Ooyen	3196	Janine Wissler	3228
Frank-Peter Kaufmann	3197	Präsident Norbert Kartmann	3228
Alexander Noll	3198		
Norbert Schmitt	3199	11. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Hessisches Dolmetscher- und Übersetzergesetz</b>	
Minister Karlheinz Weimar	3200	– Drucks. 18/2400 zu Drucks. 18/1620 –	3228
Vizepräsidentin Sarah Sorge	3202	<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>	
		<i>Gesetz beschlossen</i>	3231
42. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Armeeprivileg in Schulen verhindern: keine Rahmenvereinbarung mit der Bundeswehr</b>	3202	Hartmut Honka	3228, 3230
– Drucks. 18/2388 –	3202	Heike Hofmann	3229
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	3211	Dr. Andreas Jürgens	3229
		Stefan Müller (Heidenrod)	3230
85. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Eigenverantwortung der Schulen bewahren – keine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr abschließen</b>		Minister Jörg-Uwe Hahn	3230
– Drucks. 18/2431 –	3203	Präsident Norbert Kartmann	3231
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	3211		
Barbara Cárdenas	3203	12. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein <b>Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien</b>	
Heike Habermann	3205	– Drucks. 18/2360 zu Drucks. 18/2233 zu Drucks. 18/833 –	3231
Mathias Wagner (Taunus)	3206	<i>In dritter Lesung abgelehnt</i>	3238
Günter Schork	3208		
Wilhelm Reuscher	3209	81. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>SPD-Gesetze schaffen Voraussetzungen für erneuerbare Energien</b>	
Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann	3210	– Drucks. 18/2424 –	3231
Vizepräsidentin Sarah Sorge	3211	<i>Abgelehnt</i>	3238
		Timon Gremmels	3231
34. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Luft- und Raumfahrt in Hessen als Standortfaktor</b>		Manfred Görig	3231, 3237
– Drucks. 18/2339 –	3211	Peter Stephan	3232
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i>	3219	Ursula Hammann	3233
Leif Blum	3211	Janine Wissler	3234
Michael Siebel	3213	Frank Sürmann	3235
Rafael Reißer	3214	Ministerin Silke Lautenschläger	3236
Kai Klose	3215	Präsident Norbert Kartmann	3238
Janine Wissler	3217		
Minister Dieter Posch	3218	13. Große Anfrage der Abg. Wissler (DIE LINKE) und Fraktion betreffend <b>auslaufende Konzessionsverträge für Strom und Gas und Neufeststellung der Grundversorger in Hessen</b>	
Vizepräsident Heinrich Heidel	3219	– Drucks. 18/2182 zu Drucks. 18/1736 –	3238
		<i>Antwort besprochen</i>	3248
4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein <b>Gesetz zur Regelung des Strafvollzugs in Hessen</b>		Janine Wissler	3238, 3245
– Drucks. 18/2323 –	3219	Wilhelm Dietzel	3240
<i>Nach erster Lesung dem Rechts- und Integrationsausschuss, federführend, und dem Unterausschuss Justizvollzug, beteiligt, überwiesen</i>	3228	Timon Gremmels	3241
		Hans-Christian Mick	3243
10. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Schaffung und Änderung hessischer Vollzugsgesetze</b>		Ursula Hammann	3245
– Drucks. 18/2426 zu Drucks. 18/1396 –	3219	Minister Dieter Posch	3247
<i>Nach zweiter Lesung dem Rechts- und Integrationsausschuss, federführend, und dem Unterausschuss Justizvollzug, beteiligt, zurücküberwiesen</i>	3228	Präsident Norbert Kartmann	3248
Dr. Andreas Jürgens	3220, 3224		
Heike Hofmann	3220	14. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Tierversuche bei Umsetzung der EU-Chemikalienrichtlinie auf notwendiges Mindestmaß beschränken</b>	
Hartmut Honka	3221	– Drucks. 18/2177 –	3248
Dr. Ulrich Wilken	3222, 3227	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur abschließenden Beratung überwiesen</i>	3248
Jochen Paulus	3223	Präsident Norbert Kartmann	3248
Minister Jörg-Uwe Hahn	3226		
Präsident Norbert Kartmann	3228		

Seite	Seite
<p>26. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Tierversuche auf das unvermeidbar Notwendige beschränken – Alternativen fördern – EU-Tierversuchsrichtlinie nachbessern</b> – Drucks. 18/2285 – . . . . . 3248 <i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p> <p>27. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>konsequente Berücksichtigung des Tierschutzes in allen Politikbereichen der Europäischen Union</b> – Drucks. 18/2288 – . . . . . 3248 <i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p> <p>19. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Schutzambulanzen Fulda und Kassel – Projekte mit bundesweitem Vorbildcharakter</b> – Drucks. 18/2243 – . . . . . 3248 <i>Dem Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p> <p>24. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Schutzauftrag ernst nehmen – Projekte für Opferschutz flächendeckend ausbauen – Finanzierung sicherstellen</b> – Drucks. 18/2278 – . . . . . 3248 <i>Dem Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p> <p>39. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Aufhebung des Moratoriums für die Neue Verwaltungssteuerung im Schulbereich</b> – Drucks. 18/2385 – . . . . . 3248 <i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p> <p>45. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Konsequenzen aus tragischen Vorfällen beim ambulanten Operieren in Fulda ziehen – verbindliche Hygienevorschrift für Hessen</b> – Drucks. 18/2391 – . . . . . 3248 <i>Dem Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p> <p>15. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Finanzierungsbedarf des ÖPNV bis 2025</b> – Drucks. 18/2180 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p> <p>16. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>ermäßigter Mehrwertsteuersatz auf Schulessen</b> – Drucks. 18/2216 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p>	<p>17. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Einrichtung einer Arbeitsgruppe beim Hessischen Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit</b> – Drucks. 18/2241 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p> <p>18. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>besorgniserregende Zustände am privatisierten Universitätsklinikum Gießen und Marburg – das Land muss eingreifen</b> – Drucks. 18/2242 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p> <p>20. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Lebensmittelkontrolle in Hessen gut aufgestellt</b> – Drucks. 18/2244 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p> <p>21. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Kita- und Schulessensversorgung fördern</b> – Drucks. 18/2272 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p> <p>22. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Landesregierung lässt Kommunen bei Lebensmittelkontrollen im Stich</b> – Drucks. 18/2273 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p> <p>23. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Universitätsklinikum Gießen-Marburg – Verschlechterung der medizinischen Versorgung verhindern</b> – Drucks. 18/2277 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p> <p>25. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>gesundes und preiswertes Schulessen für alle Schülerinnen und Schüler</b> – Drucks. 18/2279 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p> <p>28. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Antrag der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz, Roth (SPD) und Fraktion betreffend <b>medizinischer Fortschritt für bessere Versorgung – Qualität und Transparenz der Arzneimittelversorgung sichern</b> – Drucks. 18/2066 zu Drucks. 18/1952 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248</p>

Seite	Seite
29. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Defizite der Landesregierung bei der Entwicklung von zukunftsweisenden Perspektiven für die Rhein-Main-Region und Einsetzung einer Kommission zur Neuordnung der Rhein-Main-Region</b> – Drucks. 18/2070 zu Drucks. 18/1629 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248	46. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>keine Grabsteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit – weltweite Ächtung von Kinderarbeit durchsetzen</b> – Drucks. 18/2392 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248
30. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>für eine Reform des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen</b> – Drucks. 18/2118 zu Drucks. 18/2095 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248	47. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Planungen der A 4 Krombach – Hattenbach endgültig aufgeben</b> – Drucks. 18/2393 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248
31. Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Konjunkturprogramm in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in den Partnerregionen Hessens</b> – Drucks. 18/2183 zu Drucks. 18/1594 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248	49. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Förderkürzung für erneuerbare Energien durch Haushaltssperre des Bundesfinanzministeriums</b> – Drucks. 18/2395 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248
32. Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>bildungspolitische Maßnahmen im Konjunkturpaket II sowie im Hessischen Sonderinvestitionsprogramm</b> – Drucks. 18/2256 zu Drucks. 18/280 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248	51. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Anhörung zu Gewalt und Extremismus in Hessen</b> – Drucks. 18/2347 zu Drucks. 18/2343 – . . . . . 3248 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248
33. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Chance für ländlichen Raum – interkommunale Zusammenarbeit</b> – Drucks. 18/2321 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248	62. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Fortsetzung der Arbeit des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“</b> – Drucks. 18/2362 zu Drucks. 18/2342 – . . . . . 3248 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248
37. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Übertragung von Restlaufzeiten auf Biblis Block A ist unverantwortlich</b> – Drucks. 18/2383 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248	65. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP betreffend <b>Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden – ein wichtiger Baustein für das wirtschaftliche Fundament der Region Nordhessen – Nutzungskonzept entwickeln – Partner integrieren</b> – Drucks. 18/2368 zu Drucks. 18/2349 – . . . . . 3248 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248
40. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Osterferriencamps und „DeutschSommer“ – wichtige begleitende Maßnahmen zum schulischen Erfolg</b> – Drucks. 18/2386 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248	75. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Bildungsbeteiligung erhöhen – HESSENCAMPUS als Teil des Weiterbildungssystems sichern</b> – Drucks. 18/2398 zu Drucks. 18/2094 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248
43. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Sonntagsarbeitsverbot nicht weiter aushöhlen</b> – Drucks. 18/2389 – . . . . . 3248 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 3248 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 3248	

Seite

76. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>HESSENCAMPUS – eine Erfolgsgeschichte – lebensbegleitendes Lernen stärken und ressortübergreifende Kooperation gewährleisten</b>	
– Drucks. 18/2399 zu Drucks. 18/2374 – . . . . .	3248
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3248
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3248

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
 Vizepräsident Frank Lortz  
 Vizepräsident Lothar Quanz  
 Vizepräsident Heinrich Heidel  
 Vizepräsidentin Sarah Sorge

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
 Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn  
 Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
 Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen  
 beim Bund Michael Boddenberg  
 Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
 Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch  
 Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Silke Lautenschläger  
 Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit Jürgen Banzer  
 Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann  
 Staatssekretär Dirk Metz  
 Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit  
 MinDirig Friedrich Ebner  
 Staatssekretär Mark Weinmeister  
 Staatssekretärin Petra Müller-Klepper  
 Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann  
 Staatssekretär Gerd Krämer

## Abwesende Abgeordnete:

Alfons Gerling  
 Dorothea Henzler  
 Margaretha Hölldobler-Heumüller  
 Dr. Christean Wagner (Lahntal)



(Beginn: 9:02 Uhr)

### Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung und stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Ich darf Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Meine Damen und Herren, wir haben am heutigen Tag eines ehemaligen Kollegen zu gedenken. In der Nacht von Montag auf Dienstag ist im Alter von 85 Jahren der ehemalige hessische Landtagsabgeordnete und Staatsminister a. D. Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg verstorben.

Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg wurde am 21. Mai 1924 in Wilhelmshaven geboren. Sein Studium absolvierte Herr von Friedeburg in Kiel und Freiburg im Breisgau. Er studierte von 1947 bis 1949 Mathematik und Psychologie in Kiel. Von 1949 bis 1951 studierte er Psychologie, Philosophie sowie Soziologie in Freiburg im Breisgau. Dort legte Herr von Friedeburg 1951 sein Diplom in Psychologie ab und promovierte 1952 über das Thema „Die Umfrage als Instrument der Sozialwissenschaften“.

Nachdem Herr von Friedeburg von 1951 bis 1954 als Mitarbeiter am Institut für Demoskopie in Allensbach am Bodensee tätig gewesen war, wechselte er 1955 nach Frankfurt am Main. Dort war Herr von Friedeburg von 1955 bis 1962 Abteilungsleiter am Institut für Sozialforschung an der Universität Frankfurt.

1960 habilitierte sich Herr von Friedeburg bei Theodor W. Adorno über das Thema „Sozialforschung im Industriebetrieb und Gesellschaftstheorie“ an der Universität Frankfurt. Von 1962 bis 1966 war Herr von Friedeburg ordentlicher Professor der Soziologie und Direktor des Instituts für Soziologie an der Freien Universität Berlin. 1966 kehrte er nach Hessen zurück. Er wurde an die Universität in Frankfurt am Main berufen, wo er bis 1969 und dann wieder ab 1974 Professor der Soziologie und Direktor des Instituts für Sozialforschung war.

Vom 3. Oktober 1969 bis zum 17. Dezember 1974 war Herr von Friedeburg Hessischer Kultusminister. Abgeordneter des Hessischen Landtags war Herr von Friedeburg vom 1. Dezember 1970 bis zum 30. November 1974. Er war stellvertretendes Mitglied des Bundesrats vom 13. Oktober 1969 bis zum 17. Dezember 1974.

Seit dem 13. Mai 1986 war Herr von Friedeburg Ehrensenator der Gesamthochschule Kassel. Er wurde 2002 Ehrenmitglied des Stiftungsrates der Stiftung „Institut für Sozialforschung“. Im Juni 2006 verlieh ihm die Fakultät Human- und Gesellschaftswissenschaften der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg die Ehrendoktorwürde als einem der entscheidenden Köpfe der Bildungsreform der Sechziger- und Siebzigerjahre.

Unsere Anteilnahme gilt den Angehörigen von Herrn von Friedeburg. Wir werden unserem Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren. – Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, zur Tagesordnung: Noch offen sind die Punkte 4, 9 bis 34, 37 bis 40, 42 und 43, 45 bis 49, 51, 62, 65, 69 bis 76, 81 sowie 85 und 86.

Noch eingegangen und an Sie verteilt worden ist zu Tagesordnungspunkt 48 – Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Lücken im Bundesdaten-

schutzgesetz bei der Erhebung sogenannter Geodaten durch Google Street View und andere private Unternehmen schließen, Drucks. 18/2394 – ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 18/2434.

Zum Ablauf der Sitzung: Vereinbarungsgemäß tagen wir heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von einer Stunde.

Wir beginnen mit den Anträgen für eine Aktuelle Stunde, den Tagesordnungspunkten 69 bis 73. Die Redezeit pro Fraktion beträgt jeweils fünf Minuten. Nach Tagesordnungspunkt 69 wird Tagesordnungspunkt 48 ohne Aussprache sofort abgestimmt. Nach Tagesordnungspunkt 70 werden die Tagesordnungspunkte 38 und 86 ohne Aussprache abgestimmt. Nach den Aktuellen Stunden fahren wir mit Tagesordnungspunkt 42 fort.

Entschuldigt fehlt heute Frau Staatsministerin Dorothea Henzler.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt schwer, zum Sport überzuleiten. Ich darf Sie darüber informieren, dass unsere Landtagself wider alles Erwarten gestern Abend das dritte Derby gegen die Frankfurter Stadtverordneten sehr deutlich gewonnen hat.

(Beifall)

Ohne Teamchef Günter Rudolph

(Heiterkeit)

– Kollege Rudolph, ich bitte um Nachsicht, so lautet die dpa-Meldung, ich kann es nicht ändern –

(Große Heiterkeit)

und bei Dauerregen schickte Coach Louis van Decker

(Große Heiterkeit)

nach zehn Minuten Timo Georgi von der Bank direkt in den Angriff – mit Erfolg. Georgi erzielte mit einem Doppelschlag die 2 : 0-Führung. Frankfurt erzielte in einer fairen ersten Hälfte wider Erwarten mit dem Pausenpfiff den Anschlusstreffer zum 1 : 2.

In der zweiten Hälfte scheiterte unsere Elf oftmals knapp am Frankfurter Keeper. In der 50. Minute verwandelte Christian Losch für unser Team einen Foulelfmeter zum 3 : 1. Danach gab es erneut einen Freistoß, den Eric Seng souverän im gegnerischen Tor zum 4 : 1 unterbrachte.

In den Schlussminuten kam eine härte Gangart auf. Es gab Gelbe Karten. In der Schlussminute tauchte plötzlich Norbert Schmitt auf.

(Große Heiterkeit)

– Das macht er ja nicht nur beim Fußball. – Er tauchte im Frankfurter Strafraum auf und beendete die Partie mit einem schönen Kopfballtor zum 5 : 1.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, ich muss Ihnen jetzt etwas sagen, was ich eigentlich nicht sagen wollte, um mich bei den Damen nicht unbeliebt zu machen. Zuerst will ich darauf hinweisen, dass die Kollegin Nancy Faeser als Betreuerin und Maskottchen dabei war.

(Heiterkeit)

Mir wurde heute Morgen gesagt, ich solle hier mitteilen, es könne gar nicht die Stadtverordnetenmannschaft gewesen sein. Angesichts des Ergebnisses von 5 : 1 seien das deren Ehefrauen gewesen. Das ist eigentlich eine unver-

schämte Äußerung. Ich habe dem Kollegen Quanz schon gesagt, dass ich das eigentlich nicht weitergeben möchte.

(Große Heiterkeit)

Nun bitte ich die Frauen, sich mit dem Kollegen Quanz auseinanderzusetzen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ihr nächstes Spiel bestreitet die Landtagself am Dienstag, dem 1. Juni, um 16.30 Uhr auf dem Hessentag gegen die „Mannschaft für Integration“ – ohne Teamchef Günter Rudolph.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 69** auf:

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine Aktuelle Stunde (Vorfahrt für Datenschutz in Hessen – Google braucht klares Stoppschild) – Drucks. 18/2407 –**

Danach wird Tagesordnungspunkt 48 mit dem zugehörigen Änderungsantrag aufgerufen.

Das Wort hat der Kollege Greilich, FDP-Fraktion.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach Berichten über solch weltbewegende Ereignisse wie das gestrige Fußballspiel ist es natürlich schwierig, zu den Banalitäten der Politik zurückzukehren.

(Zurufe)

Aber, Herr Kollege Müller, der Datenschutz ist ein brennendes Thema im Zeitalter des Web 2.0 und der sozialen Netzwerke. Die technische Entwicklung legt ein derart rasantes Tempo vor, dass die Bürger oft Schwierigkeiten haben, zu folgen und überhaupt zu begreifen, was technisch möglich ist und was mit ihren Daten im Netz passiert.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Leider gibt es große Unternehmen – heute geht es vor allem um Google –, die die Unwissenheit und auch die Verunsicherung der Bürger sowie das Tempo der Entwicklung ausnutzen, um die Nutzer mit den Änderungen ihrer Systeme zu überholen – am besten so, dass sie es gar nicht erst merken.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb haben wir eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Vorfahrt für Datenschutz in Hessen – Google braucht klares Stoppschild“ beantragt.

Seit Langem betrachten wir die Aktivitäten dieser Firma sehr kritisch. Erst im vergangenen November haben wir in diesem Hause über den Tätigkeitsbericht des für den privaten Datenschutz zuständigen Regierungspräsidiums Darmstadt diskutiert. Bereits damals haben wir auf die Aktivitäten von Google, insbesondere auf den neuen Dienst Google Street View, aufmerksam gemacht.

Wir haben schon damals dafür gesorgt, dass mit Google Gespräche geführt wurden, bei denen letztlich hoffnungsvolle Zeichen gesetzt wurden. Man zeigte Einsicht und gab die Zusage, Gesichter und Kfz-Kennzeichen unkenntlich zu machen. Von einer Selbstverpflichtung war die Rede und davon, man werde jedem Bürger die Möglich-

keit einräumen, der Nutzung seiner Daten zu widersprechen.

All das klang sehr schön. Aber wir waren damals schon etwas vorsichtiger und haben das Regierungspräsidium Darmstadt gebeten, den Bürgern Hilfestellung zu leisten. Auf unsere Initiative hin wurde eine Möglichkeit geschaffen, auf die auf der Homepage des Regierungspräsidiums verwiesen wird. Es wurde ein Muster für ein Formular bereitgestellt, mit dem jeder Bürger Widerspruch gegen die Sammlung seiner Daten einlegen kann.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Bis dahin war das Verhalten von Google zwar verbraucherunfreundlich, aber zumindest rechtlich nicht zu beanstanden. Das anschließende Verhalten des Unternehmens, über das wir heute zu reden haben, ist irgendwo zwischen unsensibel, unverschämt oder schlicht unverfroren einzuordnen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Anstatt die Sorgen und den Protest der Bürgerinnen und Bürger sowie der Politiker ernst zu nehmen, geht es munter weiter. Wie wir in den vergangenen Wochen gesehen haben, hat Google nicht nur Straßen gescannt und ungesicherte Wireless-Netzwerke erfasst, sondern auch sogenannte Nutzdaten von nicht passwortgeschützten Funknetzen gespeichert. Darunter waren E-Mails und Inhalte von abgerufenen Webseiten oder zumindest Teile davon. Man kann nur noch sagen: Jetzt reicht's.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es wird nicht dadurch besser, dass Google jetzt behauptet, man habe gar nicht gewusst, was man macht. Umso schlimmer: Wer ein solches Datenimperium aufgebaut hat und dann meint, sich auf Unwissenheit berufen zu können, hat jeden Anspruch auf Vertrauen verspielt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Aus aktuellem Anlass will ich noch eines deutlich machen: Google ist keineswegs unser größtes Problem, was den Datenschutz angeht. Das größte Problem ist die mangelnde Datensparsamkeit unserer Bürger, die unser Datenschutzbeauftragter, Herr Prof. Ronellenfitsch, hier schon zu Recht mehrfach beklagt hat. Die mangelnde Sensibilität machen sich insbesondere die modernen Netzwerke zunutze, und zwar wahrhaft skrupellos, wie ich sagen kann.

Facebook erfährt weit mehr über seine Nutzer, als Google je an Daten und Informationen einsammeln kann. Facebook weiß alles über seine Nutzer. Facebook weiß, was sie mögen, mit wem sie befreundet sind, was die Freunde mögen und wo die Leute sich gerade aufhalten. Das muss uns und allen Datenschützern den Schweiß auf die Stirn treiben.

Der große Unterschied ist, dass Facebook die ganz persönlichen Daten kennt und sie mit denen völlig anderer Nutzer verknüpft. Das kann Google noch nicht – jedenfalls nicht in dieser ausgereiften Form –, und deshalb sollten wir unsere Aufmerksamkeit diesen neuen sozialen Netzwerken mindestens genauso widmen wie den unverantwortlichen Google-Aktivitäten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Greilich, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Eines will ich zum Schluss nicht unerwähnt lassen: Nach einem Bericht der „Wirtschaftswoche“ aus dieser Woche steigt im Netz kontinuierlich die Zahl der Fragen nach einer Möglichkeit, wie man seinen Facebook-Account löschen kann. Das lässt hoffen. Ich wünsche mir, dass die Sensibilität dafür weiterhin zunimmt. Daten, die Facebook nicht kennt, brauchen wir auch nicht zu schützen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Greilich. – Meine Damen und Herren, bevor wir mit der Debatte fortfahren, soll ich Sie darauf hinweisen, dass auf Ihren Plätzen die neuen Anstecker des Hessischen Landtags liegen – was auch immer daran anders ist.

Frau Kollegin Enslin hat für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Ellen Enslin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gerade bei der flächendeckenden Erhebung von sogenannten Geodaten durch Google Street View wurde ersichtlich, dass das Bundesdatenschutzgesetz nicht ausreicht und dass sich der Hamburger Datenschutzbeauftragte über die Krücke einer vereinbarten Selbstverpflichtung retten musste.

So sagte Google zwar zu, die Gesichter und die Kfz-Kennzeichen der Betroffenen unkenntlich zu machen. Aber der jüngste Datenskandal bei Google zeigt, wie ernst dieses Unternehmen den Datenschutz wirklich nimmt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Blindes Vertrauen und Zaghaftigkeit sind hier die falschen Ratgeber. Vielmehr ist doch die Notwendigkeit offensichtlich, eine gesetzliche Regelung für die sogenannten Geodaten zu schaffen, besonders nachdem der Konzern zerknirscht eingestanden hat, dass auch E-Mail-Fragmente und abgerufene Webinhalte gespeichert worden sind.

Seit drei Jahren hat Google auf diesen Fahrten in mehr als 30 Ländern nicht nur Panoramaaufnahmen von der Umgebung gemacht, sondern gleich auch noch WLAN-Netzwerke registriert. Angeblich soll es sich nur um Bruchstücke von Netzdaten handeln und nicht um verschlüsselte Daten; aber der Vertrauensverlust ist enorm, und es besteht dringender Handlungsbedarf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zu Recht gibt es einen großen Protest dagegen, mit welcher Leichtfertigkeit und mit welcher ungebremster Datensammelwut der Datenschutz hier ausgehebelt worden ist.

Mittlerweile sind die ersten Klagen gegen Google eingereicht worden. Google musste auf Anweisung der zuständigen Aufsichtsbehörden die ersten Daten löschen. Auch in Hamburg wird jetzt aufgrund einer Anzeige wegen des Abfangens von Daten ermittelt.

Bei dem, was in der Presse als „Google-Gate“ bezeichnet worden ist, helfen auch keine billigen PR-Aktionen wie die, schwarze Autos von Nachwuchskünstlern bemalen zu lassen, sondern nur klare gesetzliche Vorgaben wie die, die vom Hamburger Justizsenator eingebracht worden ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wollen wir uns auch nicht länger mit sogenannten Selbstverpflichtungen abspeisen lassen, die aus welchen Gründen auch immer nicht eingehalten werden. Wir fordern vielmehr, dass die Lücken im Bundesdatenschutzgesetz geschlossen werden. Denn wir haben unsere persönlichen und eigenen Erfahrungen mit Selbstverpflichtungen in der Wirtschaft gemacht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Herr Kollege Greilich, ich bin dankbar, dass Sie zugegeben haben, dass das mit der Selbstverpflichtung in der Wirtschaft nicht geklappt hat. Aber dann müssen Sie sich auch folgende Frage gefallen lassen – denn es handelt sich um das Bundesdatenschutzgesetz, das geändert werden soll –: Welche Initiative ergreifen Sie denn auf Bundesebene? – Wenn ich es richtig sehe, tragen Sie auch da Verantwortung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Das Bundesland Hamburg hat hierzu einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, der bei Annahme den Betroffenen endlich eine rechtliche Handhabung bieten würde. Unternehmen müssten dann Gesichter und Kfz-Kennzeichen unkenntlich machen, bevor diese Bilder ins Internet gestellt werden dürfen. Zudem müssten die Fahrten einen Monat vorher bei den Aufsichtsbehörden und in der Öffentlichkeit angezeigt werden. Ebenso sollen Haus-eigentümer und Mieter ein uneingeschränktes Widerspruchsrecht gegen die Abbildung ihrer Gebäude haben. Bei Verstößen wäre die Verhängung von Bußgeldern möglich.

Natürlich würde das nicht nur Google betreffen, sondern auch andere private Unternehmen, die z. B. Navigationssysteme anbieten und die erzeugten Geodaten nutzen.

„Vorfahrt für den Datenschutz in Hessen – Google braucht klares Stoppschild“ – das wird es nur mit einer Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes geben. Das wäre nötig, um den Konzern an die Leine zu legen, wie es der Hamburger Justizsenator Till Steffen so treffend formulierte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb bitten wir um Zustimmung für unseren Antrag, der vorsieht, dass die Hessische Landesregierung dem Hamburger Gesetzentwurf im Bundesrat zustimmen soll.

Die Entwicklung im Internet schreitet rasant schnell voran. Deshalb muss es eine vordringliche Aufgabe sein, eine Lösung für die Geodatenbanksysteme zu finden. Denn damit können Persönlichkeitsprofile aus dem Internet erstellt werden. Nur so können Datenschutz und Persönlichkeitsrechte gestärkt werden – je schneller, umso besser.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Dass in den weiteren Verhandlungen der Länder auch Vorschläge in puncto soziale Netzwerke eingebracht werden sollen, begrüßen wir ausdrücklich. Denn was z. B. bei Facebook geplant wird hinsichtlich der Frage, welche Daten da abgefragt werden sollen und welche mittlerweile schon vernetzt werden oder in Zukunft vernetzt werden sollen, das stellt das, was Google macht, in den Schatten. Der von den Fraktionen der CDU und der FDP eingebrachte Änderungsantrag behandelt genau dieses Thema. Wir finden es erfreulich, dass wir hier gemeinsam für den Datenschutz und die Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger aktiv werden.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

**Ellen Enslin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Das Wort erhält nun Herr Kollege Wilken für die Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir müssen uns früh an diesem Morgen mit einem sehr komplexen Thema beschäftigen. Offensichtlich schafft es keiner von uns, das in den fünf Minuten Redezeit so komplex darzustellen. Denn dabei sind drei Bereiche auseinanderzuhalten.

Zum einen geht es natürlich darum, was Google Street View mit den Aufnahmen und den Abbildungen der Straßenzüge macht.

Zweitens geht es um die Bundesratsinitiative zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes.

Drittens geht es um das schon angesprochene WLAN-Scanning.

Damit sind viele Probleme verbunden, nicht zuletzt auch das Problem, dass die FDP ausgerechnet dann den Datenschutz entdeckt, wenn es um die Häuslebesitzer geht.

Aber vor allen Dingen ist damit das Problem verbunden, dass Google einen Mikrozensus offensichtlich überflüssig macht, weil Google all diese Daten sowieso schon nebenbei erhebt.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Komm einmal von den Barrikaden herunter!)

Man kann das einmal sagen: Gut, dass es Google gibt. Damit kann der Schnüffelstaat von seiner eigenen Datensammelwut ablenken.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Das Hauptproblem sehen wir aber an einer ganz anderen Stelle.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist inakzeptabel!)

Unter dem Deckmantel des Datenschutzes wird vollkommen unkritisch mit dem Thema Panoramafreiheit umgegangen. Es ist nun einmal so, dass man ein Gebäude, das sich in Privatbesitz befindet, von einem öffentlichen Weg aus unbedenklich fotografieren und diese Aufnahmen kommerziell wie privat verwerten darf. Was man also von öffentlichem Grund aus sehen kann, darf man knipsen. Die Bilder darf man anschließend verkaufen oder verschenken.

Selbstverständlich ist es so, dass die Panoramafreiheit dann aufhört, wenn andere Rechte berührt sind, wie etwa die Persönlichkeitsrechte der Bewohner oder das Recht der Abgebildeten am eigenen Bild. Dann geht es um Unkenntlichmachung der abgebildeten Personen mittels Verpixelung. Das ist Ihnen und mir alles klar.

Es gibt da ein Problem. Der Deutsche Journalisten-Verband warnt davor, mit der Gesetzgebung zu Google Street View über das Ziel hinauszuschießen. Der Deutsche Journalisten-Verband appelliert an den Bundesrat und an den Bundestag, bei der Gesetzgebung zu Google Street View das Recht der Bildjournalisten auf freie Berufsausübung zu wahren und die Pressefreiheit zu gewährleisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Gesetzesinitiative zeigt, dass es sich bei dem Versuch, Street View einzuschränken, um einen Angriff auf die Panoramafreiheit handelt. Damit ist dies auch ein Angriff auf das wichtige Recht der Freizügigkeit bei Informationen.

(Beifall der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Wir sehen einen Zusammenhang mit den Ergebnissen der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“. Wie Sie vielleicht wissen, hat diese in ihrem Bericht eine Änderung des Urheberrechts empfohlen. Demnach soll eine Vergütungspflicht für das Fotografieren im öffentlichen Raum eingeführt werden. Das würde alle Journalisten treffen. Das würde Projekte wie Wikipedia treffen. Die Kampagne gegen Google sehen wir als einen Schritt in Richtung dieser Änderung.

Die zweite Problemebene betrifft das Scannen privater E-Mails und von Websiteaufrufen. Google hat da ganz eindeutig eine Erfassung und Speicherung personenbezogener Daten vorgenommen. Wir und die Datenschutzbeauftragten fordern ganz klar: Die entsprechenden Scanner müssen aus den Kamerafahrzeugen ausgebaut werden. Die Fahrten für Street View sollten erst wieder aufgenommen werden dürfen, wenn die Fahrten für das Scannen des Netzwerks eingestellt worden sind. Die bisher gesammelten personenbezogenen Daten müssen umgehend gelöscht werden. Die unabhängige Überprüfung der Software von Google und die Offenlegung des Umfangs der Protokollierung persönlicher Daten des E-Mailverkehrs sind seit Langem überfällig.

(Beifall bei der LINKEN)

Da sind wir mit den GRÜNEN einer Meinung. Wenn sich Ministerin Aigner da erneut mit einer freiwilligen Selbstverpflichtung abspeisen lassen würde, dann hätte sie wirklich ihren Job verfehlt.

(Beifall bei der LINKEN)

Es bleibt aber festzuhalten: Es gibt kaum etwas Öffentlicheres als eine Hausfassade. Wir warnen davor, den Zugang zu diesen öffentlichen Dingen datenschutzrechtlich einzuschränken. Ein euphorisches „Bahn frei, das würde uns allen helfen“, wie es von einigen gefordert wird, ist aus unserer Sicht ebenso problematisch, wie das alles zu verbieten. Vielmehr muss eine sehr komplexe Lösung gefunden werden. Diese kann weder in einem Persönlichkeitsrecht für Jägerzäune bestehen noch in einem Beibehalten der Veröffentlichungsregelung aus dem vergangenen Jahrhundert.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Wilken, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

**Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Herr Präsident, danke. Ich bin bei meinem letzten Satz. – Das Thema kann aber im Rahmen einer Aktuellen Stunde innerhalb von fünf Minuten hier nicht umfassend und ausreichend behandelt werden. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort erhält nun Herr Kollege Reißer für die CDU-Fraktion.

**Rafael Reißer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den letzten Tagen ist bekannt geworden, dass das Unternehmen Google bei dem Projekt Street View – Herr Kollege Müller, da geht es sozusagen um Straßenbeobachtung, ich denke, da sehen Sie auch in diese Richtung –

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

eine größere Menge Daten abgeschöpft hat. Nachdem dort diese Daten gesammelt wurden, ist ganz klar herausgekommen, dass nicht nur die Standorte fotografiert wurden, sondern dass auch Daten der WLAN-Funknetze und Fragmente privater Nutzerdaten abgegriffen wurden.

Dies ist nicht akzeptabel. Dies stellt einen Angriff auf die Privatsphäre der Bürger dar

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und muss juristische Konsequenz haben. Auch ist der Verstoß gegen das Fernmeldegeheimnis zu untersuchen und noch einmal zu überprüfen. Da sich das Unternehmen in der Vergangenheit oft über diese datenschutzrechtlichen Standards hinweggesetzt hat, ist zu überlegen, ob ein drastisches Bußgeld ins Auge zu fassen ist. Google schenkt dem Datenschutz immer noch nicht die Aufmerksamkeit, die wir dringend einfordern. Entschuldigungen von Google, die Daten wären versehentlich gespeichert worden, sind nicht ausreichend und haben fast den Eindruck von zynischen Mitteilungen und können nicht begrüßt werden.

(Beifall bei der CDU)

Inzwischen hat sich die Staatsanwaltschaft dieses Sachverhalts angenommen, da sich Google bisher geweigert hat, die Daten herauszugeben, die gespeichert wurden. Laut Zeitungsmeldung von gestern droht Google ein Bußgeld von 300.000 €. Ich glaube, dieser Schritt geht in die richtige Richtung, da Konsequenzen erforderlich sind. Zwar hat der Bundesgerichtshof in der letzten Woche entschieden, dass Internetnutzer ihr ungesichertes WLAN selbst schützen müssen. Das darf aber auf keinen Fall ein Freibrief für Unternehmen sein, Daten, die privat sind, unerlaubt abzugreifen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es handelt sich hierbei um das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, das ein hohes Gut ist. Unrechtmäßig erlangte Daten müssen deswegen umgehend gelöscht werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen wichtigen Punkt hinweisen, und zwar auf den Punkt des Verfalldatums. Das Internet vergisst nichts. Man muss überlegen – das geht in die Richtung der Anträge –, wie man sicherstellen kann, dass bestimmte Daten, die einmal im Internet waren, nach einem bestimmten Zeitpunkt, zu dem sie nicht mehr genutzt werden, automatisch gelöscht werden. Das betrifft besonders die persönlichen Daten. Ein solcher Automatismus wäre sehr begrüßenswert.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Zweitens müsste man zwingend eine weitere automatische Sperre für die Nutzer selbst einführen, damit man einen höheren Persönlichkeitsschutz hat. Deswegen begrüßen wir die Initiativen der GRÜNEN, die hier vorliegen, und auch das, was Sie an der Stelle von Hamburg gesagt haben. Ich glaube, dass das, um was es uns dabei geht und was in Hamburg gemacht wird, ein wichtiges Teilsegment ist, das intensiver betrachtet werden müsste, um das Thema, das der Kollege angesprochen hat – Facebook und alles, was mit dieser Problematik sozialer Netzwerke in Verbindung gebracht wird –, in einen größeren Kontext zu stellen. Ich denke, das ist wichtig und zu dem Thema angebracht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Nach den gemachten Erfahrungen sehen wir einen dringenden Handlungsbedarf. Es ist wichtig, dass wir als Abgeordnete alle aufgerufen sind, mit den jungen Menschen ins Gespräch zu kommen und ihnen klarzumachen, welche Gefahren mit dem Internet verbunden sind, wenn sie zu unbekümmert mit ihren persönlichen Daten umgehen. Das ist eine Aufgabe, der wir uns alle – Abgeordnete, Eltern, alle, die in dieser Weise unterwegs sind – stellen müssen, die Bürgerschaft zu sensibilisieren, vorsichtiger mit ihren persönlichen Daten umzugehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie der Abg. Nancy Faeser (SPD))

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Reißer. – Das Wort hat die Abg. Faeser, SPD-Fraktion.

**Nancy Faeser (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich sage es hier ungern, aber: Herr Greilich, da sind wir uns ausnahmsweise im Kern einmal einig.

(Heiterkeit des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Diskussion über Google Street View, bei dem das als Suchmaschine bekannt gewordene Unternehmen Google die Straßen und Häuser in Deutschland fotografiert hat, hat uns in den letzten Wochen tatsächlich sehr beschäftigt; denn viele Menschen möchten nicht von diesem Programm erfasst werden. Es werden nicht nur Straßen und Häuser, sondern auch – das haben meine Vorredner gesagt – Personen, die sich zufällig im Bild befinden, mit aufgezeichnet und fotografiert.

Die Bundesverbraucherschutzministerin Aigner hat sich zumindest in dieser Sache doch sehr hervorgetan, was man – das fehlt mir ein bisschen an der Debatte heute Morgen – von der Hessischen Landesregierung nicht gerade behaupten kann.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN –Minister Volker Bouffier: Hallo!)

Dazu später mehr.

Der Dauerbrenner Datenschutz, der die breite Bevölkerung seit den Skandalen der Bahn, der Telekom und bei Lidl intensiv beschäftigt hat, hat mit Google am Wochenende ein neues Highlight im Missbrauch mit Datenumgang erfahren. Der Google-Entwicklungschef musste auf Nachfrage des Datenschutzbeauftragten eingestehen, dass der Internetkonzern über Monate hinweg Daten aus privaten WLAN-Netzen gespeichert hat.

Google hat seine Autos, die Fotos für den Dienst Street View aufnehmen, nicht nur mit Kameras, sondern auch mit Funkscannern ausgestattet. Der Sinn dieser Funkscanner für mobile Dienste wie iPod besteht darin, festzustellen, wo man sich gerade befindet. Dazu muss man die Frage stellen, ob man nicht mehr für das sensibilisieren muss, was man eigentlich so nutzt.

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

Auch dafür ist diese Debatte notwendig und richtig, um zu sagen, dass der Verbraucher damit ordentlich umgehen muss. Google ist bereits mehrfach mit seinen Diensten ins Visier der Datenschützer geraten. Aber dieser Vorfall ist abenteuerlich. Es ist nicht nur die Erfassung der personenbezogenen Daten. Es ist auch der Umgang damit, dass nämlich die Spitze im Unternehmen noch nicht einmal weiß, was sie da tut und aufgezeichnet hat, nämlich die Fragmente aus den WLAN-Netzen. Ich glaube, da hilft ein Verweis auf das BGH-Urteil aus der letzten Woche nicht, dass der einzelne Nutzer sensibel damit umgehen und es passwortgeschützt nutzen muss. Dennoch sollte man ein solches Unternehmen sensibilisieren.

Wir schließen uns der GRÜNEN-Initiative an. Wir finden es gut, dass es eine Bundesratsinitiative aus Hamburg gibt, und unterstützen diese ausdrücklich, weil auch wir glauben, dass man etwas aktiv tun muss. Damit bin ich eigentlich am Kern meiner heutigen Rede. Sie alle stellen sich hierhin und machen Lippenbekenntnisse. Ich werte die Initiative der FDP-Fraktion so, dass sie auf diese Art und Weise ihren Koalitionspartner auffordern möchte, etwas zu tun, nämlich z. B. die Bundesratsinitiative zu unter-

stützen, um das Bundesdatenschutzgesetz zu verschärfen, um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich zu wehren.

Das Weitere ist: Auch wir haben ein Verbraucherschutzministerium in Hessen. Da findet man auf der Homepage vergeblich ein Widerspruchsformular oder Ähnliches. Es ist im Internet beim Regierungspräsidium zu finden.

(Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

– Es gehört natürlich auch zur Landesregierung, Herr Innenminister. Ich habe ausnahmsweise nicht Sie kritisiert. Ich habe das Verbraucherschutzministerium angesprochen.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern brauchen Sie nicht so empfindlich zu sein.

(Minister Volker Bouffier: Ich bin völlig irritiert!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich anschauen, wo das Widerspruchsformular auf der Website ist, dann empfehle ich Ihnen, zu lesen, was daruntersteht. Da gibt es „Google Street View: Widerspruch ist möglich“ als Formular. Google scannt WLAN-Netze, aber darunter hat das Regierungspräsidium im gleichen Link einen Hinweis auf eine Ausstellung im Regierungspräsidium, die sich Citywatch nennt. Das ist doch etwas unsensibel und nicht der richtige Umgang mit diesem Thema.

(Beifall bei der SPD)

Solange Sie nicht ein Widerspruchsformular auf der Seite des Verbraucherschutzministeriums haben, solange Sie nicht als Landesregierung die Bundesratsinitiative mit unterstützen, sind dies alles Lippenbekenntnisse. Da muss man schon ein bisschen mehr können. Man kann sich nicht lediglich in der Aktuellen Stunde hinstellen und sagen, es sei alles ganz schrecklich, und ein Unternehmen beschimpfen, was Sie zu Recht tun. Herr Greilich, es ist überhaupt keine Frage, dass das zu Recht geschehen ist. Aber dann muss diese Landesregierung auch ihrer Verantwortung gerecht werden, handeln, selbstständig darauf aufmerksam machen, vielleicht doch etwas mehr Öffentlichkeit über dieses Thema über diese Aktuelle Stunde hinaus herstellen und richtige praktische Hilfe anbieten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Staatsminister Bouffier.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie sehen mich irritiert, weil Frau Faeser mich nicht kritisiert. Trotzdem bin ich zuständig.

(Nancy Faeser (SPD): Das ging mir auch so!)

– Sehen Sie, deshalb zu unserer gemeinsamen Erinnerung, Frau Faeser, das dient einfach der Sache: Die hessischen Datenschutzbehörden waren die ersten, die sich diesem Thema zugewandt haben. Das war bereits im Jahr 2008. Wir haben dazu eine Konferenz veranstaltet. Ich mache es jetzt einmal kurz und verweise auf den 22. Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit für den Datenschutz

im öffentlichen und nicht öffentlichen – hier im nicht öffentlichen – Bereich; dort können Sie das alles nachlesen. Das wurde dem Landtag vorgelegt, vielleicht ist es nicht mehr jedem Einzelnen gegenwärtig. Wir haben da also nichts anbrennen lassen.

Zweite Bemerkung. Woher wissen Sie eigentlich, dass wir diese Initiative im Bundesrat nicht unterstützen?

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Da haben wir keinen Streit.

Zum Dritten. Ich bin selten in der Lage, dem Kollegen Dr. Wilken zuzustimmen, aber heute will ich das tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

– Ja, das führt zur allgemeinen Verwirrung. Er hat nämlich zu Recht darauf hingewiesen – das hat Herr Kollege Greulich in seinem Eingangsstatement aufgezeigt –: Wir haben ganz unterschiedliche Sachverhalte, die wir jetzt beim besten Willen nicht in fünf Minuten abarbeiten können.

Der erste Teil, Street View, ist alles andere als rechtlich einfach zu bewerten.

Der zweite Teil, Datenerhebungen von ungeschützten WLANs, ist, soweit ich das beurteilen kann, unzulässig. Das wird derzeit bei der Justiz in Hamburg geprüft. Das Ergebnis werden wir einmal abwarten.

Beim dritten Teil geht es um Fragen, die viele unserer jungen Zuhörer natürlich auch interessieren: Was machen Facebook und andere eigentlich mit den Daten?

Wenn man für drei derart unterschiedliche Bereiche eine gemeinsame gesetzliche Regelung anstrebt, dann zitiere ich Sie noch einmal, Herr Dr. Wilken, damit Sie einen wirklich tollen Tag haben. Sie haben gesagt: Das ist ein sehr komplexer Lösungsversuch. – In der Tat.

Das hat dazu geführt – und da sind wir sehr aktuell –, dass wir im Innenausschuss des Bundesrates einvernehmlich den Hamburger Vorschlag zunächst einmal zurückgestellt haben. Es gibt nämlich eine Reihe von Initiativen – aus Rheinland-Pfalz, Bayern und andere –, die versuchen, entweder in mehreren Tranchen unterschiedliche Sachverhalte zu regeln oder – das ist die Alternative – in einer einzigen Novelle zum Bundesdatenschutzgesetz unterschiedliche Sachverhalte unterzubringen.

Man wird noch ein bisschen Zeit brauchen, um zu einem vernünftigen Weg zu kommen. In der Sache sind wir nicht auseinander. Aber ich muss darauf hinweisen: So simpel, so einfach ist es leider nicht.

Was aus meiner Sicht notwendigerweise gelöst werden muss, ist die Selbstverpflichtung. Das halte ich für richtig. Aber auf die Selbstverpflichtung allein will ich mich nicht verlassen. Wir müssen Regelungssysteme finden, mit denen wir wirksam prüfen können, ob die Selbstverpflichtung eingehalten wurde.

Zum Zweiten – und das ist für mich noch viel wichtiger – müssen wir insbesondere für den Nutzer einiges klarmachen. Das Grundproblem ist doch: einmal im Netz, immer im Netz. Das halte ich für falsch.

Deshalb möchte ich gerne für die Nutzer die Möglichkeit schaffen, dass er, wenn er Daten einstellt, automatisch gleich auch Verfallzeiten einstellen kann, die er selbst festlegt, und dass er kontrollieren kann, ob seine Daten wirklich gelöscht wurden. Man kann dort auch automatische Lösungsfristen vorsehen. Man braucht Transparenz:

Auf der ersten Seite muss stehen, was mit den Daten geschieht, die ich dort eingebe. – Das alles ist heute nicht möglich.

Meine Damen und Herren, in fünf Minuten muss ich mich hier auf Stichworte beschränken. Zwei Dinge sind entscheidend, und an denen dürfen wir uns nicht vorbeimogeln.

Zum einen haben wir hier ein Feld, das sich technisch so rasant entwickelt, dass eine rechtliche Rahmensetzung häufig hinterherhinkt. Wenn man weiß, wie schwer wir uns mit bestimmten Begrifflichkeiten tun und welche Möglichkeiten die Technik wiederum bietet, dann müssen wir dafür Verständnis haben, dass wir hier im Vorhinein häufig keine Regelung schaffen können, um Entwicklungen, die wir uns noch gar nicht vorstellen können, rechtlich abzudecken. – Das ist das eine.

Ein Zweites ist mir besonders wichtig. In den letzten Jahren habe ich das in jeder Diskussion zum Datenschutzbericht gesagt: Das Wichtigste, das Entscheidendste von allem ist, es hinzubekommen, dass die Menschen ihre Daten nicht so sinnlos und völlig unsensibel in Systeme hineingeben. Wenn die ununterbrochen dort alles hineingeben, dann können wir Gesetze machen, wie wir wollen – wir werden dem notwendigen Schutz nicht gerecht werden können.

Deshalb gehört zu all diesen Debatten immer der Versuch – nicht wie das Wort zum Sonntag, sondern mit Erfolg –, auch und gerade junge Menschen zu sensibilisieren: Das, was ihr heute dort hineinschreibt, ist in 20 Jahren noch drin, millionenfach kopiert und verteilt; wenn man sich eines Tages um einen Ausbildungsplatz oder um einen Arbeitsplatz bewirbt, wenn man eine Wohnung anmieten will, dann ist man völlig irritiert oder baff und fragt sich, woher die das alles wissen.

Das weiß man eigentlich. Ich habe selbst drei Kinder und weiß: Die sind ununterbrochen in diesen Systemen unterwegs. Ich bekenne freimütig: Das ärgert mich. Ich bekenne genauso freimütig: Bisher bin ich an dem Versuch gescheitert, sie davon abzuhalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Zunächst stimmen wir über den **Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucks. 18/2434**, ab. Wer stimmt dem zu? – CDU, FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dagegen? – DIE LINKE.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Lücken im Bundesdatenschutzgesetz, Drucks. 18/2394**, in der jetzt geänderten Fassung. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dagegen? – DIE LINKE. Enthaltungen gibt es keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 70** auf:

**Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine Aktuelle Stunde (Stadt Wiesbaden und Polizei lassen Neonazis am 8. Mai marschieren – gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements) – Drucks. 18/2408 –**

Das Wort hat der Kollege Schaus.

(Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE) geht zum Rednerpult. Die Tonanlage funktioniert nicht.)

– Nur mal langsam, auch wenn es nicht geht. Das ist der moderne Kram hier.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, ich weiß nicht, wie modern der Kram hier ist. Ich hatte gestern das Problem schon einmal. Zufälligerweise war es auch bei mir.

(Heiterkeit)

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Schaus, Sie werden doch nicht davon ausgehen, dass das Präsidium ausgerechnet bei Ihnen Probleme mit der Technik bekommt? Wir behandeln alle gleich, notfalls alle gleich schlecht. – Bitte sehr, Sie haben das Wort.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Nein, Herr Präsident, um Gottes willen, das habe ich überhaupt nicht gemeint. Aber der Herr Innenminister hat gesagt, er hätte da einen solchen Knopf, mit dem er Einfluss nehmen könnte.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ausgerechnet am 65. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus konnte eine faschistische Organisation in Wiesbaden aufmarschieren. Damit des Schlimmen nicht genug, waren darüber hinaus die Umstände dieses Aufmarschs skandalös.

Wer sagt, auch faschistische Organisationen hätten das Recht auf freie Meinungsäußerung, der verkennt den mahnenden Auftrag von Auschwitz – nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus –, der sich im Potsdamer Abkommen, im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und in unserem kulturpolitischen Erbe niedergeschlagen hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Weil Hitler-Deutschland bestialische Verbrechen über die ganze Welt gebracht hat, können und dürfen wir es niemals ignorieren, wenn heute oder morgen Hitlers Erben antreten, um die Opfer von damals zu schänden, und unser aller Freiheit und Würde bedrohen.

Damit keine Zweifel an den Absichten der Faschisten bestehen, muss ich auf Folgendes hinweisen.

Die Faschisten brüllten die Parole: „Nie wieder Israel!“, wenn sie ihr genehmigter Marsch an Stolpersteinen – einem Ort des Gedenkens an ermordete Erbenheimer Juden – vorbeiführte. Dabei trugen sie die verbotenen SS-Totenköpfe auf ihrer Brust.

Der bekennende Nazi Udo Pastörs wiederholte in einer Rede genau jene Aussagen, deretwegen er nur zwei Tage zuvor wegen Volksverhetzung verurteilt wurde. Er forderte unter anderem „den Maximalschaden für den deutschen Parteienstaat“, bezeichnete Zuwanderer als „Samenkanonen“ und den Bundestag als „Knesset an der Spree“. Trotzdem schritt die Polizei nicht ein.

Daher fordert unser Antrag den Landtag dringend auf, diesen Aufmarsch und die Ziele der Faschisten auf das Schärfste zu verurteilen.

Unser Dank gilt dem Rhein-Main-Bündnis gegen Nazi-aufmarsch, dem mehr als 50 Organisationen angehören, sowie Tausenden Bürgerinnen und Bürgern, die Zivilcourage gezeigt und sich der braunen Horde entgegengestellt haben.

Meine Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass das Wiesbadener Bündnis gegen Rechts Anzeige gegen Udo Pastörs wegen Volksverhetzung stellen will. Unseres Erachtens aber wäre es angebracht, dass die Staatsanwaltschaft von sich aus hierzu ermittelt.

(Beifall bei der LINKEN)

Während andere Städte versuchen, Naziaufmärsche zu verhindern, ist im Urteil des Verwaltungsgerichtshofs vom 7. Mai nachzulesen, dass die Stadt Wiesbaden den Nazis bereits am 22. März in einem Kooperationsgespräch Erbenheim als Aufmarschgebiet zugesagt hat. Die Öffentlichkeit hingegen erfuhr dies erst Wochen später und wurde damit bewusst getäuscht.

Nun wird die Stadt Wiesbaden von den Nazis im Internet für ihr unerwartet kooperatives Verhalten gelobt, während gegen verantwortliche Herren des Wiesbadener Ordnungsamts ein Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragt wurde. Es ist beklammend, wie das Wiesbadener Jamaikabündnis vorgegangen ist. Wir erwarten von allen politisch Verantwortlichen eine schonungslose Aufklärung dieser Kumpanei.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Polizei hatte offenbar die politische Order, den Nazi-aufmarsch unter allen Umständen durchzusetzen und dem friedlichen Gegenbündnis mit Härte zu begegnen. Diejenigen, die ein Zeichen für Demokratie und Toleranz setzen wollten, wurden teils gar nicht nach Erbenheim hineingelassen. Sie wurden Leibesvisitationen unterzogen, erkennungsdienstlich behandelt und im großen Stil abgefilmt. Wer dennoch im Kessel drin war, durfte dann zeitweise nicht mehr heraus. Genehmigte Veranstaltungen wie die der Gewerkschaft ver.di durften nicht besucht werden. Genehmigte Demonstrationsräume wurden unter Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray abgeriegelt.

Ich fordere den Innenminister auf, hier und jetzt zu erklären, warum gegen friedliche Demonstranten, die das Recht – ich sage sogar: die Pflicht – hatten, sich den Nazi-verbrechern entgegenzustellen, mit dieser Härte vorgegangen wurde. Ich bitte den Innenminister, hier und jetzt auch zu erklären, warum hingegen Herr Pastörs und verummte und militante Nazis unbehelligt verbotene Symbole mit sich führen und unbehelligt volksverhetzende Reden halten durften – dies unter den Augen und Ohren der Polizei am Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus.

Lassen Sie mich sagen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Deshalb bitten wir um Unterstützung unseres Antrags. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Schaus, wenn Sie die Jamaikakoalition in Wiesbaden der Kumpanei mit den Nazidemonstranten

bezüglich haben, dann muss ich dies ganz ausdrücklich rügen.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Wort hat Frau Kollegin Dorn, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es war sehr gut, dass sich 1.500 Personen auf der Gegendemonstration am 8. Mai gegen die Nazis aufgestellt haben. Es war sehr gut, dass es ein so breites Bündnis gab, das sich gegen die Nazis gestellt hat. Ich muss es leider ein bisschen einschränken: Es war ein recht buntes Bündnis. Aber ich hätte mir schon gewünscht, dass nicht nur Vertreter des öffentlichen Lebens von der linken Seite dieses Hauses da gewesen wären. Ich hätte mir auch gewünscht, dass FDP und CDU mit einzelnen Abgeordneten da gewesen wären.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es ist die Frage, ob die Ausrede noch länger zählt, bei der Sie sagen, man kann bei einem linksradikalen Bündnis nicht dabei sein. Ich finde, wenn Sie von vornherein dieses Bündnis prägen und daraus ein bürgerliches Bündnis machen würden, dann wären wir wirklich eine bunte Mehrheit gegenüber den rechten Kräften.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, es wäre sehr gut gewesen, wenn der Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden die Spitze der Bewegung angeführt hätte. Das hätte Wiesbaden sehr gut angestanden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Florian Rentsch (FDP): Dafür ist Christiane Hinnerger mitgelaufen! Das reicht!)

Es gab viel Unmut über den Verlauf der Gegendemonstration. Ich habe zum Teil Verständnis dafür. Aber, liebe Abgeordnete der LINKEN, von einem martialischen Polizeieinsatz kann man wirklich nicht sprechen, und wir haben uns selbst ein Bild vor Ort gemacht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Durchaus kritisieren wir auch gewisse Aspekte des Polizeieinsatzes. So sehen wir die Einsatzplanung als völlig unangemessen an. Es wurden Personenkontrollen durchgeführt, wenn auch keine erkennungsdienstlichen Behandlungen. Es gab Kontrollen an Gepäckstücken und am Körper. Es wurden dabei alle Personen, die in den Bussen vorgefahren sind, kontrolliert und nicht nur Auffällige herausgezogen. Ich bin der Meinung, dass es wichtig ist, um möglicher Gewalt vorzubeugen, dass die Polizei einzelne wirklich auffällige Personen kontrolliert. Aber es müssen bei Weitem nicht alle sein, die friedlich demonstrieren wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb fordern wir in unserem Antrag den Innenminister auf, uns im Innenausschuss über die Einsatzplanung und über die Maßnahmen gegen die friedlich Demonstrierenden zu berichten. Ich denke, dort ist auch genau der

richtige Ort, um Berichte über Schlagstockeinsätze oder Pfefferspray oder auch über mögliche Gewalt gegenüber der Polizei aufzuklären.

Die LINKE kritisiert, dass die Stadt kein Demonstrationsverbot als politisches Signal verhängt hat. Aber, liebe Abgeordnete der LINKEN, wir haben das Grundrecht der Versammlungsfreiheit, und das gilt auch für die Personen, die uns erst einmal unliebsam sind, solange sie noch nicht verboten sind. So ist unsere Verfassung, und sie gründet auf den Erfahrungen aus dem Nationalsozialismus, so schwierig das teilweise auch ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Deswegen obliegt es Städten und Kommunen überhaupt nicht, durch das Verbot von Versammlungen politische Signale zu setzen. So kann man dem Antrag gar nicht zustimmen.

Man hätte es natürlich symbolisch versuchen können. Dann wäre es vor Gericht gescheitert. Die Frage ist, welche Wirkung dieser symbolische Versuch hätte. Ich sehe durchaus Gefahren in einem solchen symbolischen Versuch, weil die NPD damit scheinbar immer wieder gerichtlich legitimiert wird. Auch das muss man sich überlegen, ob man diesen symbolischen Versuch machen möchte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viel wichtiger als ein Verbot ist mir die große Bewegung dagegen, eine wirklich bunte, eine bürgerliche und linke Bewegung dagegen. Mir ist auch wichtig, dass man nicht nur im Vorfeld das Bündnis hat, sondern das Ganze auch im Nachhinein kritisch beleuchtet. Ich finde es sehr gut, dass das Bündnis weiterhin so aktiv ist und Veranstaltungen macht, und ich denke, dass wir auch im Landtag durchaus noch Aspekte betrachten müssen.

Auch wir haben in unserem Antrag den NPD-Politiker Udo Pastörs erwähnt. Wir haben Berichte gehört, dass er möglicherweise ähnliche Äußerungen in Wiesbaden gemacht haben soll, für die er zwei Tage zuvor vom Amtsgericht Saarbrücken zu zehn Monaten auf Bewährung verurteilt wurde. Genau da heißt es für uns als Landespolitiker hinzuschauen: Wurden wirklich Äußerungen gemacht, die volksverhetzend sind?

Hier fordern wir den Innenminister auf, im Innenausschuss über diese Äußerungen und über mögliche juristische Konsequenzen zu berichten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herzlichen Dank. – Das Wort hat Herr Abg. Beuth, CDU-Fraktion.

**Peter Beuth (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der differenzierte Vortrag der Kollegin Dorn nimmt an der einen oder anderen Stelle dem schriftlichen Antrag der GRÜNEN ein bisschen die Schärfe.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist überhaupt keine Schärfe drin!)

Deswegen will ich ganz geordnet vortragen. Frau Kollegin Schulz-Asche hat bei einer Debatte, die wir hier über eine

Anhörung zum Thema Rechtsextremismus geführt haben, getwittert – ich habe es mir aufgeschrieben –: „Der Erfolg der Rechtsextremisten liegt in der Spaltung der Demokraten.“

Ich möchte zumindest zu den LINKEN sagen, dass das genau das Ziel des Antrags der LINKEN ist: Spaltung der Demokraten untereinander – und das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen –,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

und zwar Spaltung der Fraktionen hier im Hause, Spaltung gegenüber den Sicherheitsbehörden, gegenüber der Polizei, Spaltung gegenüber der Stadt Wiesbaden und auch Spaltung der Demonstranten. Denn der größte Teil der 1.500, von denen Frau Dorn eben gesprochen hat, ist friedlich auf die Straße gegangen. Nur wenige Provokateure haben sich dort in der Masse versteckt und mit nicht guten Motiven versucht, die Gegendemonstration für ihre Ziele zu nutzen.

Die Spaltung der Demokraten ist gerade eben deutlich geworden in dem gerügten Vorwurf der Kumpanei der Behörden bzw. der Kumpanei der Jamaikakoalition mit den Nazis – ein unerträglicher Vorwurf, den ich in aller Form zurückweise.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie sind diejenigen, die das gemeinsame Anliegen, den Rechtsextremismus in diesem Land zu ächten, mit solchen Anträgen entwerfen.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

In Hessen gibt es keine Toleranz für rechte und es gibt auch keine Toleranz für linke Gewalt. Was sollen denn hessische Polizeibeamte denken? Wie wollen sie zukünftig ihren Dienst vernünftig tun, wenn dieses Parlament über Anträge mit vermeintlich martialischem Auftritt spricht? – Es ist unerträglich, was Sie diesem Landtag vorlegen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Herr Kollege Schaus, das sind übrigens dieselben Polizeibeamten, die im Zweifel Ihre Tätigkeit in diesem Haus im Moment auf dem Schlossplatz in der Bannmeile verteidigen. Das sind dieselben Polizeibeamten. Es ist unerträglich, was Sie hier vortragen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Ich möchte für die CDU-Fraktion in aller Deutlichkeit sagen: Es war ein erfolgreicher Einsatz, hervorragend vorbereitet, schon allein durch die juristische Auseinandersetzung, die die Stadt Wiesbaden geführt hat, mit einem sehr guten Ergebnis. Wir haben Polizeibeamte im Dienst gehabt. Sie verdienen, hier nicht kritisiert zu werden, sie verdienen allerhöchsten Respekt für ihre Arbeit. Ich möchte mich im Namen der CDU-Fraktion herzlich bei ihnen bedanken.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der differenzierte Vortrag der Kollegin Dorn lässt mich ein bisschen abrüsten, weil ich es schon bemerkenswert finde, dass Sie in Ihrem Antrag zuerst die öffentliche Kritik ansprechen und erst in Nr. 4 die Bitte, über den Einsatz informiert zu werden. Ich halte die Reihenfolge für verkehrt, aber wir werden im Ausschuss gemeinsam darüber beraten. Die Demokraten in diesem Haus – das sind nicht

alle, Sie kennen meine Einstellung – sollten gemeinsam aufpassen, dass wir uns nicht durch die Form des Vortrags und durch die Art und Weise der Anträge der LINKEN bei ihren Spielchen instrumentalisieren lassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Reuscher, FDP-Fraktion.

#### **Wilhelm Reuscher (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist gerade drei Wochen her, als wir im Plenum an gleicher Stelle über die geplante Demonstration der NPD in Wiesbaden diskutiert haben. Nun sprechen wir erneut über dieses Thema. Meine Damen und Herren von den LINKEN, es ärgert mich ein bisschen, allein die Überschrift dieser Aktuellen Stunde, weil sie suggeriert, dass die Stadt Wiesbaden und die hessische Polizei etwas Unrechtes tun würden oder Gesetze missachteten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Schaus, Ihr Redebeitrag war an Polemik sicherlich nicht zu überbieten.

(Beifall bei der FDP)

Der Begriff „Kumpanei“ ist zu Recht hier im Haus direkt gerügt worden. Deswegen möchte ich an dieser Stelle mein Lob und meinen Dank der hessischen Polizei und dem Innenministerium aussprechen. Die Polizei hat sich bei der Demonstration der Jugendorganisation der Neonazis am 8. Mai in Wiesbaden-Erbenheim hervorragend, umsichtig und in gebotener Weise verhalten. Damit hat sie entscheidend zur Deeskalation beigetragen.

(Beifall bei der FDP)

Die Polizei hat das umgesetzt, was sich in Hessen als richtig erwiesen und bewährt hat, nämlich die Aktionen von rechten und linken Gruppierungen, Demonstranten und Gegendemonstranten mit großem Polizeiaufgebot und entsprechenden Sicherheitszonen von Anfang an zu trennen. Die Demonstration verlief daher auch weitgehend friedlich. Darüber kann man sich nur erfreut zeigen. Dass dies von einigen Menschen als Einschränkung empfunden wurde, müssen wir wohl hinnehmen. Wenn man gewaltsame Ausschreitungen vermeiden will, geht das nicht anders.

Ich bin davon überzeugt, dass es sich bei der überwältigten Mehrheit der Gegendemonstranten um friedliche Demonstranten handelte, die ein berechtigtes Anliegen hatten und ihrer Überzeugung auf diese Weise Ausdruck verliehen haben. Wer am 8. Mai in Wiesbaden-Erbenheim die gewaltsame Konfrontation gesucht hat, war wohl sichtlich frustriert, angesichts der Taktik und starken Präsenz der Polizei.

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Auch die Stadt Wiesbaden ist mit der Demonstration sehr umsichtig umgegangen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): „Umsichtig“ ist das richtige Wort!)

Ein generelles Verbot war rechtlich wohl nicht durchsetzbar; das dürften wir alle erkennen. Zumindest wurde die angekündigte Großdemonstration von der Stadt Wiesbaden in der Innenstadt nicht genehmigt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Umsicht zeigt sich auch darin, dass die in den Weg gelegten Stolpersteine auf entsprechende Weise abgesperrt wurden. Da ist Sensibilität sicher in großem Maß vorhanden gewesen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Juristisch ist die Sache eindeutig. Das muss man auch einmal sagen. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gilt für alle. Für die FDP ist dies ein sehr hohes Gut und ein Grundpfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Dieses Recht gilt nun einmal auch für extreme Gruppierungen, Organisationen und Parteien, solange sie nicht verboten sind. Das mag man von der einen oder anderen Seite bedauern, aber als gute Demokraten muss man das aushalten.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Der Staat und das Land Hessen sind nicht ohnmächtig. Sicherheit und Ordnung wurden mit hohem Aufwand gewährleistet. Das hat sicherlich einiges gekostet. Gewalt, von welcher Seite auch immer, muss unterbunden werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir müssen jedem, der extremes Gedankengut verbreitet, ob von rechts oder links, entschieden entgegentreten. Wir dürfen uns als Demokraten nicht gegeneinander ausspielen lassen. Da sollten wir uns, ehrlich gesagt, richtig einig sein, sonst siegen die extremen Kräfte von links und rechts oder sonst woher.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich erinnere noch einmal daran – wir haben es in der letzten Plenardebatte schon einmal erwähnt –: Der Verfassungsschutzbericht 2009 hat eindeutig gezeigt, dass die rechtsradikale Szene in Hessen sehr stark zurückgedrängt wurde. Das ist auch eine Konsequenz der Politik des Landes Hessen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Noch einmal an die LINKE: Angesichts des meiner Ansicht nach erbärmlichen Auftritts der Rechten am 8. Mai – 150 Demonstranten, ich glaube die Abarbeitung in der Presse entspricht nicht dem, was die Rechten haben aufbieten können – wäre das sicher keine zweite Aktuelle Stunde wert gewesen. Frau Wissler, Sie haben es der Tage gesagt: Eine Pressemeldung der LINKEN hätte gereicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Wilhelm Reuscher (FDP):**

Ich komme zum Schluss. – Zum Antrag der GRÜNEN: Mit Sicherheit können wir Nr. 2 zustimmen. Wenn Herr Pastörs in dieser Richtung etwas hat verlauten lassen, was

strafrechtlich zu verfolgen ist, muss das selbstverständlich strafrechtlich verfolgt werden.

(Günter Rudolph (SPD): Nr. 1 kann man auch zustimmen!)

Nr. 4 könnte man auch zustimmen, im Innenausschuss darüber zu berichten, auch wenn der Zungenschlag „friedliche Demonstranten“ darin ist. Es ist wichtig, das, was die Polizei geleistet hat, auch einmal öffentlich zu diskutieren, auch im Innenausschuss. Das macht Sinn. In diesem Sinne können wir diesen beiden Punkten ihres Antrags zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Das Wort hat der Kollege Ernst-Ewald Roth, SPD-Fraktion.

#### **Ernst-Ewald Roth (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass die Veranstaltung in Erbenheim zum guten Schluss so abgelaufen ist, wie sie abgelaufen ist. Es war von Anfang an nicht so damit zu rechnen. Jeder, der hier ist, darf mir glauben, dass ich von Anfang an, spätestens von dem Zeitpunkt an, als ich gebeten wurde, die Moderation dieses Bündnisses zu übernehmen, den Atem angehalten habe.

Ich bin froh und dankbar, dass sowohl von der Polizei als auch von allen Teilnehmenden festgestellt wurde, dass dies eine Veranstaltung war, die im Großen und Ganzen friedlich verlaufen ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedanke mich an dieser Stelle nicht ausdrücklich bei der Polizei – nicht, weil ich anderer Meinung wäre, sondern weil ich das in einer nicht einfachen Situation bereits bei der Kundgebung auf der Bühne getan habe. Das war mir wichtig. Denn ich habe gesehen, welche wichtigen Dienst die Kolleginnen und Kollegen dort geleistet haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Ich will nicht verschweigen, dass es Provokationen gab. Provokationen gab es aufseiten der Demonstrierenden, aber Provokationen gab es auch – da könnte ich mehrere Beispiele nennen, und ich werde Ihnen, Herr Bouffier, das eine oder andere auch noch persönlich sagen – aufseiten der Polizei. Aber das berechtigt nicht, den Dienst zu schmälern, und das berechtigt auch nicht, von „martialisch“ zu reden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Ich finde es richtig, was Sie gesagt haben, Herr Beuth: In der gesamten Frage sollten wir abrüsten. Wir sollten abrüsten, aber um dann auch zusammenzufinden. Damit bin ich bei dem wichtigsten Punkt. Dazu wurde im letzten Plenum bereits etwas gesagt. Es war ausgerechnet der 8. Mai, und es waren ausgerechnet Neonazis, die diesen Tag in dieser Stadt besetzen wollten und – man muss es leider sagen – besetzen konnten.

Ich teile nicht das, was eben gesagt worden ist, was das Jamaikabündnis in Wiesbaden angeht. Aber die Frage ist erlaubt, und sie muss politisch geklärt werden, warum es uns in Wiesbaden diesmal nicht gelungen ist, bei der großen

Wiesbadener Linie zu bleiben, die es in der Vergangenheit gab.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ich erinnere mich: In anderen Zeiten wurden von unterschiedlichen – das sage ich, damit da kein falscher Zungenschlag hineinkommt – Oberbürgermeistern unterschiedlicher Parteien in einer solchen Situation im Vorfeld große gesellschaftlich relevante Gruppierungen eingeladen, und es wurde in einer Stunde beraten, wie wir damit umgehen. Am Ende stand ein gemeinsames Bündnis, damit das nicht passieren konnte, was in Erbenheim nun leider passiert ist.

Die Innenstadt freizuhalten ist in der Tat gelungen. Aber was ist mit Erbenheim passiert? – Ein ganzer Stadtteil ist in wesentlichen Teilen für diesen Aufmarsch freigegeben worden. Und es gab – ich habe mich eigens vor Ort erkundigt – keine vernünftige Einbindung der Erbenheimer im Vorfeld, damit die Bevölkerung auch so damit umgehen konnte. Ich habe die Ängste an dem Morgen gespürt – auf beiden Seiten. Von daher glaube ich, dass es falsch war, diesen Aufmarsch zu genehmigen. Man hätte ihn – wir alle hier wissen, dass das nicht durchzusetzen ist – nicht genehmigen sollen. Es wäre ein deutliches Zeichen gewesen, wenn die Stadtregierung zunächst diesen Aufmarsch nicht genehmigt hätte und dann gegebenenfalls durch eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts dazu gekommen wäre. Es wäre eine deutliche Botschaft an die dort demonstrierenden Wollenden gewesen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich halte es für einen gravierenden Fehler, dass dieser Zwischenschritt nicht eingelegt worden ist.

Ansonsten bedanke ich mich meinerseits ganz herzlich bei all denen, die guten Willens waren und an dem Tag Flagge gezeigt haben. Ich bin dankbar, dass es möglich war, das auch friedlich zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Roth. – Das Wort hat Herr Staatsminister Bouffier.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben es gerade vom Sprecher der FDP-Fraktion gehört, und ich glaube, dass es drei Wochen her ist, als wir schon einmal darüber diskutiert haben. Ich habe seinerzeit ausgeführt: Ich halte diese Demonstration der NPD, die damals angekündigt war, ausgerechnet an diesem Datum und zu diesem Thema, für unsäglich. Dabei bleibe ich.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber man muss auch berücksichtigen: Die Verfassung gilt auch für die Feinde der Verfassung. Das müssen wir uns immer wieder in Erinnerung rufen. Das mag einem subjektiv schwerfallen und nicht gefallen, aber das ist die Grundlage unseres Staates. Das ist es, was DIE LINKE nicht anerkennt. Sie verlangen nichts anderes, als die grundlegenden Verfassungsrechte partiell außer Kraft zu setzen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Nein! Das verlangen wir nicht! Wir verlangen Zivilcourage!)

Das geht nicht. Sie haben ausdrücklich gesagt, die dürfen nicht demonstrieren. Das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln und seine Meinung zu äußern, sind die beiden Kernbereiche einer Demokratie.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Weil Sie das nicht akzeptieren, werden wir in dieser Frage auch nicht zusammenkommen. Die Grenzen finden sich dort, wo sich jemand strafwürdig verhält. Um das gleich einmal abzuräumen: Wir werden im Innenausschuss, so gut wir können, berichten. Ich habe gerade eben die Informationen bekommen. Die Frage, wer sich dort gegebenenfalls wie strafrechtlich verhalten hat – ob es Herr Pasterors oder wer auch immer war –, prüft die Staatsanwaltschaft Wiesbaden noch. Die Ergebnisse kenne ich nicht. Aber vielleicht können wir das bis dahin im Ausschuss vortragen. Da gibt es auch keinen Dissens.

Herr Kollege Roth, ich will mich ausdrücklich bei Ihnen für Ihre Moderatorentätigkeit bedanken. Ich will Ihnen in Ihrem Fazit aber massiv widersprechen. Es ist falsch, eine Symbolpolitik einzufordern, weil sie in jeder Hinsicht das Problem verschärft und weil sie vor allen Dingen nichts löst.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Symbolpolitik, die regelmäßig scheitert, ist keine gute Politik. – Sie nicken.

Sie haben doch selbst gesagt: Alle Versuche, dieses Grundrecht so leerlaufen zu lassen, dass sie nirgends demonstrieren dürfen, scheitern vor Gericht. Das wissen auch alle. Damit man sich dann in die Büsche schlagen kann, erklärt man: Wir haben es verboten – wir wissen zwar, dass wir vor jedem Gericht verlieren, aber wir sind moralisch die Besseren. Was ist dann das Ergebnis? – Dieses Verbot wird regelmäßig aufgehoben, Sie sind regelmäßig blamiert, und – das ist noch viel schlimmer – die Polizei kommt in eine unhaltbare Situation.

Wir haben als Polizei die Aufgabe, das Recht auf Demonstrationsfreiheit, wenn die Demonstration genehmigt ist, zu schützen. Sie wollen dieses Recht eben nicht durchsetzen. Wir haben die Aufgabe, wenn es eine Gegendemonstration gibt, auch dieses Recht zu schützen. Unser polizeilicher Alltag ist es, zu verhindern, dass ein Teil derer, die dort aufmarschieren und deren einziges Ziel es ist, aufeinander mit Gewalt loszuschlagen, dies tut. Unser gesetzlicher Auftrag, vom Bundesverfassungsgericht über zig Seiten dargelegt, ist, sowohl das Anliegen des einen als auch das des anderen zu schützen, wenn es sich denn im Rahmen der Gesetze hält.

Weil das so ist, ist es klug und richtig und aus meiner Sicht alternativlos, dass man nicht eine Symbolpolitik betreibt, die in der Regel folgendermaßen aussieht: Man verbietet das. Derjenige, dem das verboten worden ist, zieht vor Gericht und bekommt recht. Dann verbietet man wieder, derjenige legt Beschwerde ein. Mittlerweile ist es in der Regel Mittwoch oder Donnerstag. Am Samstag soll das Ganze stattfinden. Sie verlieren zum zweiten Mal vor Gericht. Dann ziehen Sie wieder los, und Freitagabend oder Samstagmorgen, wie wir es oft erlebt haben, kriegen wir durch einen Anruf des zuständigen Berichterstatters oder Senatsvorsitzenden vom Verwaltungsgerichtshof oder gar

vom Bundesverfassungsgericht telefonisch mitgeteilt, dass das soundso gemacht werden muss.

Das Ergebnis ist: Sie können nichts mehr planen. Sie müssen sozusagen aus der Hand in der Lage sein, eine Lage, wie wir das nennen, zu organisieren. – Das ist keine kluge Politik. Wir hatten an diesem Tag 140 oder 138 von den Rechtsextremen, etwa 1.000 bis 1.200 von der anderen Seite – das Bündnis, das sich dagegen organisiert hatte – und rund 1.000 Polizeibeamte. Wer nicht bereit ist, sich vorher mit der Frage zu beschäftigen, wie wir unseren gesetzlichen Auftrag erfüllen können, der nimmt billigend in Kauf, dass wir diese Polizeibeamten sozusagen aus dem Stand in eine Situation hineinversetzen, in der sie mit Sicherheit Gewalt und Auseinandersetzungen haben.

Sie schädigen damit das Ansehen staatlicher Organe. Das wird regelmäßig vom Gericht aufgehoben. Sie ermuntern jeden Extremisten zu diesem Spiel. Sie haben keinerlei Erfolg. Zu allem Überfluss haben Sie in aller Regel nachher Straßenschlachten und gefährden sowohl unser Ansehen als auch die Gesundheit unserer Beamten. Meine Damen und Herren, ich halte das für falsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister, Sie achten auf die Redezeit?

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, Sie haben auf die Redezeit hingewiesen. Ich will nur noch kurz auf zwei Punkte eingehen.

Ich halte deshalb das Verhalten und die Art, wie die Stadt Wiesbaden das vorbereitet hat, für richtig. Ich kenne keine Einzelheiten. Ich kenne im Übrigen auch keine Beschwerden von irgendjemandem. Wenn Sie welche haben, dann bitte ich Sie, sie mir zu geben.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Ja!)

Wir werden das alles im Innenausschuss näher erörtern.

Eines will ich noch sagen, weil es hier angesprochen wurde. Die Teilnehmer der Rechtsextremen, die anmarschiert sind, sind alle, ausnahmslos, kontrolliert worden; die von der anderen Seite, wenn ich das einmal so formulieren darf, sind selektiv kontrolliert worden.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist nicht wahr! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

– Ich habe den Bericht hier. Das werden wir miteinander zu diskutieren haben. Wir werden das alles sorgfältig machen können.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ich habe auch die Absicht, den Einsatzleiter zu dieser Sitzung einzuladen. Dann kann er unmittelbar antworten.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Der eine fährt mit dem Auto vor, die anderen werden kontrolliert! – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Aber machen wir einen Strich darunter. Wir wären ein ganzes Stück weiter, wenn wir gemeinsam akzeptieren: Die Grundlagen dieses Staates müssen immer gelten.

Symbolpolitik ersetzt keine Politik. Symbolpolitik, die scheitert, ist eine falsche Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Demonstrativer Beifall des Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Minister Bouffier. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge. – Zur Geschäftsordnung, zunächst Herr Kollege Rudolph.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, ich bitte, dass wir über die einzelnen Anträge nach Nummern abstimmen.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Es wird vorgeschlagen, alle einzelnen Abschnitte der beiden Anträge

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

nach Nummern abzustimmen. Herr Kollege Greilich, hat sich das dann damit erledigt?

(Wolfgang Greilich (FDP): Ja!)

Dann kommen wir zur Abstimmung. Zunächst der **Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 18/2384**. Nr. 1. Wer stimmt zu? – SPD, GRÜNE, LINKE. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit abgelehnt.

Nr. 2. Wer stimmt zu? – SPD, GRÜNE und LINKE. Dagegen? – CDU und FDP.

Nr. 3. Wer ist dafür? – LINKE. Dagegen? – Das übrige Haus. Damit abgelehnt.

Nr. 4. Wer ist dafür? – LINKE. Dagegen? – Dann ist es mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Damit ist der gesamte Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zu dem **Antrag der GRÜNEN, Drucks. 18/2432**. Nr. 1. Wer ist dafür? – SPD, GRÜNE und LINKE. Dagegen? – CDU und FDP. Abgelehnt.

Nr. 2. Wer ist dafür? – Das ist das ganze Haus. Angenommen.

Nr. 3. Wer ist dafür? – GRÜNE und LINKE. Dagegen? – CDU und FDP. Enthaltung? – SPD. Damit abgelehnt.

Nr. 4. Wer ist dafür? – Das ganze Haus. Gegenstimmen gibt es keine. Dann ist dies auch angenommen.

Dann haben wir diesen Punkt erledigt, und ich rufe den **Tagesordnungspunkt 71** auf:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Erneute Panne bei zentraler Abschlussprüfung – Pleiten, Pech und Henzler im Kultusministerium) – Drucks. 18/2409 –**

Das Wort hat der Kollege Wagner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir wurde signalisiert, dass Frau Kultusministerin Henzler erkrankt ist und deshalb heute an der Debatte nicht teilnehmen kann. Deshalb will ich meine Rede mit den besten Genesungswünschen beginnen. Ich denke, das gehört bei allem politischen Streit dazu.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennoch, der Sachverhalt, über den wir heute reden, ist bemerkenswert. Man traute letzte Woche, als man die Zeitungen gelesen hat, eigentlich seinen Augen nicht: schon wieder eine Panne bei einer zentralen Abschlussprüfung, schon wieder eine Panne im Fach Mathematik.

Ich glaube, wir alle in diesem Haus erinnern uns noch an die zentrale Abschlussprüfung Mathematik vor einem Jahr. Was hatte die Ministerin, was hatte das Kultusministerium nicht an Besserung gelobt: Es sollte nie wieder vorkommen. Die Verantwortlichen sollten zur Konsequenz gezogen werden. Es sollte alles überprüft werden. Es werde nie wieder so sein. – Ein Jahr später: genau die gleiche Situation, schon wieder eine Panne bei einer Matheabschlussprüfung. Das zeigt eindeutig, das Kultusministerium unter seiner Leitung hat nichts aus den Fehlern im vergangenen Jahr gelernt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wieder war es so, nicht das Ministerium informierte die Öffentlichkeit, informierte die Lehrerinnen und Lehrer und die betroffenen Schülerinnen und Schüler, sondern erneut musste die Öffentlichkeit über die Medien hergestellt werden. Bis heute gibt es keine offizielle Verlautbarung vom Kultusministerium gegenüber der Öffentlichkeit, wie mit dieser Panne umgegangen wird, was die Konsequenzen sind und was die Fehler waren, wieder Tauchstation im Kultusministerium, wieder der gleiche Fehler wie vor einem Jahr, überhaupt nichts gelernt – und das in einem Kultusministerium.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir halten fest: Seit die neue Ministerin im Amt ist, gab es kein einziges Jahr, in dem die zentralen Abschlussprüfungen geklappt haben.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Von den bisher 15!)

Herr Staatssekretär Brockmann, es täte gut, wenn das Ministerium endlich einmal informieren würde. Denn die Frage ist doch berechtigt: Reicht es aus, im Nachhinein, nachdem man offensichtlich zu schwierige Aufgaben gestellt hat, den Bewertungsschlüssel zu korrigieren? Darüber hätten Sie eigentlich sofort von sich aus informieren müssen. Oder ist es nicht so, dass durch offenkundig zu schwierige Aufgaben die Konzentration der Schülerinnen und Schüler derart gestört und somit die Prüfungssituation derart belastet war, dass auch für die Realschülerinnen und Realschüler in Betracht kommt, was für die Abiturientinnen und Abiturienten vor einem Jahr der Fall war, dass die Prüfung eventuell besser wiederholt worden wäre? Dazu hätten Sie sich gleich äußern müssen. Wieder: keine Information.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Vorgang reiht sich leider ein in eine doch recht düstere Bilanz seit dem Amtsantritt der neuen Kultusministerin.

(Florian Rentsch (FDP): Nehmt doch andere Vokabeln! Es ist doch nicht alles gleich „düster“!)

Herr Kollege Rentsch, wir müssen leider feststellen: Es gibt nicht nur keine neuen Akzente, seit die FDP das Kultusministerium übernommen hat. Noch nicht einmal das elementare Geschäft des Kultusministeriums funktioniert mehr. Das ist eine sehr besorgniserregende Entwicklung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Rentsch, ich kann es ganz einfach sagen: Sie können es nicht. Sie können dieses Haus nicht führen. Das ist ganz eindeutig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Man konnte an Frau Wolff inhaltlich viel Kritik haben. Aber sie konnte eine schlechte Politik wenigstens richtig administrieren. Herr Kollege Rentsch, nicht einmal das bekommen Sie hin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Wenn wir uns die Bilanz anschauen: Es reiht sich nahtlos ein. Seit Frau Henzler regiert, haben wir keinen neuen Aufbruch an den Schulen, wie er von der FDP versprochen war. Wir haben keine 105-prozentige Lehrerversorgung, noch nicht einmal einen Schritt dorthin, wie es von der FDP versprochen war. Wir haben keinen Ausbau der Schulsozialarbeit, wie es die Landesregierung versprochen hatte, keine konkreten Schritte hin zur selbstständigen Schule, keine Bildungsstandards, keine neue Ganztagschulrichtlinie,

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

keine neuen pädagogischen Konzepte. Es ist einfach nichts passiert. Meine Damen und Herren, noch nicht einmal das Kerngeschäft klappt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen haben wir Pleiten, Pech und Henzler im Kultusministerium. Meine Damen und Herren, das haben unsere Schulen nicht verdient. Wir brauchen einen neuen Aufbruch für unsere Schulen und nicht die Stümperei, die wir seit mittlerweile über einem Jahr erleben. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Döweling, FDP-Fraktion.

**Mario Döweling (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein lieber Herr Wagner, ich kam mir vorhin zeitweise ein bisschen so vor wie bei einer Büttenrede. Über das, was Sie hier dargeboten haben, in welchem Ton und in welchem Duktus, muss ich doch sagen: Herr Wagner, da kann man nur den Kopf schütteln.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war denn falsch? – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Es ist schon eine recht merkwürdige Mischung, die sich da abzeichnet, wenn man schaut, wie Ihre Aktuelle Stunde zustande gekommen ist. Die GRÜNEN, einvernehmlich mit dem Boulevard, mit einer großen Tageszeitung, die das hauptsächlich gebracht hat: Herr Wagner, das ist schon eine sehr merkwürdige Mischung, die da zustande kommt. Man stellt sich dabei doch die eine oder andere Frage. Sie haben als konstruktive Opposition ganz sicherlich ganz unbestritten das Recht, hier Dinge anzusprechen und aufzugreifen. Aber die Frage sei erlaubt: Muss es denn eine Aktuelle Stunde sein?

(Lachen bei der SPD)

Ist das Thema wirklich so gravierend, wie Sie es hier darstellen? Herr Wagner, hätte es nicht vielleicht ein Berichtsantrag im Kulturpolitischen Ausschuss getan? Das sei doch einmal in den Raum gestellt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich sehe daran vielleicht durchaus eine Strategie, die sich wie ein roter Faden durch dieses Plenum zieht: eine gezielte Skandalisierung von minimalen Sachverhalten, die Sie versuchen, gezielt gegen Mitglieder dieser Landesregierung aufzubringen. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, Herr Wagner.

(Beifall bei der FDP – Gerhard Merz (SPD): Zur Sache! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Skandal!)

Aber kommen wir zur Sache. Es ist in der Tat so, dass wir nun auch der Presse zu entnehmen, dass es einige Probleme mit einer Matheklausur bei der zentralen Realschulabschlussprüfung gab. Das ist ganz sicherlich ein ärgerlicher Fehler, der dort passiert ist. Aber es ist ganz sicherlich auch so, dass das Ministerium darauf reagiert und die entsprechenden Dinge abgestellt hat.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich denke, dazu wird Herr Staatssekretär Brockmann nachher noch ausführlich Auskunft geben. Ich glaube, dann wird sich auch bei Ihnen die Erhellung einschleichen, dass dem so ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber daraus jetzt ein Konstrukt aufzubauen und die Mathepanne im Abi 2009 und 2010, was dann auch im Boulevard zu lesen war, als es an einigen Schulen ein paar Probleme gab, weil dort möglicherweise Lehrinhalte nicht so gelehrt worden sind, wie sie laut Lehrplan für das Abitur vorgeschrieben sind, in eine Linie zu stellen, Herr Wagner, ist doch wirklich überzogen. Das wissen Sie eigentlich.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Recht viele Probleme in einer Rede!)

Das wirklich Schlimme ist, dass Sie es hier dann so vortragen, und das ist scheinheilig. Herr Wagner, das habe ich Ihnen schon mehrfach gesagt.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Jeder, der mit zentralen Abschlussprüfungen, aber auch mit dem früheren Abitur zu tun hat, weiß: Es ist nun einmal leider so, dass immer wieder Fehler passieren. Es gibt über 12.000 Abiturienten, die das Abitur durchlaufen, dazu kommen bei den zentralen Abschlussprüfungen ungefähr 10.000 Realschüler an den reinen Realschulen und noch einmal dieselbe Anzahl an den integrierten und kooperativen Gesamtschulen. Das ist eine sehr große Anzahl. Man muss doch ganz klar festhalten: Der überwiegende Teil, weit über 90 % dieser Prüfungen sind dieses Jahr ordnungsgemäß und ganz vorbildlich abgelaufen. Das muss man auch einmal festhalten, und dafür auch mein Dank an das Kultusministerium.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Günter Rudolph (SPD): Bei Ihnen sind das ein paar Fehler zu viel!)

Das bleibt ganz klar festzuhalten.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist schon ein Erfolg!)

– Herr Wagner, es ist ein Erfolg. – Man muss auch sagen: Sie vergleichen ein bisschen Äpfel mit Birnen. Letztes Jahr haben wir über das Abitur gesprochen, und da haben Sie selbst noch ganz großmütig gesagt, die Ministerin könne ganz sicherlich nichts dafür, sie sei erst seit Kurzem im Amt. – Man hat aber innerhalb des Kultusministeriums Verantwortung übernommen und Konsequenzen gezogen, Herr Wagner.

(Günter Rudolph (SPD): Nicht herumjammern!)

Wir haben dort entsprechend gegengesteuert, und ich finde, das ist aller Anerkennung wert. Das sollte man auch einmal honorieren und hier nicht etwas aufbauschen und einen künstlichen Popanz hinstellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Günter Rudolph (SPD): Sie haben keine Verantwortung übernommen!)

– Ach, Herr Rudolph, ich denke, man sollte es doch einfach dabei belassen und nicht unbedingt über Schuldvorhalte reden.

Sie haben mehrfach angesprochen, dass Ihnen in den Schulen der Aufbruch fehle. Das haben wir im Plenum schon vor längerer Zeit aufgrund eines Antrags diskutiert. Herr Wagner, ich frage mich, wo Sie denn eigentlich leben. – Es wurden zusätzlich 1.000 neue Lehrerstellen geschaffen. Die Klassen sind seit einem Jahr verkleinert worden. Der Weg in die Selbstständigkeit steht den Schulen offen. Das sind doch alles Erfolge, die nicht von der Hand zu weisen sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich bin mir auch sicher, dass gleich wieder gebetsmühlenartig – zumindest von den Vertretern der LINKEN; bei Frau Habermann weiß ich es nicht, man wird es sehen – der Sinn der zentralen Prüfungen infrage gestellt werden wird. Deswegen möchte ich noch einmal ganz klar sagen: Zu selbstständigeren Schulen, die eigene Profile, individuelles Lernen und individuelle Lernangebote für ihre Schüler entwickeln, gehören eben auch zentrale Standards und Abschlussprüfungen, wie wir sie schon eingeführt haben. Die Bildungsstandards werden im nächsten Jahr auch kommen.

(Florian Rentsch (FDP): Der weiß es!)

Herr Wagner, ich bin mir ganz sicher, dann werden Sie mit uns vielleicht noch einmal über das Thema reden wollen.

Aber ich bleibe dabei, dass wir daran festhalten. Daran werden wir weiter arbeiten. Wir werden entsprechende Mängel, die vielleicht noch auftreten sollten, abstellen.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus)  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich bin mir ganz sicher, dass Sie dann kein Thema mehr haben werden, das Sie für diese Aktuelle Stunde nehmen müssten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Döweling. – Das Wort hat Frau Abg. Cárdenas, DIE LINKE.

#### **Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die GRÜNEN tun heute in dieser Aktuellen Stunde wieder das, was sie so gerne tun: Sie versuchen die CDU davon zu überzeugen, dass sie selbst der bessere Regierungspartner wären und eben nicht die FDP, die im Bereich der Bildung versagt hat.

(Beifall bei der LINKEN – Florian Rentsch (FDP): Frau Cárdenas, sensationell! Das ist das Hamburg-Syndrom! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir würden das auch besser machen!)

Im konkreten Fall geht es darum, Frau Kultusministerin Henzler vorzuführen, weil es beim Zentralabitur erneut zu Pannen gekommen ist. Ich möchte demgegenüber festhalten: Das Kultusministerium hat für den diesjährigen Abiturdurchgang ein Vielfaches an Mitteln für Prüfungen verausgabt, um einen möglichst pannenfreien Ablauf, insbesondere im Lichte der Öffentlichkeit, zu gewährleisten. Dadurch sind die Pannen wohl nicht so umfangreich wie im letzten Jahr geworden, womit ich aber nicht die Benachteiligungen, die einzelne Schülerinnen und Schüler erfahren haben, kleinreden will.

Aber – da kann ich Sie, Herr Döweling, bestätigen – solche Schwierigkeiten und Fehler sind bei einem zentralisierten Vorgehen sehr viel wahrscheinlicher als bei einem dezentralen Vorgehen. Auch aus diesem Grunde sagen wir: Das Zentralabitur selbst gehört überwunden und Lernen wieder dezentralisiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Gründe sind: Ein Zentralabitur muss aufgrund seiner Struktur und Form im Wesentlichen Faktenwissen abfragen. Es muss also einseitig abfragbares Wissen prüfen. Dies hat einschneidende Konsequenzen für den bisherigen Unterricht in der gymnasialen Oberstufe. Für jede Lehrkraft, die ihre Schülerinnen und Schüler gut auf das Abitur vorbereiten will, führt dies zu einem Pauk- und Wiederholungsunterricht, und zwar beginnt das schon mehrere Jahre vor dem Abitur. Für das Erlernen anderer Methoden, für interessante Umwege, für kritisches Reflektieren, für schlussfolgerndes Denken und für kreativen Transfer bleibt dabei wenig bis gar keine Zeit. Damit kommen selbstständiges Arbeiten, wissenschaftspropädeutisches Lernen und Eigenverantwortung für den Lernprozess – alles Ziele der gymnasialen Oberstufe – viel zu kurz.

Das Zentralabitur gefährdet und verhindert den so notwendigen Erwerb von Schlüsselqualifikationen, die so

wohl von der Kultusministerkonferenz und den Gewerkschaften als auch von der Wirtschaft und ihren Interessenorganisationen für wichtig erachtet werden. Die Wirtschaft ist in den letzten Jahren bei der Besetzung von Führungsaufgaben zunehmend von zentralen, normierten Prüfungen ihres Nachwuchses abgegangen, weil mit zentralen Prüfungen die Qualifikationen, auf die es heute ankommt, gar nicht geprüft werden können. Das Zentralabitur kann die individuellen Fähigkeiten unserer Schülerinnen und Schüler nicht berücksichtigen. Es muss Gleichmacherei betreiben, weil es alle wichtigen Kontextbedingungen, die den konkreten Unterricht, die jeweiligen Lernbedingungen, die Lernsituation und die didaktische Umsetzung der Rahmen- und Strukturpläne unberücksichtigt lassen muss. Dies wurde auch gestern in einer Besuchergruppe, die ich hatte, von den Schülerinnen und Schülern wieder bestätigt.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU) – Gegenruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ja, Herr Irmer, so ist das!)

Dies würde noch verschärft, wenn in Hessen, wie wohl geplant, die Arbeiten durch fremde Lehrkräfte korrigiert werden sollen. Ergo: Es gibt nichts Richtiges im Falschen. Das bedeutet, bezogen auf das Zentralabitur: Nicht die Umsetzung des Zentralabiturs gehört in den Mittelpunkt von Debatte und Kritik, sondern die Methode Zentralabitur selbst. – Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Habermann, SPD-Fraktion.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Heike, erklär es ihnen einmal!)

#### **Heike Habermann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Döweling, jetzt werden Sie gleich erfahren, was ich zu sagen habe. Im Gegensatz zu Ihnen werde ich nämlich etwas zur Sache erklären.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP: Oh!)

Meine Damen und Herren, wir haben alle Jahre wieder eine neue Prüfungsplanne, alle Jahre wieder hektische Reaktionen der Kultusministerin, um den angerichteten Schaden zu reparieren, und alle Jahre wieder das Versprechen, im nächsten Jahr werde alles besser.

„Wir werden das Verfahren zur Erstellung und Überprüfung der Aufgaben verbessern und den Ablauf optimieren“, versprach die Kultusministerin in der Debatte am 02.04.2009 nach der fehlerhaften Matheprüfung beim Abitur. Meine Damen und Herren, heute können wir feststellen: Dieses Versprechen ist nicht eingehalten worden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beim Abitur schon!)

Bei den zentralen Abschlussprüfungen scheint sich die Kultusministerin eher nach dem Motto von Voltaire zu verhalten, der feststellt:

Je häufiger eine Dummheit wiederholt wird, desto mehr bekommt sie den Anschein von Klugheit.

(Beifall bei der SPD)

Diese Hoffnung war aber trügerisch. Im letzten Jahr konnte die Kultusministerin noch darauf verweisen, dass es schon immer Fehler in Prüfungsaufgaben gegeben habe – eine Binsenweisheit, meine Damen und Herren, die noch nicht erklärt, wie sich trotz sechsmaliger Überprüfung so gravierende Fehler behaupten konnten, dass die Aufgaben unlösbar waren.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

– Hören Sie erst einmal zu. – Das, was in diesem Jahr zu erheblichem Unmut über die zentrale Mathematikprüfung für den Realschulabschluss geführt hat, hat jedoch eine ganz andere Qualität. „Schulleiter verweigern Bewertung von Realschulabschlusstest“ – das konnte man als Schlagzeile der „HNA“ am 12. Mai dieses Jahres lesen. Auf Einladung des Staatlichen Schulamts Kassel hatte eine Besprechung der Mathematiklehrer stattgefunden, in der Korrekturabsprachen getroffen werden sollten. Es waren alle Schulen des Landkreises und der Stadt Kassel vertreten. Dort wurde nach heftiger Kritik an der Abschlussarbeit einstimmig eine Resolution verabschiedet. Sie enthält die Weigerung der Fachlehrkräfte, die Abschlussarbeiten nach den vorgegebenen Kriterien zu bewerten. Meine Damen und Herren, eine verheerendere Kritik an der Tauglichkeit der zentralen Abschlussprüfung ist meines Erachtens kaum vorstellbar.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ein schlechteres Zeugnis kann man der amtierenden Kultusministerin nicht ausstellen, die im letzten Jahr vollmundig versprochen hatte, alles werde gut, und zentrale Abschlussprüfungen seien gerecht und transparent.

Die Mathematiklehrer beanstandeten, die Prüfung sei überfrachtet, zeitlich nicht zu schaffen und weder mit den Bildungsstandards noch mit den Kompetenzorientierungen deckungsgleich. Sie kritisierten unangemessene Korrekturvorschriften und wenig lebensnahe Aufgaben. Meine Damen und Herren, wie weit muss die Kultusministerin von der Realität an hessischen Schulen entfernt sein, um Aufgaben vorzulegen, die die zuständigen Lehrkräfte für untauglich erklären.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Auch dieses Mal – das muss man sagen – kam die Reaktion der Kultusministerin ohne Zeitverzögerung. Die Hauptforderung, die in der Resolution an das Kultusministerium gerichtet wurde, wurde auch erfüllt. Die Bewertungskriterien wurden geändert, sodass die Ergebnisse der Prüfungsaufgaben insgesamt besser werden. Das Ergebnis dieser verkorksten Matheprüfung hätte nämlich vor allem für die betroffenen Schülerinnen und Schüler gravierende Nachteile bedeutet. Sie hätten zum Teil ihre Abschlüsse nicht bekommen, Ausbildungsplätze verloren oder ihre Eignung für die weiterführenden Schulen nicht mehr nachweisen können.

Vor den Osterferien waren bei den Abiturklausuren etwa 90 Schüler von dem Umstand betroffen, dass sie die vorgelegten Aufgaben teilweise nicht lösen konnten. Das Kultusministerium sah darin Versäumnisse einiger Lehrer. Diesen drohten Konsequenzen, weil sie die Abiturienten an sechs Schulen in Mathematik mangelhaft vorbereitet hätten. Vor Kurzem saßen alle hessischen Real-

schüler vor eine Prüfung, die die Lehrkräfte für untauglich erklärt haben. Welche Konsequenzen gedenkt das Hessische Kultusministerium jetzt zu ziehen?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Wäre es nicht endlich an der Zeit, über die bestehende Konzeption für die zentralen Prüfungen grundsätzlich nachzudenken und die Schulen wieder mehr in die Gestaltung der Prüfungen einzubeziehen?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Habermann, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Heike Habermann (SPD):**

Ein erneuter Beschwichtigungsversuch, alles werde besser, wird nicht mehr genügen. Die Schulen erwarten eine Antwort.

Mein letzter Satz. Ein betroffener Lehrer hat es auf den Punkt gebracht und gesagt: Langsam reicht es mit der zentralen Unfähigkeit im Kultusministerium.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Irmer, CDU-Fraktion.

**Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ stand am 19. Mai 2010 ein Artikel mit der Überschrift „Schüler lernen respektvollen Umgang miteinander“. Gelobt wurde ein Projekt der Schulsozialarbeit im Landkreis Gießen. Die Schwerpunktsetzung war die Frage: Wie gehen junge Leute respektvoll miteinander um? – Ich finde das sehr positiv. Gelegentlich kann man auch davon lernen. Wenn wir erwarten, dass junge Leute respektvoll miteinander umgehen, dann wären wir gut beraten, ihnen ein gutes Beispiel zu liefern.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sagen gerade Sie! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich sehr deutlich, man sollte, nachdem wir heute Morgen in relativ abgerüsteter verbaler Form kommuniziert haben, auch hier verbale Abrüstung betreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der LINKEN)

Bei Formulierungen wie „Pleiten“, „Pech“, „düstere Bilanz“, „zentrale Unfähigkeit“ und „gewaltiges Versagen“ könnte man meinen, der Untergang des Abendlandes stehe bevor.

(Gerhard Merz (SPD): Für den Untergang des Abendlandes sind Sie zuständig!)

Meine Damen und Herren, hier ist ein Fehler geschehen. Das ist doch unstrittig. Es gibt niemanden, der sich darü-

ber freut, dass Fehler gemacht worden sind. Sie mögen sich politisch klammheimlich freuen, weil Sie Ihre Vorurteile gegen das Kultusministerium bedienen können.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die klammheimliche Freude ist vielleicht bei Ihnen!)

Das sei dahingestellt. Das ist mir relativ egal. Fakt ist, es sind in der Tat Bewertungsmaßstäbe zu verändern gewesen, weil die Anforderungen im Bereich der Abschlussarbeiten für Mathematik an der Realschule und die Lernstandserhebung in Klasse 3 an den Grundschulen zu hoch ausgefallen sind. Das ist Fakt.

Jetzt kann man darüber diskutieren, wie das zustande gekommen ist. Wie ist es möglich, auf Dauer zu verhindern, dass sich ein solcher Fehler wiederholt – als Erinnerungsposten: das Zentralabitur im letzten Jahr. Das ist die entscheidende Frage.

Ich glaube, es geht Ihnen aber gar nicht so sehr um diese Frage. Wenn man zwischen den Zeilen liest – Frau Kollegin Habermann hat es eben noch einmal deutlich gemacht –, dann merkt man, es geht Ihnen um etwas anderes. Es geht Ihnen nämlich um das Thema Zentralabitur, um das Thema zentrale Abschlussprüfungen. Die wollen Sie nicht, und Sie nutzen diese Panne, diesen Fehler, als Vehikel dafür, die Forderung nach Abschaffung zentraler Abschlüsse zu erheben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zentrale Abschlüsse, darauf hat Kollege Döweling mit Recht hingewiesen, sind gut und wichtig. Sie bedeuten nämlich in letzte Konsequenz Vergleichbarkeit, Transparenz und auch eine Entlastung der Lehrer. Ich will Ihnen das einmal an einem Beispiel deutlich machen.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ich weiß, Sie sind kein Lehrer, deshalb können Sie es nicht beurteilen. Ich erkläre es Ihnen. – Wenn in früheren Jahren, als wir noch kein Zentralabitur, kein Landesabitur hatten, Arbiturarbeiten zu schreiben waren, mussten die Pädagogen – Kollege Quanz weiß das – Abiturvorschläge bei der damaligen staatlichen Schulabteilung im Regierungspräsidium einreichen. Das war eine Arbeit, mit der die Lehrer die gesamten Weihnachtsferien verbracht haben.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Jetzt kommen mir die Tränen! – Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich will Ihnen nur deutlich machen, dass das auch ein Beitrag dazu ist, Lehrer zu entlasten. Der erste Punkt ist die Vergleichbarkeit, der zweite Punkt ist die Transparenz – das ist der entscheidende Punkt –, und ein Nebenprodukt ist in der Tat die Entlastung der Lehrer.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie reden doch sonst immer von der Belastung der Lehrer. Hier haben wir etwas eingeführt, was nebenbei eine Entlastung des Pädagogenberufs bedeutet. Die Lehrer mussten früher Bewertungsschemata bezeichnen, Erwartungshorizonte formulieren und unterrichtliche Voraussetzungen beschreiben. Selbst wenn sie nur einen Schüler in der Abiturklasse hatten, mussten Sie zwei Abiturvorschläge einreichen. Das war ein Riesenaufwand. Das fällt heute alles weg.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist positiv – im Interesse von Vergleichbarkeit, Transparenz und Entlastung. Deshalb glaube ich, die zentralen Prüfungen haben sich bewährt. Sie sind auch aus einem anderen Grund zwingend notwendig: Wenn man den Schulen, was wir alle wollen, mehr Freiheit für individuelle Entscheidung gibt –

(Heike Habermann (SPD): Die haben Sie aber noch nicht!)

– Wir sind doch auf dem Wege dahin. Ich weiß, bei Ihnen würde das alles viel schneller gehen, Frau Habermann. Wir sind aber auf einem guten Wege dorthin. Wir haben jetzt 50 Jahre Schulpolitik in diesem Lande – mehr oder weniger gemeinsam – gestaltet, da kommt es doch auf ein paar Monate nicht an. Wenn Sie aber den Schulen Freiheit geben wollen – das ist unser aller pädagogisches Ziel –, dann muss der Staat zu einem bestimmten Zeitpunkt fragen: Ist das Ziel erreicht worden? – Die Wege können unterschiedlich sein, aber das Ziel muss gleich sein.

Aber man braucht ein Ziel, und das muss überprüfbar sein. Deshalb benötigt man zentrale Abschlussprüfungen. Darum geht es, und deshalb sind sie richtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Irmer. – Das Wort hat Herr Staatssekretär Brockmann.

#### **Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Kultusministerium:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! 22.981 Schülerinnen und Schüler haben in diesem Jahr in Hessen am zentralen Abitur teilgenommen. An 250 Schulen fand das Abitur statt, in 28 allgemeinbildenden und in 17 berufsbildenden Fächern. Wir haben 325 Aufgabenvorschläge für die zentralen Abschlussarbeiten im Abitur erstellt, und alle waren fehlerfrei.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es gab Verwirrung wegen einer einzigen Tatsache: Da an sechs Schulen die Lehrkräfte in Algebra und analytischer Geometrie einen Teil des ihnen seit 2008 verbindlich vorgeschriebenen Stoffs mit ihren Schülern nicht durchgenommen hatten, mussten wir für diesen Standort und für sechs Schulen nachträglich die Bewertung dieser einen Aufgabe herausnehmen, damit diesen Schülern wegen etwas, für das sie nichts konnten, kein Nachteil entstand.

In einer Presseerklärung haben der Landesschulsprecher und ich am 22. März festgestellt – ich zitiere –:

Es hat Verwirrung gegeben, allerdings keine Abi-Panne. Alles ist korrekt und fehlerfrei verlaufen. Alle gestellten Aufgaben entsprachen den Vorgaben der Lehrpläne.

So der Landesschulsprecher, von dessen Aussage Sie leider keine Kenntnis genommen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt zu den Realschulprüfungen!)

– Sekunde, wir sind jetzt beim Abitur. Sie kommen noch dran. – Im Jahr 2009 gab es unter zwölf Aufgaben in Mathematik eine Teilaufgabe, in der ein Vorzeichen, ein Mi-

nuszeichen, fehlte. Daraufhin haben wir im Kultusministerium folgende organisatorische Maßnahmen getroffen:

Erstens. Alle Abituraufgaben werden von einem Kreis von Lehrkräften in der vorgeschriebenen Zeit bis zum Ende durchgerechnet, und das viermal.

Zweitens. Für alle Abituraufgaben wird zwischen 7 und 10 Uhr eine Hotline geschaltet, die die Lehrkräfte nutzen können, um sich bei bestimmten Fragen zu vergewissern, wie etwas gemeint ist. Das ist sehr genutzt worden; ich habe es selbst erlebt.

Drittens. Wir haben uns an jedem Tag, an dem Abiturprüfungen geschrieben wurden, bis 10:30 Uhr an den Schulen erkundigt, ob es irgendwelche Probleme gegeben habe. An jedem Tag kam die Meldung: Nein, es hat keine Probleme gegeben. – Ich stelle fest: Es ist – um Frau Habermann zu zitieren – alles besser geworden im Abitur. Es gab dieses Jahr ein absolut fehlerfreies Abitur.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bei den zentralen Abschlussprüfungen der Realschulen am 7. Mai dieses Jahres hat es neun Pflicht- und fünf Teilaufgaben gegeben. Diese insgesamt 14 Aufgaben, von denen fünf Wahlaufgaben waren, die man nicht bearbeiten musste, waren in 135 Minuten zu erledigen. 25 Lehrkräfte haben dies – das wurde zitiert – als eine Überforderung und als eine theoretische Überlast bezeichnet. Ich habe daraufhin Herrn Prof. Blum von der Universität Kassel, Mathematiker und Didaktiker der Mathematik, um eine Stellungnahme gebeten. Ich zitiere:

Insgesamt kann man also für die vorliegende Arbeit nach Anlegen von für diese Altersgruppe und diesen Bildungsgang üblichen Maßstäben etwa 130 Minuten Bearbeitungszeit ansetzen. Die vorgegebene Maximalzeit von 135 Minuten ist nach meinem Dafürhalten für diese Arbeit also angemessen.

So weit Herr Prof. Blum. – Jeder, der von Schule etwas versteht, weiß, dass es immer Streitig ist, ob eine Arbeit im Anforderungshorizont zu hoch oder zu niedrig ist.

(Heike Habermann (SPD): Haben Sie die Bewertungskriterien geändert oder nicht?)

Da wir dies als Streitig angesehen haben, haben wir gesagt, wir ändern den Binnenbewertungsschlüssel dahin gehend, dass jede Notenstufe mit ca. 10 % weniger Leistung zu erreichen ist.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatssekretär, Sie denken bitte auch an die Redezeit.

#### **Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Kultusministerium:**

Herr Präsident, ich bin sofort fertig. – Das hat bei allen Beteiligten Zustimmung gefunden. Meiner Meinung nach ist das Problem damit gelöst.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich stelle fest: Es gab keine Mathepanne.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Was? Und die Erde ist eine Scheibe!)

Es gab ein sorgfältig organisiertes, gut und fehlerfrei verlaufendes Abitur. Es gab Streit über die Frage, ob in der

Abschlussprüfung Mathematik von den Schülerinnen und Schülern zu viel verlangt worden ist. Da, wo Sie „Feuer!“ schreien, hat es nicht einmal Rauch gegeben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Debatte und Ihr Antrag haben ein Ziel: Sie möchten dort etwas hineinlesen, was es nicht gibt. Ich kann da nur an ein Wort von Goethe denken: Man merkt die Absicht, und man ist verstimmt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist der Punkt behandelt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 72** auf:

#### **Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Innenminister Bouffier – Affären, Skandale und kein Ende) – Drucks. 18/2410 –**

Das Wort hat Herr Kollege Rudolph, SPD-Fraktion.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Bouffiers personelle Merkwürdigkeiten“ und „Bouffier in der Gerüchtefalle“ sind einige der Überschriften aus den letzten Wochen. Worum geht es? Herr Kollege Bellino hat gestern eine Art Zwischenbilanz der Arbeit des Untersuchungsausschusses gezogen und das sehr überraschende Urteil der Fraktion der CDU und wohl auch der Fraktion der FDP verkündet: alles bestens, alles in Ordnung.

Es gab viel Interessantes und viel Neues. Zwei Jahre lang hat der verehrte Innenminister versucht, einem Parteifreund zu einer wichtigen Stelle bei der hessischen Polizei zu verhelfen, erst ohne Ausschreibung, dann mit Ausschreibung. Man hat Gerichtsbeschlüsse ignoriert, um am Schluss doch das zu machen, was man von Anfang an vorhatte. Damit wird dem Rechtsstaat nicht Rechnung getragen, und das zeigt, dass hier eine Personalpolitik nach Parteibuch gemacht wird. Das ist das Motto dieses Innenministers.

(Beifall bei der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Blödsinn! – Weitere Zurufe von der CDU)

Aber es nützt Ihnen von CDU und FDP nichts. Sie können die Zeugen vernehmen, wann immer Sie wollen – um 17:15 Uhr, meinestwegen auch um 22 Uhr. Selbst dann werden Journalisten anwesend sein und die Wahrheit berichten. Meine Damen und Herren, die Verfahrenstricks werden Ihnen nichts nützen. Die Wahrheit kommt auf den Tisch.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

In den Akten war wenig zu finden. Herr Kollege Greilich, Sie haben es einmal nett formuliert: Na ja, die Dokumentation könnte verbessert werden. – Ich übersetze das einmal in die Sprache eines Nichtjuristen. Auf gut Deutsch heißt es: Die Aktenlage ist katastrophal; sie sind fast nicht vorhanden. – Da haben Sie ausdrücklich recht. Eine Bananenrepublik hat ein geordnetes Aktensystem im Vergleich zu dem, was wir im Innenministerium zu diesem Vorgang vorliegen haben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Eine Frechheit ist das!)

– Ja, ich weiß, die Frechheiten, wenn es denn solche sind, tun Ihnen möglicherweise weh.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Peinlich!)

Herr Innenminister, dass Sie das Gespür durchaus verloren haben, will ich Ihnen anhand eines anderen Falls zeigen. Im Auftrag des Herrn Bundespräsidenten wird Herr Gasser das Bundesverdienstkreuz überreicht, Ihnen besser bekannt als mir. Nun weiß ich sehr wohl, dass der Herr Bundespräsident die Ehrung ausspricht; aber es hat auch irgendjemanden gegeben, der ihn vorgeschlagen hat. Das war sicherlich nicht der verehrte Herr Bundespräsident.

Das findet dann in der Dienstvilla statt: Die ganze Familie kommt, und Herr Klüber, der von Herrn Gasser gegen das Land Thüringen vertreten wird – auch jemand, den Sie aus der CDU im Landkreis Gießen ganz gut kennen – ist dabei. Man überreicht sich also die Orden. Herr van Ooyen, das ist fast so wie früher.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Rudolph, ich bitte Sie, sich im Ton etwas zu mäßigen. Die letzte Bemerkung kann ich so nicht akzeptieren. Ich rüge Sie.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU, der SPD und der FDP)

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Da bleibt dann schon ein Geschmäcke, und man fragt sich, ob das alles angemessen und auch miteinander vereinbar ist. Das kann Ihnen passen oder nicht. Aber wir werden es trotzdem so darstellen.

Herr Innenminister, ich bitte Sie, zu einem weiteren Fall deutlich Stellung zu nehmen – wenn es zutrifft.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Aha!)

– Sehen Sie, im Gegensatz zu Ihnen akzeptieren wir auch Dinge, die unangenehm sind.

Dabei geht es um ein ehemaliges Mitglied der Personenschützergruppe in Frankfurt. Ich sage es einmal so: Das ist die Geschichte mit Herrn Friedman. Wir wissen das. Da wurden Personen, die Personenschützer waren, versetzt, weil es rechtsextreme Äußerungen, Leugnung des Holocausts und Ähnliches gab. Herr Innenminister, trifft es zu, dass eine dieser Personen heute an der Hessischen Polizeischule Ausbilder ist? – Ich frage das.

Es geht da um einen Herrn S. Ich nenne ihn einmal so. Wir beide wissen, wie er tatsächlich heißt. Nach meinen Informationen soll er Ausbilder für die Polizei in Afghanistan sein. Wenn es so sein sollte, dass er dort eingesetzt ist, dann würde ich sehr deutlich sagen: Das ist sicherlich der falscheste Platz, an dem man so jemanden einsetzen kann – wenn es denn zutrifft.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen müssen Sie dazu etwas sagen.

Wir haben einen weiteren ehemaligen Personenschützer, der wohl für die Republikaner im Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf sitzt. Dazu frage ich Sie auch: Wie wird er zurzeit verwendet? – Denn da gilt dann auch die These: Wir müssen uns gemeinsam gegen die Feinde der Demokratie und des Rechtsstaates zur Wehr setzen.

(Peter Beuth (CDU): Herr Kollege Rudolph, dann fangen Sie einmal bei der LINKEN an! Das ist wohl das Allerletzte! Das ist nicht zu fassen!)

Wir haben es wiederholt gesagt: Wir wissen, wie schwierig und verantwortungsvoll die Aufgabe der Polizeibeamtinnen und -beamten ist. Aber wir müssen auch aufpassen, dass Personen den Rechtsstaat nicht unterminieren. Herr Innenminister, da ist Aufklärung durch Sie gefragt.

Herr Beuth, dass er Schlagzeilen in der Öffentlichkeit bekommt, liegt nicht an der Opposition. Vielmehr liegt das ausschließlich an dem Verhalten dieses Herrn Innenministers.

Auch das werden wir am Schluss der Arbeit des Untersuchungsausschusses belegen: Personalpolitik nach Parteibuchwirtschaft ist ein Kriterium dieses Innenministers. Es ist das falsche Kriterium. Das ist keine ordentliche Personalpolitik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat nun Herr Kollege Bellino für die CDU-Fraktion.

#### **Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Aufgrund der gestrigen Sitzung des Innenausschusses und der Erklärung des Innenministers habe ich erwartet, dass die SPD-Fraktion das Thema ihrer Aktuellen Stunde für erledigt erklärt und ihren Antrag zurückzieht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Anscheinend fehlt es Ihnen da aber an dem nötigen Maß an Herzensbildung, charakterlicher Stärke und politischem Anstand. Stattdessen skandalisieren Sie heute – das tun Sie schon seit Monaten – in unerträglicher Weise und auf Teufel komm raus die normalsten Vorgänge in einer Behörde. Sie springen auf jede bereits dementierte Falschmeldung und jeden anonymen Brief.

(Beifall bei der CDU)

Warum tun Sie das? – Sie tun das nicht, weil es Ihnen um die Sache geht. Vielmehr tun Sie das, weil Sie mit den brutalen, teilweisen ehrwürdigen und die Persönlichkeit verletzenden Angriffen den dienstältesten, erfahrensten und erfolgreichsten Innenminister beschädigen wollen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Lachen bei der Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Auch die Öffentlichkeit wird Ihnen bald nicht mehr auf den Leim gehen. Dafür sind Ihre Unterstellungen zu fadenscheinig.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn einem gar nichts mehr einfällt, dann hält man so eine Rede!)

Wir sind uns sicher, dass der Minister das aushält. Die Landesregierung hält das ebenso aus. Aber dass Sie in die Familien und die Verwandtschaft eindringen und dass Sie untadelige Beamte der hessischen Polizei diskreditieren – stellvertretend nenne ich Herrn Klüber, Herrn Langecker und Herrn Stiller –, ist und bleibt unerträglich.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich komme zu dem Beispiel der Besetzung des Chefposts bei der Bereitschaftspolizei. Sie skandalisieren das Besetzungsprozedere, unterstellen Parteibuchwirtschaft und Vertuschungsversuche und sprechen von einer Bananenrepublik. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen, dass wir in keiner Bananenrepublik leben, auch wenn sich manche Kritiker wie eine orientierungslose Affenhorde gerieren.

(Beifall bei der CDU – Zurufe)

Herr Rudolph, das können Sie beim nächsten Zoobesuch überprüfen.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich werde das im Protokoll nachlesen. Ich konnte das leider akustisch nicht exakt wahrnehmen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Er sagte: „orientierungslose Affenhorde“!)

#### **Holger Bellino (CDU):**

Jeder, der sich vorurteilsfrei mit der Wiederbesetzung dieser Stelle beschäftigt,

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

weiß, dass eine Ausschreibung gar nicht nötig war. Sie ist da sogar eher unüblich.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was soll das denn?)

Der Minister nahm dennoch freiwillig eine Ausschreibung vor. Der Bewerber Langecker – –

(Zurufe)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Bellino, ich unterbreche Ihre Rede noch einmal. – Wenn sich herausstellen sollte, dass er diese Worte geäußert hat, werde ich das selbstverständlich hier mit einem Ordnungsruf versehen. Wir konnten es leider akustisch nicht eindeutig wahrnehmen. Das wird nachgelesen und gegebenenfalls anschließend verfolgt werden.

#### **Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, jeder, der sich vorurteilsfrei mit der Wiederbesetzung dieser Stelle beschäftigt hat, weiß, dass eine Ausschreibung gar nicht nötig war. Bei solchen Positionen ist das sogar eher unüblich. Der Minister tat dies dennoch freiwillig. Nach Ansicht des Ministers war der Bewerber Langecker der geeignetste. Er ging auch als Bester aus dem Verfahren hervor. Der Bewerber Ritter, der sich so beschwert, schnitt als Schlechtester in einem neutralen und objektiven Verfahren ab.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Verfahren wurde nicht vom Minister begleitet. Vielmehr war das entsprechende Gremium mit Fachleuten aus der Polizei und der Personalabteilung des Innenministeriums besetzt. Da wittern Sie einen Skandal? – Lächerlich.

(Beifall bei der CDU)

Nächstes Beispiel. Da geht es um die Neubesetzung der Spitze des Landesamtes für Verfassungsschutz. Da wollen Sie den Innenminister und einen der unbestritten kompetentesten Polizeibeamten, einen Leitenden Kriminaldirektor aus dem Landeskriminalamt, in Verruf bringen, indem Sie auf eine unterirdische Pressekampagne aufspringen. Warum tun Sie das? Weil der zuletzt Genannte mit dem Minister verschwägert ist. Das ist erbärmlich, unsozial und unredlich.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Das Gerücht, Herr Stiller solle die Stelle bekommen, wurde sofort dementiert. Zu keinem Zeitpunkt war das geplant. Das war noch nicht einmal angedacht. Das nehmen Sie noch nicht einmal zur Kenntnis.

Nächstes Beispiel. Das betrifft die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den Minister a. D. Heinz Gasser. Das Bundesverdienstkreuz würde zur Spielmasse der CDU-Kumpanei degradiert.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es wird gesagt, es seien Strippen gezogen worden, das sei ein Freundschaftsdienst jenseits der Geschmacksgrenze. Vieles mehr war zu hören und zu lesen. Was Sie zu diesem Thema bieten, ist geschmacklos.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Es ist schlimm, wie Sie mit dem feierlichen Akt der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes umgehen. Warum tun Sie das? Sie tun das, weil der Geehrte ein früherer Kollege des Ministers ist. Da ist es für Sie auch unerheblich, ob die Ehrung verdient ist. Sie ist verdient. Er hat sich auf vielfältige Weise und als Minister, in verschiedenen Ministerien in Thüringen, und im Staatsgerichtshof verdient gemacht und seinem Land gedient.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Bellino, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

#### **Holger Bellino (CDU):**

Ich komme zum Schluss meiner Rede. – Die Entscheidung, wer das Bundesverdienstkreuz bekommt, trifft der Bundespräsident. Hinsichtlich der Entscheidung, wer das Bundesverdienstkreuz überreicht, kann der Geehrte zumindest mitbestimmen. Was ist hieran schlimm?

Herr Präsident, ich komme zu meinen letzten Sätzen. Ich stelle fest: Wir wissen, dass die hessische Polizei und die gesamte Sicherheitsarchitektur mit allen Elementen der polizeilichen und nicht polizeilichen Gefahrenabwehr bei Volker Bouffier gut aufgehoben sind. Das bleibt auch so.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, als Nächster spricht Herr Kollege Frömmrich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Not muss groß sein! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Macht nur weiter so! – Weitere Zurufe)

– Meine Damen und Herren, ich kann mich erinnern, dass ich Herrn Frömmrich und sonst niemandem das Wort erteilt habe. – Herr Frömmrich, Sie haben das Wort.

(Peter Beuth (CDU): Der sagt ja nichts!)

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, vielen Dank. – Das ist hier sehr aufregend. Die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion müssen vielleicht wieder herunterkommen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Es war Herr Kollege Al-Wazir, der gestört hat!)

Herr Kollege Bellino, ich finde schon, dass das eines relativ deutlich gemacht hat: Ihre Not muss sehr groß sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege, dass Sie in einer Debatte in einem demokratischen Haus die Mitglieder der Opposition als „orientierungslose Affenbande“ bezeichnet haben, halte ich für skandalös.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich halte das für skandalös. Ich glaube, damit wird sehr deutlich, dass Sie bei Personalfragen und bei solchen Dingen relativ orientierungslos sind. Sie wissen nicht – –

(Zurufe)

– Bleiben Sie doch einmal ganz ruhig.

(Peter Beuth (CDU): Er hat das nicht gesagt!)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Sie befinden sich hier in absoluter Not.

Herr Kollege Bellino, ich will noch eine Vorbemerkung machen, weil Sie vorhin gesagt haben, das sei ehrabschneidend, und die Familie würde mit in eine Debatte gezogen. Ich will Ihnen eines sagen. Wer im Wahlkampf den Schulort des Sohnes von Frau Ypsilanti bekannt gibt und die versammelte Presse bestellt, um dort Filmaufnahmen zu machen,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

und das direkt aus der Staatskanzlei, der muss uns keine Vorhaltungen machen, wie hier Debatten geführt werden. Wer hier unanständig ist, das müssen Sie sich selber überlegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Worum geht es im Kern dieser Debatte? – Es geht im Kern dieser Debatte um Skandale, um Dinge, die im Bereich des Innenministeriums passiert sind. Ich habe mich schon gewundert, dass es die SPD beantragt hat, weil man eigentlich nicht eine halbe Stunde für eine Aktuelle Stunde haben müsste, sondern eine halbe Stunde pro Redner, damit man auf das Ganze eingehen kann, was in den letzten Jahren im Haus des Innenministers passiert ist.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich habe gestern Abend sehr genau gelauscht, was Sie erzählt haben, wie Sie sich angegriffen fühlen und was die Kampagnen der „FNP“ gegen Sie als Person, gegen Ihre Familie und gegen alles andere bedeuten. Das kann ich zum Teil nachvollziehen. Manche Vorwürfe können auch nicht belegt werden. Dazu muss man einfach sagen: Okay, ob das wahr ist, wissen wir nicht.

(Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Herr Bouffier, aber eines würde mir zu denken geben: Mittlerweile glaubt die versammelte öffentliche Meinung, dass Sie so vorgehen. Es wird Ihnen abgenommen, dass Sie so vorgehen. Es wird bei Ihnen faktisch Vetterwirtschaft unterstellt. Man nimmt es Ihnen ab. Das würde mir zu denken geben, und an Ihrer Stelle würde ich einmal darüber nachdenken, ob das der richtige Weg ist, Herr Bouffier.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Rudolph hat es gerade dargestellt. Wir wollen das einmal in die Reihe bringen. Wir haben die Besetzung der Stelle mit Herrn Langecker. Es ist drei Jahre versucht worden, diese Stelle – eine Präsidentenstelle – mit einem von Ihnen, einem Parteikollegen, gegen rechtliche Vorgaben zu besetzen. Wir untersuchen das gerade in einem Untersuchungsausschuss.

Es gibt eine zweite Geschichte. Sie holen sich einen neuen Vizepräsidenten des Landespolizeipräsidiums aus Thüringen. Der wird gleichzeitig von Ihrem Kollegen in der Anwaltskanzlei anwaltlich vertreten.

Sie verleihen ein Bundesverdienstkreuz an den Kollegen, mit dem Sie eine gemeinsame Anwaltskanzlei betreiben, Herr Innenminister. Es muss Ihnen doch zu denken geben – das gibt es doch jedem, der sich das anschaut –, dass Sie noch nicht einmal das Gefühl dafür haben, dass da in der Öffentlichkeit der Eindruck der Kumpanei, der Vetterwirtschaft entsteht.

Dass Sie noch nicht einmal das Gefühl dafür haben, zeigt, wo Sie mittlerweile als Innenminister angekommen sind, dass Sie die Realitäten in diesem Land offensichtlich nicht mehr wahrnehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Innenminister, ich kritisiere hier gar nicht, dass ein unter Umständen verdienter Politiker ein Bundesverdienstkreuz bekommt. Im Übrigen entscheidet der Bundespräsident über die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes.

(Zurufe von der CDU: Ah!)

Herr Innenminister, aber dass Sie sich nicht hinstellen und sagen: „Vielleicht kommt das doch ein bisschen wie Kumpanei und anderes rüber; vielleicht fragen wir einen ande-

ren Kollegen im Kabinett, ob er das Bundesverdienstkreuz überreicht“,

(Zurufe von der CDU)

zeigt doch, dass Sie mittlerweile die Realitäten nicht mehr wahrnehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Peter Beuth (CDU): Das zeigt nur, dass Ihnen jedes Mittel recht ist! Geschmacklos von vorne bis hinten!)

Ich will das vielleicht mit einem Zitat belegen. Es war zumindest ein Pressevertreter dabei. Er schreibt in der „Frankfurter Rundschau“:

Unter dem guten Dutzend Teilnehmer der kleinen Zeremonie befand sich auch ein Mann, dessen Berufung von Thüringen nach Hessen Schlagzeilen gemacht hatte: Hermann-Josef Klüber, der neue stellvertretende Polizeipräsident Hessens.

Also andere, auch die Medien, nehmen das wahr. Herr Innenminister, Sie sollten die Realitäten im Land wahrnehmen. Sie sollten nicht die beschimpfen, die die Dinge ansprechen, sondern Sie sollten vielleicht einmal so weit gehen, Ihre Verhaltensweise zu ändern, damit gar nicht der Eindruck entsteht, dass es Kumpanei und Vetternwirtschaft in unserer Landesregierung gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Frömmrich. – Als Nächster spricht Herr Schaus für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den zahlreichen Debatten, Affären und Skandalen müssen wir uns schon wieder mit dem System Koch beschäftigen. Zurzeit untersucht der Untersuchungsausschuss in der Polizeicheffaffäre, ob bei der Besetzung der Stelle des Präsidenten der Bereitschaftspolizei der langjährige Parteifreund des Herrn Ministers bevorzugt wurde, ob es ein sogenanntes zweites Auswahlverfahren überhaupt gegeben hat, und wenn, ob es ordnungsgemäß durchgeführt wurde. Nach den bisherigen Zeugenaussagen sieht es für den Herrn Minister und auch für den Herrn Staatssekretär meines Erachtens dabei gar nicht so gut aus.

(Lachen des Abg. Holger Bellino (CDU))

Zwischenzeitlich wurde sogar bekannt, dass Herr Minister Bouffier bereits im Dezember 2007 versucht hat, ohne Auswahlverfahren seinem Parteifreund den hoch dotierten Spitzenposten zuzuschancen. Es gab also sogar drei Anläufe für dieses Besetzungsverfahren.

Nur durch die Intervention eines weiteren Bewerbers wurde das offenbar bereits eingeleitete Ernennungsverfahren Ende 2007 gestoppt, und ein ordnungsgemäßes Ausschreibungsverfahren musste vorgenommen werden. Dieses Auswahlverfahren wurde bekanntlich durch eine Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs gestoppt, und dem Innenminister wurde

... vorläufig bis zum Abschluss eines erneuten Personalauswahlverfahrens untersagt, den Beigelade-

nen bei der Besetzung der Planstelle des Präsidenten des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidiums – Besoldungsgruppe B 4 – dem Antragsteller vorzuziehen und ihn zu befördern.

Belege für ein sogenanntes zweites Auswahlverfahren und dessen ordnungsgemäße Durchführung konnten – wie gesagt – noch immer nicht vorgelegt werden. Das Untersuchungsverfahren ist noch längst nicht abgeschlossen, und schon sorgt Herr Minister Bouffier wieder für neue Schlagzeilen.

Nun geht es um die Absicht, den vakanten Präsidentensitz des Landesamtes für Verfassungsschutz neu zu besetzen. Mich verwundert, dass der Sprecher des Ministeriums am vergangenen Freitag gegenüber „hr-online“ versicherte, der freie Posten des Verfassungsschutzpräsidenten werde von Herrn Bouffier demnächst vergeben. Er sagte wörtlich:

Der Minister hat enge Kandidaten im Visier und wird in Kürze dem Kabinett auch einen Vorschlag machen.

Also, was haben wir denn hier? – Wir haben weiter ein nicht öffentliches Auswahlverfahren von Bewerbern. Herr Minister, Sie mögen sich zwar auf § 8 Abs. 2 des Hessischen Beamtengesetzes berufen. Den schauen wir uns bei der Dienstrechtsreform noch einmal an.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist Ihr Problem mit dem Verfassungsschutz, sonst gar nichts!)

Klar ist doch: Zwar ist nach dem Organigramm der Landesverwaltung des Landesamt für Verfassungsschutz eine ganz normale Landesbehörde. Sie untersteht dem Innenminister. Der Präsident ist weisungsgebunden gegenüber dem Minister und der Landesregierung. Die Arbeit und die Ergebnisse des Landesamtes stehen aber in viel stärkerem Maße in der Öffentlichkeit und in der politischen Debatte. Da berufe ich mich auf Sie, meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion, weil Sie sich auch in Debatten öfter auf die Ergebnisse des Verfassungsschutzberichtes beziehen.

Schon wieder haben wir eine Stellenbesetzung ohne interne öffentliche Ausschreibung. Herr Minister, ich denke, das kann so nicht weitergehen,

(Zuruf von der CDU: Oh!)

dass Sie in dieser öffentlichen Debatte die Augen zuzumachen und mit der Stellenbesetzung munter weitermachen wie bisher. Deshalb ist unsere klare Forderung: Wir fordern eine öffentliche interne dokumentierte Ausschreibung dieser besonderen und weiterer hochrangiger Stellen innerhalb des Innenministeriums.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD) – Horst Klee (CDU): So ein Unfug!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Schaus. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Greilich Gelegenheit zur Rede.

#### **Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ganz froh, dass es Herrn Schaus diesmal gelungen ist, seine Wortmeldung vor mir abzugeben. Das hat mir Gelegenheit gegeben, mich nach dem Wortbeitrag des

Kollegen Frömmrich wieder ein bisschen abzuregen – einen Wortbeitrag, der es einem in der Tat schwer macht, in dieser Debatte ruhig zu bleiben. Ruhe aber wäre hier vielleicht manchmal ganz angebracht.

Meine Damen und Herren, ich empfinde es als unerträglich,

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

wie Sie sich seit mittlerweile Monaten – und heute ist wieder einmal ein Gipfelpunkt erreicht – darauf konzentrieren, die Polizei unseres Landes zu instrumentalisieren, um fehlende politische Inhalte zu verdecken.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist das eigentliche Problem, mit dem Sie zu kämpfen haben.

Meine Damen und Herren, es wird nicht besser, wenn Sie den Bundespräsidenten, die Möglichkeit des Bundespräsidenten, Menschen, die sich in diesem Land besonders verdient gemacht haben, mit dem Bundesverdienstkreuz auszuzeichnen, jetzt auch noch instrumentalisieren und versuchen, das in den Dreck zu ziehen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, Ihr Ziel – das lernen wir auch in diesem Untersuchungsausschuss in jeder Sitzung wieder – ist nicht die Aufklärung.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Mittlerweile ist es immer deutlicher: Ihr Ziel ist es, Menschen zu treffen, Menschen zu vernichten.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lebhafter Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Heute Morgen fiel mehrfach das Wort vom Abrüsten. Was Sie eben sagten, entspricht diesem Motto nicht. Ich bitte Sie, Ihre Wortwahl parlamentarischer und angemessener zu wählen.

#### **Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Präsident, ich nehme das zur Kenntnis und stelle fest: Was hier passiert, sind Angriffe auf Menschen, und nicht nur auf Menschen, die in diesem Hause sitzen. Wie ich weiß, ist der Minister aus den letzten Jahren so manches gewohnt. Insofern muss man ihm vielleicht das eine oder andere zumuten, was er auszuhalten hat.

Meine Damen und Herren, unerträglich aber ist, dass Sie untadelige Beamte dieses Landes immer wieder in den Dreck ziehen

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja!)

– ob das der Präsident der Bereitschaftspolizei des Landes Hessen ist, Herr Langecker,

(Petra Fuhrmann (SPD): Das stimmt nicht!)

ob das der neue Landesvizepolizeipräsident ist, Herr Klüber, oder jetzt neuerdings Herr Stiller, ein untadeliger Beamter des Landeskriminalamtes. Manchmal frage ich

mich, ob Sie überhaupt wissen, was Sie tun, wenn Sie all diese Menschen hier in den Schmutz ziehen,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

oder ob Sie wissen, was Sie alleine den Familien antun. Diese Menschen haben Familien: Ehegatten, Kinder. Die müssen mit dem leben, was Sie hier in den Dreck ziehen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was darf der Innenminister alles tun?)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Al-Wazir, was wir gestern hier erleben durften, was wir zum wiederholten Mal thematisieren mussten,

(Petra Fuhrmann (SPD): Unerträglich!)

ist, wie Sie ein als „Brandbrief“ bezeichnetes anonymes Machwerk instrumentalisieren wollten, um das, was dort anonym-denunziatorisch in die Welt gesetzt wird, hier zum Thema zu machen, um diesem Minister, dieser Landesregierung am Zeug zu flicken. Meine Damen und Herren, das ist unerträglich.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Zu diesem Thema anonyme Denunziation will ich hier etwas vortragen, was ich im Internet gefunden habe; auch Sie können es da finden: eine Untersuchung, eine Erklärung eines Wissenschaftsteams der Universität Bremen, das sich mit dem Thema Denunziation beschäftigt hat. Ich zitiere:

Klatsch und Denunziation sind eng miteinander verwobene Kommunikationsformen, die häufig der Ausgrenzung Einzelner dienen. Die Denunziation zeichnet dabei die Besonderheit aus, dass sie an eine übergeordnete Instanz – Vorgesetzte, staatliche Stellen – ergeht, von der Sanktionen gegen die Betroffenen erwartet werden.

Meine Damen und Herren von der Opposition, dieser „Brandbrief“ ist dafür ein schönes Beispiel. – Es heißt dann weiter:

Nicht selten

– auch das scheint mir fast auf den vorliegenden Fall formuliert zu sein –

spielen auch Neid und Rachegefühle als Motive für Denunziation eine Rolle, die dann als gesellschaftspolitisches Anliegen titulierte werden.

Meine Damen und Herren, was Sie tun, ist seit Wochen und Monaten immer wieder: Sie machen sich mit diesen Leuten gemein, mit diesen Denunzianten. Da kann ich nur Hoffmann von Fallersleben zitieren, den Dichter unserer Nationalhymne. Er hat das auf den Punkt gebracht und gesagt: „Der größte Lump im ganzen Land ist immer noch der Denunziant.“

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Ministerpräsident Koch hat sich zu Wort gemeldet. Bitte.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist dieser Laden auf den Hund gekommen!)

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Ja, Abg. Al-Wazir, da ich in der Tat glaube, dass ein Teil „dieses Ladens“ auf den Hund gekommen ist, wie Sie es gerade sagen, melde ich mich. Ich glaube, auch als Regierung muss man sich nicht alles unwidersprochen gefallen lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich bin seit 23 Jahren in diesem Parlament. Ich glaube, dass ich alles miterlebt und vieles mitgestaltet habe. Daher weiß ich, wie hart Auseinandersetzungen sind.

Man kann einer Opposition gar nicht alles absprechen oder unmöglich machen. Auch die Versuche des Parlamentspräsidenten, die Worte hier in Grenzen zu halten, werden in der öffentlichen Wirkung ihre Grenzen haben. Denn, ja, Politik ist eine harte Auseinandersetzung. Aber sie muss transparent bleiben.

Deshalb lege ich Wert darauf: Sie haben seit einigen Wochen mit Wissen und Wollen gegenüber Volker Bouffier den Weg der sachlichen Auseinandersetzung verlassen. Sie versuchen, durch persönliche Diskreditierung den Menschen Volker Bouffier und seine Familie zu treffen. Das ist Ihnen wichtiger als die politische Auseinandersetzung. Das ist der Punkt, über den wir hier miteinander reden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Heftiger Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür ist Ihnen jedes noch so billige Mittel recht. Das will ich an dem Zeitungsartikel, der offensichtlich gestern Abend im Innenausschuss eine Rolle gespielt hat, aus der „Frankfurter Neuen Presse“, deutlich machen.

Sie haben in der Zeitung gelesen – wie auch immer das dort hineingekommen ist –, es gebe im Hessischen Landeskriminalamt einen qualifizierten Beamten, der sich mit Staatsschutz beschäftige. In der Zeitung stand auch, es werde die Stelle des Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz neu besetzt. Das konnte man wissen, denn der frühere ist stellvertretender Chef der Bundesorganisation geworden.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Herr Ministerpräsident, ist das jetzt eine offizielle Ausschreibung?)

– Herr Kollege, jetzt rede ich einmal. Ich sage auch dazu etwas.

(Horst Klee (CDU): Der macht das am allerbesten!)

Dann ist zu diesem Thema in einer Zeitung einfach einmal die These aufgestellt worden: Das ist ein Verwandter von Bouffier, der Bruder seiner Frau, da ist er doch bestimmt auf dem Weg dorthin – den will der befördern.

Daraus wurde eine Geschichte gemacht, mit vielen Hundert Zeilen, damit sie sechsspaltig wird. Der Journalist hat sogar vorher noch im Innenministerium angerufen. Das Innenministerium hat sofort gesagt: Da ist nichts dran.

Herr Kollege, so ist es: Eine solche Stelle muss – so steht es in § 8 Abs. 2 des Beamtengesetzes – nicht ausgeschrieben werden, wenn der Minister oder die Regierung das entscheidet. Die Stelle des Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz werden wir ganz bestimmt nicht ausschreiben, sondern den werden wir auswählen, wie das alle Landesregierungen vor uns auch getan haben. Aber

der Innenminister bespricht das beispielsweise mit mir oder dem Justizminister. Seit Wochen bin ich an diesem Verfahren beteiligt. Ich weiß positiv – genauso wie die Beteiligten, die im Innenministerium diese Auskunft gegeben haben –: Daran ist nie gedacht worden.

Das wurde einen Tag später gesagt. Herr Frömmrich, Sie kommen mit dieser Beleidigungs-Suada, die Sie hier so nebenbei machen, daher und sagen, na ja, das können wir nicht beweisen, aber wir wollen das natürlich im Raum stehen lassen; sein könnte es doch.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Das ist die Sauerei daran. Sie alle wissen, dass das nicht so ist, und machen es an dieser Stelle.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Ministerpräsident, das Wort „Sauerei“ halte ich für unangemessen.

(Zurufe von der CDU: Das ist doch wohl ein Witz! – Minister Karlheinz Weimar: Das ist eine Sauerei, das ist unglücklich!)

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Diese Tatsache, dass wir jetzt miteinander sprechen und aufräumen, bedeutet natürlich auch, dass man eine kleine Sekunde lang darüber sprechen muss, was Sie jetzt eigentlich gegenüber dem Beamten machen.

Herr Kollege Frömmrich und alle, die sich darüber äußern: Das ist doch eine spannende Frage. In allen Erklärungen, die es dazu gab, ist völlig unbestritten, dass dieser Beamte – der daran gar kein Interesse geäußert hat und der nie von uns, die wir es zu entscheiden haben, dafür vorgesehen war – unstreitig zu den qualifiziertesten Staatsschutzbeamten der Bundesrepublik Deutschland gehört.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Dieses Bundesland kann – und zwar unstreitig über alle politischen Kreise hinweg – nicht nur froh darüber sein, dass er da ist, sondern muss auch hoffen, dass er noch möglichst lange da ist. Was fällt Ihnen denn eigentlich ein, nur um eines kurzfristigen politischen Vorteils willen, nur, damit Sie eine Presseerklärung auf eine Journalistenmeldung machen können, einen solchen Mann derart in den Dreck zu ziehen? Das ist doch die Auseinandersetzung.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das sagen Sie als Allerletzter!)

– Da ist gar nichts das Allerletzte. Sie können hier mit uns und mit mir über jede Sachfrage streiten, aber eines werden Sie einfach weiter zur Kenntnis nehmen müssen. In der Innenpolitik kommen Sie seit zehn Jahren keinen Millimeter an uns heran: bei der Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung, beim Ansehen der hessischen Polizei in der Republik, bei der Ausstattung der hessischen Polizei, bei der Art und Weise, wie wir seit zehn Jahren keine einzige Demonstration haben, in der nicht die Polizei Herr ist, keine Hannoveraner Verhältnisse von früher

oder sonst etwas. Wir lassen es nicht zu, dass Sie jetzt versuchen, an die Ehre des Betroffenen zu gehen. Das geht mit uns nicht, und das ist auch eine laute Debatte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Da sage ich, Sie können im Untersuchungsausschuss – das ist ein gutes parlamentarisches Recht – jedes Komma und jede Frage diskutieren, und dann wird es am Ende eine Antwort darauf geben. Das ist parlamentarische Arbeit. Aber die genügt Ihnen nicht. Sie haben im Untersuchungsausschuss nach allem, was ich höre – und zwar gar nicht von Mitgliedern, sondern von den Journalisten, die uns umrunden –, längst auch zur Kenntnis genommen, dass Sie über Formalien sprechen, die wichtig sind, aber dass Sie alle im Hintergrund wissen, dass die Sachentscheidung des Ministers, diesen betroffenen Beamten zum Präsidenten zu machen – –

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Nachdem Sie die anderen Bewerber kennen, ist kein Einziger aus der Sitzung herausgegangen – auch nicht von Ihnen von der verehrlichen Opposition – und der Meinung gewesen, das sei eine sachlich falsche Entscheidung gewesen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber das genügt Ihnen nicht. Sie machen lieber eine Parteilbuchnummer daraus und diskreditieren auch diesen Beamten, der seit 30 Jahren in den Diensten der Polizei steht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Rudolph hat es eigentlich ganz schön demonstriert. Deshalb wird der Innenminister zu dem Punkt natürlich noch etwas sagen. Nachdem Sie in der Diskussion gestern Abend schon gemerkt haben, dass mit den Dingen, die Sie gerade kübelweise an Dreck ausrollen, nichts mehr zu machen ist,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ausgerechnet Sie! – Weitere lebhaftere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glockenzeichen des Präsidenten)

gehen Sie heute Morgen in die Plenardebatte und fangen an, den nächsten Punkt zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage nicht nur, dass dieser Innenminister unser Vertrauen und mein Vertrauen hat, sondern ich sage auch: Sie müssen damit rechnen, dass wir um jeden Sachpunkt kämpfen, um jede Initiative und vieles andere. Aber wir werden Ihnen politisch nicht erlauben, auch ich nicht, dass Sie einen Menschen in der Art und Weise in den Dreck ziehen, wie Sie es hier probiert haben. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Sie schreiben uns nicht vor, was wir hier erklären! – Weitere Zurufe von der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Irmer.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch so ein Experte in Stilfragen! – Gegenruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU): Das sagt der Richtige!)

#### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Herr Präsident! Der Kollege Schäfer-Gümbel hat eben an die Adresse des Ministerpräsidenten erklärt, er sei verlogen bis zum Anschlag.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Moralisch verlogen!)

Ich halte dies für eine nicht zulässige Bewertung und Äußerung

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber zutreffend! – Lebhaftere Gegenrufe von der CDU und der FDP)

und bitte um entsprechende Rüge.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig! – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kollege Irmer, ich verfare hier genauso wie im Falle zuvor. Ich verlange, dass mir möglichst umgehend das Wortprotokoll vorgelegt wird. Eine entsprechende Auswertung findet dann wie zuvor in Sachen Herrn Bellino statt.

(Clemens Reif (CDU): Er hat es doch zugegeben!)

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir haben doch Wortmeldungen abgegeben!)

– Ja, das weiß ich. Ich dachte jetzt, zur Geschäftsordnung. – Die Redezeit der Fraktionen wurde von Herrn Ministerpräsident Koch um 2:30 Minuten überschritten.

Die Aussprache geht weiter. Als Nächster hat sich Herr Al-Wazir gemeldet. 2:30 Minuten Redezeit.

(Peter Beuth (CDU): Ohne Hinweis auf den Redner! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Das war jetzt eine tolle Bemerkung!)

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, dieser Auftritt von Ihnen schlägt dem Fass geradezu den Boden aus.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Ich will gar nicht darüber reden, ob Sie hier der Experte in Stilfragen sind.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Sie haben sich einmal gerühmt, dass Sie der Anführer der härtesten Opposition Deutschlands sind. Herr Irmer hat in seinem Käseblättchen ein Gedicht veröffentlicht: „Ob Kinderschänder, Mörder, Dieb, alle haben Plottnitz lieb.“ – Das sind hier die Experten in Stilfragen.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben einmal als Fraktionsvorsitzender sogar die Umsetzung einer Referentenstelle aus einem aufgelösten Ministerium – Stichwort: Jordan zu Bökel – im Landtag thematisiert. Die betreffende Person arbeitet inzwischen übrigens in der Integrationsabteilung und macht hervorragende Arbeit. Das nur nebenbei.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie, nachdem die Redner der Koalition die Opposition entweder als Affenhorde bezeichnet haben oder

(Zurufe von der CDU: Falsch!)

Herr Greilich sagte, wir wollten Menschen vernichten, sich jetzt hierhin stellen und sagen, wir hätten keinen Stil – wo sind wir inzwischen in diesem Landtag angekommen?

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen: Ihr Grundproblem ist – deswegen sind auch Sie nach vorne gegangen, und Ihr Innenminister hat sich nicht mehr selbst verteidigt –, dass in diesem Land inzwischen bei vielen in der Landesverwaltung und auch hier bei uns und in der Öffentlichkeit das Gefühl vorherrscht, dass eben nicht mehr Eignung, Leistung und Befähigung ausschlaggebend sind bei der Besetzung von bestimmten Posten. Das ist das Grundproblem.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das Grundproblem ist, dass Sie sich vom Verwaltungsgerichtshof ins Stammbuch haben schreiben lassen müssen, dass Sie Recht und Gesetz nicht eingehalten haben – und trotzdem haben Sie besetzt mit Ihrem Parteifreund.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Das ist das Problem, mit dem wir es hier zu tun haben. Die Tatsache, dass Sie, Herr Ministerpräsident, hier in so unflätiger Art und Weise zum Gegenangriff übergehen, zeigt, wie recht wir mit unseren Vorwürfen haben.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Al-Wazir. – Für die SPD-Fraktion hat sich ihr Vorsitzender, Herr Schäfer-Gümbel, zu Wort gemeldet. Ebenfalls 2:30 Minuten.

(Zurufe von der CDU: Jetzt entschuldigt er sich!)

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gemeldet, nachdem sich der Ministerpräsident in der dargebotenen Weise hier im Parlament geäußert hat. Wer „Ypsilanti, Al-Wazir und Kommunisten stoppen“ plakatiert, hat jedes Recht verloren, Leute hier zu verunglimpfen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Wer war es denn, der Hohmann-Dennhardt, Plottnitz, Ypsilanti, Al-Wazir bis ins Essgefach nachgegangen ist, bis

hin zu dem wirklich unerträglichen Umstand, dass an der Schule des Kindes von Andrea Ypsilanti in der Woche vor der Landtagswahl eine Pressekonferenz organisiert wurde, um anschließend das Kind mit in die Berichterstattung einzubeziehen?

(Petra Fuhrmann (SPD): Unerträglich! – Peter Beuth (CDU): Das stimmt überhaupt nicht!)

Ich sage Ihnen, hier sind Grenzen überschritten worden. Wenn der Ministerpräsident sich hierhin stellt und so tut, als sei er derjenige, der jedes moralische Recht hätte, sich gegen persönliche Angriffe zu verteidigen, dann, sage ich Ihnen, ist das moralisch verlogen bis zum Anschlag.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Peter Beuth (CDU): Unglaublich! Das ist die Unwahrheit! – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Herr Beuth, ich sage Ihnen: Wer Kinder in den Wahlkampf einbezieht, hat jedes Recht verloren, sich hier moralisch über irgendetwas aufzuregen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Herr Greilich hat eben davon gesprochen, dass hier Menschen vernichtet werden, dass Menschen in den Dreck gezogen werden. Ich sage Ihnen: In der Angelegenheit Untersuchungsausschuss 18/2 ist der Einzige, der bisher in den Dreck gezogen wurde, und zwar durch die Landesregierung, durch das Innenministerium, der unterlegene Bewerber Ritter. Das muss auch einmal klar gesagt werden. Es ist eine Frechheit, was hier passiert.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Die Formulierung auf dem Gewerkschaftstag der Polizei, dass im Innenministerium eine unsensible Führungskultur existiert, stammt doch nicht von uns, sondern von Staatssekretär Rhein. Das ist doch nicht unsere Erfindung gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Damit müssen Sie sich auseinandersetzen. Wenn wir das zum Thema machen, dann erwarten wir von Ihnen wenigstens, dass Sie sich um die Verfahren kümmern.

(Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Wir haben als sozialdemokratische Fraktion permanent und immer wieder die Verfahren in den Mittelpunkt der Kritik gestellt. Wir haben gestern bei der Frage der anonymen – –

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Schäfer-Gümbel, kommen Sie bitte zum Schluss.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Ich komme zum Schluss. – Bei den anonymen Briefen haben wir klar gesagt, das geht so nicht. Da haben wir uns ausdrücklich vor den Minister gestellt. Wir haben nicht nachgearbeitet, aber wir haben gesagt, die Verfahren müssen in Ordnung sein. Das passiert nicht.

Herr Ministerpräsident, persönliche Verunglimpfung, das ist nun wirklich Ihre Lieblingsstrategie in vielen Wahlkämpfen gewesen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Halten Sie sich bitte zurück.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Schäfer-Gümbel. – Die nächste Wortmeldung liegt von Herrn van Ooyen vor für die Fraktion die LINKE.

(Zurufe von der CDU: Öh!)

#### **Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will auf einen Punkt aufmerksam machen, der im Grunde genommen der auffälligste ist. Wir als LINKE haben nie die persönliche Verfolgung angestrebt,

(Lachen bei der CDU)

sondern wir haben immer das System Koch benannt. Der zentrale Punkt ist nicht, dass sich die einzelnen Fakten zusammenreihen, sondern der wesentliche Faktor ist, dass man Ihnen zutraut, dass Sie eine solche Politik machen. Damit müssen Sie sich politisch auseinandersetzen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Grunde genommen setzen Sie in einer ganz engen Art und Weise Ihre politischen Positionen auch personal- und ordnungspolitisch durch. Das trifft zu bei der Besetzung von Spitzenstellen, das trifft zu, wenn man Steuerfahnder rauschmeißt, das trifft zu, wenn die Polizei sagt, bei uns herrscht ein Umgangston, der nicht mehr solidarisch ist, sondern wo von oben durchgeigert wird.

Das ist der Zustand dieser Regierung. Ich glaube, das muss man aufarbeiten, und das werden wir auch politisch aufarbeiten. Wir haben im Untersuchungsausschuss 18/1 die Situation, dass die CDU besonders, aber auch die FDP darauf aus sind, den Menschen, die dort rausgeekelt worden sind, nachzuweisen, dass sie irgendwelche gesundheitlichen Probleme haben. Aber es wird nicht thematisiert, dass sie rausgeworfen wurden, weil das System Koch wollte, dass die Reichen reicher und die Armen ärmer werden.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Als Nächster spricht Herr Greilich für die FDP-Fraktion.

(Günter Rudolph (SPD): Er darf nur einmal innerhalb der Aktuellen Stunde!)

– Herr Rudolph, Sie haben recht. – Herr Kollege Greilich, Sie haben schon einmal in der Aktuellen Stunde gesprochen. Nach der Geschäftsordnung dürfen Sie in der Aktuellen Stunde nur einmal sprechen. Es tut mir leid.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Dann darf ein anderer von der FDP reden!)

Herr Staatsminister Bouffier, Sie haben sich zu Wort gemeldet.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich glaube, wir haben gemeinsam den Eindruck, dass hier auf allen Seiten hohe Emotionen sind. Ich habe Sie in der vorletzten Plenarsitzung, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, gebeten: Arbeiten Sie sich an mir ab, aber lassen Sie Beamte, die sich nicht öffentlich wehren können, außen vor.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das will ich heute ausdrücklich in Erinnerung rufen. Ich will auf die Frage, die Sie, Herr Abg. Rudolph, in Ihrem Beitrag aufgeworfen haben, antworten. Sie haben unter dem Titel, den Sie heute Morgen verhandeln, eingefügt, Sie wollten nicht hoffen, dass rechtsextremistisch verdächtige Personenschützer, die einmal Herrn Friedman betreut haben, nun ausgerechnet zur Ausbildung junger Polizeibeamter tätig seien. Damit haben Sie zumindest den Eindruck erweckt, so etwas könne sein.

(Günter Rudolph (SPD): Ich habe gefragt! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Eben, Sie haben gefragt. – Die Tatsache, dass wir uns täglich begegnen, hätte Sie eigentlich veranlassen müssen, wenn Sie an der Sache selbst interessiert gewesen wären, zu mir zu kommen und zu fragen: Sagen Sie mal, ich habe da etwas gehört, ich bin im Zweifel. Können Sie mich informieren? – Das ist ein ganz normaler Vorgang.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das haben Sie auch früher immer so gemacht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Das haben Sie nicht gemacht. Stattdessen haben Sie das hier wieder so untergejubelt, nach dem Motto: Da gibt es doch noch etwas. – Das ist genau das, was ich zurückweise. Das ist wie mit anderen Dingen auch. Da wird gesagt: Beweisen Sie mal, dass Sie nicht so gedacht haben. – Das ist objektiv nahezu unmöglich.

Nun zu dem Sachverhalt. Ich habe Ihnen im Innenausschuss schon im Jahr 2006 berichtet – nicht Ihnen, Herr van Ooyen, da waren Sie noch nicht dabei, aber Ihnen, Herr Rudolph –,

(Holger Bellino (CDU): Das waren noch gute Zeiten!)

dass Personenschützer, die unter anderem auch Herrn Dr. Friedman betreut haben, sich dem Vorwurf ausgesetzt haben, gegebenenfalls rechtsextremistische Straftaten begangen zu haben.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich habe Sie dann darüber unterrichtet, dass sowohl ein Strafverfahren wie auch disziplinarische Ermittlungen eingeleitet wurden. Ich habe Sie darüber unterrichtet, dass die Betroffenen vom Landeskriminalamt an die damalige Landespolizeischule, heute Polizeiakademie, versetzt wurden und dort mit Verwaltungstätigkeiten betraut sind und keine Ausbildungsaufgaben übernommen haben. Das ist lange her, das ist vielleicht in Vergessenheit geraten. Das ist der Sachverhalt.

Die Sache ist aber ganz interessant, und deswegen nehme ich mir jetzt die Zeit, sie hier vorzutragen. Die Verfahren

sind sämtlich eingestellt worden, nach § 170 StPO, auch die Disziplinarverfahren.

Der betreffende Beamte ist heute immer noch nicht wieder in Ausbildungsaufgaben eingesetzt. Das habe ich bewusst so entschieden, obwohl es eigentlich nicht die Aufgabe eines Ministers ist, einen Beamten des gehobenen Dienstes einer nachgeordneten Behörde zu kontrollieren. Aber: Sensibilität. Es passt so gut, dass der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der hessischen Polizei vor Monaten bei mir war und gesagt hat: Es kann doch nicht sein, dem Mann ist nichts vorzuwerfen, er möchte wieder normal arbeiten. In der Behörde heißt es nur noch, weil Sie es nicht zulassen, dürfe er das nicht. Er hat sich nichts vorzuwerfen. Sie haben entschieden, damit nicht der Eindruck entsteht, in der Ausbildung der hessischen Polizei könne jemand tätig sein, der gegebenenfalls bedenklich sei.

In der vorletzten Plenarsitzung habe ich mit dem Gesamtpersonalrat der hessischen Polizei und einigen Mitarbeitern darüber gesprochen. Da habe ich ihm gesagt, dass ich ihn verstehen könne. Ich habe ihn aufgefordert, mir das schriftlich zu geben. Aus meiner Sicht wäre es dann auch gut für den Mann.

Es ist gerade einen Tag her, dass ich mir von Ihnen anhören muss, in der hessischen Polizei herrsche eine unsensible Führungskultur. Es bedürfe eines Ombudsmanns,

(Zuruf von der SPD: Der Staatssekretär hat das gesagt! Das war Herr Rhein! – Weitere lebhaftere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Schäfer-Gümbel, tun Sie langsam. – Frau Kollegin Faeser hat gesagt, da würden Leute mit Disziplinarverfahren überzogen, und das dauere jahrelang. Dann stelle sich raus, es sei nichts daran gewesen, und keiner kümmere sich um die Betroffenen. Dagegen müsse etwas getan werden. – Ich habe ihr entgegnet, dass die Gesetze so sind und es für einen Betroffenen bedrückend und persönlich mehr als unbefriedigend ist.

Ich habe nicht ansatzweise geahnt, dass Sie schon am nächsten Tag einen solchen Fall als Beispiel meiner ungläublichen Amtsführung vortragen. Herr Kollege Rudolph, machen wir darunter mal einen Strich. Der betreffende Mann, den ich persönlich gar nicht kenne, fühlt sich zu Recht, so wie ich das heute sehe, nicht gut behandelt.

Trotzdem habe ich meine Entscheidung für richtig gehalten. Nun sind ein paar Jahre herum, und wenn er sich in seinem Dienst nichts vorzuwerfen hat, dann bin ich dafür, dass er wieder in seine Ausbildungsaufgabe eingesetzt wird.

Es wäre aber schön, wenn Sie nicht bei nächster Gelegenheit wieder nach vorne kommen und fragen, ob es denn sein könne, dass jemand, der verdächtig sei, Polizeibeamte ausbilde, wenn wir dieses Spielchen einmal beiseitelegen können. Wir haben genügend andere Dinge, über die wir uns unterhalten und auch streiten können. Aber bitte nicht dieses Spielchen mit „Na, wie wäre es denn?“, und wenn ich Ihnen nachweise, dass es nicht so ist, dann antworten Sie, Sie hätten nur mal gefragt.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist die Taktik!)

Wir haben genügend Aufgaben, über die wir uns auseinandersetzen haben. Damit will ich das jetzt auch einmal abräumen.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist die Aufgabe des Parlaments! – Gegenruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU): Nur Vermutungen!)

Herr Rudolph, damit Sie beim nächsten Mal nicht öffentlich fragen müssen, geben ich Ihnen gleich eine öffentliche Antwort auf eine immer wieder gestellte Frage. Ich versehe dieses Amt seit elf Jahren. Ich habe Dutzende von Führungspositionen dem Kabinett vorzuschlagen und zu besetzen gehabt.

Wir haben allein in der hessischen Polizei elf Spitzenbehörden mit Präsidenten und Vizepräsidenten. Das ergibt 22. Nach meiner Kenntnis sind von diesen 22 genau vier Mitglieder der CDU. Ich sage Ihnen: Das Entscheidende für die Besetzung einer Position ist, wer für dieses Amt am geeignetsten ist.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Ist jemand in der CDU, dann kann das kein Grund dafür sein, jemanden zu berufen. Ist er der Geeignetste, und er ist in der CDU, dann ist das aber auch kein Grund, ihn deshalb an seinem beruflichen Fortkommen zu hindern.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, zu Tagesordnungspunkt 72 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Ende der Aussprache zur Aktuellen Stunde der SPD betreffend Innenminister Bouffier – Affären, Skandale und kein Ende.

Bevor ich zum Aufruf der nächsten Aktuellen Stunde komme, habe ich etwas nachzuholen. Ich hatte angekündigt, dass ich, sobald der Auszug aus dem Protokoll vorliegt, das aufgreifen werde und Ihnen mitteilen werde. Ich darf aus dem vorläufigen Protokoll Herrn Bellino zitieren. Da heißt es:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen, dass wir in keiner Bananenrepublik leben, auch wenn sich manche Kritiker wie eine orientierungslose Affenhorde gerieren.

Da ist das Wort „Affenhorde“ ausdrücklich festgehalten.

(Zuruf von der SPD: Ja, ja!)

Ich rüge diese Aussage ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU – Minister Karlheinz Weimar: Ich werde bei meiner nächsten Rede „Affenhorde“ verwenden!)

– Ich bitte auch Herrn Staatsminister Weimar um Ruhe, wie ich das gesamte Plenum jetzt um Ruhe bitte, damit wir fortfahren können.

Ich freue mich, auf der Besuchertribüne unseren früheren Kollegen Herrn Hoff begrüßen zu dürfen. Herr Hoff, herzlich willkommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 73** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Schuldenbremse umsetzen – Handlungsfähigkeit erhalten, Hessens Zukunft für nachfolgende Generationen sichern) – Drucks. 18/2411 –**

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Milde.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dieser hektischen Aktuellen Stunde, die relativ wenig mit Sachpolitik zu tun hatte, sondern viel mit Emotionen, kommen wir jetzt zu einem der wirklich ganz zentralen Punkte, der die Politik im Moment weltweit beschäftigt. Ich denke, da müsste wenigstens wieder Einigkeit bestehen. Wir reden heute nicht nur über das Thema Schuldenbremse, sondern wir reden darüber, wie wir den notwendigen Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik der Industriestaaten, aber natürlich auch hier in Hessen gestalten wollen.

Meine Damen und Herren, die Schuldenbremse an sich ist dadurch, dass sie bereits im Grundgesetz verankert wurde, nicht mehr die zentrale Frage, über die wir uns hier in Hessen unterhalten. Sie ist aber eine ganz zentrale Frage dabei, wie wir mit unseren hessischen Bürgerinnen und Bürgern bei diesem Thema umgehen. Denn für unsere Begriffe ist es mehr als richtig, dass wir die Frage des Paradigmenwechsels und des Verbots neuer Schulden in der Hessischen Verfassung ab 2020 mit den hessischen Bürgerinnen und Bürgern zusammen diskutieren und entscheiden und uns deswegen auch bemühen werden, eine Volksabstimmung darüber durchführen zu lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich bin sehr dankbar für die Unterstützung, die z. B. auch der Bund der Steuerzahler in Hessen uns dabei gibt, der sich ausdrücklich dafür ausspricht. Ich finde, man sollte hierbei auch verbal abrüsten. Die Bezeichnung ist heute leider schon ein paar Mal verwendet worden. Lassen wir uns doch einmal vor Augen führen, was da im Moment in der Welt passiert. Wir haben eine dramatische Überschuldung fast aller Staaten in der Welt, die so lange gut gegangen ist, wie immer wieder Geld gegeben wurde und immer wieder jemand bereit war, einem Staat, auch Griechenland, Japan, den USA und uns, Geld im Markt zu leihen. Das ist in den letzten Tagen mit einem Schlag infrage gestellt worden – und zwar durch das Thema Griechenland. Dann kommt der Hessische Ministerpräsident und sagt: Ich bin auch bereit, über unsere eigenen Fehler in der Politik nachzudenken, aber wir müssen dieses Thema tabulos diskutieren. – Es ist ernst, Herr Kollege Schäfer-Gümbel.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, ja!)

Wir müssen, wenn wir von der extrem hohen Verschuldung, die wir heute haben – ich rede über die Neuverschuldung und noch nicht einmal über die bestehenden Schulden, und zwar über 80 Milliarden € Neuverschuldung im Bundeshaushalt und über 3 Milliarden € allein in Hessen in einem Jahr –, wegkommen wollen und, wenn wir das einsparen wollen, tabulos darüber reden, welche Ausgaben wir uns noch leisten können und welche nicht. – Da muss ich sagen: Recht hat er.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vielleicht mag das der eine oder andere inklusive der Bundeskanzlerin als unglücklich empfinden, wenn man da auch bereit ist, dabei gleich eines der härtesten Themen anzusprechen, nämlich Bildung und Kinderbetreuung. Ich sage Ihnen – auch mit dem Blick auf die Uhr, denn in einer Fünf-Minuten-Debatte kann man nicht auf so viele Details eingehen –: Was Bildung und Kinderbetreuung angeht, haben gerade wir uns in Hessen nichts vorwerfen zu lassen. Wir haben im Bereich der Bildung über 5.000 neue Lehrer eingestellt, seitdem wir hier Regierungsverantwortung haben. Wir haben den Bildungsetat von

1,9 Milliarden € auf über 3 Milliarden € erhöht. Wir haben bei den Hochschulen von 900 Millionen € auf 1,4 Milliarden € erhöht. Kollege Irmer hat das gestern eindrucksvoll erläutert. Wir haben das alles gemacht. Der Ministerpräsident hat auch mitgestimmt, als sich alle Ministerpräsidenten darauf verständigt haben, dass wir in Zukunft 10 % des Bruttoinlandsprodukts für Bildung ausgeben.

Aber man muss auch einmal Folgendes sehen: In einer solchen Zeit, in der wir jetzt leben, muss man darüber diskutieren dürfen, ob es richtig ist, das Ziel in dieser kurzen Frist zu erreichen, oder ob man nicht wenigstens bereit ist, dieses Ziel auf einen längeren Zeitraum zu strecken. Recht hat er bei dieser Frage.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen auch ganz deutlich sagen: Wie sich die Opposition im Bund und in Hessen verhält, was die Vorschläge bei der Schuldenbremse angeht, ist beschämend. Immer dann, wenn ein seriöser Vorschlag auf den Tisch gelegt wird, schreien Sie: Das geht nicht.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Stimmt doch gar nicht!)

Immer dann, wenn allgemein darüber gesprochen wird, sagen Sie: Sagt doch mal was Konkretes. – So kommen wir aus dieser Wirtschafts- und Finanzkrise ganz sicher nicht heraus.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Letzter Satz.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Ein letzter Satz. Wir sparen nicht bei den Kindern, sondern wir sparen für die nächste Generation.

(Beifall bei der CDU – Günter Rudolph (SPD): Das sieht der Herr Koch aber anders!)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich danke Ihnen, Herr Milde. – Als Nächster spricht Herr van Ooyen für die Fraktion DIE LINKE. Fünf Minuten Redezeit – Sie wissen das.

**Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Steuerschätzung liegt gerade hinter uns. Da erleben wir, wie die Steuersenkungscoalition versucht, in die Offensive zu gehen. Es ist geradezu absurd, dass ausgerechnet die CDU wieder versucht, sich als die Partei der stabilen Staatsfinanzen aufzuplustern.

(Horst Klee (CDU): Sie sind es bestimmt nicht!)

Der Schätzerkreis der Bundesregierung hat berechnet, dass allein die Steuersenkungen, denen auch die Hessische Landesregierung im Bundesrat zugestimmt hat, Bund, Länder und Gemeinden bis 2013 32 Milliarden € kosten werden.

Die unverantwortlichen Spenderhosen, die Sie bei der Opposition sehen, haben Sie selbst an. Aber nach genau diesem Muster wird in diesem Land von Rot, Grün, Schwarz und Gelb seit Jahrzehnten Haushaltspolitik ge-

macht: Steuern senken, um anschließend zu bedauern, dass für Bildung, Kinderbetreuung, Renten, Gesundheit und Weiteres kein Geld mehr da ist. Mit der Schuldenbremse hat dies eine neue Qualität bekommen, da man dem neoliberalen Kürzungsdiktat auch noch Verfassungsrang gegeben hat. Völlig verrannt haben sich die vier Parteien in die Idee, dass ein Staat keine langfristigen Kredite mehr aufnehmen darf. Leider haben Sie sich aber keine Gedanken mehr darüber gemacht, was das eigentlich für die Handlungsfähigkeit des Staates bedeutet.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie haben selbst zugestimmt! Ich wollte Sie nur mal erinnern!)

– Das ist schwierig. Wir werden niemals dieser Schuldenbremse, um in Ihrem Sprachgebrauch zu bleiben, zustimmen, weil wir auch die Kreditbremse niemals wollten.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Nur um zu veranschaulichen, worum es geht: Hätte man die Schuldenbremse bereits 1998 eingeführt, hätte Hessen im Jahr 2008 keine Investitionen mehr tätigen können. Wie man dann die gegenwärtige Krise hätte abmildern sollen, kann sich jeder ausmalen: Banken wären nicht zu retten gewesen, und den Euro gäbe es wahrscheinlich nicht mehr. Von den Konjunkturprogrammen der Landesregierung hätte man nur träumen können. Damit müsste der Landesregierung eigentlich klar sein, dass es konjunkturpolitischer Wahnsinn wäre, das angestrebte Konsolidierungsvolumen in Hessen von über 2 Milliarden € dauerhaft einzusparen, ohne die Einnahmen zu erhöhen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das steht übrigens im Grundgesetz! Da sollten Sie hineinsehen! Diese Punkte sind ausdrücklich ausgenommen!)

Wieder einmal behaupten die Regierungsfractionen, die Schuldenbremse sei wichtig für die Generationengerechtigkeit. Dass dies ausgemachter Unsinn ist, wird klar, wenn man sich die Äußerungen vom Ministerpräsidenten ansieht, der den Rasenmäher bei der Bildung und Erziehung unserer Kinder ansetzen will. Das ist Ihre Art der Generationengerechtigkeit: heute Steuergeschenke verteilen und morgen an der Bildung sparen. Denn wenn sich ein Staat verschuldet, dann kann man dieses Geld kaum besser anlegen als im Bildungssystem.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Es ist schließlich davon auszugehen, dass sich die Investitionen in aufgeklärte, kluge junge Menschen bezahlt machen – für die Einzelnen und unser Zusammenleben in einer solidarischen Gesellschaft. Es ist das eine, eine Schuldenbremse zu fordern. Geradezu frech ist es aber, dass Sie die Notwendigkeit der Schuldenbremse noch damit begründen, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten. Tatsächlich ist es so, dass Sie über unsere Verhältnisse gelebt haben. Sie alle haben die Steuergeschenke der letzten Jahre mitzuverantworten, die dazu geführt haben, dass die öffentlichen Kassen leer sind.

Da sind wir dann auch bei der Frage, ob es ein Tabu geben darf, wenn man die öffentlichen Haushalte sanieren will. Wir als LINKE sehen Tabus überall dort, wo Sparen im neoliberalen Neusprech Kürzen heißt. Denn sparen kann nur, wer auch Geld einnimmt. Hören Sie also auf, die öffentlichen Kassen durch Steuergeschenke zu plündern, und sorgen Sie für einen vernünftigen Steuervollzug.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern Sie auf: Geben Sie uns die Chance, Zukunftsinvestitionen auch mit Krediten zu finanzieren. Dies ist allein schon deshalb geboten, weil ein Staat Aufgaben finanzieren muss, die über mehrere Generationen wirken. Zum Beispiel die moderne Energieversorgung, die heute erforscht wird, kommt hoffentlich auch noch unseren Kindern und Enkeln zugute.

Damit wir diese Aufgaben aber auch erfüllen können, ist es sinnvoll, auch die nachfolgenden Generationen an den Kosten zu beteiligen. Dies ist möglich über die Rückzahlung der entsprechenden Kredite. Schulden sind also kein Tabu. Schulden für Steuergeschenke sind es aber sehr wohl.

Deshalb freuen wir uns auf die öffentliche Auseinandersetzung bei der Volksabstimmung über die Kreditbremse. Wir werden vor Ort sein und Widerstandskomitees vor Ort bilden, worauf Sie sich verlassen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Horst Klee (CDU): Widerstandskomitees, das hört sich gut an! Das ist das Einzige, was Sie können! Da lachen ja die Hühner!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege van Ooyen. – Nächster Redner ist Herr Kollege Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Milde, mit einer Präsenz von ungefähr einem Viertel ihrer Mitglieder zeigt die CDU-Fraktion, wie wichtig ihr ganz offensichtlich das von ihr eingebrachte Thema Schuldenbremse ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Folgende Wahrheiten gilt es nicht zu vergessen: Ende 1998, am Ende der rot-grünen Regierung in Hessen, war der Schuldenbestand etwa 23,1 Milliarden €.

(Zurufe der Abg. Horst Klee (CDU) und Norbert Schmitt (SPD))

Ende 2010, nach dann zwölf Jahren Regierung des Finanzministers Weimar und des Ministerpräsidenten Koch, wird der Schuldenstand nach Lage der Daten 41,6 Milliarden € betragen. Das sind 18,5 Milliarden € in diesen zwölf Jahren oder, über den Daumen gepeilt, 1,5 Milliarden € pro Jahr. Das ist mehr als das Dreifache als in der Vergangenheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Der dafür politisch Verantwortliche fordert jetzt in einer Aktuellen Stunde, die ihn, wie man sieht, selbst nicht so interessiert, die Schuldenbremse umzusetzen. Herr Kollege Milde, da kann ich nur sagen: Hier ruft der Bock: „Lass mich gärtnern.“

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Selbst Ihre Witze waren einmal besser!)

Aber was in Wahrheit dahintersteckt, ist doch, dass Sie die Schuldenbremse zur Säuberung der Gesellschaft von Institutionen und Aufgaben missbrauchen wollen, die Ihnen schon immer ein Dorn im Auge waren. Insoweit haben wir schon die eine oder andere Erinnerung an die „Operation düstere Zukunft“ hören können. Nur was wir aus den Reihen der CDU noch nicht hören konnten, Herr Kollege Milde, auch wenn Sie gerade versucht haben, das Gegenteil zu behaupten, waren irgendwelche seriösen Vorschläge zur Umsetzung dieser Schuldenbremse.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wenn wir unseren Haushalt ganz nüchtern betrachten, haben wir im laufenden Jahr rund 3,375 Milliarden € Nettoneuverschuldung. Der Finanzminister hat erklärt, sein Ziel für 2011 ist es, unter 3 Milliarden € zu kommen. Jetzt bin ich einmal so gewagt und glaube dem Finanzminister. Dann sagen wir also, wir hätten im Jahr 2011 2,9 Milliarden € Neuverschuldung. Er schafft überraschenderweise also sein Ziel. Dann würde das heißen, dass bis zum Jahre 2019 eingeschlossen, für die Folgejahre – ich hoffe, Sie können mir folgen; das sind acht Stück –

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ja!)

jedes Jahr rund 400 Millionen € Ausgaben abgebaut werden müssten, um das verfassungsmäßig vorgegebene Ziel zu erreichen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Vielleicht steigen die Einnahmen!)

Das, was Sie im ersten Jahr, im Jahr 2011, tun, nämlich das Geld den Kommunen wegzunehmen, werden Sie nicht jedes Jahr in Folge tun können, weil die Kommunen überhaupt nicht so viel Geld im kommunalen Finanzausgleich haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wir nehmen ihnen nichts weg!)

Der Kollege Dr. Arnold hat am Dienstag dieser Plenarunde einmal wieder ein Stück weit die Ausschleieritis fortgesetzt und gesagt: „Steuererhöhungen kommen überhaupt nicht infrage.“ Das heißt, über die Einnahmeseite wollen Sie das Problem nicht lösen. Also müssten Sie es ganz offensichtlich über die Ausgabenseite lösen wollen – oder mit Tricks.

Dass Sie mit Tricks operieren wollen, das haben auch schon die Präsidenten der deutschen Rechnungshöfe der Länder und des Bundes auf ihrer Konferenz Anfang Mai dieses Jahres – das ist noch nicht lange her – zumindest ahnen müssen. Wenn wir uns deren Beschluss anschauen, stellen wir fest, dass hier in erheblichen Umfang Sorgen dargestellt werden: z. B. Verlagerung der Verschuldung auf Kommunen und Sozialversicherungsträger – das macht die CDU/FDP angekündigterweise jetzt gerade –, überhöhte Kreditaufnahme – das werden wir möglicherweise erleben – oder Sonderfinanzierung über unwirtschaftliche Vermögensveräußerungen – das hat in Hessen schon einen Namen: Leo I, II, III; wer weiß, was da noch alles kommt.

Meine Damen und Herren, die Präsidenten der Rechnungshöfe empfehlen bereits im Zusammenhang mit der Aufstellung der Haushalte 2011/2012, Handlungskonzepte zur Umsetzung der notwendigen Schritte zu verab-

schieden. Herr Finanzminister, ich bin sehr gespannt. Bisher waren unsere Versuche, bei Ihnen etwas darüber zu erfahren, leider vergebens.

Herr Kollege Milde, ich will deshalb abschließend darauf hinweisen: Diejenigen, die sich schon erhebliche Gedanken und auch Vorschläge zur Umsetzung der Schuldenbremse gemacht haben, sind wir. Sie kennen vielleicht unser Papier: „Hessen aus der Schuldenfalle“.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das ist auch nicht mehr als ein Appell! Das ist eine Liste von Fragen!)

Ich darf Sie – Sie haben es mittlerweile alle, alle Kolleginnen und Kollegen, auch per Mail bekommen – herzlich für den 9. Juni 2010 in diesen Saal einladen. Unter dem Titel „Hessens Weg aus der Schuldenfalle – Umsetzungsperspektiven der Schuldenbremse“ haben wir Wissenschaft und Gesellschaft geladen. Wir würden uns freuen, wenn auch Sie sich an der Debatte beteiligen. Da können Sie vielleicht den einen oder anderen Hinweis entgegennehmen, wie man es machen sollte. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Bei der letzten Sitzung sind wir von Ihnen eingeladen worden!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Kaufmann. – Nächster Redner ist Herr Kollege Noll für die FDP-Fraktion.

#### **Alexander Noll (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kaufmann, zunächst einmal vielen Dank für den Werbeblock für Ihre Veranstaltung. Das könnte durchaus einen Anreiz bieten, sich das einmal anzusehen.

Herr Kaufmann, Sie preisen Ihr Papier an. Ich habe es durchgelesen; aber das, was Sie den Regierungsparteien vorwerfen, ist ein eklatanter Mangel auch Ihres Papiers. Sie betreiben zwar eine Analyse, die in vielen Teilen durchaus in die richtige Richtung geht – daran gibt es wahrscheinlich auch keinen Zweifel zu äußern –, bleiben aber die Antwort schuldig, welche Konsequenzen Sie daraus ziehen. Ihr Papier ist Luft.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das Thema Schuldenbremse ist eigentlich in dem Titel der Aktuellen Stunde klar umrissen. Es gibt zwei Aspekte: erstens die Handlungsfähigkeit des Landes dauerhaft zu erhalten, zweitens Hessens Zukunft für nachfolgende Generationen sicherzustellen. Herr Kaufmann, der Weg aus dieser Schuldenfalle, und das erkennen sicherlich auch Sie bei Ihren Bemühungen, nachzudenken, heißt auf der einen Seite sparen und auf der anderen Seite Strukturen dauerhaft verändern. Am Ende steht doch die Erkenntnis: Ich kann nur so viel ausgeben, wie ich einnehme. Das ist doch die zentrale Erkenntnis der ganzen Diskussion, die wir führen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, da liegen auch die Unterschiede zwischen unseren und Ihren Konzepten.

(Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt, wir sorgen für Einnahmen!)

Wir sagen, die Ausgaben müssen sich an den Einnahmen orientieren. Aber Ihr Konzept ist ein ganz anderes. Sie generieren erst einmal Wünsche, Ausgaben usw., und dann heißt Ihr Konzept: Jetzt passen wir einmal die Einnahmen an all die schönen Wünsche an, die wir uns ausgedacht haben. – So kann man keine vernünftige Konsolidierung von Haushalten betreiben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD))

Unser Konzept ist ein schlanker Staat, und Sparen heißt im Volksmund nun einmal, weniger auszugeben, und es heißt auch, Verzicht auf das zu leisten, was man bislang gern wollte.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Manfred Görig (SPD): Insolvenzverwalter des Staates!)

Das ist unser Weg. Das hat auch etwas mit Freiheit zu tun. Wer den Menschen immer mehr Steuern aufbürdet, raubt ihnen mit jedem Euro ein Stück Freiheit und lässt den Staat dann gern beschreiben, wohin die Reise bei den Ausgaben gehen soll.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Klar steht die Frage an oberster Stelle: Wie viel Staat brauchen wir wirklich? Das ist die entscheidende Frage. Für uns steht dabei im Vordergrund und hat nach wie vor oberste Priorität des Handelns: Bildung ist und bleibt unser Schwerpunkt, weil Bildung auch der Schlüssel zu Freiheit ist. Das ist doch der entscheidende Punkt, und er ist der Schlüssel zu Verantwortung.

(Beifall bei der FDP)

Wer Bildung hat, kann Verantwortung üben und ist auch in der Lage, weitgehend ohne den Staat und seine Gängelei auszukommen.

(Heike Hofmann (SPD): Was haben Sie denn für ein Staatsverständnis?)

Damit kommen wir zum entscheidenden Punkt: Es ist darauf zu reduzieren, was wir an absolut unverzichtbaren Leistungen des Staates garantieren müssen, und sonst gar nichts.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Holger Bellino (CDU))

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie versuchen doch nur, Ihr Wunschpaket durch eben diese Freiheitsberaubung der Bürger zu finanzieren, indem Sie Ihr Konzept einzig daraufhin ausrichten: Wir müssen die Einnahmen durch Steuererhöhungen generieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Einnahmen entstehen dem Staat im Übrigen auch, wenn die Wirtschaft floriert, wenn wir all die Dinge unternehmen, die letztendlich Steuergelder auf bestehenden Konzepten in die Kasse sprudeln lassen.

(Manfred Görig (SPD): Wenn Sie Steuern senken, dann gibt es keine Einnahmen!)

Glauben Sie doch ja nicht, dass das ein verwerfliches Konzept sei: Einnahmen entstehen aus einer gut florierenden Wirtschaft und von Bürgern und Menschen, die sich in dieser Gesellschaft engagieren. Das ist unser Konzept.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wissen Sie, die Freiheit, die Sie meinen, lautet folgendermaßen: Sie beschreiben die Freiheit so, dass sich die Men-

schen im Gefängnis die Zelle selbst aussuchen können. – Unsere Freiheit ist eine andere. Wir sorgen dafür, dass die Menschen gar nicht erst ins Gefängnis kommen sollen. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wir sorgen dafür, dass die Schuldenbremse zumindest als symbolischer Akt auch in diese Verfassung kommt; das Grundgesetz hat sie bereits generiert.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Noll, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich darf Sie bitten, zum Schluss der Rede zu kommen.

#### **Alexander Noll (FDP):**

Frau Präsidentin, ich komme zum letzten Satz.

(Heike Hofmann (SPD): Gott sei Dank!)

Das zwingt uns zur Disziplin. Diese Landesregierung hält am Ziel der Beendigung der Neuverschuldung fest. Bestandteil dieses Ziels ist die Schuldenbremse. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Noll. – Nächster Redner ist Herr Kollege Schmitt für die SPD-Fraktion.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dem Beitrag des Kollegen von der FDP kann man nur sagen: Das war jetzt die Schuldenbremse Noll, die wir gehört haben.

(Beifall bei der SPD – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Neuverschuldung!)

Herr Noll, es war, als hätten Sie eine CD eingelegt. Die CD, die die FDP bis zur NRW-Wahl eingelegt hatte, lautete: Steuersenkungen, Steuersenkungen. – Die neue CD, die eingelegt ist, heißt: Sparen, sparen, sparen. Aber bei beiden CDs haben Sie noch nicht aufgelöst, wie Sie es hinkriegen wollen.

(Beifall bei der SPD – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immer Neuverschuldung!)

Herr Noll, Sie haben uns Ihr Gesellschaftsbild wunderschön dargestellt,

(Florian Rentsch (FDP): Jetzt kommt das SPD-Konzept! Jetzt wird es richtig spannend, aber jetzt!)

dass der Staat, der jedem einen Euro nimmt, sozusagen Freiheitsberaubung betreibt. Sie wollen den hessischen Kommunen 400 Millionen € nehmen. Die größte Räuberbande, die es in Hessen gibt, sind CDU und FDP, meine Damen und Herren.

(Lebhafte Zurufe von der CDU und der FDP – Horst Klee (CDU): Das geht doch nicht an! Unglaublich! – Anhaltende Unruhe)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schmitt, wir hatten das heute Vormittag schon öfter. Ich darf Sie alle bitten, sich im parlamentarischen Rahmen zu verhalten. – Der Begriff „Räuberbande“ gehört gewiss nicht zur parlamentarischen Ausdrucksweise, daher rüge ich das hiermit.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Aber das Geld nehmen die trotzdem weg!)

**Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Noll, ich komme zu Ihnen. Es war wirklich heiße Luft, was Sie hier vorgetragen haben – nicht ein konkreter Punkt. Es ist doch eine Tatsache, dass Sie permanent vom Bremsen reden, was Sie aber machen, ist, Vollgas zu geben. Schauen Sie doch bitte einmal in Ihre mittelfristige Finanzplanung hinein. Herr Finanzminister, Sie werden noch reden; ich werde sehen, ob Sie es korrigieren. Im Jahr 2013 – und da reden die Damen und Herren von einer Schuldenbremse – sind es knapp 2 Milliarden €, hinzu kommt ein Handlungsbedarf von 500 Millionen €, und durch die Steuergesetze, denen Sie im Bundesrat zugestimmt haben, kommen weitere 250 Millionen €. Wir haben es also damit zu tun, dass wir im Jahr 2013 von der Nullverschuldung, von Ihrer Schuldenbremse, summa summarum knappe 2,75 Milliarden € weg sind. Dann reden Sie davon, man müsse die Schuldenbremse ernst nehmen und Generationen sichern. Wo sind Sie denn? – Machen Sie das doch endlich.

(Beifall bei der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wir machen es ja!)

Sie fahren ungebremst einen Abhang hinunter und wollen den Menschen auf dem Rücksitz weismachen, es sei alles in Ordnung. Dabei wissen Sie noch nicht einmal, wohin Sie steuern wollen. Der Steuermann, Herr Koch, will in die Bildung, in den Kindergarten einen Crashkurs fahren; der Vizeministerpräsident sagt, dahin wollten Sie nicht steuern. Er weiß auch nicht genau, wo er hin will, aber in einem sind Sie sich, wie gesagt, einig, und zwar bei den Kommunen. Die sollen bei dem Hang nach unten noch schnell plattgemacht, rasiert und überrollt werden.

(Beifall bei der SPD – Florian Rentsch (FDP): Nun kommen Sie zu Ihrem Konzept!)

Meine Damen und Herren von der FDP, dann komme ich zu Ihrer Wahllüge. Was haben Sie noch kurz vor der Wahl in Ihrem Wahlprogramm gesagt? – „Politisches Ziel ist es, die Nettoneuverschuldung durch das Land spätestens ab dem Jahr 2011 – bei entsprechenden Steuereinnahmen bereits eher – dauerhaft einzustellen.“ Wahlprogramm, Seite 65, 13. Dezember 2008. Das ist knapp 15 Monate her. Meine Damen und Herren, damals haben Sie diese Wahllüge verbreitet, und jetzt stellen Sie sich hierhin und reden von Schuldenbremse. Sie sind in diesem Jahr knapp 3,5 Milliarden € davon entfernt. Hören Sie doch auf mit diesen Sprüchen.

(Zuruf von der CDU: Regen Sie sich nicht auf!)

– Da rege ich mich auf, über diese permanenten Sprüche zur Schuldenbremse; es wird aber nichts dazu getan. Die größten Verschulder, die Hessen je erlebt hat, sind Sie.

(Florian Rentsch (FDP): Herr Dr. Spies ist doch gar nicht da!)

Der Ministerpräsident, der im Jahr 2014 weg sein wird, wird zusammen mit Ihnen in 13 Jahren Regierungszeit die Hälfte aller Schulden des Landes Hessen zu verantworten haben. Da reden Sie von Schuldenbremse. Sie machen sich doch echt lächerlich.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP)

Ich komme zum Schluss. An einem Punkt haben der Finanzminister, der angekündigt hat, wir bekommen die Verschuldung ab 2014 in den Griff, und Minister Posch, der gesagt hat, 2014 wird es in Hessen wirtschaftlich wieder aufwärtsgehen, aber völlig recht: Sowohl hinsichtlich der Verschuldung als auch in der Wirtschaftspolitik wird es in Hessen dann wieder aufwärtsgehen, wenn diese Regierung weg ist, nämlich nach dem Jahr 2014.

(Beifall bei der SPD – Lebhaftige Zurufe von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Schmitt. – Für die Landesregierung hat Herr Finanzminister Weimar das Wort.

(Unruhe)

– Ich darf bitten, im Auditorium Ruhe einkehren zu lassen. Jetzt hat der Herr Finanzminister das Wort. Ich bitte alle anderen, zuzuhören.

(Unruhe)

– Hallo! Hören Sie wenigstens mir zu. Ruhe jetzt!

(Unruhe)

Herr Finanzminister, ich darf Sie bitten, Ihre Rede erst zu beginnen, wenn im Saal Ruhe eingekehrt ist.

(Unruhe – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist das für ein Umgang mit der Präsidentin?)

– Frau Schulz-Asche, das gilt auch für Sie, auch wenn Sie mich verteidigen wollen. – Richtig ruhig ist es immer noch nicht. – Herr Finanzminister.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Abg. Schmitt, es ist immer gut, wenn sich Leute über die Finanzen noch aufregen können. Ich warne aber vor einem: Ich bin jetzt schon lange dabei, und mir sind Ihre Sprüche vor jeder Wahl – näher zur Wahl immer weniger laut – in Erinnerung, dass nach der nächsten Wahl die SPD und irgendjemand mit ihr regieren werde. Das hat bisher nicht geklappt. Das wird auch in Zukunft nicht so schnell klappen – angesichts dessen, wie Sie sich hier geben. Seien Sie deshalb ein bisschen vorsichtig.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Abwarten! – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, einige wenige Bemerkungen zum Thema. Wir alle – bis auf DIE LINKE – haben gemeinsam beschlossen, dass ab 2019 bzw. 2020 ausgeglichene Haushalte in diesem Land zum Regelfall werden und es nur bei Naturkatastrophen oder sonstigen Vorkommnissen, die außerhalb der Sphäre des Üblichen liegen, Ausnahmen gibt. Das Ziel, 2019 die Verschuldung auf null zu fahren, ist nur zu erreichen – schauen Sie sich die

Haushaltslagen des Bundes und der Länder an, der Bund hat in diesem Jahr in seinem Haupthaushalt und den Nebenhaushalten eine Nettoneuverschuldung um 100 Milliarden € –, wenn wir in diesem und vor allen Dingen im nächsten Jahr anfangen, drastisch zu sparen.

Das ist ganz einfach ein mathematisches Problem. Jedes Jahr, in dem die Kurve nicht nach unten geht, bedeutet, am Ende sind noch höhere Volumina einzusparen. Das heißt, wenn wir es in den nächsten Jahren in Hessen nicht schaffen, die Verschuldung jährlich um rund 300 Millionen € zu senken, werden wir ab 2016 in eine Größenordnung der Verschuldung geraten, die – egal, wie die Konjunktur läuft – eine Nettoneuverschuldung um 3 bis 3,5 Milliarden € nach sich ziehen wird. Eine solche Summe innerhalb von zwei oder drei Jahren einzusparen ist ausgeschlossen. Das heißt, wenn wir jetzt nicht damit beginnen, die Linie nach unten zu führen, werden wir in dieser Frage nicht erfolgreich sein können. Wir können aber erfolgreich sein – dazu werde ich gleich einige wenige Bemerkungen machen.

Ich stelle Ihnen die Größe der Aufgabe dar. 2011 hatten wir 3,1 Milliarden € in der mittelfristigen Finanzplanung, 100 Millionen € waren noch ungedeckt, weil 50 Millionen € globale Mehr- und Minderausgaben einzusetzen waren. Es waren also insgesamt 3,2 Milliarden €. Wenn wir auf 2,9 Milliarden € kämen, würde die Verschuldung schon ein Stück nach unten korrigiert. Wir müssten dafür – gegenüber der dieses Jahr eingeplanten Verschuldung, von der ich hoffe, dass wir sie im Vollzug unterschreiten – einen Betrag in der Größenordnung von round about 700 Millionen € einsparen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Die holen Sie ja bei den Kommunen!)

Sie müssen damit rechnen, dass wir zu Beginn des Haushaltsjahres Ausgaben in einer Größenordnung von mindestens 150 Millionen €, denen wir uns aufgrund von Verträgen, durch Gesetz und sonstige Bindungen nicht einfach entziehen können, zusätzlich berücksichtigen müssen. Beispiel: Wenn ein Gesetz auf Bundesebene geändert wird, wenn Tarifverträge geschlossen werden, dann haben wir unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Das heißt, bei dem Ziel, die Verschuldung von 2011 auf 2012 um 400 Millionen € zu reduzieren, haben Sie mit mindestens 300 bis 350 Millionen € aufgrund gebundener Ausgaben zu rechnen, die wir auf jeden Fall erfüllen müssen. Diesen Betrag müssen wir zusätzlich einsparen. Das bedeutet, um das Ziel zu erreichen, im Ansatz für das Jahr 2011 zu einer Nettoneuverschuldung von unter 3 Milliarden € zu kommen, müssen Sie gegenüber diesem Jahr real etwa 700 Millionen € einsparen. Das ist eine gewaltige Aufgabe. Die wird nicht durch Schreierei gelöst.

(Günter Rudolph (SPD): Aber auch nicht durch Steuersenkungen!)

– Zu dem Thema habe ich mich von diesem Pult aus hinreichend deutlich geäußert.

(Günter Rudolph (SPD): Aber im Bundesrat zugestimmt!)

– Die Frage von Steuersenkungen ist nicht mehr aktuell. Ich greife aber den Zwischenruf auf. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz war richtig. Ich habe mich auch zu der Frage der Mehrwertsteuersenkung für Hotels geäußert; da bin ich extrem kritisch. Bleiben wir aber einmal dabei, damit man sieht, welche Argumente hier ausgetauscht werden. Es wird immer wieder gesagt, wir sollen

eine nachfrageorientierte Politik machen, die kleinen Leute sollen Geld in der Tasche haben. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat zum allergrößten Teil genau das für die Familien beinhaltet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Finanzminister, gestatten Sie mir den Hinweis, dass die für die Fraktionen vereinbarte Redezeit abgelaufen ist.

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Frau Präsidentin, noch einen kleinen Moment – selbst auf das Risiko hin, dass es zu einer weiteren Runde kommt. Wir haben eben Zeit für andere wichtige Dinge gebraucht. Ich glaube, das ist ein wichtiges Statement.

Von Ihnen wird es doch immer so gedreht, wie Sie es brauchen. In Wahrheit sind 4,6 Milliarden € für die Familien eingesetzt worden.

(Zurufe von der LINKEN: Nur!)

– Hören Sie doch auf mit Ihrem „nur“. Es sind 4,6 Milliarden € für Familien aufgebracht worden. Das müsste von Ihnen unter dem Gesichtspunkt begrüßt werden, dass wir etwas für die Nachfrage tun, weil die Menschen mehr Geld in die Kasse bekommen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Aber bei den Leuten ist nichts angekommen!)

Jetzt argumentieren Sie wieder genau so, wie es für Sie passt. Sie sagen, das ganze Wachstumsbeschleunigungsgesetz sei falsch. Das war natürlich nicht falsch, sondern richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat uns übrigens ins Stammbuch geschrieben, dass Familien mit Kindern sukzessive eine Besserstellung erfahren müssen. Das ist vom Gesetzgeber in vorauseilendem Gehorsam – so will ich es einmal bezeichnen – umgesetzt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Es kann ja nicht falsch sein, Familien mit Kindern zu helfen, damit sie besser über die Runden kommen. Ich kann gar nicht verstehen, wie man an der Stelle so argumentieren kann.

Im Übrigen warne ich alle Beteiligten hier im Haus: Wir werden uns über die Mehrwertsteuer und über die Ausnahmen unterhalten müssen. Ich garantiere Ihnen, wenn bei der Mehrwertsteuer die Diskussion konkret wird und der große Schnitt kommt, wird jede Fraktion ihre Bereiche haben, in denen sie sich extrem schwertut. Das wird ein ganz bitterer Gang. Er wird kommen müssen, einfach deshalb, weil das von der Finanzverwaltung kaum noch vollziehbar und für die Beteiligten kaum noch verständlich ist. Die Diskussion wird alle in beachtlichem Umfang belasten, weil jeder seine Klientel hat. Sie werden sehen, die Bittsteller werden massenweise auf der Matte stehen und sagen: Das geht doch nicht, Hundefutter ist doch genauso wichtig wie Babynahrung, und Schnittblumen müssen natürlich entsprechend behandelt werden.

Wir haben über die LINKEN dankenswerterweise eine Diskussion über die Frage der Mehrwertsteuer bei Schulspeisungen bekommen. Es ist doch ein Witz – Sie haben völlig recht, dass Sie dieses Thema ansprechen –, dass es

drei verschiedene Mehrwertsteuersätze für das Schulesen gibt, je nachdem, wie es organisiert wird. Das versteht doch kein Mensch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP)

Das wird auch geändert werden. Nur, Sie werden sehen, dass Sie, wenn Sie es ändern, mindestens zwei Gruppen haben, die protestieren werden. Den einen werden Sie nämlich begünstigen, und zwei andere werden bei der Sache schlecht aussehen. Ich warne also davor.

Zweiter Punkt. Man muss das doch einmal unter dem Gesichtspunkt betrachten, wie wir Politik machen. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Wir haben den Betrag von 1 Million € im Haushalt stehen, eine Zuweisung für irgendetwas im Zusammenhang mit Politik. Eine Fraktion stellt einen Antrag und erklärt: Wir müssen 500.000 € mehr ausgeben, dann machen wir 50 % mehr Politik, und dann sind wir die Guten, weil wir für die Leute sind. – Dass einer einmal sagt: „Weißt du, 1 Million € brauchen wir nicht unbedingt; wir können auch 800.000 € ausgeben; wenn wir es clever ausgeben, erreichen wir mehr als vorher“, ist kein durchgängiges Instrument von Politik.

Das werden Sie zu einem Großteil nur erreichen, wenn Sie die Ressource Geld kappen. Man fängt erst dann an, darüber nachzudenken, wie man sich intelligenter organisieren und mit weniger Geld mehr erreichen kann, wenn das Geld wirklich fehlt. Deswegen wäre es eine große Aufgabe für die Mitglieder eines Parlaments, so differenziert darüber nachzudenken, dass man die Schwachstellen kennt, und dann zu sagen: Leute, wir stellen dafür weniger Geld zur Verfügung. – Damit erklären wir aber nicht, es soll weniger für die Menschen gemacht werden, sondern wir erklären, dass die Institution in der Lage ist, mit weniger Geld mehr zu erreichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dann stellt sich die Grenzkostenfrage. Wir haben sehr große Systeme, zu denen auch die Bildung gehört. Vor Ihnen steht ein Finanzminister, der elf Jahre lang jedes Mal dazu beigetragen hat, dass Entwicklungen vorangekommen sind. Der Hochschulpakt und das HEUREKA-Programm waren durchaus meine Ideen. Das darf ich an der Stelle auch einmal sagen, damit es nicht immer heißt, die Finanzminister seien gegen alles. Ich habe gesagt: Wir nehmen das Geld in die Hand und machen das an der Stelle.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie werden bei diesen Systemen in die Situation kommen, dass der Einsatz von mehr Geld unter Grenzkostengesichtspunkten nur noch sehr geringen Ertrag bringt. In Teilbereichen – auch der schulischen und der hochschulischen Systeme – sind wir mittlerweile so weit, dass 1 €, den wir investieren, eine Verbesserung nicht mehr im Gegenwert von 1 €, sondern nur noch im Gegenwert von 15 oder 20 Cent bringt.

Man muss auch die demografische Entwicklung betrachten. Es gibt doch immer weniger Kinder. Allein aus der Tatsache, dass wir weniger Kinder haben, müsste sich doch ergeben, dass die vorhandenen Ressourcen zumindest ausreichen, um bessere Leistungen zu erbringen. Das wird völlig ausgeblendet.

Es gibt einen dritten Punkt, über den wir uns immer streiten werden. Den muss man aber wirklich im Auge behalten. Das ist bei allen Fraktionen ein Thema, das allerdings immer unterschiedlich eingesetzt wird, was auch legitim

ist. Es geht nämlich darum, dass ein Land eine Aufgabe, für die es zuständig ist, nicht nur nach dem betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkt der Gewinnmaximierung oder der Ausgabenmaximierung wahrnimmt.

Wir stehen vor der Frage, dass wir in einem Land über Umwegrenditen und Wohlfahrt Geld ausgeben, das sonst keiner, wenn er betriebswirtschaftlich denkt, auf diese Weise ausgeben würde. Wir haben viele Infrastrukturprojekte. Die Rentabilität ergibt sich ausschließlich daraus, dass wir sagen: Wir möchten das, um der Bevölkerung einen Service zu bieten. – Es gibt andere Institutionen, von denen wir sagen: Die Einrichtung selbst rentiert sich nicht; aber wenn man die Region insgesamt betrachtet, lohnt es sich.

Das sind Punkte, über die man im Einzelnen diskutieren muss. Deswegen ist das Sparen so schwer. Aber wir werden nicht darum herumkommen, massiv zu sparen. Es gibt auch Möglichkeiten, bei denen wir uns nicht beschimpfen müssen, sondern die Chance haben, zu besseren Ergebnissen zu kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Da könnte die Opposition einmal mitklatschen!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist auch diese Aktuelle Stunde abgehalten.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, übergebe ich die Sitzungsleitung kurz an den Kollegen Quanz.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe, wie angekündigt, etwas nachzuholen. Es geht um die Bewertung einer Äußerung von Herrn Schäfer-Gümbel, die er während der Debatte über den vorangegangenen Tagesordnungspunkt gemacht hat.

Herr Irmer, wir steigen mit Ihrer Wortmeldung zur Geschäftsordnung ein: „Herr Präsident! Der Kollege Schäfer-Gümbel hat eben an die Adresse des Ministerpräsidenten erklärt, er sei verlogen bis zum Anschlag.“ Daraufhin ergänzt Herr Schäfer-Gümbel: „Moralisch verlogen!“ Herr Irmer: „Ich halte dies für eine nicht zulässige Bewertung und Äußerung.“ Daraufhin ruft Frau Fuhrmann: „Aber zutreffend!“ Es folgen lebhaftige Gegenrufe von der CDU und der FDP.

Der eigentliche Zwischenruf von Herrn Schäfer-Gümbel konnte nicht festgehalten werden; aber die indirekte Bestätigung durch ihn selbst zeigt, dass eine solche Äußerung gefallen ist, die ich hiermit rüge. Gleiches gilt für die Äußerung von Frau Fuhrmann, die dies als zutreffend empfand. Beide Äußerungen rüge ich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 42:**

**Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Armeeprivileg in Schulen verhindern: keine Rahmenvereinbarung mit der Bundeswehr – Drucks. 18/2388 –**

in Verbindung mit **Tagesordnungspunkt 85:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Eigenverantwortung der Schulen bewahren – keine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr abschließen – Drucks. 18/2431 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Cárdenas, Fraktion DIE LINKE.

**Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Bundeswehr führt Krieg in Afghanistan. Das ist inzwischen auch bei den Regierenden angekommen. Es hat zwar ziemlich lange gedauert, bis sie das zugegeben haben, aber jetzt ist es offiziell: Es ist Krieg in Afghanistan. Dabei wird gestorben, und es wird getötet.

Wir wollen, dass dies endlich aufhört. Deshalb fordern wir mit der Mehrheit der Bevölkerung, dass die Bundeswehr Afghanistan sofort verlässt.

(Beifall bei der LINKEN)

In den Kreiswehrrersatzämtern werden bundesweit junge Menschen nach militärischen Kriterien gemustert. Spätestens jetzt wird klar, dass dort beurteilt wird: Wer ist kriegstauglich und wer nicht?

Wir wollen nicht, dass junge Menschen auf Kriegstauglichkeit gemustert werden. Wir wollen nicht, dass junge Menschen in den Krieg gehen. Deshalb fordern wir sie auf, den Kriegsdienst zu verweigern.

Gestatten Sie mir bitte einen persönlichen Rückblick. Ende der Sechzigerjahre wollte mein damaliger Freund den Kriegsdienst aus pazifistischen, also persönlichen und weltanschaulichen Gründen verweigern. Sein Antrag wurde dreimal abgelehnt, und er hatte in dem anschließenden Grundwehrrersatzdienst von seinen Vorgesetzten und auch von seinen Kameraden Schlimmes zu erdulden.

Diese Zeit hat mich geprägt und mich in meiner antimilitaristischen, pazifistischen Grundhaltung bestätigt. Mit 16 Jahren bin ich der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen beigetreten. In den Folgejahren war ich in der Kriegsdienstverweigererberatung tätig. Nie wieder Krieg – das haben wir in dieser Generation gesagt, und das muss heute und auch für die kommenden Generationen das Motto sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bundeswehr hat in der nächsten Zeit viel vor. Sie wirbt daher immer offensiver in Arbeitsagenturen, in Schulen – vor allem in Berufsschulen –, auf Bildungsmessen und, wie wir wissen, auch auf Hessentagen. Wir wollen keine Militarisierung des öffentlichen Lebens. Deshalb fordern wir: Bundeswehr raus aus den Schulen, aus den Arbeitsagenturen, aus den Bildungsmessen und auch aus dem Hessentag.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen auch nicht, dass die Bundeswehr die schlechten Aussichten junger Menschen, in Ausbildung oder in Arbeit zu kommen, ausnutzt, dass also eine ökonomische Wehrpflicht entsteht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Haben Sie schon einmal etwas von der freiwilligen Berufswahl gehört?)

Das ist besonders dort zu beobachten, wo sich viele Menschen in einer wirtschaftlich und sozial schlechten Situation befinden, z. B. in Ostdeutschland. Fast 50 % der deutschen Soldaten kommen aus Ostdeutschland, obwohl die Ostdeutschen nur 20 % der Bevölkerung ausmachen. Es gibt aber ein eindeutiges Gefälle. Unter den vier Generationen im Auslandseinsatz war kein Ostdeutscher.

(Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD))

Von den Stabsoffizieren kamen nur 16,6 % aus Ostdeutschland. Aber – man höre und staune – von den Angehörigen der einfachen Mannschaften kamen tatsächlich 62,5 % aus Ostdeutschland. Kolleginnen und Kollegen, das sind unerträgliche Zahlen.

Die Bundeswehr hat die Anforderungen an die – wie es heißt – psychologische Belastbarkeit und Verhaltensstabilität im Jahr 2006 herabgesetzt. Die Zeitung „Die Welt“ schrieb dazu: „Es wird praktisch jeder genommen.“

Es gibt für jeden das passgenaue Angebot. In einem Handzettel der Wehrdienstberatung, der vor den regionalen Arbeitsagenturen verteilt wird, heißt es:

Hauptschule fertig? Bewirb dich in die Mannschaftslaufbahn! Werde vier Jahre lang Soldat in einer Kampftruppe bei den Gebirgsjägern, Fallschirmjägern oder den Panzergrenadieren!

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wo ist das Problem?)

Realschule gemacht? Die Unteroffizierslaufbahn ist genau das Richtige für dich! Wir bieten 65 Ausbildungsgänge aus allen Berufszweigen an.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist in Ordnung! – Günter Schork (CDU): Was ist dagegen einzuwenden?)

Abitur in der Tasche? Studiere bei der Bundeswehr! Mehr als 20 Studiengänge – von BWL über Medizin bis zur Luft- und Raumfahrttechnik – stehen dir offen.

(Zuruf des Abg. Mario Döweling (FDP))

Herr Döweling, anscheinend ist das mehrgliedrige Schulsystem auch aus militärischer Sicht unverzichtbar.

Der Job bei der Bundeswehr ist kein sicherer Job, wie es in derlei Werbung heißt. Es kann ein todsicherer Job werden, wie die Ereignisse der letzten Wochen zeigen. Es wird getötet, und es wird gestorben. Deshalb ist unsere Botschaft an alle Soldaten und die, die es werden könnten: Verweigert den Kriegsdienst, bzw. gebt den Soldatenberuf auf.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wir verdanken der Bundeswehr und der NATO unsere Freiheit!)

Die Bundeswehr wirbt inzwischen umfangreich. Im Jahr 2009 hatte sie fast 1.000 Werbeauftritte auf Festen, in Mensen, Arbeitsagenturen und Schulen. 1.346-mal ist der Musikkorps der Bundeswehr aufgetreten. Es gab 180 öffentliche Gelöbnisse,

(Günter Schork (CDU): Gott sei Dank hat es die gegeben!)

zwölf große Zapfenstreiche und 98 andere militärische Zeremonien.

Die Militarisierung der Gesellschaft ergreift inzwischen immer mehr Bereiche. In diesem Jahr war die Bundeswehr bereits unter anderem auf der Verbrauchermesse in Kassel sowie der Bildungsmesse Didakta.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist unglaublich, Mannomann!)

– Ich finde das wirklich unglaublich. – An fünf Orten Hessens soll bis Ende des Jahres ein öffentliches Gelöbnis abgehalten werden.

Auch der Hessentag soll in diesem Jahr wieder für die Mobilmachung genutzt werden. Die in Stadtallendorf stationierte Division Spezielle Operationen, DSO, ist Teil der Truppe, die für die Auslandseinsätze, besonders in Afghanistan, vorbereitet wird.

(Günter Schork (CDU): Ja, klar!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin der Meinung: Wir können nicht zulassen, dass Krieg und Sterben auf Hessentagen banalisiert und bagatellisiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Kinder klettern in Panzern herum und empfinden das als großes Abenteuer. Bitte lassen Sie uns dem gemeinsam einen Riegel vorschieben.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Lassen Sie uns stattdessen dafür sorgen, dass junge Menschen im Geist der antimilitaristischen Hessischen Verfassung erzogen werden. Wir sind davon überzeugt, dass die Öffnung des Schulunterrichts für Programme der Bundeswehr mit einer Erziehung zu Frieden und Völkerverständigung nicht zu vereinbaren ist. Denn für die Schule gilt das Gebot der Neutralität.

(Beifall bei der LINKEN)

394 Jugendoffiziere werden derzeit an der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation für die Fächer Politik, Sozialkunde und Ethik ausgebildet. Sie halten sich dabei an die Vorgaben des Verteidigungsministeriums, die aktuellen Kriegseinsätze zu rechtfertigen und sogar direkt Nachwuchs zu rekrutieren. Das kann man doch nicht hinnehmen. Die verwendeten Kommunikationsstrategien sind dazu auch noch häufig manipulativ, wie eine Studie der Informationsstelle Militarisation feststellt. Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis möchte ich zitieren.

Wichtig ist den Jugendoffizieren, schon zu Beginn einer Veranstaltung eine vertraute Atmosphäre herzustellen. So erzählen sie zunächst von sich: Alter, verheiratet, Kinder, zur Bundeswehr, um die Familie schützen zu können, oder Ähnliches.

Herr Döweling, hören Sie bitte einmal zu.

Erst auf direkten Widerspruch reagiert der Jugendoffizier aggressiver. Die Strategie ist dabei, seinen Gegenspieler als uninformiert oder uneinsichtig hinzustellen. Häufig versucht der Jugendoffizier, kritische Positionen als jugendlich-naiv darzustellen, ihnen aber scheinbar Verständnis entgegenzubringen.

Dieses Vorgehen widerspricht fundamental dem Beutelsbacher Konsens von 1976. Danach dürfen Schülerinnen und Schüler nicht von Meinungen und Thesen überrumpelt werden, insbesondere dann nicht, wenn diese in der Gesellschaft umstritten sind.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Wie kann es zu einem humanistischen Bildungsideal passen, den Einsatz des Militärs zur Sicherung der Rohstoffe als legitim zu erachten? Folgende Textpassage ist in der Sonderausgabe

der Zeitschrift „Y“ für Jugendoffiziere, die auch an den Schulen verteilt wird, zu finden. Frau Präsidentin, ich zitiere noch einmal mit Ihrer Erlaubnis.

Dass auch in Zukunft überall auf der Welt der Einsatz deutscher Soldaten erforderlich ist, zeigt ein Blick auf aktuelle Krisenherde und Prognosen zur zunehmenden Ressourcenknappheit.

Mit der geplanten Kooperationsvereinbarung zwischen Landesregierung und Bundeswehr würde dieses Gedankengut noch leichter in hessische Klassenräume und somit in die Köpfe von Kindern und Jugendlichen gelangen. Dabei verletzt die Anwesenheit der Bundeswehr an Bildungseinrichtungen bereits heute in mehrfacher Weise die Grundrechte der Betroffenen, sowohl die der Eltern nach Art. 6 Grundgesetz als auch die der Schülerinnen und Schüler auf freie moralische Wertebildung nach Art. 4 Grundgesetz.

Auch widerspricht derlei Militärpropaganda an Schulen dem Geist der Kinderrechtskonvention. Dazu steht bereits etwas in unserem Antrag und dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD. Deshalb muss ich dazu nichts Weiteres ausführen.

Stattdessen wird Kindern und Jugendlichen die Notwendigkeit des Krieges und der Gewalt vermittelt. Das Kultusministerium vertritt hierbei sogar die Auffassung, dass die Teilnahme daran verpflichtend ist, wie aus der Antwort auf unsere Kleine Anfrage, Drucks. 17/415, hervorgeht. Ich zitiere:

Im Falle eines unerlaubten Fernbleibens greifen die hierfür vorgesehenen pädagogischen und sonstigen Instrumentarien.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Hört, hört!)

Die vom Hessischen Kultusministerium geplante Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr lehnt unsere Fraktion ab. Diese würde die Manipulation der Kinder und der Jugendlichen weiter intensivieren und der Bundeswehr privilegierten Zugang zu den Schulen verschaffen. Wir wollen keine Militarisation der Schulen. Wir wollen keine Bundeswehr an den Schulen. Da unterscheiden wir uns auch von der SPD.

(Beifall bei der LINKEN)

In Hessen haben sich die Landesschülervertretung und die GEW bereits dagegen ausgesprochen. Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Bremen, Brandenburg und Thüringen lehnen bisher eine solche Kooperationsvereinbarung ab. Wir fordern die Landesregierung auf, ebenfalls von einer solchen Kooperationsvereinbarung Abstand zu nehmen.

Ich möchte mit einem Zitat von Martin Niemöller abschließen, der 1984 hier in Wiesbaden starb.

Denn sie wissen, was sie tun! Krieg ist gegen den Willen Gottes. Nun ja, das ist viel gesagt und gar nichts getan. Mord ist auch gegen den Willen Gottes. Aber damit, dass ich das feststelle und Morde nicht verhindere, habe ich eben noch gar nichts getan. Und damit ist heute die Ausbildung zum Soldaten die Hohe Schule für Berufsvorbereiter.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Das hat Martin Niemöller gesagt.

Mütter und Väter sollen wissen, was sie tun, wenn sie ihren Sohn Soldat werden lassen. Sie lassen ihn zum Verbrecher ausbilden.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann hat er das gesagt? – Günter Schork (CDU): Wann hat er das gesagt?)

– Das kann ich Ihnen nachher sagen.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Cárdenas, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich darf Sie bitten, zum Schluss Ihrer Rede zu kommen.

#### **Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Meine Damen und Herren, auch die Mitglieder der CDU und der FDP wissen, was sie tun, wenn sie die Bundeswehr in die Schulen hineinlassen. Die Worte Martin Niemöllers sollten uns allen dagegen ein Vermächtnis und eine Aufforderung zum Handeln sein. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Das ist unglaublich!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Cárdenas, vielen Dank. – Als nächste Rednerin spricht Frau Kollegin Habermann für die SPD-Fraktion.

(Holger Bellino (CDU): Ohne Bundeswehr würden wir mit Rubel bezahlen! Das würde Ihnen wahrscheinlich gefallen!)

#### **Heike Habermann (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Barbara, die SPD will keine Militarisierung der Schulen. Anderes kann man unserem Dringlichen Antrag nicht entnehmen. Die SPD hat auch nichts dazu gesagt, dass wir den Schulen verbieten wollten, die Bundeswehr einzuladen. Das wäre ein anderes Faktum. Vielmehr soll es in das Ermessen der Schule gestellt werden, dieses zu tun. In einem ausgewogenen Politikunterricht soll dafür gesorgt werden, dass sich die Schülerinnen und Schüler eine eigene Meinung bilden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das Anliegen unseres Dringlichen Antrags. Ich verahre mich dagegen, dass das damit gleichgesetzt wird, dass wir eine Militarisierung der Schule befürworten würden.

Ich will noch eines dazu sagen. Der Antrag der LINKEN und auch die Rede, die wir eben dazu gehört haben, sind typische Beispiele dafür, wie ein im Kern richtiges Anliegen, nämlich die Ablehnung einer privilegierenden Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr, durch das Anliegen verzerrter und überzogener ideologischer Maßstäbe konterkariert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Noch ein gestörtes Verhältnis zur Bundeswehr!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, Sie sind wieder einmal kräftig über das Ziel hinausgeschossen. Es zeugt für mich von schlichtem Denken – das war jetzt

freundlich ausgedrückt –, dass die UN-Kinderrechtskonvention als Begründung dafür herangezogen wird, dass die Bundeswehr von den Schulen verbannt werden müsse.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Mario Döweling (FDP))

Entscheidend ist nicht, ob Jugendoffiziere der Bundeswehr in den Politikunterricht eingeladen werden. Das ist nach der Verfassung zulässig. Die Schulen sollten entscheiden, ob sie eine solche Einladung aussprechen oder nicht. Sie sind verpflichtet, den Schüler in die Lage zu versetzen, zu den angebotenen Informationen eine eigene Position zu entwickeln.

Entscheidend ist, wie ein solcher Besuch in den Unterricht eingebunden wird. Eine einseitige Einflussnahme der Bundeswehr im Politikunterricht ist auch aus Sicht der SPD-Fraktion abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

Dieses widerspricht auch den Grundprinzipien des Politikunterrichts, der dem Gebot der Ausgewogenheit verpflichtet ist. Die Stellung der Bundeswehr in unserer Demokratie und insbesondere die Auslandseinsätze werden zu Recht intensiv und kontrovers diskutiert. Die politische Bildung in der Schule muss diese Kontroversen darstellen und für die Schülerinnen und Schüler begreifbar machen. Demokratie wird durch die Pluralität der Meinungen lebendig. Bildungseinrichtungen müssen der Aufgabe gerecht werden, junge Menschen zur Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Meinungen zu befähigen und zur eigenen Meinungsbildung anzuregen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, deshalb halten wir es für falsch, wenn das Kultusministerium über den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr eine privilegierte Partnerschaft anstrebt. Zu der geforderten Ausgewogenheit im Politikunterricht gehört auch die Vertretung der Ersatzdienstleistenden und der Friedensorganisationen, die eine andere Sichtweise auf sicherheitspolitische Fragestellungen und die Auswirkung von militärischen Interventionen zum Erhalt des Friedens haben.

Wenn wir wollen, dass Jugendliche über die Frage von Krieg oder Frieden bewusst und in Kenntnis der unterschiedlichen Positionen entscheiden können, kann es keine Sonderstellung für Jugendoffiziere im Schulunterricht geben.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen haben vier Bundesländer eine solche Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, darunter auch das sozialdemokratisch geführte Rheinland-Pfalz.

(Günter Schork (CDU): Hört, hört!)

In Schleswig-Holstein wurde von der schwarz-gelben Landesregierung eine Kooperationsvereinbarung abgelehnt. Grüne Bundestagsabgeordnete wie Christian Ströbele haben sich dem Protest der Landesschülervertretung in Berlin angeschlossen und fordern, keine einseitige Werbung für die Bundeswehr in Berliner Schulen zuzulassen. In Trier haben sich im März innerhalb weniger Tage 170 Menschen einer Petition gegen eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr angeschlossen, darunter Sozialdemokraten, Mitglieder der Kirchen und Gewerkschafter.

Auch in Hessen haben die Landesschülervertretung und Vertreter der Hessen-Nassauischen Landeskirche davon abgeraten, eine solche privilegierte Kooperation mit der Bundeswehr einzugehen. Dass in drei der vier geschlossenen Kooperationsvereinbarungen – dabei ist nicht die von Rheinland-Pfalz – eine Beteiligung der Bundeswehr an der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften festgeschrieben wird, hat zu Recht besonderen Widerstand hervorgerufen;

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

denn dieses Privileg führt meines Erachtens dazu, eine ausgewogene politische Meinungsbildung in der Schule zu untergraben.

(Beifall bei der SPD)

Warum habe ich die alle aufgezählt? – Diese Positionierung quer durch die Parteien und gesellschaftlichen Gruppen zeigt, wie sensibel mit diesem Thema umzugehen ist. Diese Sensibilität erwarte ich auch vom Hessischen Kultusministerium. Zurzeit sind keine Details zu der beabsichtigten Vereinbarung bekannt. Das Kultusministerium hat auf die Frage der Medien keine Auskunft gegeben.

Ich hoffe, dass uns das Kultusministerium heute über den Stand der Gespräche unterrichtet. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass die bisherige Regelung in Hessen beibehalten werden soll. Sie besagt, dass eine Zusammenarbeit mit schulfremden Personen und Organisationen in das Ermessen der Schule gestellt ist. Auch im Hinblick auf das angekündigte Ziel der Landesregierung, die hessischen Schulen in Eigenverantwortung zu entlassen, ist die beabsichtigte Kooperationsvereinbarung abzulehnen.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wer Eigenverantwortung ankündigt und mit immer neuen Vorgaben die Entscheidungsspielräume der Schulen einschränkt, muss sich fragen lassen, wie ernst er seine eigene Programmatik nimmt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in einer Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zum Thema Bundeswehr und Schulunterricht wurden klare Kriterien für den Besuch von Jugendoffizieren in der Schule benannt. Geht es bei der Veranstaltung um verschiedene Karrieremöglichkeiten im Bereich der Bundeswehr, so sei es auch erforderlich, den Schülern die Vielfalt der zivilen beruflichen Werdegänge vorzustellen. Geht es um politische Themen, wie z. B. Einsätze der Bundeswehr im Ausland, muss die Schule ausgewogene politische Sichtweisen vermitteln – entweder im Vorfeld der Veranstaltung oder durch Einladung eines militärkritischen Vertreters.

Dies sind die Grundsätze, denen die Schulen verpflichtet sind. Ich denke, sie brauchen keine formal festgelegte Vereinbarung. Sie sind in der Lage, zu entscheiden, wie sie den Auftrag zur Friedenserziehung in hessischen Schulen erfüllen.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Habermann. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Wagner.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auf die Kollegen der LINKEN ist in einem Punkt Verlass.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Bei einem?)

Bei vielen Anträgen, die Sie im Hessischen Landtag stellen, lohnt die Recherche, in welchen Parlamenten dieser Antrag schon einmal diskutiert wurde.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Selten sind die Initiativen der Kolleginnen und Kollegen der LINKEN in Hessen tatsächlich hessische Initiativen, sondern sie wurden so oder so ähnlich bereits in anderen Parlamenten gestellt, so auch bei dieser Initiative. Es gab im Deutschen Bundestag am 2. Juli 2009 eine Debatte.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Frau Wissler, das ärgert Sie ein bisschen, aber wir haben es gemerkt. – Es gab im Deutschen Bundestag eine vergleichbare Initiative. In der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt haben Sie auch etwas Ähnliches gemacht.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Wo ist das Problem?)

– Herr Kollege Schaus, das ist kein Problem. Aber ich bitte Sie dann um Nachsicht, dass ich auch ähnlich auf solche Initiativen reagiere.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Was soll uns das sagen?)

Deshalb möchte ich aus der Rede meines Bundestagskollegen Omid Nouripour, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aus der Debatte über Ihren ähnlichen Antrag im Deutschen Bundestag zitieren. Ich beginne das Zitat:

Die Bundeswehr alleine kann kein ausgewogenes und vollständiges Bild der Außen- und Sicherheitspolitik an Schulen vermitteln. Das steht aus unserer Sicht außer Frage. Aber die Jugendoffiziere machen trotzdem eine weitgehend gute Arbeit.

(Günter Schork (CDU): Aha!)

Man kann geteilter Ansicht darüber sein, ob die von Schulen bzw. Lehrern zu buchenden Bundeswehrseminare oder Kasernenbesuche geeignete Instrumente sind, um ein besseres Verständnis für die Herausforderungen der Außen- und Sicherheitspolitik bei den Schülerinnen und Schülern zu fördern. Ich denke, darüber muss man diskutieren. Aber das muss man anders machen, als es die Linksfraktion mit ihrem Antrag angeht. Darüber muss man sachlich und nicht ideologisch diskutieren.

Wenn Sie mit Jugendoffizieren sprechen, dann bedauern diese oft selbst, dass es keine vergleichbaren Unterrichtsangebote seitens des Auswärtigen Amtes oder aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit gibt. Offensichtlich gibt es hier eine „zivile Lücke“, die wir dringend schließen sollten. Für uns Grüne ist wichtig, dass Diskussion, unterschiedliche Sichtweisen und eben auch die Perspektive ziviler Akteure im Zentrum von Unterrichtsangeboten für Schulen stehen sollten.

Ich zitiere immer noch aus der Rede des Kollegen Omid Nouripour, sie passt 1 : 1 zu der Initiative, die die Kollegen hier im Landtag gestellt haben.

... Wenn sich die Kolleginnen und Kollegen der Linksfraktion mit Außen- oder Sicherheitspolitik befassen, geht das offensichtlich nicht ohne ideologische Brille auf der Nase. Beim ersten Lesen Ihres Antrages hatte ich den Eindruck, dass Sie die Jugendoffiziere der Bundeswehr mit Politoffizieren oder dem Wehrkundeunterricht in der ehemaligen DDR verwechselt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Günter Schork (CDU): Genau so ist es!)

Sie zeichnen in Ihrem Antrag ein plumpes und falsches Bild der Arbeit der Jugendoffiziere. Sie benutzen das Thema wie so oft, um platte Parolen zu verbreiten, anstatt zu einer sachlichen Debatte beizutragen. Das ist schade und überflüssig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weiter im Zitat des Kollegen Omid Nouripour aus dem Deutschen Bundestag:

Welches Bild haben Sie eigentlich von der Bundeswehr, der Armee, die in besonderer demokratischer Tradition unsere Parlamentsarmee ist? Als Demokraten müssen wir ein besonderes Interesse daran haben, dass die Bundeswehr tief in der Gesellschaft verankert ist, mit ihr in einem engen Austausch steht und, ja, eben auch gesellschaftliche Akzeptanz genießt. Ihr Bild von der Bundeswehr hingegen ist abenteuerlich und nicht zu rechtfertigen, ...

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der CDU)

Ich schließe das Zitat von Herrn Omid Nouripour mit dem letzten Absatz seiner Rede:

So zeigt sich klar, dass es nicht Ihre Motivation ist, mit diesem Antrag eine sachliche Debatte anzustoßen, sondern es Ihnen darum geht, Ihre Polemik und Ihre Ideologie zu verbreiten. Dafür erhalten Sie von uns keine Unterstützung. Daher lehnen wir diesen Antrag ab.

Meine Damen und Herren, damit könnte ich enden. Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion ermutigen, sich vielleicht doch ein bisschen mehr Mühe mit ihren Initiativen zu geben und sie nicht einfach abzuschreiben, vielleicht ein bisschen stärker auf den Hessenbezug zu achten.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Wo ist denn da bitte die Kritik?)

– Herr Schaus, im Antrag der Kollegen aus dem Bundestag ging es auch um Schulen. Die eigenen Sachen besser lesen.

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Ich möchte noch zwei, drei Federstriche anführen, denn ich finde, man muss sich mit seiner Rede zu einem Antrag nicht mehr Mühe geben, als sich die Antragsteller beim Verfassen dieses Antrags gemacht haben. Deshalb nur noch zwei, drei Spiegelstriche.

Warten wir doch einmal ab, was in der Rahmenvereinbarung mit der Bundeswehr drinsteht. Wenn da etwas steht, was in irgendeiner Form einseitig ist, wenn dort keine Pluralität zum Ausdruck kommt, wenn die Schulen bevormundet werden sollen,

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Krieg ist nichts Einseitiges!)

dann machen wir das natürlich nicht. Wenn man aber die Bundeswehr, eingebettet in ein pädagogisches Konzept, eingebunden in plurale Meinungen zur Bundeswehr und zu den Aufgaben der Bundeswehr, in die Schule holt, dann kann das durchaus sinnvoll sein.

Daran merken Sie: Eigentlich gibt es gar keinen Sachverhalt, über den man sich aufregen kann.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Doch!)

Die Kolleginnen und Kollegen der LINKEN wollten im Hessischen Landtag eine Debatte über die Bundeswehr führen. Das gehört hier nicht wirklich hin.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Es gibt einen Kooperationsvertrag! – Janine Wissler (DIE LINKE): Es geht um Schulen!)

Herr Kollege van Ooyen, wir können immer über dieses Thema sprechen, aber eines müssen Sie doch sehen. In der politischen Debatte kann man unterschiedlicher Auffassung über die Bundeswehr sein.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Sogar über den Krieg!)

Man kann auch unterschiedlicher Auffassung darüber sein – Herr van Ooyen, jetzt wird es wichtig –,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Was Sie nicht „Krieg“ nennen!)

was der Deutsche Bundestag beschlossen hat, was die Bundeswehr machen soll. Was aber nicht geht, das ist, diese Debatte auf dem Rücken der Bundeswehr zu führen. Herr Kollege van Ooyen, das geht eben nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie bei Abgeordneten der FDP – Günter Schork (CDU): Sauber!)

Das ist genau der Unterschied. Es geht auch nicht, dass Sie versuchen, diese Debatte in die Schulen hineinzutragen. Das ist genau der Unterschied.

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Lassen Sie uns dort darüber streiten, wo es hingehört: im Deutschen Bundestag. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Man kann dazu sehr differenzierte Meinungen haben. Meine Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag haben zu solchen Fragen immer eine sehr differenzierte Meinung. Aber lassen Sie uns das nicht auf Felder ausdehnen, zu denen es nicht gehört – nur, weil Sie meinen, Sie müssen auch im Hessischen Landtag über die Bundeswehr reden.

(Zuruf des Abg. Günter Schork (CDU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir schauen uns in großer Gelassenheit an, wie diese Rahmenvereinbarungen aussehen werden. Dann werden wir sie bewerten. Mal sehen, ob die Kolleginnen und Kollegen der Linksfraktion in Hessen dann auch einen hessischen Antrag stellen können, der sich mit der hessischen Rahmenvereinbarung beschäftigt – oder ob dann wieder irgendetwas abgeschrieben wird, was die Bundestagsfraktion formuliert hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, haben Sie einfach mehr Mut zur Eigenständigkeit, mehr Mut zu Kreativität. Dann haben wir auch hier im Hessischen Landtag schönere Debatten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Nächster Redner ist Herr Kollege Schork für die CDU-Fraktion.

**Günter Schork (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Art. 87a Grundgesetz

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): An dem „a“ merken Sie, dass der erst später kam!)

legitimiert die Bundeswehr verfassungsrechtlich.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Aber erst seit 1956, das muss man dazusagen!)

Im Zuge der Einführung dieses Verfassungsartikels und der Bundeswehr wurden – federführend unter der Leitung von Wolf Graf von Baudissin – die Grundsätze der inneren Führung entwickelt, das Bild des Staatsbürgers in Uniform. Durch Art. 87a und das, was ich eben vorgetragen habe, ist die Bundeswehr eine Parlamentsarmee, wie es der Kollege Wagner richtig ausgeführt hat.

Dies stelle ich bewusst an den Anfang meiner Rede. Denn ich will deutlich machen – wenn man sich mit diesen Grundsätzen befasst hat, weiß man das –, dass die Bundeswehr keine Armee ist, die im Inneren gegen Demonstrationen, bei Streik oder gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt werden kann, wie es bei der NVA in der ehemaligen DDR der Fall war.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP sowie der Abg. Ellen Enslin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

DIE LINKE führt in ihrem Antrag aus – ich zitiere –:

All diese Maßnahmen verfolgen dabei immer denselben Zweck: Krieg, Waffengewalt und gezielter Mord werden als notwendige, legitime und sachgemäße Mittel vermeintlicher „Friedenssicherung“ dargestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach meiner und unserer Auffassung stellt dies eine Verunglimpfung und Verleumdung aller Soldatinnen und Soldaten und des Staatsorgans Bundeswehr dar. Das ist schlicht und einfach nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist auch nicht hinnehmbar, dass DIE LINKE einen kalten Krieg gegen die Bundeswehr führt

(Lachen des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

und dabei wie immer die Nähe zu militanten Linksextremisten sucht. Als Vorwand dazu dient jetzt die Aussage, dass man angeblich Jugendliche vor Veranstaltungen der Bundeswehr schützen wolle.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ja!)

Genau dieses Bild dokumentieren Sie in Ihrem Antrag.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Genau das machen Sie hier aber, Herr Schork!)

Ich dagegen bin der Auffassung, es entspricht dem Selbstverständnis einer Demokratie, dass ihre Sicherheit Angelegenheit des ganzen Volkes ist. Das Grundgesetz umfasst gleichermaßen das Friedensgebot und die Verteidigungsbereitschaft mit Streitkräften auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht. Lasten und Pflichten, die der Staat seinen Bürgern auferlegen muss, machen es notwendig, Sicherheitspolitik und militärische Verteidigung besonders den jungen Staatsbürgern nahezubringen.

Die Bundeswehr nimmt diese Aufgabe durch ihre Öffentlichkeitsarbeit wahr. Genau das ist Bestandteil der Aufgabe der Jugendoffiziere. Dies ist nicht zu beanstanden, im Gegenteil: Es wird weithin anerkannt.

(Beifall bei der CDU)

Ich zitiere aus dem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags:

Informationen über die Bundeswehr sind im Pflichtteil des Unterrichts verfassungsrechtlich grundsätzlich zulässig.

Ich zitiere die Kultusministerin Doris Ahnen, SPD, aus Rheinland-Pfalz:

Jugendoffiziere leisten sowohl in Rheinland-Pfalz als auch bundesweit im Einvernehmen mit den jeweiligen Kultusministerien einen Beitrag zur politischen Bildung.

Ich zitiere weiter aus einem Kommentar vom 10.04. aus der „Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen“. Dort schreibt Herr Ullrich Riedler über die Kooperation mit der Bundeswehr:

Wenn nun Hessen dem Beispiel anderer Bundesländer folgt, die bisher schon eingübte Kooperation von Schulen und Bundeswehr vertraglich zu vereinbaren, ist das nur legitim.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ohne Beweisführung!)

Es ist legitim, dass in der politischen Bildung und in der Ausbildung über Staat, staatliche Aufgaben und staatliche Organisationen informiert wird. Dazu gehört ohne Zweifel auch die Bundeswehr.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Herr Schork, das könnten auch die Lehrer machen!)

Wenn dies in eine Vereinbarung gegossen wird, in der die Rahmenbedingungen fixiert werden, ist dies nach meiner Auffassung richtig.

Festzuhalten ist dabei auch, dass der Besuch von Jugendoffizieren in Schulen als Informationsangebot grundsätzlich im Rahmen des Unterrichtskonzepts der den Jugendoffizier im Unterricht begleitenden anfragenden Lehrkraft erfolgt.

Im Rahmen des Unterrichtskonzepts können Vertreter der Bundeswehr als Referenten in den Unterricht einbezogen werden. Die Verantwortung für den Unterricht und den Ablauf der Veranstaltung bleibt jedoch stets bei der zuständigen Lehrkraft.

Zusammengefasst: Die Vereinbarung und das, was das Hessische Kultusministerium analog zu anderen Ländern vorsieht und im Rahmen einer Vereinbarung fixieren will, ist verfassungsgerecht, demokratisch legitimiert, es ist nicht zu beanstanden und wird von uns begrüßt und unterstützt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Reuscher für die FDP-Fraktion.

**Wilhelm Reuscher (FDP):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn es noch eines Beweises bedurfte, wie man einen eigenen Setzpunkt dermaßen versenken kann, dann ist er heute von der LINKEN geliefert worden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Mehr wirre linke Ideologie geht nicht in zehn Minuten, sicher nicht.

Aber bleiben wir beim Thema. Ich komme zur Antragsbegründung. Wer in der Begründung seines Antrags unterstellt, dass Jugendoffiziere die Schulen immer zu demselben Zweck besuchen, um „Krieg, Waffengewalt und gezielten Mord“ als notwendige, legitime und sachgemäße Mittel vermeintlicher „Friedenssicherung“ darzustellen – jetzt erspare ich mir die Bemerkung, die mir einfällt, um einen Ordnungsruf zu verhindern –,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wir sind heute eh auf Rüge!)

der diffamiert in einer unglaublichen Weise unsere Soldatinnen und Soldaten, die tagtäglich in Auslandseinsätzen ihr Leben riskieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das müssen sie doch gar nicht!)

Das können wir nicht einfach so hinnehmen. Das weisen wir ganz entschieden zurück. Solche Einstellungen zur Arbeit der Bundeswehr finde ich sehr negativ.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Man kann den Kriegsdienst verweigern!)

– Bleiben wir doch einmal sachlich. – Die Aufgaben der Bundeswehr leiten sich aus den Zielen deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik ab. Es wurde schon Art. 87a Grundgesetz, Schutz und Verteidigung Deutschlands, zitiert. Das ist eine ganz klare Aufgabenzuordnung zur Bundeswehr. Darüber hinaus stellt die Bundeswehr aber auch in internationalen Konflikten, bei der Krisenbewältigung und dem Kampf gegen internationalen Terrorismus Kontingente. Es gibt Unterstützung für Bündnispartner, Hilfeleistung auch in Unglücksfällen.

Mit Sicherheit haben sich die Aufgaben der Bundeswehr in den letzten Jahren gewandelt. Aber die Notwendigkeit ist geblieben. Wir sind weltweit mit neuen Sicherheitsanforderungen und Bedrohungslagen konfrontiert. So ist es unsere Aufgabe, zusammen mit den Vereinten Nationen Verantwortung in der Weltgemeinschaft zu übernehmen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Von Ressourcen-sicherung steht da nichts!)

Diese Verantwortung müssen wir übernehmen, weil wir nur gemeinsam Frieden und Freiheit dauerhaft sichern können. Gerade deshalb engagieren sich seit 1990 deutsche Soldaten im Rahmen von Missionen der Vereinten

Nationen bei friedenserhaltenden und friedenssichernden Maßnahmen. Sie beteiligen sich aktuell an Einsätzen in Afrika, auf dem Balkan und in Afghanistan. Das alles sind Einsätze, die das Ziel verfolgen, Frieden herzustellen, zu sichern und somit für Frieden in einer globalisierten Welt zu sorgen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Alle diese Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind nur möglich, weil sie durch parlamentarische Zustimmung des Deutschen Bundestags legitimiert sind; denn die Auslandseinsätze unterliegen dem sogenannten Parlamentsvorbehalt. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle sagen: Ich bin außerordentlich froh, dass hinter den Auslandseinsätzen unserer Bundeswehr eine so breite Mehrheit der Abgeordneten fast aller Fraktionen steht.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Aber nur der Abgeordneten, nicht der Bevölkerung!)

Das ist wichtig für Deutschland und für die Soldatinnen und Soldaten.

Meine Damen und Herren, diesen sicherheitspolitischen und friedenssichernden Auftrag der Bundeswehr unseren Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, ist unsere Aufgabe und Verpflichtung. Die Bundeswehr ist in unserer Gesellschaft, in staatlichen und demokratischen Strukturen fest integriert, auch in der Bevölkerung – um Ihnen da zu widersprechen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Nach einer Untersuchung gehört die Bundeswehr zu den Institutionen, die neben dem Bundesverfassungsgericht und der Polizei das höchste Ansehen in der Bevölkerung haben. In der Reihenfolge von 15 rangieren Gewerkschaften und politische Parteien an anderer Stelle; ich will das nicht weiter ausführen.

Es ist kein Vergleich mit dem Soldatenbild eines Unrechtsstaates wie der ehemaligen DDR zulässig, in der die Bekämpfung des Klassenfeindes der Inhalt des militärischen Auftrags war. Den Kalten Krieg haben wir Gott sei Dank überwunden, auch wenn dies einige von Ihnen noch nicht begriffen haben oder begreifen wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Dafür haben wir jetzt den heißen Krieg!)

Bei uns gilt das Leitbild des Soldaten als Bürger in Uniform, als Staatsbürger. Er ist Teil der demokratischen Gesellschaft und friedensstiftenden Gesellschaft. Dementsprechend ist es richtig und notwendig, Schülerinnen und Schüler über die Ziele und Aufgaben der Bundeswehr und über unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu informieren.

Die LINKEN erheben den Vorwurf, dass Besuche von Jugendoffizieren in Schulen der Werbung für Kriegszustimmung dienen und die Bundeswehr eine einseitige Sicht auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vermittelt. Dem muss man ganz klar widersprechen. Diese Unterstellung weisen wir ausdrücklich zurück. Es ist unerträglich, wie Sie hier über die Arbeit und die Tätigkeit unserer Bundeswehr argumentieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, zu den Schulen. Vertreter der Bundeswehr konnten bisher auf Einladung einzelner Schulen in Hessen im Unterricht über Sicherheitspolitik sprechen. Ich finde es gut, dass die Schulen davon Gebrauch machen und Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit bieten, direkt mit Soldaten zu diskutieren. Der Besuch in Schulen erfolgt und erfolgte stets auf Anfrage der Lehrkraft im Rahmen des Unterrichts und des jeweiligen Unterrichtskonzeptes. Das ist auch Unterrichtspflicht. Das heißt, da kann sich kein Schüler wegreden und sagen, das will er nicht mitmachen.

Schulen steht es grundsätzlich offen, schulfremde Personen oder Organisationen als Experten einzuladen und in Unterrichtseinheiten einzubinden. Von dieser Möglichkeit wird in vielen Fällen Gebrauch gemacht, und das steht sicher nicht im Gegensatz zur eigenverantwortlichen Schule. So werden unter anderem Zeitzeugen zum Thema Nationalsozialismus, Holocaust oder DDR-Unrechtsstaat eingeladen. Aber es gibt auch andere Bereiche wie Zivilcourage training oder Themen wie rechtsextreme Musik. Die Palette ist den Schulen frei überlassen.

Auch die Teilnahme anderer Organisationen wie beispielsweise Amnesty International, Caritas, Diakonie, Ärzte ohne Grenzen – die Liste kann man beliebig fortsetzen – ist im Rahmen des Unterrichts möglich. Das ist nicht verboten. Diese Organisationen können, wenn dies von den Schulen gewünscht wird, Stellung beziehen und Positionen in die Diskussion einbringen, selbstverständlich. Es muss dabei den Schülerinnen und Schülern möglich sein, ihre kritische, ablehnende, vielleicht auch pazifistische Einstellung zu äußern und mit den entsprechenden Soldatinnen und Soldaten zu diskutieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dieses Recht wird in keiner Weise durch einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr ad absurdum geführt. Unsere Schülerinnen und Schüler können nur davon profitieren, wenn Schulen offen sind für den Dialog mit Menschen, die aus eigener Erfahrung Stellung beziehen können, wie man es in diesen Bereichen schon erkannt hat.

Politische Bildung und Demokratieerziehung dürfen sich nicht nur auf das Vermitteln von Fakten und historischen Daten beziehen, sondern es sind außerschulische Partner gefragt. Ich denke, dass diese einen wertvollen Beitrag zur historischen Bildung in den Schulen beitragen können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Jugendoffiziere sind seit 1958 – das ist keine neue Sache, das ist nicht jetzt erst eingeführt worden – als Referenten ein wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr. Sie stellen in Vorträgen, Diskussionen, Seminaren grundlegende Fragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik dar. Dies sind wichtige Themenfelder, die im Rahmen der Politik und auch des Wirtschaftsunterrichts an den Schulen behandelt werden müssen

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

und bei denen es sinnvoll ist, solche Partner mit einzubeziehen. Eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Bundeswehr wird klarstellen, unter genau welchen Voraussetzungen dies zu geschehen hat.

Da kann man sich aber auch die Kooperationsvereinbarung der anderen Länder anschauen, die solche Vereinbarungen schon haben. Da steht nichts Schlimmes drin. Das sind ganz grundsätzliche Dinge, welche Rahmenbedingungen die Bundeswehr im Schulunterricht und in der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften hat und welche Kompetenzen ihr zugestanden werden. Sie schaffen keinesfalls Verbindlichkeiten, die über die Form der bisher praktizierten Kooperationen hinausgehen, keinen quasi selbstverständlichen Zugang der Bundeswehr zu Schulen.

Eine Kooperationsvereinbarung explizit mit der Bundeswehr, auch darauf möchte ich noch einmal eingehen, halten wir gegenüber allen anderen Organisationen für gerechtfertigt, da der Auftrag und die Aufgabe der Bundeswehr verfassungsmäßigen Rang haben und ihre Legitimation im Grundgesetz begründet ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz haben bereits solche Kooperationsvereinbarungen getroffen. Die Erfahrungen mit solchen Vereinbarungen sind durchweg positiv. Aus diesem Grund unterstützen wir eine Kooperationsvereinbarung, wie sie das Hessische Kultusministerium mit der Bundeswehr vorhat. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Heike Habermann (SPD): Was heißt hier Erfahrungen? Die Vereinbarungen gibt es doch erst seit diesem Jahr, da kann man doch noch keine Erfahrungen haben!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Reuscher. – Für die Landesregierung hat nun Herr Staatssekretär Brockmann das Wort.

#### **Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Kultusministerium:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE verkennt die Bundeswehr. Er verkennt die Schule, und er verkennt vor allem die jungen Menschen, die in der Schule lernen wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Vorredner haben sehr deutlich gesagt, und ich möchte das für die Landesregierung unterstreichen, dass eine dumpfe Ablehnung der Bundeswehr und eine Berührungsangst gegenüber Jugendoffizieren noch kein intelligenter Pazifismus sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte für uns deutlich machen: Die Bundeswehr ist die Armee unseres Landes, und die in ihr dienenden jungen Männer und Frauen sind unsere Söhne und Töchter. Diese Bundeswehr verfolgt Ziele, die das Parlament festgelegt hat und die im Einvernehmen mit dem Parlament für bestimmte Situationen unseres Landes und darüber hinaus ausgewiesen sind.

Aber lassen Sie uns keine Verteidigungsstrategie führen, sondern eine Diskussion um das, was eigentlich gute Schule ist. Unterricht in der Schule ist nicht Indoktrination oder Propaganda für eine Sache. Schule hat die Aufgabe, jungen Menschen die Welt zu erschließen; das heißt

über weite Strecken, diese auch in die Schulen hineinzubringen.

Herr Reuscher hat darauf hingewiesen, dass wir in Hessen eine Vielzahl von Angeboten haben, wo Schulen auf Zeitzeugen eingehen, auf Naturwissenschaftler, die die experimentelle Wissenschaft in den Unterricht bringen, Ärzte, die aus Praxiserfahrungen berichten, Vertreter aus nicht-staatlichen Organisationen, die über Friedenssicherung und über Fragen der Umwelt berichten, usw.

Dazu gehört auch, dass Jugendoffiziere im Rahmen eines solchen nach außen geöffneten Unterrichts der Schule berichten, was ihr Auftrag, ihr Ziel und ihre Tätigkeit sind. Wichtig ist dabei, dass ein solcher Unterricht für all diese von außen eingeladenen Personen niemals erfolgreich sein kann, wenn er einseitig ist. Immer muss Unterricht, wenn er gelingt, nicht nur andere Meinungen zulassen, sondern er muss Kontroversen um die Fragen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den Unterricht selbst einbeziehen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Laden Sie doch einmal Kriegsdienstverweigerer ein!)

Nicht dass ein Jugendoffizier in der Schule auch auftritt, ist ein Problem, sondern es wäre ein Problem, wenn dabei eine Einseitigkeit der Information stattfände, und wenn eine Bevormundung der Schülerinnen und Schüler damit gegeben wäre.

Die Verantwortung für den Unterricht und auch für die Einladung von Jugendoffizieren hat immer die Schule. Die Schule trifft die Entscheidung, ob jemand kommt. Eine Entscheidung der Konferenzen der Schule hat stattzufinden, um den Rahmen für solche Einladungen festzulegen. Die Einladung und die Verantwortung für das Gelingen des Unterrichts mit einem Jugendoffizier trägt der Lehrer oder die Lehrerin. Sie haben auch dafür zu sorgen, dass die Palette aller Gesichtspunkte und aller Meinungen in einem Unterricht zum Tragen kommen.

Diese Ziele kann man in einem Kooperationsvertrag gut zum Ausdruck bringen. Diese Ziele sind nicht gegen die selbstständige Schule. Wir wollen unseren Schulen damit nur etwas offerieren, was sie gebrauchen können, aber nicht gebrauchen müssen. Wir wollen sie auf Möglichkeiten und Chancen hinweisen, die sie haben. Das tun wir in vielen anderen Unterrichtsstunden und Unterrichtssequenzen auch.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, was mich am meisten bekümmert, ist, dass Sie von Schülerinnen und Schülern in unseren Schulen heute ein völlig verqueres Bild haben. Wir haben keine Paukschule des 18. Jahrhunderts.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Na ja! – Zuruf von der SPD: Das sieht man bei G 8!)

Junge Menschen in unseren Schulen möchten sich selbst eine Meinung bilden. Junge Menschen in unseren Schulen haben ein kritisches Potenzial und widersprechen.

(Zurufe von der SPD)

Unterricht, den Sie charakterisieren, ist falscher und schlechter Unterricht. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Ihnen der Unterschied zwischen Überreden und Überzeugen bekannt ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Unterricht, der den Versuch macht, zu überreden, ist niemals erfolgreich. Die meisten Schülerinnen und Schüler in Hessen würden solchen Unterricht ablehnen, nicht ertragen und an Ort und Stelle widersprechen.

Ich würde empfehlen, anstatt Vorbehalte und Berührungängste mit der Bundeswehr zu perpetuieren, sollten wir unseren Schulen und Schülerinnen und Schülern ein sachgerechtes, offenes, in unsere Zeit hineingehendes Angebot machen. Zu unserer Zeit und Wirklichkeit gehört auch, neben vielem anderem, das Gespräch mit Jugendoffizieren, damit das, was außerhalb unseres Landes geschieht und Wirklichkeit außerhalb unseres Landes in unserem Auftrag ist, authentisch und sachgerecht Einzug in unsere Schulen hält. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Brockmann. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist vorgeschlagen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE an den Kulturpolitischen Ausschuss zu überweisen. Der Antrag der Fraktion der SPD soll auch an den Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen werden. Kein Widerspruch? – Dann machen wir das so.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Es ist jetzt 13:27 Uhr, deswegen unterbreche ich die Sitzung bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung von 13:27 bis 14:32 Uhr)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen jetzt die unterbrochene Sitzung fort.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 34:**

#### **Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Luft- und Raumfahrt in Hessen als Standortfaktor – Drucks. 18/2339 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Für die antragstellenden Fraktionen hat sich Herr Blum gemeldet. Bitte schön, Herr Blum, Sie haben das Wort.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihre Fraktion noch im Orbit, Herr Blum? – Zurufe der Abg. Günter Rudolph (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sind noch immer nicht mehr von Ihrer Fraktion, Herr Kollege!)

#### **Leif Blum (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Raumfahrt fasziniert seit jeher die Menschheit. Aber über diese Grundfaszination hinaus ist der Raumfahrtsektor eben auch Teil eines stetig entwickelnden und wachsenden Technologieclusters. Deswegen ist die Beschäftigung mit Raumfahrt und Raumfahrtstechnologie ganz selbstverständlich und zwingendermaßen auch Teil einer vorausschauenden Innovations-, Forschungs- und Industriepolitik in den Ländern. Das ist auch in Hessen der Fall. Und das ist gut so.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine galaktische Rede!)

August Euler hat gesagt: Nur wer auf festem Boden steht, kann auch nach den Sternen greifen. – 100 Jahre nachdem in Hessen August Euler Pionierarbeit im Bereich der Luftfahrt geleistet hat, können wir konstatieren: Hessen hat ein gut gemauertes Fundament im Rahmen dieser zukunftsweisenden Technologie.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

100 Jahre nach August Euler ist Hessen Herz und auch Gehirn der europäischen Weltraumprogramme. Seit über 30 Jahren beheimaten wir in Hessen mit der ESA und dem European Space Operations Centre die Schaltstelle europäischer Weltraummissionen. Nicht nur dass in diesen Jahren Dutzende europäischer Missionen von Darmstadt aus verantwortet, gesteuert und geleitet wurden – nein, der Standort Darmstadt und damit auch der Standort Hessen ist Heimat für weit über 200 hoch qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus ganz Europa und der Welt. Insgesamt finden über 800 Mitarbeiter bei der ESA Arbeit und ein Auskommen.

Das Ganze dient als Anker für einen Technologiecluster, das sich nach wie vor stark im Wachsen begreift, das sich immer weiter entwickelt und das um diesen Anker herum Raum bietet für vielfältige wirtschaftliche Betätigungen, insbesondere im Bereich von Spitzen- und Hochtechnologie und damit eine gute Basis für die Entwicklung von Arbeitsplätzen und einer arbeitsfähigen volkswirtschaftlichen Entwicklung in Hessen auch in der Zukunft.

Hessens Tor zum Weltraum, die ESA, ist eben auch das Tor für Hessen in eine zukunftsfähige Industriegesellschaft. Und darauf kommt es an, wenn wir nachhaltige Industrie- und Innovationspolitik betreiben wollen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dabei sind besonders die Bemühungen der Hessischen Landesregierung hervorzuheben, sich gerade in diesem Bereich zukunftsfähiger Entwicklungen einzuschalten und zu bemühen. Mit dem Gründerzentrum cesah GmbH, dem Centrum für Satellitennavigation in Hessen, haben wir einen ganz wesentlichen Baustein, der es uns erlaubt, an diesen künftigen Entwicklungen an erster Stelle teilzuhaben. Der Entschluss der europäischen Staatengemeinschaft, mit dem Satellitennavigationssystem Galileo ein eigenes System aufzubauen, das sich in Konkurrenz und Wettbewerb zu dem bisher von den Amerikanern betriebenen GPS-System befinden und begeben wird, ist eben auch eine wirtschaftspolitische Entscheidung der europäischen Staatengemeinschaft,

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

weil wir erwarten dürfen, dass im Rahmen dieser Technologie und insbesondere bei den Anwendungstechnologien, die auf diesem System basieren können, bis zum Jahr 2020 über 100.000 Arbeitsplätze in Europa entstehen können. Bis zu 20 Milliarden € an Umsatz können in Europa aus diesen Anwendungstechnologien generiert werden. Deswegen war es die richtige Entscheidung der Hessischen Landesregierung, hier frühzeitig einzusteigen, früh-

zeitig den Fuß in die Tür zu bekommen und alles dafür zu tun, dass auch wir in Hessen an der Spitze dieser Entwicklung und Bewegung stehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn wenn wir es nicht schaffen, hier bei uns Technologieführerschaft zu entwickeln und diese auch zu behaupten, dann wird das negative ökonomische Konsequenzen auch für unser Bundesland haben. Deswegen ist die Entwicklungsarbeit, die dort geleistet wird, eben nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein ganz erheblicher politischer Faktor. Deswegen sind wir als Staat, als Hessischer Landtag, durchaus aufgerufen, uns nicht nur mit diesem Thema zu befassen, sondern uns auch ganz klar dazu zu bekennen – zu dieser Zukunftstechnologie und zu den Zukunftschancen, die die Raumfahrttechnologie uns in vielfältiger Art und Weise bietet, und uns auch dazu zu bekennen, dass wir nicht nur den Bestand erhalten, sondern dass wir auch alles dafür tun wollen, dass weitere Entwicklungen an diesem Standort möglich sind. Das hat die Hessische Landesregierung in der Vergangenheit getan, und wir hoffen sehr, dass sie das auch in Zukunft weiter so tun wird, damit auch weiterhin eine Entwicklungsmöglichkeit in diesem Bereich in Hessen besteht und wir im Wettbewerb mit anderen Ländern, auch anderen Bundesländern, weiter bestehen können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Aber – und das ist der wesentliche Punkt – wir können nur Rahmenbedingungen schaffen. Wir können nur unseren Beitrag als Politik und als Staat dafür leisten, dass wir ein Klima und einen Rahmen schaffen, die es denjenigen ermöglichen, die in diesem Bereich tätig sind, den großen wie den kleinen Unternehmen, den bestehenden Unternehmen und solchen, die aus einer guten Idee noch ein Unternehmen entwickeln wollen, ihre Potenziale abzurufen.

Gerade in diesem Bereich ist die cesah GmbH, das Gründerzentrum ein unverzichtbarer Baustein in einer zukunftsorientierten Innovations- und Industriepolitik.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wer einmal – ich gehe davon aus, der eine oder andere wird schon die Möglichkeit gehabt und genutzt haben – ESA und ESOC, aber auch das Gründerzentrum besucht hat, der wird selbst festgestellt haben, mit welchem großem Selbstbewusstsein, aber auch mit welchem großem Stolz auf die eigene Schaffenskraft und auf die eigene Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit all die Menschen in diesem Bereich tätig sind. Genau das ist das Klima, das wir brauchen, um unsere Volkswirtschaft, um unsere Industriegesellschaft auch in Zukunft leistungsfähig zu halten und leistungsfähig aufzustellen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Insoweit bleibt festzuhalten: Raumfahrt ist kein bloßer Selbstzweck, sondern sie ist gerade in einer sich wandelnden Industriegesellschaft Motor für Innovation in den vielfältigsten Bereichen. Diejenigen, die wir heute unterstützen, aus ihrer Idee, die sie aus ihren Hochschul- und Universitätsstudiengängen mitbringen, marktfähige Produkte zu entwickeln, diejenigen, die wir heute dabei unterstützen, aus ihrer Idee ein Unternehmen zu gründen und den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen, diese

Gründer von heute werden die Arbeitgeber von morgen sein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, genau das sind die Menschen, die wir in diesem Land und ganz besonders in Hessen brauchen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich glaube, deswegen tun wir alle gemeinsam gut daran – ich bin auf die heutige Diskussion über diesen Antrag sehr gespannt –, gemeinsam am selben Strang zu ziehen, wenn es darum geht, diesen Standort, den Raumfahrtstandort Hessen und alle damit verbundenen Chancen für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft, für die Entwicklung von Arbeitsplätzen, für die Entwicklung eines Klimas, in dem neue Unternehmen mit neuen und zukunftsweisen Ideen entstehen können, fortzuentwickeln und auch in Zukunft diesen Chancen ein gesundes Fundament in Hessen zu geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Blum. – Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Abg. Siebel gemeldet. Bitte schön, Herr Siebel.

#### **Michael Siebel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bereite selten Reden vor. Ich habe mir auch überlegt, ob ich mich trauen kann, das, was ich vorbereitet habe, hier zu verlesen. Aber nach der Rede von Herrn Blum traue ich mich.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kündige aber auch an, dass ich auch im Hinblick auf das, was durch die Landesregierung zu besorgen ist, ein paar Bemerkungen mache.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Weite des Weltraums

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

erweckt immer wieder Sehnsüchte und Hoffnungen. Wenn wir uns auf die Sterne einlassen, werden Träume von der Kraft des Universums wach. Geht es uns nicht allen so, dass wir uns gerne von Mister Scotty upbeamen lassen oder,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

für die Älteren unter uns, dass wir gerne einmal mit dem Raumschiff Orion ferne Welten erobern möchten, um die Fragen aller Fragen beantwortet zu bekommen

(Zuruf von der SPD: 42!)

– danke: 42 –, und dabei gleichzeitig wissen, wo unser Handtuch in der Galaxis gerade liegen mag.

(Heiterkeit bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Jürgen Lenders (FDP): Schaffen Sie es auch, etwas Ernsthaftes zum Thema zu sagen?)

E.T. war und ist überall, und mit ihm wollen wir doch alle gerne „nach Hause“.

(Heiterkeit bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn wir in den Weltraum eintauchen, dann beginnen wir, in Lichtjahren zu denken. Aber dabei geht es eigentlich immer nur um Millisekunden, wenn wir die Übertragung von Satelliten- und Geoinformationsdaten im Sinn haben.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Alexander Bauer (CDU) – Minister Jörg-Uwe Hahn: Alles ins Protokoll!)

– Herr Hahn, es ist alles im Protokoll. Ich werde auch Ihnen noch einiges ins Protokoll sagen können.

Ich habe bewusst diesen etwas sternenfunkelnden Einstieg gewählt, weil die Themen und Einrichtungen, mit denen sich der Antrag von CDU und FDP auseinandersetzt, so wichtig sind, aber gleichzeitig durch die Landesregierung so wenig passiert ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn in Hessen etwas passiert, dann hat das etwas mit Sternschnuppen zu tun. Sie blitzen auf, ausgelöst von einem Stern, Millionen Lichtjahre entfernt, und dann wünschen wir uns etwas und hoffen, dass es in Erfüllung geht.

Damit wir im Hessischen Landtag die Gelegenheit bekommen, das Thema einmal in großer Ausführlichkeit zu besprechen, kündige ich für die SPD-Fraktion an, dass wir an die Landesregierung eine Große Anfrage formulieren werden, in der die Landesregierung dann die Möglichkeit hat, detailliert zu erläutern, was in den letzten elf Jahren im Hinblick auf die Luft- und Raumfahrt und die Stärkung des Standorts Hessen passiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Nach meinen Recherchen haben wir uns im Hessischen Landtag zum letzten Mal im Jahr 2005 im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit der Frage der Einrichtung eines Galileo-Gründerzentrums auseinandergesetzt. Ich finde, wir haben Themen, mit denen wir uns öfter als alle fünf Jahre auseinandersetzen, die vielleicht nicht die Bedeutung und Tragweite haben wie das Thema, das heute von CDU und FDP auf den Plan gerufen worden ist.

Ich will etwas zu den einzelnen Punkten des Antrags sagen.

(Florian Rentsch (FDP): Ehrlich, Herr Siebel, ich habe gedacht, Sie machen weiter den Kasper!)

Erstens. Die Stärkung des Luft- und Raumfahrtstandorts Hessen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sprechen von Nachhaltigkeit und davon, dass diese belegt werden muss. Ich habe ein bisschen in dem letzten Nachhaltigkeitsbericht der Landesregierung nachgesehen und dort zu dem Thema Luft- und Raumfahrt nichts gefunden. Ich finde, es ist aber ein interessanter Ansatz, dies nachzuarbeiten.

Es ist richtig, dass wir auch in diesem Bereich den Technologietransfer fördern müssen. Aber es ist genauso richtig, dass wir gerade in Südhessen und gerade im Hinblick auf diesen Cluster einen enormen Nachholbedarf haben – gerade in Südhessen und gerade im Hinblick auf dieses Cluster. Sie sehen, ich habe so en passant schon die Formulierung des Kollegen Blum in den Mund genommen und von einem Cluster gesprochen.

Leif Blum, ich halte es für richtig, dass wir in Zukunft in Südhessen einen Cluster Luft- und Raumfahrttechnik entwickeln. Ich will nicht die großen Worte in den Mund

nehmen, die in anderen Bereichen bei Clustern in den Mund genommen werden. Ich will auch noch nicht davon sprechen, dass wir so etwas wie das HoLM im Bereich der Luft- und Raumfahrt zu entwickeln haben, weil das auch mit viel Geld verbunden ist. Aber ich meine, dass das, was wir vorfinden, und das, was an Produktentwicklung in diesem Bereich zum Nutzen der Menschheit möglich ist, clusterfähig ist. Ich glaube, dass der Cluster Südhessen, konkret in Darmstadt, etwas dazu beitragen kann. Ich sage dazu nachher noch etwas.

Zweitens. Zu dem Ausbau von ESOC und EUMETSAT. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wissen, ich komme aus Darmstadt. Von daher kenne ich mich da einigermaßen gut aus. Ja, es ist richtig, dass die ESOC ein Besucherzentrum auf dem gegenüberliegenden Grundstück ausbauen will und wird. Die Stadt Darmstadt hat dazu die Voraussetzungen geschaffen. Es wird dabei nicht nur um ein Besucherzentrum gehen, sondern es wird auch darum gehen, dass weitere Büroräume für die ESOC geschaffen werden. Das ist in trockenen Tüchern und auf gutem Weg.

Zum Thema der Erweiterung. Bei EUMETSAT ist eine Erweiterung auf einem Landesgrundstück angedacht.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Auch diese Forderung halte ich für wichtig, richtig und notwendig und unterstütze sie nachhaltig. Die Landesregierung muss meiner Ansicht nach – da treffe ich mich mit den Aussagen von Leif Blum – aber mit Hochdruck daran arbeiten, die noch bestehenden Hemmnisse zu beseitigen und die Erweiterung wirklich realisierbar zu machen, um die entsprechenden Landesgrundstücke auch mobilisierbar zu machen.

Ich will zum Cluster zurückkommen. Wir haben in diesem Bereich meiner Ansicht nach positiv zu verzeichnen, dass sich dort unter der Gründung von cesah einige Start-up-Firmen realisiert haben – das ist uns letztes auch dokumentiert worden –, die nach meinem Verständnis sehr erfolversprechend und in der Tat auch clusterfähig sind. Dazu gehören unter anderem die Verimatic GmbH, die verschiedene Lösungen zur Satellitennavigation und zum Baumaschinenbetrieb beiträgt, die Firma etamax space GmbH, die ein System entwickelt hat, welches mithilfe von globalen Satellitennavigationssystemen weltweit aktuelle Wasserstandsmeldungen in von Überflutung gefährdeten Gebieten ermittelt.

Wir hatten dieses Beispiel auch schon einmal im Kontext von Galileo diskutiert, weil es damals die Frage gab: Sind denn die Dinge, die dort entwickelt werden, auch tatsächlich für die Menschen und, groß gesprochen, für die Menschheit von Nutzen? – Ich glaube, das ist ein Beispiel, das sehr wohl dokumentiert, dass dies für breite Teile der Weltbevölkerung von Nutzen ist. Schließlich die Punchbyte e.K., ein System, das Satellitennavigationsdaten zum gesetzlichen Nachweis der Durchführung von Wartungs- und Inspektionserfordernissen von öffentlichen Anlagen wie Gebäuden, Straßen, Chemieanlagen oder Spielplätzen nutzen kann. Ich denke, dass das Beispiele dafür sind – ich habe es jetzt einmal an den dreien dokumentiert –, was in einer Produktdienstleistungsentwicklung nicht nur möglich ist, sondern was es nach meinem Verständnis auch rechtfertigt, einen solchen Cluster für Luft- und Raumfahrttechnik in Hessen tatsächlich zu konstituieren.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insofern mögen Sie mir verzeihen oder sich gleichzeitig an meinen einführenden Bemerkungen erheitert haben. Dass der Cluster Raumfahrt möglicherweise über das hinausreicht, was ich jetzt entworfen und entwickelt habe, dokumentiert sich meiner Ansicht nach auch darin, dass am Fachbereich Architektur der Technischen Hochschule Darmstadt unter anderem ein paar Sachen im Hinblick auf Weltraumhabitate entwickelt werden. Die Architekten sind auch solche, die einmal ein bisschen rumspinnen und etwas erdenken, was noch nicht so ganz realistisch ist. Es gibt also durchaus Verknüpfungspunkte, nicht nur mit klassischen Bereichen der Technologien, sondern weit darüber hinaus.

Ich meine, dass das lohnend ist. Wenn diese Initiative wirklich und ernsthaft so gemeint ist, dass man das Thema angeht und nicht noch einmal fünf Jahre lang liegen lässt, bin ich dafür, dass wir daran arbeiten. Unsere Unterstützung und Mitarbeit haben Sie, auch im Hinblick auf die angekündigte Große Anfrage. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Siebel. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Reißer jetzt das Wort. Bitte schön, Herr Reißer.

#### **Rafael Reißer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beginne mit einem Zitat:

Neugier ist eine menschliche Eigenschaft. Sie motiviert uns dazu, Antworten auf Fragen zu suchen und zu schauen, was hinter dem Horizont liegt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Sind wir jetzt im Stadtparlament von Darmstadt, oder was?)

Das ist ein Zitat von Thomas Reiter. – Frau Kollegin, wie Sie richtig bemerkt haben, komme ich auch aus Darmstadt. Mir sind natürlich ESA, ESOC und EUMETSAT auch bestens bekannt. Ich kenne aus diesen Unternehmen hoch motivierte Mitarbeiter und Wissenschaftler, die aus Darmstadt, Hessen und Europa kommen. Darmstadt ist das Houston Europas, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Siebel, wenn es einmal den Satz gab: „Houston, wir haben ein Problem“, würde ich heute sagen, dass die SPD nach so einer Rede ein Problem hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Die Hessische Landesregierung hat bereits frühzeitig erkannt, dass Darmstadt das Herzstück der hessischen Luft- und Raumfahrtforschung ist. Insbesondere der Hessische Ministerpräsident, aber auch die zuständigen Fachminister haben im Luft- und Raumfahrtstandort Hessen und Darmstadt durch ihr persönliches Engagement einen Schwerpunkt gesehen.

(Zuruf von der SPD)

Die internationale und nationale Konkurrenz ist in diesem Bereich sehr groß. Unser Ziel ist es, innovative und

zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen sowie Forschung und Technologie zu fördern, um den Forschungsstandort Hessen weiterzuentwickeln und weiter auszubauen. Herr Siebel, in dieser Branche arbeiten hessenweit allein zwölf Unternehmen mit über 7.200 Menschen und erwirtschaften einen Umsatz von 1,4 Milliarden € im Jahr. Das ist eine erhebliche Summe, und das kann nicht kleingeredet werden, so wie Sie hier den Versuch unternommen haben, indem Sie gesagt haben, dass in diesem Bereich seit Jahren nichts passiert.

Hessenweit gibt es weiterhin ca. 200 Unternehmen, die im Umfeld dieser Branche als Zulieferer tätig sind. Wir haben in Hessen auch vielseitige Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen etabliert. Ich nenne hier z. B. die hessischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Insbesondere die TU Darmstadt ist in diesem Bereich unterwegs, aber auch die Universität Kassel und die Universität Gießen sind in diesem Bereich der Raumfahrtforschung unterwegs und leisten dort schon jetzt hervorragende Arbeit. Entscheidend aus hessischer Sicht ist, dass viele nationale und internationale Institutionen ihren Sitz in Hessen bzw. in Darmstadt haben. Da ist einmal die Flugsicherung in Langen zu nennen, der europäische Wetter Satellitenbetreiber EUMETSAT, aber auch besonders ESA und ESOC, das Satellitenkontrollzentrum in Darmstadt.

Beispielhaft möchte ich, wie Ihnen vielleicht bekannt ist, die Missionen anführen, die dort in den letzten Jahren genannt werden. Da wäre einmal Mars Express zu nennen, der 2004 zum Mars aufgebrochen ist und ihn umkreist, Venus Express, der 2006 gestartet ist, mit dem Ziel, die Atmosphäre des Planeten Venus zu untersuchen, und die Mission Rosetta, die 2004 begann und im Jahr 2014 erstmalig mit einem Kometen in Berührung kommt. Auch zahlreiche Missionen anderer nationaler und internationaler Organisationen werden von ESA und ESOC unterstützt.

Das Kontrollzentrum ist aufgrund seiner hoch entwickelten Technik und seiner hoch spezialisierten Teams in der Lage, zehn Satelliten routinemäßig zu betreuen, sogar in der gleichen Zeit, das versteht sich, und weitere sich in der Startphase befindlichen Satelliten zu begleiten. Das ist eine hervorragende Leistung, die in diesem Unternehmen vollbracht wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die von mir schon einmal erwähnten 200 Unternehmen sind auch international tätig. Dadurch gewinnt der Standort Hessen und Darmstadt für die Ansiedlung neuer Unternehmen und Institutionen an großer Attraktivität. Ein Schlüssel für den Erfolg in Hessen ist die enge Zusammenarbeit und der starke Know-how-Transfer zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Um hier auch in Zukunft zielführend zu sein, hat das Land Hessen 2006 mit weiteren Partnern das Zentrum für Satellitennavigation Hessen, cesah, in Darmstadt gegründet.

Es soll die Entwicklung rund um den Markt des Satellitennavigationssystem Galileo fördern und beschleunigen. Galileo ist das europäische Navigationssystem, mit dem amerikanischen GPS vergleichbar. Während GPS einen militärischen Ursprung hat, ist Galileo für den zivilen Bereich entwickelt worden und steht dadurch größeren und genaueren Anwendungsmöglichkeiten zur Verfügung wie Flugzeugnavigation, präzise Hochwasservoraussagen, Rettungskoordinationen bis hin zu ganz neuen logistischen Aufgabenstellungen, die für die Zukunft noch wichtiger sind. Um all dies weiterzuentwickeln, ist es notwen-

dig, das Gründerzentrum cesah weiter zu unterstützen und ESA und ESOC auch die räumlichen Möglichkeiten zu geben, sich in diesem Bereich weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das damals erstellte Gutachten zum Gründerzentrum sprach von über 1.000 neuen unterschiedlichen Arbeitsplätzen in diesem Bereich. Diese Zukunftsperspektiven dürfen wir uns nicht entgehen lassen. Deswegen müssen wir einen großen Fokus auf diese Aufgabenstellung halten. Es geht aber darum, auch keine Zeit auf dem Weg dorthin zu verlieren, alle Satelliten von Galileo – diese 30, die dort vorgesehen sind – zu installieren.

Deswegen gibt es sogenannte Testumgebungen. Eine Testumgebung gibt es bereits in Pfaffenhofen; ich will sie Gebirgs-GATE nennen. Dort wird eine Galileo-Navigation im Gebirge simuliert, aus der praktische Anwendungen abgeleitet werden sollen. Es wäre sinnvoll, auch eine Testumgebung für den städtischen Bereich zu schaffen. Das könnte das Rhein-Main-Gebiet sein. Das ist darunter zu verstehen, wenn wir den Begriff City-GATE verwenden – eine Navigationssimulation im Bereich von Hochhäusern, die besondere Anforderungen durch die Hochhäuser und deren Reflexion erfüllen muss. Das wäre eine Möglichkeit, die wir im Rhein-Main-Gebiet sehen. Die könnten und sollten wir als Nächstes in Angriff nehmen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Es ist für die Zukunftsfähigkeit Hessens von besonderer Bedeutung, diese innovative Branche zu unterstützen. Die Stärkung und der Ausbau des Standorts Darmstadt müssen gelingen. Dort müssen innovative neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit dem Austausch international tätiger Wissenschaftler gewinnt Darmstadt – und damit Hessen – international an Bedeutung. Das Leben in Darmstadt und in Hessen wird dadurch auch bunter, besser und schöner.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Vielen Dank, Herr Reißer. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Klose zu Wort gemeldet.

#### **Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass auch Nicht-Darmstädter bei dieser Debatte zugelassen sind.

(Heiterkeit und Beifall)

Man könnte versucht sein, diese Debatte mit den Worten zu beginnen: „Der Weltraum – unendliche Weiten“. Das wäre diesem Thema aber nicht angemessen.

Was hat das Thema Luft- und Raumfahrt mit Hessen zu tun? Wir haben schon ganz viel dazu gehört, viele gute Beispiele für das, was in Darmstadt und auch anderswo in Hessen geschieht. Ich will ausdrücklich sagen, es ist gut, dass dieses Thema nach fünf Jahren wieder einmal in den Fokus des Landesparlaments rückt. Der vorliegende Antrag – dazu will ich später noch einige Hinweise geben – kann und muss unseres Erachtens in den Ausschussberatungen aber noch verbessert werden. Dann könnte er auch für uns zustimmungsfähig sein.

Gerade in und um Darmstadt, aber auch anderswo in Hessen gibt es Standorte zentraler europäischer Raumfahrtinstitutionen. Einige davon werden im Antrag genannt, z. B. EUMETSAT, die europäische Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten, die von ihrem Kontrollraum in Darmstadt aus mit einer sogenannten Flotte von geostationären Wettersatelliten kommuniziert. Dort arbeiten derzeit rund 450 Menschen. Nach der Erweiterung sollen etwa 150 weitere Stellen geschaffen werden.

Ebenfalls noch 2010 soll am Standort Darmstadt die ESOC erweitert werden, die von dort aus für den Betrieb sämtlicher europäischer Satelliten und für das Netz der Bodenstationen verantwortlich ist. Die ESOC beschäftigt derzeit 260 fest Angestellte und überdies 550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Vertragsfirmen. Es gibt in Darmstadt, aber beispielsweise auch in Limburg, in Frankfurt und in Kelsterbach, Unternehmen, die im Sektor Raumfahrt tätig sind und unterschiedlichste, sehr moderne Produkte herstellen.

Sozusagen als Satelliten der genannten ESA-Organisationen ESOC und EUMETSAT haben sich in Darmstadt weitere Gesellschaften angesiedelt. Eine dieser Gesellschaften ist die bereits mehrfach erwähnte cesah GmbH, das Centrum für Satellitennavigation, das Gründungsförderung betreibt. Cesah unterstützt und fördert Unternehmensgründungen, die die Satellitennavigationstechnik für neue Anwendungen nutzen wollen. In diesen Unternehmen entstehen technologisch hochinteressante Innovationen. Da gibt es z. B. – um eine Firma zu nennen, die bisher nicht erwähnt wurde – ALL4IP Technologies. Diese Firma entwickelt Applikationen für E-Bikes oder E-Cars, um den Nutzern dieser Fahrzeuge die nächsten Stationen zum Aufladen ihre Gefährte anzuzeigen. Die Firma etamax space hat Herr Siebel schon erwähnt. Ebenso spannend ist beispielsweise die LatitudeN GmbH, die Satellitennavigationsdaten auch für Fußgänger nutzbar macht, z. B. für Touristinnen und Touristen und für Smartphones. Diese Beispiele zeigen, welche großen, in ökonomischem, aber auch ökologischem Sinne sinnvollen Innovationen in diesem Gründerzentrum gefördert werden. Deshalb teilen wir das Anliegen, cesah monetär zu unterstützen. Das geschieht bereits aus dem entsprechenden Etat des Wirtschaftsministeriums.

Der Grund dafür, dass sich dieser Kompetenzcluster in Hessen gebildet hat und weiter wächst, ist auch und gerade, dass wir in unserem Bundesland hoch qualifizierte und exzellente Forscher und Ingenieure an unseren Hochschulen ausbilden, Forschung betreiben und die Entwicklung auch auf diesem Sektor voranbringen. Das ist beispielsweise an den Universitäten in Gießen und Kassel der Fall, vor allem aber auch an der Technischen Universität Darmstadt, die ja zu den Trägern des cesah gehört. Darmstadt ist beispielsweise – um auch auf diese ökologische Entwicklung hinzuweisen – ein Schwerpunkt der Forschung zur Verringerung der Schadstoffemissionen von Triebwerken bei gleichzeitiger Erhöhung des Wirkungsgrades. Man darf aber gerade in dieser Woche die Randbemerkung nicht vergessen, dass die TU Darmstadt künftig 4,5 Millionen € weniger erhält und damit eine der großen Verliererinnen des von Frau Kühne-Hörmann erzwungenen Hochschulunterwerfungspaktes ist.

(Zurufe von der CDU)

In den ersten drei Punkten Ihres Antrags geht es um das Thema Fördern. Was Sie damit meinen, möglicherweise über das hinaus, was bereits geschieht, müssten Sie uns

bitte spätestens im Ausschuss einmal konkreter darlegen. Sie von der FDP-Fraktion habe ich, bisher jedenfalls, immer so verstanden, dass Subventionen in Ihrer Weltsicht eher nicht erwünscht sind. Insofern wäre darzulegen, was konkret gefördert werden soll. Geht es nur um Räumliches, oder geht es auch um Geld?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will mich dann noch Punkt 4 Ihres Antrags zuwenden. Dort geht es um das europäische Satellitennavigationssystem Galileo. Galileo ist in der Tat ein sehr komplexes Thema. Dazu wurden schon einige Bundestagsdebatten geführt. Wir können das Thema hier sicher nicht in seiner Gesamtheit diskutieren. Das ist auch nicht unsere Aufgabe als Landtag. Es ist aber bereits dargestellt worden, welche positiven Andockmöglichkeiten an das europäische Satellitennavigationssystem gerade durch cesah entwickelt werden und welche Wertschöpfung dadurch entsteht. Hinzu kommt, Galileo würde uns Europäerinnen und Europäer von Analysen unabhängiger machen, auf die bisher die USA ein Monopol haben. Wozu es führen kann, wenn jemand wie der alte Busenfreund des Ministerpräsidenten, George W. Bush, das Sagen hat, haben wir gesehen. Im Gegensatz zum amerikanischen GPS steht Galileo nämlich unter ziviler Kontrolle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Galileo gehört allerdings auch, dass die Kosten derzeit davonzulaufen drohen. Die Europäische Kommission hat kürzlich mitgeteilt, dass die für die Entwicklungsphase vorgesehenen 1,8 Milliarden € und die für die Aufbauphase vorgesehenen 3,4 Milliarden € nicht ausreichen werden. Hier ist die Bundesregierung in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass Galileo kein Rohrkrepiert wird; denn aufzubringen sind diese Gelder selbstverständlich durch die Europäische Union und die Mitgliedstaaten der ESA. Dazu gehört eben auch Deutschland.

Sie fordern in Punkt 4 Ihres Antrags die Schaffung einer anwendungsorientierten Galileo-Testumgebung im Ballungsgebiet Rhein-Main. Diesem Teil Ihres Antrags könnten wir, bliebe er so stehen, nicht zustimmen, denn er ist leider ein bisschen „lost in space“, sozusagen eine Luftnummer. Erstens ist nirgendwo in dem Antrag begründet, warum die Region Rhein-Main eine Testumgebung sein soll, was die Region eigentlich davon hat. Zweitens. Herr Reißer, es tut mir leid, aber es hat ein Anruf beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, das für die Testumgebungen zuständig ist, genügt, um zu erfahren, dass der Auswahlprozess für die Testumgebungen vor fünf Jahren begonnen hat, vor zwei Jahren abgeschlossen worden ist und weitere Testumgebungen weder notwendig noch geplant sind.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Da haben Sie wahrscheinlich mit dem Hausmeister telefoniert! – Weitere Zurufe von der CDU)

Da wurde wohl – wenn man an einer solchen Testumgebung schon so interessiert ist – vor ein paar Jahren irgendwo in der damaligen Landesregierung geschlafen. Das sind, zugegeben, ganz irdische Probleme. Es relativiert aber sicherlich das Lob der Landesregierung, das wir heute schon gehört haben.

Summa summarum: Mit Ihrem Antrag greifen Sie ein Thema auf, das ein hohes ökonomisches und ökologisches Innovationspotenzial in sich trägt. Er bedarf aber in einigen Bereichen der Präzisierung und durchaus auch der

Korrektur. Wir wollen gern daran mitwirken, ihn im Ausschuss positiv weiterzuentwickeln, jedenfalls die ersten drei Punkte, die sich auf die Stärkung des existierenden hessischen Kompetenzclusters beziehen; denn: „Ohne Kreativität gibt es keine Entwicklung“, sagt Mister Spock.  
– Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Klose. – Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Frau Wissler gemeldet. Bitte schön.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kriegt man den Klassenkampf in das Thema? – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Das kriegt sie schon hin! – Clemens Reif (CDU): Die Kalaschnikow!)

#### Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Reif, ich habe gehört, dass Sie mich gerade als „Kalaschnikow“ bezeichnet haben. Dann hören Sie einmal gut zu, Schrotflinte, was ich Ihnen hier zu sagen habe.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Der war zumindest gut! Den rügen wir auch nicht, Herr Präsident! Nicht rügen!)

Herr Reif, vielleicht sind wir damit quitt. Wir regeln das nämlich immer auf unsere Weise, auch im Wirtschaftsausschuss.

Wir haben ein bisschen gerätselt, was die Herren von der FDP mit diesem Antrag bezwecken, was sie uns damit sagen wollen. Sie stellen fest, dass europäische Großprojekte wie die ESA oder das höchst umstrittene Galileo-Satellitennavigationssystem ganz in Ordnung seien, solange man dadurch in Hessen Arbeitsplätze sichert und schafft. Dass im Umkreis eines der größten Flughäfen Europas Betriebe mit technischen Lösungen und Dienstleistungen rund um die Luftfahrt Geld verdienen, ist wenig verwunderlich. Dafür benötigten wir diesen Antrag nicht.

Ich finde es schon bemerkenswert – Herr Kollege Klose hat es angesprochen –, dass es die FDP in diesem Fall begrüßt, wenn Einrichtungen der öffentlichen Hand, wie EUMETSAT und die Deutsche Luftsicherung, für sichere Arbeitsplätze sorgen. In anderen Bereichen sehen Sie das ein bisschen anders. Das Wort „nachhaltig“, das Sie in Ihrem Antrag verwendet haben, finde ich in Bezug auf diese Arbeitsplätze aber etwas deplatziert.

Sie wollen überall sparen. Sie möchten Subventionen abbauen und die Daumenschrauben anziehen. Jetzt ist in diesem Antrag aber von einer Förderung die Rede. Herr Reißer, Sie meinen damit vermutlich kein gutes Zureden, sondern finanzielle Mittel. Ich fände es etwas seltsam, was die Prioritätensetzung betrifft, wenn das Geld, das es für Kinderbetreuung und Bildung angeblich nicht gibt, jetzt der Luft- und Raumfahrt zur Verfügung gestellt würde. Das wäre eine seltsame Prioritätensetzung.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich gebe zu, dass ich mich nicht täglich mit dem Thema Luft- und Raumfahrt beschäftige.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

– Herr Blum, ich war sehr erleichtert, als ich gemerkt habe, dass es Ihnen offensichtlich ähnlich geht. Sonst wüsten Sie nämlich, dass das Europäische Satellitenkontrollzentrum in Darmstadt, über dessen Ausbau Sie sich in Ihrem Antrag freuen, „ESOC“ heißt und nicht „ESA“, wie Sie schreiben. Die ESA hat ihren Sitz in Paris, nicht in Darmstadt, und die ESA soll meines Wissens nicht erweitert werden.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie sollten einmal dort vorbeikommen!)

Ich bin auch ein bisschen über die Zahlen in Ihrem Antrag gestolpert. Ich habe noch einmal nachgeschaut: Laut amtlicher Statistik sind in Hessen 7.239 Beschäftigte in zwölf Betrieben der Luft- und Raumfahrtindustrie tätig. Um nur einmal die Größenordnung aufzuzeigen: Das sind ungefähr 1,7 % der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe in Hessen. Diese Betriebe tragen ungefähr 1,2 % zum Gesamtumsatz der hessischen Industrie bei.

(Leif Blum (FDP): Das kommt davon, dass du immer nach hinten schaust und nicht nach vorne! Aber wir laden dich gern einmal ein, haben wir eben besprochen! – Beifall bei der FDP)

– Vielen Dank, aber ich frage mich gerade, wohin, ob Darmstadt oder die FDP-Fraktion damit gemeint ist. Das können wir aber noch klären.

(Zurufe von der FDP)

Die in dem Antrag mit der Beschäftigtenzahl von 7.200 in Verbindung gebrachten 200 Betriebe gehören aber anderen Branchen an, die in mehr oder minder großem Umfang ebenfalls luft- und raumfahrtrelevante Produkte herstellen oder Dienstleistungen erbringen. Eine Gesamtzahl der Beschäftigten, die in diesem Bereich arbeiten, nennt die Hessen-Agentur in ihrem Branchenbuch für die Luft- und Raumfahrtindustrie wegen unzureichender Datenerhebung in der amtlichen Statistik nicht.

Ich finde, es gibt Branchen, denen Sie etwas mehr Aufmerksamkeit schenken könnten, beispielsweise dem öffentlichen Personennahverkehr. Er hat sehr viel mehr Beschäftigte, spielt sich auf der Erde ab und ist dadurch den meisten Menschen sehr viel näher als die Raumfahrt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Raumfahrt ist ein Bereich, in dem die zivile und die militärische Nutzung untrennbar miteinander verstrickt sind. Unternehmen in der Luft- und Raumfahrt sind auch führende Unternehmen in der Rüstungsindustrie. Auch Unternehmen, die in Hessen angesiedelt sind, liefern Teile

(Leif Blum (FDP): Es werden keine Pershings in Darmstadt gebaut!)

– nicht für die Pershings – für den Eurofighter, für den neuen Bundeswehrhubschrauber NH 90 und für andere militärische Systeme.

Sie können das als innovative Arbeitsplätze des 21. Jahrhunderts bezeichnen. Ich bezeichne sie nicht so.

(Beifall bei der LINKEN – Clemens Reif (CDU): Das ist ja nicht schlimm!)

Deutschland nimmt mittlerweile, wenn es um die globalen Waffenexporteure geht, nach den USA und Russland den dritten Platz ein.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Wir lehnen Geschäfte mit todbringenden Waffen und Rüstungsexporte entschieden ab, auch wenn sie von Hessen aus getätigt worden sind; und in dem Bereich haben wir Unternehmen, die eben auch Geschäfte mit Waffenexporten machen.

Wir sollten über das Anliegen diskutieren, das in dem Antrag genannt wird, nämlich „innovative und zukunftssichere Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen“. Wirklich innovativ wäre es, zu erforschen, wie die Luftfahrt unter der Bedingung zu Ende gehender Ölreserven in Zukunft überhaupt zurechtkommen kann. Welche Auswirkungen hat Peak Oil schon in den nächsten Jahren auf die Rohölpreise, das Flugbenzin und den Luftverkehr? Welche Alternativen gibt es zu dem immer weiter ausufernden internationalen Flugverkehr mit seinen verheerenden klimaschädlichen Folgen?

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie uns einmal darüber diskutieren, wie an den globalen Verzerrungen, die durch die Subventionierungen des Flugverkehrs entstanden sind, etwa durch den Verzicht auf die Erhebung einer Mineralölsteuer auf Flugbenzin, in den nächsten Jahren etwas geändert werden kann.

Es stellt sich auch die Frage, wie Rüstungskonversion zu einer entmilitarisierten Luft- und Raumfahrt im Interesse der Bevölkerung – oder vielleicht etwas pathetischer: im Interesse der Menschheit – beitragen kann. Ich denke, dann besteht die Möglichkeit, dass diese Forschung einen Nutzen für Ökologie und Nachhaltigkeit hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber ich habe ein bisschen das Gefühl, das wir uns hier mit einem Antrag beschäftigen, der mehr oder weniger ein Schaufensterantrag ist. Konkrete Folgen und ein konkreter Handlungsauftrag an die Landesregierung sind mir nicht ganz klar geworden.

Ich möchte mit einem Zitat enden:

Der Mensch ist technisch weit fortgeschritten. Er kann Raumstationen bauen, sie im Weltraum zusammenkoppeln und denkt an die Landung auf dem Mars. Aber seine Entwicklung scheint seit der Steinzeit zu stagnieren.

Ich denke, man muss es nicht ganz so pessimistisch sehen wie Sigmund Jähn, der erste Deutsche im Weltall. Den Gedanken an ihn hatten Sie sicherlich im Hinterkopf, als Sie diesen Antrag geschrieben haben.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Er ist heute Berater bei der ESA; das möchte ich nur einmal anmerken. Man muss es nicht ganz so pessimistisch sehen wie er. Aber ich denke, die Aussage, die er macht, ist im Kern wahr, und man kann sie sich vielleicht zu Herzen nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Clemens Reif (CDU):  
Seltsame Sozialisation!)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Posch das Wort.

#### **Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass vier Fraktionen zum Ausdruck gebracht haben, dass es sich hier um einen technologischen Bereich handelt, der für dieses Bundesland von großer Bedeutung ist. Das ist von Herrn Siebel, Herrn Klose und den Rednern der Fraktionen der CDU und der FDP übereinstimmend gesagt worden.

Es ist richtig: Wir sind nicht das prädestinierte Herstellerland für Satelliten. Aber auch ohne diesen Aspekt ist die Luft- und Raumfahrt in Hessen ein Wirtschaftsfaktor. Deswegen will ich auf das eine oder andere eingehen, was in der Diskussion eben eine Rolle gespielt hat. Entscheidend für Hessen als Luft- und Raumfahrtstandort war es und wird es auch zukünftig sein, wie wir die technologischen Errungenschaften in dieser Branche unter anderem auf der Erde vernünftig einsetzen können.

Frau Kollegin Wissler, ich habe Verständnis dafür, dass Sie das aus Ihrer Situation heraus anders interpretieren. Aber denken Sie beispielsweise, gerade aus aktuellen Anlässen, daran, dass die Beobachtung der Erde über Satelliten dazu beiträgt, dass wir Katastrophen bekämpfen können. Das hat etwas mit der Navigation und der Beobachtung durch die Satelliten zu tun. Wir sorgen damit dafür, dass Katastrophen, wenn sie denn eingetreten sind, bekämpft werden können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sich hierhin zu stellen und so zu tun, als hätte das keine Bedeutung, geht wirklich an der Sache vorbei. Ich rate Ihnen, etwas Ähnliches zu machen, was wir gemacht haben. Wir waren einmal dort und haben uns angeschaut, welche Einsatzmöglichkeiten sehr nutzbringender Art gewährleistet bzw. überhaupt ermöglicht werden.

Ja, es mag überraschend sein, dass wir solcher Technologien bedürfen, um beispielsweise einen Einsatzbefehl in solchen Katastrophenfällen via Beobachtung durch Satellit tatsächlich überhaupt erst einmal zu ermöglichen. Ich habe das jetzt einmal etwas lapidar gesagt. Es mag sein, dass Ihnen das bisher entgangen ist. Das ist etwas, was in der Folge der Satellitenforschung für uns auf der Erde von sehr positiver Bedeutung ist.

Ja, wir haben eine Untersuchung durchgeführt. Ich glaube, Herr Klose hat die Zahlen dazu genannt. Die Hessen-Agentur hat im Auftrag des Wirtschaftsministeriums ein Branchenprofil erarbeitet. Ja, es sind in Hessen rund 200 Betriebe, die entweder schwerpunktmäßig im Luft- und Raumfahrtfahrzeugbau tätig sind oder die Produkte bzw. Dienstleistungen zuliefern. Das tun 7.200 Beschäftigte. Das ist, gemessen an anderen Branchen, nicht besonders viel. Die Tatsache, dass Galileo, die ESA, die ESOC und EUMETSAT hier einen Standort gesucht haben, ist der Beweis dafür, dass dieses Bundesland gegenüber solchen modernen Technologien offen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Herr Siebel, ich will etwas zu dem sagen, was Sie gesagt haben. Ja, Clusterbildung ist richtig. Aber Clusterbildung sollte nicht in der Weise geschehen, dass die Landesregierung die Cluster vorgibt. Vielmehr sollte dort, wo die technologischen Entwicklungen stattfinden, die Netzwerkbildung unterstützt werden. Clusterbildung bedeutet immer, dass das, was vor Ort vorhanden ist, mit entsprechenden Initiativen der Landesregierung unterstützt werden kann.

Wir sind nicht diejenigen, die Vorgaben dazu zu machen haben, wo sich die Cluster bilden. Vielmehr müssen diese Cluster durch Ausgründungen aus den Universitäten, durch den Technologietransfer und durch die Kooperation der Unternehmen mit den Hochschulen entstehen. Wir unterstützen das dann. Das machen wir.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

In Hessen geht es vor allem um die Anwendung bei der Luft- und Raumfahrttechnologie. Das bisher erfolgreichste Beispiel ist in der Tat die Satellitennavigation. Über Galileo bzw. ein neues Navigationssystem kann gestritten werden.

Wir wissen eines sehr wohl. Herr Reißer, Sie haben Herrn Reiter genannt. Wir haben vor Kurzem mit Herrn Reiter ein Gespräch geführt. Bei der Navigation entwickeln sich völlig neue Anwendungsmöglichkeiten, die in Zukunft über das, was wir im Moment über Navigation ermöglichen, hinausgehen werden. Es ist in der Tat so, dass da Dinge entwickelt werden, die in der Zukunft eine weitreichende Bedeutung nicht nur im Orbit, sondern auch hier auf der Erde haben werden.

Sie haben das angesprochen: Cesah hat in den letzten zwei Jahren eine gute Entwicklung genommen. Das Land ist Mitgesellschafter, und zwar in erheblichem Umfang. Wir haben deshalb die berechtigte Hoffnung, demnächst an die 20 Gründer im Zentrum beheimaten zu können.

Herr Blum hat das zu Recht gesagt, Herr Reißer hat auch darauf hingewiesen: Diese Gründer sind die Unternehmer der Zukunft. Es ist eine Tradition in Hessen, dass wir über Gründerzentren neue technologische Entwicklungen fördern wollen. Das ist noch nicht das, was wir uns vielleicht wünschen. Aber es ist auch nicht so, dass wir das zu propagieren haben. Das wurde realisiert. Ich finde, die Aufgabe wurde sehr erfolgreich wahrgenommen. Die Gründer wurden in diesem Zentrum cesah beheimatet.

Wir haben mit den Mitarbeitern bei cesah gesprochen. Wir wissen, dass auch diese Gründer Förderhilfen in Anspruch nehmen müssen. Wir müssen in jedem einzelnen Fall prüfen, ob unsere Fördermaßnahmen den Ansprüchen entsprechen. Es gibt einige Programme, die selbstverständlich auch von Gründern, die in dem Zentrum cesah sind, in Anspruch genommen werden können.

Ich glaube, so wird ein Schuh daraus. Neben der Förderung durch das Land Hessen und die Stadt Darmstadt profitiert cesah natürlich von der Nähe zum Europäischen Satellitenkontrollzentrum ESOC, von dem es auch unterstützt wird, und von der Nähe zu den Hochschulen und den Forschungseinrichtungen der Wissenschaftsstadt Darmstadt.

Die ESOC ist die Einrichtung für die erfolgreichen Starts der Satelliten. Es geht dabei aber nicht nur um die Starts, sondern es geht auch um die Missionen. Wir waren vor Kurzem da und haben uns davon überzeugen können, welche Arbeit dort geleistet wird. Dort wird nämlich gewährleistet, dass das, was mit den Satelliten im Orbit erreicht werden soll, tatsächlich auch erreicht wird. Dieses Unternehmen ist also erfolgreich tätig. Das nehmen wir nicht für uns in Anspruch. Vielmehr haben wir hohen Respekt vor der Leistung, die von der ESOC erbracht wird.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Hinzu kommt, dass wir am gleichen Standort mit EUMETSAT auch über die europäische Einrichtung für die Wettersatelliten verfügen. In Langen befindet sich, nur wenige Kilometer entfernt, die Einrichtung zur Sicherung des deutschen Luftverkehrs.

Ich habe in einem anderen Zusammenhang auch darauf hingewiesen, welche wichtige Institutionen wir im Raum Darmstadt haben. Ich tat das, als es darum ging, das zu beurteilen, was mit dem Vulkanausbruch zu tun hatte. Wir haben hier in Hessen die wichtigsten Institutionen, die auf diesem Gebiet wichtige Aufgaben wahrgenommen haben und in Zukunft noch werden wahrnehmen müssen.

Ich glaube, das ist ein Pfund, mit dem wir in Hessen wuchern können. Das Land wird, auch mit Unterstützung des Bundes, helfen, wo es helfen kann, um diesen Einrichtungen in Hessen eine sichere Zukunft zu gewährleisten. Das wurde in der Diskussion von Herrn Reißer bereits angesprochen.

Auch andere europäische Regionen möchten die Möglichkeit haben, bei der Luft- und Raumfahrt etwas in möglichst erfolgreiche Produkte und Anwendungen einfließen zu lassen. Besonders erfolgreich ist man dann, wenn man Kooperationen eingeht. Hessen ist deshalb Gründungsmitglied von NEREUS, bei dem die gesamte technologische Palette abgebildet wird und in dem eine große Anzahl interessierter europäischer Regionen Mitglied ist.

Ich habe versucht, mit wenigen Worten das zu ergänzen, was die Redner der Fraktionen bereits dargestellt haben. Die Luftfahrtindustrie in Hessen – lassen Sie es mich so sagen – fristet unverdientermaßen ein Dasein, das ihrer Bedeutung nicht gerecht wird. Deswegen freue ich mich über die Aussagen der zumindest vier Vertreter hier im Hessischen Landtag. Einer hat sogar eine Große Anfrage angekündigt. Wir werden diese Diskussion im Ausschuss weiter führen, um gemeinsam zu prüfen, wo wir weitere Förderungsmöglichkeiten haben.

Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist ein Baustein für eine moderne Technologiepolitik in Hessen. Sie genießt die volle Unterstützung der Hessischen Landesregierung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Minister Posch, schönen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist die Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr vorgesehen. – Wir tun das hiermit.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Regelung des Strafvollzugs in Hessen – Drucks. 18/2323 –**

Dazu rufe ich noch **Tagesordnungspunkt 10** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Schaffung und Änderung hessischer Vollzugsgesetze – Drucks. 18/2426 zu Drucks. 18/1396 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Jürgens. Zur Berichterstattung spricht Herr Kollege Jürgens, bitte.

**Dr. Andreas Jürgens, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Rechts- und Integrationsausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unter Berücksichtigung des Änderungsantrags Drucks. 18/2380 – und damit in der aus der Anlage zur Drucks. 18/2426 ersichtlichen Fassung – anzunehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der CDU: Bravo! – Das war eine kurze Fassung!)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Jürgens. – Bevor ich Frau Hofmann für die SPD-Fraktion das Wort erteile, würde ich doch eine Bitte an das Plenum richten. Wenn dringende Gespräche zu führen sind, führen Sie die bitte außerhalb des Plenarsaals, weil der Geräuschpegel im Moment sehr hoch ist. Ich glaube, das wird den Rednerinnen und Rednern nicht gerecht.

(Allgemeiner Beifall)

**Heike Hofmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit der Föderalismusreform ist die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug Ländersache. In der Fachwelt und darüber hinaus wurde hart darüber gerungen, ob das sinnvoll sei – ein Wettbewerb der Schabigkeiten ist befürchtet worden. Wenn man nach anderen Bundesländern schaut, sieht man, dass es zum Glück wohl keinen Wettbewerb der Schabigkeiten gegeben hat. Aber die Länder sind aufgefordert, jetzt ihrer Verantwortung nachzukommen, gute Strafvollzugsgesetze zu erlassen. Das ist genau das Thema, mit dem wir uns heute in zweiter bzw. in erster Lesung beschäftigen. Ich bin stolz darauf, dass ich Ihnen mit dieser Rede das Strafvollzugsgesetz der SPD in erster Lesung vorstellen kann.

(Beifall bei der SPD)

Es war für uns als stärkste Oppositionskraft hier in Hessen selbstverständlich,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stärkste? – Gegenruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Als größte! – Gegenruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Größer, ja!)

dass wir diese Aufgabe erfüllen wollten, nämlich mit einem eigenen Gesetzentwurf deutlich zu machen, wie wir den Erwachsenenstrafvollzug in Hessen ausgestalten wollen. Mit unserem Gesetzentwurf tragen wir auf der einen Seite dem Resozialisierungsgebot, wie es das Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung deutlich macht, ausreichend Rechnung, berücksichtigen aber auf der anderen Seite auch den Sicherheitsgedanken ausreichend. Das sind zwei Seiten einer Medaille. Es ist uns besonders wichtig, dass dem Resozialisierungsgebot ausreichend Nachdruck verliehen wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, am Ende des Vollzugs, den wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als Chancenvollzug betrachten, muss nämlich ein Leben ohne Straftaten in sozialer Verantwortung stehen. Wir

wollen jeden Strafgefangenen erreichen. Wir möchten jeden ausreichend behandeln, sodass er sich nach der Strafe, wenn möglich, ohne weitere Straftaten wieder in unsere Gesellschaft integrieren kann.

(Beifall bei der SPD)

Dafür braucht es die richtigen Maßnahmen. Dafür braucht es – ganz klar – ausreichend Personal. Zum Nulltarif ist das nicht zu haben. Dafür braucht es aus unserer Sicht – das ist ein wesentlicher Punkt, worin sich unser Gesetzentwurf von dem Strafvollzugsgesetz der Landesregierung unterscheidet – auch Chancen der Reintegration. Dazu gehört für uns zwingend der offene Vollzug. Ich will ausdrücklich sagen: der offene Vollzug für geeignete Strafgefangene.

Sie sehen in Ihrem Gesetzentwurf vor, dass der offene Vollzug als eigene Vollzugsform faktisch abgeschafft wird. Er wird unter § 13 – wie es bei Ihnen heißt – zur sogenannten Eingliederungsmaßnahme degradiert. Er ist nur noch als öffnende Maßnahme möglich. Nein, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür ein, dass der offene Strafvollzug als eigenständige Strafvollzugsform erhalten bleibt und wenn möglich – das will ich ganz klar sagen: „wenn möglich“ fett unterstrichen – ausgebaut wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dazu gehören selbstverständlich Lockerungsregelungen wie Ausgang, Freigang, natürlich bei – wieder fett unterstrichen – geeigneten Strafgefangenen. Nur damit, wenn wir entsprechende Lockerungsregelungen bei geeigneten Strafgefangenen zulassen, können wir das Ziel der Resozialisierung und die Umsetzung der Chancen des Vollzugs erreichen.

Neben den inhaltlichen Schwerpunkten, die ich jetzt skizziert habe, ist es für uns als SPD-Fraktion nach intensiven Beratungen wichtig gewesen, einen praxistauglichen, praxisgeeigneten Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen. Nach vielen Rückmeldungen, auch aus den Koalitionsfraktionen, kann ich sagen, dass uns das gelungen ist.

(Beifall bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): Sehr gut sogar! – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das habe ich noch nicht gehört!)

Ich möchte eine Regelung herausgreifen, die in der Anhörung hart umkämpft war und die von den Fachleuten unterschiedlich gesehen worden ist. Das war die Frage der Paketregelung: Lässt man weiter zu, dass auch Nahrungs- und Genussmittel von draußen in den Vollzug kommen können?

Wir haben uns nach intensiver Beratung mit einem Abwägen von Für und Wider dagegen entschieden, dass es weiter möglich sein soll; denn diese bisherige Möglichkeit hat leider Tür und Tor dazu geöffnet, um sie entsprechend zu missbrauchen. Ich kann mich an das berühmte Nutellaglas in der JVA Weiterstadt erinnern. Von außen war nicht zu sehen, dass es manipuliert worden ist. Man dachte, es ist ein normales Nutellaglas, aber innen steckten Kügelchen mit Drogen. Kein Laie hätte von außen jemals sehen können, dass dieses Nutellaglas manipuliert war.

Viele weitere Beispiele haben uns gezeigt, dass wir bei dem Paketempfang eine restriktive Regelung brauchen. Uns war es auf der anderen Seite aber wichtig, die Besuchsdauer von mindestens zwei Stunden im Monat auszuweiten.

(Beifall bei der SPD)

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht eine sehr viel restriktivere Besuchszeitenregelung vor. Unsere Regelung ist so gefasst, dass sie im Einzelfall, wenn es etwa um die Besuchszeiten von minderjährigen Kindern geht, noch erweiterte Möglichkeiten zulässt. Wir wollen nicht alles von dem Justizministerium aus herunterreguliert haben. Wir wollen im Gegenteil, dass Justizvollzugsanstalten im Einzelfall selbst frei entscheiden können, was vor Ort richtig ist. Das können sie am besten beurteilen. Deswegen ist es eine gute Regelung, die auch ausreichende Spielräume für angemessene Einzelfallentscheidungen lässt.

Für uns ist es wichtig, dass diese Besuchsdauer ausreichend ist. Wir wissen, gerade für langstrafige Gefangene ist es wichtig, die Sozialkontakte im Vollzug, wenn möglich, aufrechtzuerhalten. Auch sie werden glücklicherweise – hoffentlich ist es auch so – wieder entlassen und müssen, wenn die Resozialisierung gelingen soll, an positive Sozialkontakte von draußen anknüpfen können – an die Familie, die Ehefrau, die Kinder etc. Das dient der Aufrechterhaltung dieser hoffentlich wertvollen und sinnvollen Sozialkontakte und damit der Resozialisierung im besonderen Maße.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, für die SPD ist es selbstverständlich – das will ich ganz selbstbewusst sagen –, dass wir entsprechende datenschutzrechtliche Vorgaben gewahrt und diese nicht ausgehöhlt haben, wie es leider im Gesetzentwurf der Landesregierung geschehen ist. Nach dem Gesetzentwurf der Landesregierung wird es möglich, erkennungsdienstliche Daten über die elektronische Erfassung biometrischer Daten auszuweiten. Das hat erheblichen Widerspruch des Hessischen Datenschutzbeauftragten erfahren.

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende kommen.

#### **Heike Hofmann (SPD):**

Zweiter Punkt war, dass eine optische Überwachung außerhalb der Hafträume, z. B. in Duschen, möglich sein soll. Mit diesem Gesetzentwurf der Landesregierung wird eine Rechtsgrundlage geschaffen, die hoch problematisch ist. Wir wollen nicht mehr Videokameras in den Justizvollzugsanstalten, sondern ausreichend Personal. Das erspürt und erfasst, was in den Anstalten passiert, wie sicher es da ist, was die Gefangenen machen. Das ist für uns viel zentraler und wichtiger.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wie soll das gehen?)

Ich komme zum letzten Satz. Ich beantrage für den Gesetzentwurf der Landesregierung die dritte Lesung und kann jetzt schon sagen: Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu; er ist wesentlich besser.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Oh!)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Frau Kollegin Hofmann. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Honka jetzt das Wort. Die Redezeit ist auf siebeneinhalb Minuten vereinbart.

#### **Hartmut Honka (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Werte Frau Kollegin Hofmann, Ihr letzter Appell war ja ganz nett, aber wird nicht fruchten. Das kann ich Ihnen gleich versprechen.

Wenn Sie sich mit Ihren Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion in Niedersachsen einmal über den Begriff des Chancenvollzugs auseinandergesetzt hätten, dann hätten Sie gewusst, dass die mit diesem Begriff eine ganz andere Assoziation verbinden als Sie, nämlich mit dem Gesetzentwurf der dortigen Landesregierung, und die ist nun einmal auch von Schwarz-Gelb gestellt. Dort haben sie zu demselben Begriff eine ganz andere Position eingenommen. Bleiben Sie also doch einfach ein bisschen bei der Sache.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Dankenswerterweise haben Sie für unseren Gesetzentwurf die dritte Lesung angekündigt. Daher werden wir uns in wenigen Wochen noch einmal über dieses Thema hier unterhalten können. Aber wir sind jetzt in der zweiten Lesung, und Sie haben jetzt – ich betone: endlich – Ihren eigenen Gesetzentwurf eingebracht.

(Leif Blum (FDP): Die haben lange daran gearbeitet!)

Dazu möchte ich ganz kurz einige Punkte sagen.

Zunächst möchte ich meine Betonung des Wortes „endlich“ kurz erklären. Am 19.11.2009 hatten wir hier die erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung. Frau Hofmann, bereits damals haben Sie gesagt – ich zitiere, mit Ihrer Erlaubnis Herr Präsident, aus dem Protokoll –:

Wir, die SPD-Fraktion, werden in Kürze – das ist in dem Gesetzgebungsverfahren zu beachten – einen eigenen Entwurf für ein Strafvollzugsgesetz und einen eigenen Entwurf für ein Untersuchungshaftvollzugsgesetz einbringen ...

Natürlich war da noch ein bisschen mehr drum herum.

(Zuruf der Abg. Heike Hofmann (SPD))

– Sie nicken. Ja, Sie haben es gemacht. Die Frage ist jetzt, wie man „Kürze“ definiert.

(Zurufe von der SPD)

Aufgrund Ihrer Aussage haben wir im Ausschuss verabredet, die Anhörung erst im März durchzuführen. Das haben wir getan, wir haben auf Ihren Entwurf gewartet. Jetzt haben wir die Anhörung ausgewertet, und daher sind wir erst jetzt in der zweiten Lesung.

Sie haben jetzt gesagt, Sie betrachten Ihren Gesetzentwurf vor allen Dingen als eine Auswertung der Anhörung. Das bedeutet doch, dass wir zu Ihrem Gesetzentwurf keine eigene Anhörung mehr brauchen, denn sonst hätten wir eine Anhörung zweiter Stufe und würden uns im Kreise drehen. Das braucht kein Mensch.

Ich möchte in Kürze einige inhaltliche Punkte zu unserem eigenen Gesetzentwurf vortragen.

Mein erster Punkt ist das Thema Sicherungsverwahrung – Sie haben das nicht erwähnt. Die Fachleute und die aktiven Zeitungsleser wissen, dass wir hier neuen Regelungsbedarf bekommen werden. Im Moment haben wir uns konkret dazu entschlossen, zunächst aus Gründen der Klarstellung aufgrund der Anhörung den Titel unseres

Gesetzentwurfs an dieser Stelle zu ändern. Es ist Fakt: Das Thema Sicherungsverwahrung geht nicht nur Hessen an, sondern alle Bundesländer. Es ist ein guter Schritt, wenn sich jetzt zunächst alle Bundesländer, gemeinsam mit dem Bund, zusammensetzen und versuchen, dafür einen möglichst guten Rahmen zu erarbeiten. Zu einem späteren Zeitpunkt werden wir dann ein eigenes Gesetz zur Sicherungsverwahrung verabschieden können.

Der zweite Punkt ist der geschlossene Vollzug. Frau Kollegin Hofmann, ich finde es schon einmal gut, dass Sie sich mit Ihrem Gesetzentwurf aus der Ecke herausbewegt haben, der offene Vollzug sei der einzig glücklich machende Vollzug.

(Heike Hofmann (SPD): Das haben wir nie behauptet!)

Das ist schon ganz schön, aber das ist nur die halbe Wahrheit. Wir haben ganz explizit – und das ist auch Inhalt unseres Änderungsantrags, den wir aufgrund der Anhörung eingebracht haben – die Möglichkeit der direkten Ladung in den offenen Vollzug geregelt. Das haben wir nochmals explizit formuliert, damit dies klar ist. Denn in der Anhörung gab es dazu einige Unverständlichkeiten. Ich denke, damit sind wir jetzt unserem Weg klar gefolgt.

Sie haben eben auch das Thema Besuchsregelung für Kinder angesprochen. Darauf kann ich Ihnen nur dasselbe erwidern wie schon im Ausschuss: Ja, Sie haben recht, in unserem Gesetzentwurf ist die generelle Besuchsregelung restriktiv gehandhabt. Aber es gibt die Möglichkeit, für sogenannte positive Besuche – d. h. gerade für den Besuch von Familien und Kindern – weitere zusätzliche Besuche einzuräumen, und zwar ohne dass dafür eine Pflicht oder ein Zwang besteht: damit die Kinder nicht vorgeschoben werden können, um zusätzliche Besuche mit unerwünschten Besuchern, die man nicht in einer Justizvollzugsanstalt haben möchte, zu ermöglichen.

Wir kommen noch zu einer dritten Lesung, gleichwohl aber möchte ich – gerade auch für unsere Zuschauerinnen und Zuhörer – drei Kernpunkte des Gesetzentwurfs der Landesregierung hervorheben, die für uns wesentlich sind und den Kern unseres Gesetzentwurfs ausmachen.

Zum Ersten. Die Eingliederung der Inhaftierten und die Sicherheit der Bevölkerung stehen für Union und FDP auf einer gemeinsamen Stufe.

Der zweite Punkt ist das Übergangsmanagement. Das führen wir mit unserem Gesetz ganz neu ein. Das ist ein ganz weiter Schritt, eine ganz neue Form.

Sie haben es schon gesagt: Moderner Strafvollzug, neuer Strafvollzug kostet Geld. Dazu sind wir bereit. Wie Sie wissen, werden wir mit unserem Gesetzentwurf insgesamt 20 Stellen für Bewährungshelfer, vier Stellen für weitere Sozialarbeiter, zwei Stellen für Psychologen und eine weitere zusätzliche Lehrerstelle schaffen. Wenn Sie sich vor Augen führen, welche Diskussionen wir in den vergangenen zwei Tagen hier über die Einsparnotwendigkeiten geführt haben, die wir im Grundsatz überall in unserem Haushalt haben, dann sehen Sie, dass wir damit dem Schwerpunkt, den wir setzen wollen, gerecht werden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Zu guter Letzt der dritte Punkt. Wir als Union und FDP sind uns darin einig, dass wir vor allem auch eine Verantwortung für den Teil der Gesellschaft tragen, der nicht in einer Justizvollzugsanstalt einsitzen muss, für den Rest

der Menschen im Land – die beispielsweise heute hier unsere Besucher sein können. Da wir die Verantwortung für diese Menschen ernst nehmen, vor allem auch die Verantwortung für die Opfer von Straftaten und den Respekt vor deren Ängsten, haben wir in unserem Gesetzentwurf den Gesichtspunkt des Opferschutzes ganz explizit weit vorn in unsere Regelung mit aufgenommen. Das ist für uns explizit wichtig, um auch den Blick außerhalb der Mauern der JVA zu lenken.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit an dieser Stelle und freue mich auf die weitere Ausschussberatung bzw. die dritte Lesung unseres Gesetzentwurfs in wenigen Wochen hier.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jochen Paulus (FDP))

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Vielen Dank, Herr Kollege Honka. – Für die Fraktion der LINKEN hat Herr Wilken das Wort.

#### **Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Honka hat gerade noch einmal sehr deutlich gemacht, welches die wesentliche Veränderung bei dieser Gesetzgebung jetzt sein wird, wenn wir sie mit der Gesetzgebung aus den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts vergleichen. Er hat gesagt: Resozialisierung und Sicherheit der Bevölkerung stehen auf einer Stufe.

Wer so weit zurückdenken kann – bis in die Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts –, der weiß: Es war ein wesentlicher Fortschritt der damaligen sozialliberalen Koalition, die Resozialisierung von Strafgefangenen als absolute Priorität zu betrachten. Es ist peinlich, dass diese Priorität jetzt in Hessen von einem FDP-geführten Ministerium zurückgenommen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Honka, mir geht es jetzt nicht darum, wie Sie es genannt haben: Einzig glücklich machend sei der offene Vollzug. – Darum geht es doch gar nicht. Es geht um die Frage, welche Zielsetzung im Strafvollzug verfolgt wird, und darum, ob es mit der Formulierung, die Sie gebraucht haben, nicht einen unnötigen Gegensatz zwischen technischer Sicherung auf der einen Seite und Resozialisierung auf der anderen Seite gibt.

Wir sagen ganz klar: Wiedereingliederung in ein Leben nach der Strafe, Vorbereitung auf ein Leben in Freiheit sind aktive Prävention, und diese aktive Prävention muss Bestandteil unseres Strafvollzugs sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben einen umfangreichen Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung gestellt. Wie schon im Ausschuss, so will ich es mir auch hier ersparen, jeden einzelnen Punkt durchzugehen. Ich will schlicht und ergreifend nochmals darstellen, welcher Idee all diese Änderungen folgen. Das ist die Idee – und auch das war in den Siebzigerjahren der damaligen FDP wichtig –, dass auch einsitzende Gefangene Menschenrechte und -würde haben, die wir im Strafvollzug respektieren müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir plädieren dafür, den offenen Vollzug als Regelvollzugsform wieder einzuführen, und wir plädieren dafür, Vollzugslockerungen zu stärken und auszubauen.

Für uns steht das im gleichen Zusammenhang wie die Stärkung sozialer Kontakte der Einsitzenden. Denn allen muss klar sein: Eine Abschottung – wie sie im Strafvollzugssystem notwendig ist – darf nicht dazu führen, dass nach dem Vollzug alle Sozialkontakte zerbrochen sind, dass alle Arbeitsmöglichkeiten fehlen. Das schafft Probleme, anstatt solche zu lösen.

Eine Bemerkung zu den Zeiträumen, auch zu Ihnen, Herr Honka. Sie haben es diesmal in Bezug auf den sozialdemokratischen Entwurf gemacht, aber Sie haben es auch schon in Bezug auf unsere Änderungsanträge gemacht. Ich sage Ihnen, Herr Honka: Wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen. Wenn Sie nicht in der Lage sind, zu einer regulär angesetzten Ausschusssitzung rechtzeitig Änderungsanträge zu Ihrem eigenen Gesetzentwurf einzureichen, und wir deswegen eine Sondersitzung brauchen, dann sollten Sie hier nicht lamentieren, dass es zu lange gedauert hätte.

(Beifall bei der LINKEN – Hartmut Honka (CDU): Sie wissen, dass er rechtzeitig eingereicht wurde! Da steht drauf, wann er eingegangen ist! Er wurde nur nicht rechtzeitig verteilt! – Zuruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

– Herr Hahn, auch wenn Sie nicht berechtigt sind, mich hier anzusprechen, habe ich gehört, dass Sie sagen, ich hätte die Unwahrheit gesagt, ohne rot zu werden. – Dann bitte ich, im Protokoll nachzulesen, wie das Verfahren war. Wir haben uns zu einer gemeinsamen Sitzung des Unterausschusses Justizvollzug und des Rechtsausschusses zusammengefunden und uns darauf geeinigt, dass wir nicht handlungsfähig sind, weil der Änderungsantrag der Regierungsfractionen zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung nicht vorlag. Deswegen haben wir uns vertagt. Wenn Sie dann aufrechterhalten, ich hätte die Unwahrheit gesagt, dann kann ich Ihnen auch nicht helfen.

(Hartmut Honka (CDU): Sie haben zumindest zugegeben, dass er fristgerecht eingebracht war!)

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen zu der Frage, die auch als Äußerung aus dem Justizministerium gekommen ist. Mir wurde nahegelegt, dass ich zur Kenntnis nehmen solle, dass der Mensch in den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts sehr wohl resozialisierungsfähig gewesen sei, aber dass sich das bis heute geändert habe.

Meine Damen und Herren, ich weiß, worauf Sie hinauswollen. Ich kenne durchaus auch die Realität. Aber das jetzt als einen Wechsel des Menschen zu klassifizieren und davon abzulenken, dass die große liberale Tradition der heute noch immer so genannten freiheitlichen Partei Deutschlands weggebrochen ist, das finde ich doch etwas anmaßend.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir darüber lamentieren, dass das Resozialisierungsgebot heute im Strafvollzug viel schwieriger durchzusetzen und umzusetzen ist, dann möchte ich Sie fragen: Wer hat denn mitgeholfen, die Lebensbedingungen in Deutschland so zu verschärfen, dass es heute schwieriger ist, zu resozialisieren? – Danke sehr.

(Beifall bei der LINKEN)

### Vizepräsident Heinrich Heidel:

Vielen Dank, Herr Wilken. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Paulus das Wort. Bitte schön.

### Jochen Paulus (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit den hessischen Strafvollzugsgesetzen kommt das Land Hessen seiner Verpflichtung nach, die aus der Föderalismusreform I entstanden ist, die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug wahrzunehmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Nachdem es bereits seit 2007 ein Jugendstrafvollzugsgesetz gibt, folgen nun die Bereiche Untersuchungshaft und Erwachsenenstrafvollzug. Ich muss sagen, ich bin froh, dass wir heute einen so ausgewogenen und vor allem so gründlich beratenen Gesetzentwurf haben. Wir haben uns mit diesem Gesetzentwurf viel Arbeit gemacht. Das zeigt nicht allein sein Umfang von 171 Seiten, sondern vor allem die intensive und umfassende Anhörung sowohl im Rechtsausschuss als auch im Unterausschuss Justizvollzug.

Lassen Sie mich zunächst noch einmal die wichtigsten Punkte hervorheben, die wir für den Justizvollzug als Rahmenregeln festlegen wollen. Der wichtigste Punkt ist sicherlich, dass wir den geschlossenen Vollzug zum Regelvollzug machen werden. Das ist wohl auch der Punkt – die Redebeiträge haben das gezeigt –, an dem sich die meisten Gemüter erhitzen. Vor 30 bis 40 Jahren war das Thema Strafvollzug in Deutschland ein sehr emotionales Thema, weil die Gesellschaft im Umbruch war. Heute haben wir aber eine andere Zeit, eine andere Gesellschaft, und wir haben Erfahrungen aus mehreren Jahrzehnten Strafvollzug.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der linken Seite des Hauses, da muss man erkennen, dass der Anteil derjenigen Strafgefangenen, die sich im offenen Vollzug befinden, bei 10 bis 15 % liegt. Deshalb können Sie doch nicht ernsthaft behaupten, CDU und FDP würden eine Kehrtwende im Strafvollzug machen.

(Heike Hofmann (SPD): Es kommt doch so gut wie niemand mehr in den offenen Vollzug!)

Die Wahrheit ist doch vielmehr, dass wir mit diesem Gesetzentwurf die Gesetzeslage der Realität anpassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Frau Hofmann, wenn es draußen regnet, können wir uns noch so oft erzählen, dass eigentlich die Sonne scheint. Davon wird es nicht wärmer und nicht trockener.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Also ist es sinnvoll, in das Gesetz als Regel das hineinzuschreiben, was tatsächlich die Regel ist. Das ist nun einmal der geschlossene Vollzug und nicht der offene.

Dann ist es unredlich, wenn Sie behaupten, das sei eine Abkehr vom Ziel der Resozialisierung. Selbstverständlich ist Resozialisierung die oberste Priorität des Strafvollzugs.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich werden wir die Resozialisierung, die Hessen bereits durch viele verschiedene Projekte und Anstrengungen hervorragend betreibt, noch weiter ausbauen. Das machen wir z. B., indem wir den Gefangenen die Möglich-

keit bieten, an ihrer Wiedereingliederung aktiv mitzuarbeiten. Das machen wir, indem wir die Einzelunterbringung zur Regel machen und eine Mehrfachbelegung mit mehr als drei Gefangenen völlig ausschließen.

(Heike Hofmann (SPD): Dazu sind Sie doch vom Bundesverfassungsgericht gezwungen worden!)

Arbeit gestalten wir als zentrales Mittel der Eingliederung aus. Das sind erhebliche Verbesserungen der Haftbedingungen.

Natürlich wird es auch Gefangene geben, die für einen offenen Vollzug in Betracht kommen, selbstverständlich. Auch das werden wir mit unserem Gesetz weiter möglich machen. Der entsprechende Änderungsantrag wurde am Dienstagabend im Ausschuss beschlossen. Eine direkte Ladung in den offenen Vollzug ist damit nach wie vor möglich. Das wird aber die Ausnahme sein, und das finde ich richtig. Denn auch im Strafvollzug muss es darum gehen, dass sich der Verurteilte an seiner Resozialisierung beteiligt, und beteiligen heißt, dass er erkennen und verstehen muss, dass eine vollzugsöffnende Maßnahme etwas Besonderes ist, ein Privileg, das man sich erarbeiten muss, und nicht etwas, was man selbstverständlich erwarten kann. Ich finde es völlig richtig, dass unser Gesetzentwurf das in dieser Form betont.

Natürlich bieten wir den Strafgefangenen Chancen. Frau Kollegin Hofmann, Sie haben das Wort des Chancenvollzugs geprägt, welches übrigens – Herr Kollege Honka hat es schon gesagt – Ihre Kollegen in Niedersachsen vor ein paar Jahren noch etwas anders gesehen haben. Für die war es mehr ein Schimpfwort als eine Heilsbotschaft.

Natürlich bietet unser Gesetzentwurf den Strafgefangenen Chancen. Also seien wir doch einmal ehrlich. Wenn der Strafvollzug keine Chancen bieten würde, würden wir das Thema verfehlen. Wir bieten jedem Gefangenen eine Vielzahl von Chancen, und wir hoffen, Frau Kollegin Hofmann, dass die Gefangenen diese auch nutzen, weil auch uns am liebsten wäre, wenn wir möglichst viele Gefangene möglichst schnell und vor allem langfristig eingegliedert zurück in ein normales Leben entlassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Inhaftierung eines Menschen ist wohl die einschneidendste Eingriffsmöglichkeit des Staates in sein Leben. Wir reden beim Strafvollzug über freiheitsentziehende Maßnahmen und nicht über irgendein Feriencamp oder eine Freizeitgruppe. Vor diesem Hintergrund finde ich es abenteuerlich, wenn die Fraktion der LINKEN in ihrem Änderungsantrag fordert, die Hafträume mit Topfpflanzen – am besten wohl noch mit Hanf – auszustatten, die Haltung von Kleintieren zu genehmigen und die Ausführung von Heim- und Bastelarbeiten zuzulassen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die FDP ist doch auch für die Liberalisierung von Hanf!)

Wenn ich so etwas lese, bin ich froh, dass Sie in diesem Bundesland keine Verantwortung bekommen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich kann nur für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen hoffen, dass Sie auch dort keine bekommen werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Heike Hofmann (SPD): Sie haben sich dort aus der Verantwortung gestohlen!)

Denn, meine Damen und Herren von den LINKEN, Sie sind weit davon entfernt, das Wort Verantwortung auch nur zu buchstabieren, geschweige denn, es auszusprechen.

Meine Damen und Herren, Hessen wird mit diesem Gesetzentwurf den Strafvollzug – den Erwachsenenstrafvollzug und die Untersuchungshaft – auf rechtlich gute und sichere Füße stellen.

Wir werden Chancen anbieten und Mitwirkung einfordern. Wir werden die Resozialisierung stärken und die Haftbedingungen verbessern. Deswegen sollten Sie diesem Gesetzentwurf zustimmen. Ich sehe es auch wie der Kollege Honka: Eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf brauchen wir nicht. Die Anhörung zu unserem Gesetzentwurf war ausgiebig und sehr gut. Das können wir uns sparen, das braucht kein Mensch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Vielen Dank, Herr Kollege Paulus. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Dr. Jürgens das Wort.

#### **Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf, den wir heute beraten – ich habe es schon in der ersten Lesung gesagt –, hat nichts Liberales an sich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Es gab ja mal Zeiten, als es noch Liberale in der FDP gab. Da haben sich engagierte Vollzugspolitiker für einen humanen Strafvollzug eingesetzt. Aber diese Zeiten sind leider längst vorbei.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe der Abg. Leif Blum (FDP) und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Dem Sturmlauf der Konservativen und der Boulevardpresse gegen den Behandlungsvollzug haben die Liberalen nicht standhalten können. Heute verstehen sich Rechtspolitiker vom Schlag eines Jörg-Uwe Hahn nur noch als Vollstrecker konservativer Parolen vom harten Strafvollzug. Er folgt seinem Vorgänger Christian Wagner ins vollzugspolitische Vorgestern.

(Zurufe von der FDP und der CDU)

– Nein, das werde ich nicht, ich habe das Recht, hier zu reden und die Wahrheit zu sagen. – Das beginnt bereits mit Ihrem § 2: Sie verzichten nun mal darauf – das ist Fakt –, die Resozialisierung, übrigens aus sozial-liberaler Zeit, die 34 Jahre lang im Strafvollzugsgesetz gestanden hat, als Vollzugsziel zu beschreiben. Daran hat die FDP damals mitgewirkt. Sie stufen die Resozialisierung herab zu einem reinen Eingliederungsauftrag und geben damit das Vollzugsziel der Resozialisierung preis. Natürlich ist es schwierig, einem Ziel zu folgen, wenn man auf Gefangene trifft, die resozialisierungsunwillig sind; aber Sie kapitulieren vor dieser Herausforderung. Um bei dem Bild von Herrn Paulus zu bleiben: Wenn es regnet, schmeißen Sie den Schirm weg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie formulieren mit Ihrem Gesetzentwurf einen im wahren Sinne des Wortes ziellosen Strafvollzug. Dann stellen Sie den immerhin noch verbliebenen Eingliederungsauf-

trag – wie Sie das nennen – auf eine Stufe mit dem Sicherungsauftrag, den natürlich der Vollzug ohne Zweifel auch hat. Sie haben verschwiegen, dass das fast alle Sachverständigen in der Anhörung erheblich kritisiert haben. Ich zitiere hier nur die Stellungnahme des Kommissariats der Katholischen Bischöfe:

Ausgehend von der Personenwürde eines jeden Gefangenen sollte jedoch dem Eingliederungsauftrag eine stärkere Bedeutung zugesprochen werden.

Genau das tun Sie nicht. Das Vollzugsziel der Resozialisierung reicht über den Vollzug hinaus. Sie soll vor allem für die Zeit nach dem Vollzug wirken und dadurch die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten. Die Sicherheit der Gefangenen während des Vollzugs ist selbstverständlich ein wichtiger Auftrag und muss erfüllt werden. Aber er kann nicht gleichrangig sein mit dem der Resozialisierung.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Wir haben vorgeschlagen, das Vollzugsziel wieder einzuführen; das haben Sie abgelehnt.

Die in Ihrem Entwurf vorgesehene Marginalisierung des offenen Vollzugs hatte ich schon in der ersten Lesung kritisiert. Auch hier haben fast alle Sachverständigen unsere Kritik bestätigt. Das haben Sie in Ihrem Änderungsantrag auch zum Teil aufgegriffen – Herr Paulus hat es gesagt –, indem Sie klarstellen, dass Gefangene auch direkt in den offenen Vollzug kommen können. Aber die Verankerung des offenen Vollzugs als eigenständige Vollzugsform – das hatten wir mit unserem Änderungsantrag beantragt – haben Sie allerdings weiterhin abgelehnt. Deswegen ist Ihre Änderung auch nur ein halber Schritt in die richtige Richtung gewesen. Die grundsätzliche Herabstufung des offenen Vollzugs zu einer sogenannten vollzugsöffnenden Maßnahme – der Kardinalfehler Ihrer Gesetzeskonstruktion – bleibt erhalten. Das macht aus unserer Sicht keinen Sinn.

Ich darf aus der Hessischen Verfassung zitieren. Dort heißt es an einer Stelle: „Alle Gefangenen sind menschlich zu behandeln.“ Das unterscheidet den Behandlungsvollzug von der bloßen Vergeltung. Das unterscheidet den Strafvollzug von den unmenschlichen Taten eines Teils der Gefangenen.

Der rechtsstaatlich legitimierte Vollzug muss auf die Würde derjenigen achten, die das Recht auf Würde, auf Leben und körperliche Unversehrtheit anderer Mitmenschen in eklatanter Weise verletzt haben. Ich denke, so weit sind wir uns hier alle einig. Man muss sich einmal anschauen, wie es damit im Gesetzentwurf aussieht. Einige Punkte sind schon angesprochen worden.

Sie sehen den Anspruch der Gefangenen auf Besuch im zeitlichen Umfang von lediglich einer Stunde pro Monat vor. Da frage ich schon: Wo bleibt da eigentlich die menschliche Behandlung? In einer Stunde pro Monat können Kontakte nach draußen in keiner Weise aufrechterhalten werden. Eine Eingliederung wird hierdurch unnötig erschwert.

(Beifall der Abg. Heike Hofmann (SPD))

Ich zitiere noch einmal das Kommissariat der Katholischen Bischöfe, dessen Vertreter in der Anhörung zwei Stunden Besuchszeit in der Woche gefordert hat. So weit sind wir noch nicht einmal gegangen. Wir haben gesagt:

vier Stunden pro Monat. – Aber auch das haben Sie abgelehnt.

Im Gegensatz zur SPD kritisieren wir auch das generelle Verbot für die Gefangenen, Pakete mit Nahrungs- und Genussmitteln zu empfangen. Natürlich sind Pakete von draußen geeignet, die Lebensführung in der Anstalt zu erleichtern und die Beziehung zu Außenstehenden aufrechtzuerhalten. Das war die Begründung des ursprünglichen Gesetzes des Bundes.

Natürlich gibt es umfangreiche Einkaufsmöglichkeiten in den Vollzugsanstalten. Dort kann man aber den Lieblingskuchen oder die selbst gemachte Marmelade, oder was auch immer man sich einfallen lassen kann, eben gerade nicht besorgen. Deswegen haben wir uns der Forderung vieler Sachverständiger angeschlossen, diese Möglichkeit aufrechtzuerhalten, trotz der natürlich auch von uns gesehenen Möglichkeiten des Missbrauchs.

Völlig unzureichend ist aus unserer Sicht auch die oberflächliche Regelung der Sicherungsverwahrung. Sie haben magere drei Paragraphen geschaffen. Ich weise an dieser Stelle darauf hin, in der Anhörung sind ernsthafte verfassungsrechtliche Zweifel an der Wirksamkeit dieser Regeln geäußert worden. Wir stehen im Augenblick vor dem schwierigen Problem, dass wir aufgrund der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Sicherungsverwahrte werden freilassen müssen. Aber wenn es aufgrund einer verfassungswidrigen Regelung im hessischen Vollzugsgesetz dazu kommt, dass in Hessen eine Sicherungsverwahrung gar nicht vollstreckt werden kann, dann würden Sie die Verantwortung dafür tragen, dass weitere Straftäter freigelassen werden müssten, die an sich hinter Schloss und Riegel gehören. Ich glaube nicht, dass Sie bis zum Letzten durchdacht haben, welche Verantwortung Sie hier möglicherweise tragen.

Wir haben eine ganze Reihe weiterer Kritikpunkte an Ihren Gesetzen, die ich hier nur stichwortartig vortragen kann; die Zeit läuft ab. Sie haben eine höchst restriktive Handhabung der Vollzugslockerungen bzw. der vollzugs-offenen Maßnahmen, wie Sie es nennen. Sie beschränken jede therapeutische Intervention auf Persönlichkeitsdefizite, die ursächlich für die Straftaten sind. Wir meinen, da müsste man ganzheitlich therapieren.

Sie bekämpfen den Suchtmittelmissbrauch ausschließlich mit repressiven Mitteln, nicht mit Behandlungsmaßnahmen. Sie haben Verstöße gegen den Datenschutz, die der Datenschutzbeauftragte moniert hat, nicht abgestellt. Erheblich kritisiert wurde auch die Übertragung des Vollzugs auf nicht hoheitlich tätige Personen usw., usw.

Wir haben uns in unserer Kritik durch die Anhörung bestätigt gesehen. Unsere Änderungsanträge sind von Ihnen alle abgelehnt worden. Mein Fazit: Ihr Entwurf ist substanzlos, kraftlos, ziellos und ideenlos. Deswegen wird meine Fraktion ihn ablehnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Dann darf ich dem Staatsminister Hahn das Wort erteilen.

**Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss gestehen, ich bin ein bisschen überrascht über Teile der Wortbeiträge. Ich werde ganz sicherlich dem einen oder anderen antworten, wie ganz offensichtlich die Fragestellung gewesen ist.

Sehr verehrte Frau Kollegin Hoffmann, ich bin überrascht darüber, mit welcher Vehemenz und Härte Sie gegen den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen und der Landesregierung vorgegangen sind. Wenn man in entspannter Atmosphäre, vielleicht bei einer Tasse Kaffee oder einer Tasse Tee, den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen auf der einen Seite und den der Sozialdemokraten auf der anderen Seite hinlegt und – so, wie wir Juristen das gelernt haben, in Form eines Akts des Gegenüberstellens – sich die Entwürfe anschaut, stellt man fest, dass es ganz wenige Unterschiede gibt.

(Zuruf der Abg. Heike Hofmann (SPD))

Umso mehr bin ich überrascht, mit welcher Vehemenz –

(Zuruf der Abg. Heike Hofmann (SPD))

– Entschuldigung, da müssen Sie sich schon an das halten, was Sie geschrieben haben. Wir haben es gelesen, und wir haben es auch verstanden.

(Zuruf der Abg. Heike Hofmann (SPD))

Ich bin deshalb auch sehr dankbar, dass Sie in vielen Punkten sehr identisch argumentieren und offensichtlich auch denken, wie das die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP getan haben und wie es auch die Landesregierung tut. Umso überraschter bin ich, dass hier jetzt wieder ein Popanz aufgebaut wird, der sich an der Frage „offener Vollzug als Regelvollzug, ja oder nein“ orientiert. Es war der einzige Inhalt Ihres Beitrags, Herr Kollege Dr. Jürgens, diesen Popanz noch einmal aufzubauen.

Ich finde, all diejenigen, die etwas von Justizvollzug verstehen – die, um es mit meinem Kollegen, dem Innenminister, zu sagen, mit Sinn und Verstand an das Thema herangehen –, wissen, dass das Thema Regelvollzug/offener Vollzug nun wirklich nicht das Problem des Vollzugs in Hessen ist. Dort wird ein Popanz aufgebaut, der mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte Ihnen einmal Folgendes sagen. Ich weise es mit aller Entschiedenheit zurück, Herr Kollege Wilken, wenn Sie hier meinen, sagen zu müssen, dass die LINKEN dafür stehen würden, dass Menschenrechte und Menschenwürde auch in Justizvollzugsanstalten zu herrschen haben, und damit sozusagen deutlich machen, dass die anderen Parteien und die Landesregierung das nicht tun. Ich weise das zurück. Es ist die Grundlage der Vollzugsarbeit der Hessischen Landesregierung und – das sage ich sehr bewusst – aller Hessischen Landesregierungen, dass die Menschenrechte und die Menschenwürde der Inhaftierten geachtet und ausgebaut werden. Ich lasse es nicht zu, dass Vertreter einer Partei, die noch vor 20 Jahren mit für einen Unrechtstaat zuständig war, uns hier erklären, dass Menschenwürde in Vollzugsanstalten nicht beachtet würde. Nehmen Sie das endlich zurück, denn das ist eine Desavouierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vollzug.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir dürfen es nicht mehr zulassen, dass Sie Beamtinnen und Beamte sowie die Angestellten in unserem Lande dauernd diskreditieren, nur weil Sie ein Ideologe sind, der blind ist. Das kann man nicht lange durchgehen lassen. Deshalb muss sich der Justizminister auch vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserem Vollzug stellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister, gestatten Sie Zwischenfragen?

**Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

Nein. – Wir haben in Hessen über Jahrzehnte einen Justizvollzug, in dem die Menschenwürde nicht nur geachtet wird, sondern der immer über die Jahrzehnte hinweg auch Vorbildcharakter für andere Länder hatte.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Früher!)

– Herr van Ooyen, hören Sie auf. Ich glaube, Sie haben nicht so sehr das Recht dazu, sich über Menschenrechte und über Vollzugserfahrung auseinanderzusetzen, weil Sie eine andere Geschichte haben. Darauf muss man immer wieder hinweisen.

(Zurufe der Abg. Hermann Schaus und Janine Wissler (DIE LINKE))

Denn es ist eine Beleidigung des Vollzugs, wie ihn sozialdemokratische Justizminister, Justizminister der GRÜNEN, Justizminister der CDU und ich verantworten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich lasse es nicht zu, dass das von einer Partei wie der LINKEN so diskreditiert wird, wie Sie es immer wieder versuchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ja, wir haben in den Siebzigerjahren eine sehr entscheidende Debatte über die Liberalisierung des Strafvollzugs geführt. Im Gegensatz zu manch anderen von Ihnen habe ich mich damals mit dem Staatssekretär Dr. Kriszeleit aktiv an dieser Debatte beteiligt.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wir auch!)

– „Wir“, das kann nicht sein. Wenn, dann vielleicht Sie, Herr van Ooyen.

Kollege Greilich und ich haben uns damals als Jungdemokraten damit auseinandergesetzt und in unserer Partei daran mitgewirkt, dass in Deutschland endlich ein Strafvollzugsgesetz gemacht wird. Aber Sie müssen wissen: Das ist im Jahr 1974/75 verabschiedet worden. Alles muss einmal evaluiert werden, und auch das Strafvollzugsgesetz muss einmal evaluiert werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das, was wir jetzt in den Gesetzestext schreiben und was zu einem Großteil identisch mit dem Text von den Sozialdemokraten ist, ist, dass wir die Praxis, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten in Hessen erarbeitet haben, nunmehr auch gesetzlich normieren.

Noch nicht einmal unter meinem verehrten Kollegen, meinem Vorgänger Rupert von Plottnitz, war der offene

Vollzug Regelvollzug in Hessen. Das geht nämlich gar nicht. Das ist praktisch überhaupt nicht machbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Hören Sie deshalb doch auf, einen Popanz aufzubauen. Der Regelvollzug – jeder unserer Zuhörerinnen und Zuhörer wird es nachvollziehen können – ist das, was am häufigsten geschieht und was die Regel ist. Die Regel ist, weil das am häufigsten geschieht, der geschlossene Vollzug. Da ist es egal, ob ein Grüner Justizminister ist, ob ein Schwarzer, ein Roter oder ob ein Blau-Gelber Justizminister ist. So ist einfach das Leben. Deshalb erzählen Sie doch bitte nicht den Menschen, dass der offene Vollzug gleichwertig sei mit dem geschlossenen Vollzug. Er ist es nicht.

Wir haben in den Gesetzentwurf jetzt aufgenommen – im Übrigen haben es die Sozialdemokraten auch übernommen –, dass die seit 1999 bewährte Art der Vollzugsplanung auch Eingang in die Gesetze gefunden hat. Das war doch das Problem, das wir vorher hatten. Wir hatten einen relativ unkontrollierten Zugang zu unseren Vollzugsanstalten. Ich nenne hier nur Kassel I, Wehlheiden. Deshalb hatten wir Mitte der Neunzigerjahre erhebliche Probleme wegen des Innendrucks, den es dort gab. Denn es ist keine geordnete Planung für den Vollzugsablauf der Inhaftierten durchgeführt worden. Es war Dr. Christean Wagner, der dies praktisch eingeführt hat. Nun haben es viele Bundesländer übernommen.

Ein Teil der Begründung dafür, dass wir so wenige besondere Vorkommnisse, um es in der Sprache des Unterausschusses Justizvollzug zu formulieren, in Hessen haben, hat damit zu tun, dass detailliert für jeden Gefangenen zu Beginn seiner Inhaftierung eine Vollzugsplanung vorgenommen wird. Das umfasst die Fragen: Wo, welche Betreuung, gibt es weiterhin schulische Unterstützung, oder gibt es eine andere Art von Unterstützung? So wird der Vollzug durchgeführt.

Herr Kollege Jürgens, Sie haben gesagt, dass es einen humanen Strafvollzug geben soll. Ich lade Sie in die hessischen Justizvollzugsanstalten ein. Wir haben einen humanen Strafvollzug. Und die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen wir jetzt auch.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte mich deshalb bei den Kollegen von CDU und FDP, aber zu einem ganz großen Teil auch bei der Kollegin der SPD dafür bedanken, dass sie die Grundlagen, die jetzt in diesem Gesetzentwurf zusammengefasst worden sind, auch mittragen. Ja, dazu gehören kein Empfang von Paketen mit Nahrungs- und Genussmitteln, die Möglichkeit der gründlichen Durchsuchung von Gefangenen nach dem Besuch, Sichtkontrollen von vermeintlicher Verteidigerpost, die Möglichkeit des Einsatzes elektronischer Fußfesseln, eine Kostenbeteiligung der Gefangenen an Zusatzleistungen, die Regelung der Sicherungsverwahrung, die Ablösung von der Beschäftigung, eine gesetzliche Grundlage für Mobilfunkunterdrückung. All das sind Punkte, die offensichtlich unstrittig sind, jedenfalls bei drei Fraktionen in diesem Hause. Da sage ich: Versuchen wir doch auch noch, diejenigen Punkte, die ganz offensichtlich Symbolcharakter haben, aber mit der Wirklichkeit des Vollzugs in Hessen nichts zu tun haben, in irgendeiner Weise gemeinsam zu lösen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der hessische Vollzug hat eine besondere Verantwortung, weil er Vorbildcharakter in Deutschland hat. Mit dem Jugendstraf-

vollzugsgesetz hat mein Vorgänger Jürgen Banzer ein Gesetz vorbereitet, und Sie und wir haben es verabschiedet, das in anderen Bundesländern nachgeahmt wird. Seien wir also auch Vorbild für den Erwachsenenvollzug. Wir sollten dies auch sein. Dann kann Hessen wieder vorn sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Dr. Wilken.

(Zuruf von der FDP)

**Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hahn, Sie hatten die Zwischenfrage nicht zugelassen. Deswegen muss ich das auf diesem Wege machen. Als Erstes weise ich ausdrücklich zurück, dass ich Vollzugsbeamte angegriffen hätte. Das ist nicht der Fall. Die Art und Weise Ihrer Reaktion zeigt mir, dass ich ganz korrekt die FDP bzw. die Entwicklung der FDP in den letzten Jahren angegriffen habe.

Herr Hahn, wenn ich jetzt Menschenwürde und Menschenrechte hier angesprochen habe, dann beziehe ich mich ausdrücklich auch – Herr Jürgens hat das angesprochen – auf die Stellungnahme des Kommissariats der Katholischen Bischöfe. Das mag für Sie jetzt vielleicht eine merkwürdige Allianz sein. Ich fühle mich in dieser Allianz sehr wohl.

(Zuruf von der CDU: Allerdings! – Hartmut Honka (CDU): „Merkwürdig“ ist noch harmlos!)

Ich möchte darauf hinweisen, dass eine Diskriminierung der Menschen, die auch in diesem Haus die Menschenwürde und Menschenrechte aller hochhalten, durch Sie nicht zu rechtfertigen ist.

Herr Hahn, ich weise etwas Weiteres zurück. Meine Frage war eigentlich, ob Ihnen schon einmal aufgefallen ist, dass die Fraktion, die Sie hier so stark angreifen, die Fraktion einer Partei ist, die sich vor drei Jahren gegründet hat,

(Lachen und demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der FDP – Hartmut Honka (CDU): Umbenannt hat! – Lebhaftes Zurufe von der CDU und der FDP)

und ob Sie vielleicht irgendwann einmal bereit sind, anzuerkennen, dass die Fraktion, die Sie hier andauernd kritisieren, die Fraktion einer anderen Partei als die ist, auf die Sie hier immer Bezug nehmen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU) – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie können sich nicht klammheimlich aus der Vergangenheit herausstellen! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP – Gegenruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ruhe!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, das müssen wir aushalten.

**Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Ich halte das sehr gut aus. Ich wollte Ihnen nur die Möglichkeit geben, dem heute viel geübten Sport der Rüge nachzukommen.

(Clemens Reif (CDU): Nicht durchgehen lassen! – Hartmut Honka (CDU): Wer verfälscht denn hier die Wahrheit?)

Ich möchte noch zwei Bemerkungen machen. Erstens. Herr Hahn, was heißt es, wenn Sie als Vertreter der Landesregierung im Parlament drohen, dass Sie etwas nicht zulassen? Was muss ich darunter verstehen? Was muss ich verstehen, wenn Sie sagen, Sie als Vertreter der Landesregierung lassen es nicht zu? Ich verwahre mich als Vertreter dieses Parlaments ausdrücklich dagegen, mir von der Regierung sagen zu lassen, was ich als frei gewählter Parlamentarier in diesem Hause zu sagen habe.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat Ihnen nicht gefallen! Aber er kann es sagen! – Gegenruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Aber er muss bei der Wahrheit bleiben!)

Letzte Bemerkung. Herr Hahn, ich bedanke mich ausdrücklich, dass Sie sich hier so aufgeregt haben. Das zeigt, dass ich getroffen habe. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Leif Blum (FDP): Es gäbe aber noch viel zu sagen!)

Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD in erster Lesung gelesen worden ist und wir ihn zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Rechts- und Integrationsausschuss, federführend, und den Unterausschuss Justizvollzug, beteiligt, überweisen. – Dem widerspricht niemand. Dann ist das so beschlossen.

Wir stimmen dann in zweiter Lesung über den Gesetzentwurf der Landesregierung ab.

(Heike Hofmann und Günter Rudolph (SPD): Dritte Lesung ist beantragt!)

– Ich stelle fest, dass dritte Lesung beantragt worden ist. Damit stelle ich fest, dass wir den Gesetzentwurf nach der zweiten Lesung auf Antrag zur Vorbereitung der dritten Lesung ebenso an die beiden Ausschüsse überweisen: Rechts- und Integrationsausschuss, federführend, und Unterausschuss Justizvollzug, beteiligt. – Dem widerspricht auch niemand. Damit ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, zwischendurch eine Mitteilung. Der Herr Vizepräsident Lortz hat mich darüber informiert, dass er nach Einsicht in das vorläufige Protokoll festgestellt hat – das betrifft jetzt den Kollegen Vizepräsidenten und Herrn Dr. Wilken –, dass der Abg. Dr. Ulrich Wilken, DIE LINKE, wie nachfolgend formuliert hat – ich zitiere –: „Man kann das einmal sagen: Gut, dass es Google gibt. Damit kann der Schnüffelstaat von seiner eigenen Datensammelwut ablenken.“

Herr Lortz hat mich gebeten – das ist nach der Geschäftsordnung in Ordnung –, dass ich feststelle, dass Sie, Herr Dr. Wilken, wegen dieser Aussage über den Staat als Schnüffelstaat mit einem Ordnungsruf belegt werden. Dies ist hiermit erfolgt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dann darf ich den **Tagesordnungspunkt 9** aufrufen:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Seilbahngesetzes – Drucks. 18/2365 zu Drucks. 18/2187 –**

Das Wort hat Frau Berichterstatterin Abg. Wissler. Bitte schön.

**Janine Wissler, Berichterstatterin:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der LINKEN, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Meine Damen und Herren, die Aussprache kann ich zwar eröffnen, aber es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit ist sie geschlossen.

Ich lasse abstimmen. Wer diesem Gesetzentwurf in der zweiten Lesung zuzustimmen vermag, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf in zweiter Lesung bei Zustimmung der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE beschlossen ist und damit zum Gesetz erhoben ist.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Dolmetscher- und Übersetzergesetz – Drucks. 18/2400 zu Drucks. 18/1620 –**

Berichterstatter: Herr Abg. Honka. Sie haben das Wort.

**Hartmut Honka, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Beschlussempfehlung und Bericht des Rechts- und Integrationsausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Hessisches Dolmetscher- und Übersetzergesetz, Drucks. 18/1620, hierzu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/2334. Beschlussempfehlung: Der Rechts- und Integrationsausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD und der LINKEN, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unter Berücksichtigung des Änderungsantrags Drucks. 18/2334 – und damit in der aus der Anlage der Beschlussempfehlung ersichtlichen Fassung – anzunehmen.

Auf den Bericht verzichte ich. Berichterstatter: Hartmut Honka, Ausschussvorsitzender: Dr. Frank Blechschmidt; Anlage sind folgende Übersetzungen. – Ich wünsche viel Vergnügen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Berichterstatter.

Dann darf ich die Aussprache eröffnen. Das Wort hat Frau Kollegin Hofmann, SPD-Fraktion. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion.

**Heike Hofmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Diskussion über den Gesetzentwurf wird leider nicht so spannend, auch wenn es jetzt so verheißungsvoll angekündigt worden ist, vor allem mit den Übersetzungen. Es wäre interessant gewesen, einmal zu hören, wie wir übersetzen. Leider ist das Thema unspektakulär.

Was ist Grundlage dieser Änderung des Hessischen Dolmetscher- und Übersetzergesetzes? Grundlage ist eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahre 2007, das ganz klar gefordert hat, dass die berufsrechtlichen Voraussetzungen für die allgemeine Vereidigung von Dolmetschern und Übersetzern durch Rechtsnorm geregelt sein müssen. Es bezieht auch aktuelles EU-Recht ein. Dem will dieser Gesetzentwurf Rechnung tragen. – Das zur allgemeinen Kenntnis, wovon wir ausgehen.

Meine Damen und Herren, ich will voranstellen, dass sich die SPD-Fraktion bei der Abstimmung über diesen Gesetzentwurf enthalten wird. Denn wir haben, obwohl es unspektakulär klingt, eine umfängliche mündliche und schriftliche Anhörung zu diesem Gesetzentwurf durchgeführt, in der einige Kritikpunkte aufgeworfen wurden, die letztendlich nicht ganz ausgeräumt werden konnten.

Ich möchte einige wenige Punkte benennen, die aus unserer Sicht eben nicht klar gelöst bzw. sauber geregelt worden sind. Etwa die Regelung der vorübergehenden Dolmetschertätigkeit in § 7 des Gesetzentwurfs ist von den Anzuhörenden hinsichtlich ihrer Praxistauglichkeit, aber auch hinsichtlich der Frage der Kostenfreiheit kritisiert worden. Ich nenne weiter die Qualifikation und Zuverlässigkeit von Dolmetschern im Hinblick auf polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Übersetzungen. Der Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer hat angemahnt, dass dort qualifizierteste Kräfte erforderlich seien, um Übersetzungsfehler zu vermeiden. Genau diesem Punkt trägt der Gesetzentwurf nicht ausreichend Rechnung.

Ein weiteres Stichwort ist die Zuverlässigkeitsprüfung der Nicht-EU-Bürger durch die Beteiligung der Ausländerbehörden. In der Anhörung wurde kritisiert, dass diese Regelung zu unbestimmt sei.

Wir können BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch dankbar sein, dass sie mit einem Änderungsantrag sogar noch Begrifflichkeiten geändert haben. Dieser Fehler hätte dem Ministerium nicht passieren dürfen. Dank dieses Änderungsantrages, dem sinnvollerweise alle Fraktionen zugestimmt haben, verwendet der Gesetzentwurf jetzt zumindest die genaue Bezeichnung Gebärdensprachdolmetscher. Dieser Begriff war in dem Gesetzentwurf vorher leider fehlerhaft. Das wurde mittlerweile bereinigt.

Meine Damen und Herren, insgesamt bleiben für uns aber noch Unstimmigkeiten. Deswegen werden wir uns bei der Abstimmung über diesen Gesetzentwurf enthalten.

(Beifall bei der SPD – Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Keine Änderungsanträge? – Gegenruf des

Abg. Günter Rudolph (SPD): Die werden von euch doch abgelehnt!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Dr. Jürgens für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich müsste ich hier meinen Redebeitrag in Gebärdensprache beginnen, um dem gerecht zu werden, was wir eingebracht haben. Andererseits fehlt uns wiederum ein Gebärdensprachdolmetscher, der das dann für Sie wahrnehmbar übersetzen könnte. Deswegen bleibe ich bei der deutschen Lautsprache.

(Zuruf von der FDP: Sehr nett!)

Frau Hofmann hat schon darauf hingewiesen, dass es einen etwas ungewöhnlichen Vorgang gegeben hat. Ein Änderungsantrag meiner Fraktion wurde im Ausschuss einstimmig verabschiedet und hat dann auch Eingang in das Gesetz gefunden. Dort war ursprünglich die Rede von Gebärdendolmetschern. Das gibt es aber gar nicht, sondern es sind Gebärdensprachdolmetscher, denn sie übersetzen in die deutsche Gebärdensprache und nicht in die Gebärdensprache. Und es war von tauben und stummen Personen die Rede; das ist eine Ausdrucksweise, die um die vorletzte Jahrhundertwende herum gebräuchlich war. Damals war im BGB von taubstummen Personen die Rede. Seitdem ist es eigentlich nicht mehr gebräuchlich und wird von den Betroffenen eher als Diskriminierung empfunden. Deswegen haben wir uns auf eine Formulierung geeinigt, die zum einen den Personenkreis vernünftig abgrenzt und zum anderen diskriminierungsfrei ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Fraktion wird diesem Gesetzentwurf zustimmen. Frau Hofmann hat schon darauf hingewiesen, die politische Brisanz ist begrenzt, und es geht eigentlich mehr um Technik. Wir haben uns auch davon überzeugen lassen, dass die Einwände, die in der Anhörung von vielen erhoben worden sind, im Ergebnis nicht stichhaltig sind. Ich möchte zwei Beispiele erwähnen.

Die Übersetzer hatten angemahnt, dass die Tätigkeit der Übersetzer im Gegensatz zu derjenigen der Dolmetscher nur für das gerichtliche Verfahren vorgesehen ist, aber nicht für das Verfahren bei Notaren. Nun ergibt sich allerdings aus dem Beurkundungsgesetz des Bundes, dass vor Notaren überhaupt nur Dolmetscher tätig werden dürfen und keine Übersetzer. Warum das so ist, möge an anderer Stelle entschieden werden. Das ist jedenfalls etwas, was wir im Landesrecht nur übernehmen.

Frau Hofmann hat die vorübergehende Dolmetschertätigkeit angesprochen, die ein bisschen unklar geregelt ist. Das ist in der Tat richtig. Ich möchte einmal einen Satz aus dem Gesetz zitieren:

Ob die Dolmetschertätigkeit vorübergehend und gelegentlich erbracht wird, ist insbesondere anhand ihrer Dauer, Häufigkeit, regelmäßigen Wiederkehr und Kontinuität zu beurteilen.

Wonach muss denn wohl sonst beurteilt werden, ob etwas „vorübergehend“ ist, wenn nicht anhand der „Dauer, Häufigkeit, regelmäßigen Wiederkehr und Kontinuität“? Ich habe mich allerdings belehren lassen, dass das die Ori-

ginalformulierung aus der EU-Richtlinie ist, die umgesetzt wird. Wenn wir dort eine abweichende Formulierung genommen hätten, dann hätten wir uns den Vorwurf einhandeln können, wir schränkten die Zulassung oder die vorübergehende Dolmetschertätigkeit ein.

Im Ergebnis, wie gesagt: Die Einwände, die dort erhoben worden sind, sind aus unserer Sicht nicht durchgreifend. Der wirklich durchgreifende Einwand ist durch unseren Änderungsantrag behoben, sodass wir dem Gesetzentwurf zustimmen können. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Kollege Honka.

**Hartmut Honka (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist jetzt mehrfach darauf hingewiesen worden, dass die inhaltliche Brisanz dieses Gesetzentwurfs weit weniger schlimm ist als die des vorherigen Tagesordnungspunktes. Umso mehr verwundert es mich, dass sich die SPD immerhin zu einer gequälten Enthaltung hat durchringen können und zu dieser Entschlussfassung gekommen ist.

(Günter Rudolph (SPD): Was uns gequält hat, waren Sie! – Gegenruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) – Axel Wintermeyer (CDU): Vorsicht, Sie werden gerügt!)

– Wie hat es Herr Dr. Wilken eben gesagt? Jetzt kann ich auch nur sagen: Der getroffene Hund bellt. – Mit anderen Worten: Von mir aus, wenn das bei diesem Punkt so sein soll, dann ist das für uns bei dieser Sache nicht ganz so –

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Sie müssen richtig zitieren!)

– Herr Kollege Dr. Wilken, ich habe Sie unrichtig zitiert, aber sinn- und zweckgemäß. Von daher wird es hoffentlich in Ordnung gewesen sein.

Meine Damen und Herren, auch für uns ist die politische Brisanz an dieser Stelle nicht so hoch. Wir haben die Probleme gesehen. Wir haben lange darüber diskutiert. Wir haben deshalb auch eine mündliche Anhörung durchgeführt, was bei einem relativ überschaubaren Problem relativ selten vorkommt. Wir haben sie aber durchgeführt und sind zu einem guten Ergebnis gekommen.

Zu dem Punkt, den Frau Kollegin Hofmann so großartig aufgeworfen hat, dass es eines Änderungsantrags einer Oppositionsfraktion bedurft habe. Meine Güte, die GRÜNEN hatten ihn schneller eingereicht, wir hatten ihn selbst ebenfalls formuliert, und da muss man doch nicht versuchen, das Gute noch besser zu machen, denn es war an der Stelle richtig. Da es unproblematisch und im Sinne der Sache ist, haben wir diesem Änderungsantrag auch zustimmen können.

In diesem Sinne empfehle ich Ihnen einfach nur das gesamte Gesetz in der geänderten Fassung zur Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heide (FDP))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Müller, Fraktion der FDP.

**Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben dazu eigentlich schon alles gesagt. Deswegen will ich es auch sehr kurz machen. Es handelt sich um die Umsetzung infolge eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts.

(Hartmut Honka (CDU): Suchen Sie eine neue Sprache?)

– Nein, ich suche mir auch keine andere Sprache; das habe ich eben mit dem Präsidenten beraten. Ich bleibe beim Hochdeutschen.

Wir haben uns im Ausschuss in der Tat sehr intensiv mit diesem Gesetz beschäftigt, obwohl man erst einmal davon ausgehen könnte, dass das eigentlich nicht nötig ist. Wir haben die schriftliche Anhörung ausgewertet. Dann haben wir es für nötig befunden, eine mündliche Anhörung zu machen. Diese Anhörung hat aus Sicht meiner Fraktion die offenen Fragen geklärt, und zwar zum Positiven im Hinblick darauf, dass für den Gesetzentwurf die richtigen Formulierungen gefunden wurden. Bei der Änderung in „Gebärdensprachdolmetscher“ waren die GRÜNEN in der Tat zwei Tage schneller. Wir machen es dann eben nicht so, wie es uns immer vorgeworfen wird, dass wir es ablehnen und einen eigenen Antrag stellen, sondern wir stimmen dem Änderungsantrag, wenn das in Ordnung ist, dann auch zu.

Alles in allem ist es eine gute Umsetzung der Dinge, die jetzt umgesetzt bzw. geändert werden mussten. Insofern wundere ich mich ebenfalls – wie eben schon Herr Kollege Honka –, dass sich die SPD mühsam zu einer Enthaltung durchringt. Wenn ein Änderungsbedarf gesehen wird, dann formulieren Sie ihn und stellen einen Antrag. Wenn das nicht möglich ist, dann scheint der Änderungsbedarf nicht so dramatisch zu sein, und dann könnten Sie dem Gesetzentwurf auch zustimmen; aber das obliegt Ihnen. Ich kann auf jeden Fall sagen, dass es sich um einen guten Gesetzentwurf handelt, dem wir zustimmen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Hahn, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für die sehr umfangreiche Anhörung, die wir im Rechtsausschuss zu diesem Thema hatten. Ich gebe zu, die Wortwahl hätte uns schon auffallen können, die Herr Kollege Dr. Jürgens dann mit einem Änderungsantrag aus dem Gesetzentwurf hinausgebracht und durch eine neue ersetzt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich setzen wir nur – das sage ich in Gänsefüßchen – eine Dienstleistungsrichtlinie des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2006, Nr. 123, um, und eigentlich nehmen wir als Grundlage dafür die Normen, die vorher schon im Bereich des Dolmetscher- und Übersetzerberufes notwendig und im Gebrauch gewesen sind. Ich glaube, dass es keinen Sinn macht, jetzt noch einmal die Vorzüge dieses Gesetzes vorzutragen. Da

immerhin drei Fraktionen ihre Zustimmung bereits durch die Ausschussberatung signalisiert haben, bedanke ich mich für die Unterstützung und hoffe, dass dieser Gesetzentwurf in wenigen Minuten auch ein Gesetz wird. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Das heißt, wir kommen jetzt zur Abstimmung in zweiter Lesung zu diesem Gesetzentwurf. Wer in zweiter Lesung diesem Gesetzentwurf zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf mit den Stimmen der CDU, der FDP und der GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und LINKEN beschlossen und somit zum Gesetz erhoben worden ist.

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 12:**

**Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien – Drucks. 18/2360 zu Drucks. 18/2233 zu Drucks. 18/833 –**

Hierzu wird uns gleich Herr Abg. Gremmels berichten.

Wir rufen damit **Tagesordnungspunkt 81** auf:

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend SPD-Gesetze schaffen Voraussetzungen für erneuerbare Energien – Drucks. 18/2424 –**

Herr Abg. Gremmels hat das Wort zur Berichterstattung. Bitte schön.

**Timon Gremmels, Berichtersteller:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich trage die Beschlussempfehlung und den zweiten Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft- und Verbraucherschutz zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien, Drucks. 18/833, vor.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft- und Verbraucherschutz empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und LINKEN bei Enthaltung der GRÜNEN, Art. 1 des Gesetzentwurfs abzulehnen, und mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN, die Art. 2 bis 7 des Gesetzentwurfs abzulehnen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Ich eröffne die Aussprache. Vereinbarte Redezeit: fünf Minuten. Es beginnt Herr Abg. Görig für die Fraktion der SPD.

**Manfred Görig (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion hält an der Energiewende fest, auch wenn Sie heute, wie Sie es angekündigt haben, unseren Gesetzentwurf für den Vorrang erneuerbarer Energien ablehnen sollten. Eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung aus erneuerbaren Ener-

gien ist möglich. Dazu braucht es aber einen starken politischen Willen, den Sie auf breiter Front vermissen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Leider ist es noch nicht einmal möglich, Ihre Vorschläge zur Beseitigung rechtlicher Hindernisse für den Ausbau erneuerbarer Energien gegen unsere abzuwägen – es gibt nämlich keine Vorschläge von Ihnen.

(Günter Rudolph (SPD): Ist die Ministerin nicht interessiert an dem Thema, Herr Kollege Görig? Sie ist nämlich nicht da!)

– Ich gehe davon aus, dass sie nicht interessiert ist.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie ist auf dem Weg hierher! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Sie hätten einfach fragen können.

(Günter Rudolph (SPD): Sie könnte aber auch einfach da sein!)

**Manfred Görig (SPD):**

Es macht mir nichts aus, wenn sie nicht da ist.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie haben die Experten ein Jahr lang arbeiten lassen und ignorieren deren – noch freundlich formulierte – Empfehlungen. Dafür gibt es aus meiner Sicht nur eine Erklärung: Sie wollen keine durchgreifende Energiewende. Sie wollen ein wenig Kosmetik für die Öffentlichkeit anbringen, aber keine Abkehr von Ihrer Atompolitik vergangener Zeiten, die Sie in die Zukunft retten wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für Biblis wird hart gekämpft, aber die erneuerbaren Energien werden an jeder Stelle ausgebremst, wo es nur möglich ist. Ich stelle fest: Sie wollen keine rechtlichen Änderungen, Sie wollen eine Behinderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Sie wollen die Situation nicht verbessern, sondern aufrechterhalten. Sie beharren gerne auf den existierenden Lösungen und bringen dafür so logisch klingende Argumente wie „Der Feind des Guten ist das Bessere“. Wer sich nicht verändern will, der sieht wie Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, in der Energiewende und im Klimaschutz eine Bedrohung und keine Zukunftschance für unser Land, für die Wirtschaft und die Menschen in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere strategische Leitlinie war immer, sowohl die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern als auch die sich daraus ergebenden Zukunftschancen für das Land Hessen zu nutzen. Daraus haben wir Gesetzentwürfe zur Energiewende entwickelt, die wir im Gegensatz zu Ihnen entschlossen anstreben und die wir Ihnen in dritter Lesung heute vorstellen. Wir haben mit unserem Gesetzentwurf für den Vorrang erneuerbarer Energien einen Meilenstein gesetzt.

Ihre Experten haben eine Optimierung der rechtlichen Vorgaben für erneuerbare Energien gefordert. Diese Op-

timierung haben wir schon im letzten Jahr vorgenommen. Wir fordern eine Änderung des Landesplanungsgesetzes im Sinne des Vorrangs erneuerbarer Energien, eine umfangreiche Änderung des Hessischen Energiegesetzes – rationelle Energienutzung, das Land als Vorbild bei Gebäudeneubau und -sanierung, Verbesserung der Energieberatung, Aufbau eines Landeskatasters für erneuerbare Energien, Vorrang der Solarthermie zur Wärmeengewinnung und der Windenergie, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, Einrichtung einer Clearingstelle zur Klärung von Streitigkeiten in Genehmigungsverfahren –, eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung mit dem Ziel der Erweiterung des § 19 auf Nah- und Fernwärmenetze, eine Änderung der Hessischen Bauordnung zur Erweiterung der Kompetenzen der Gemeinden in den Bereichen Klimaschutz und rationelle Verwendung von Energie sowie ein laufendes Monitoring der Auswirkungen der Gesetze. All das sind Beispiele für das, was Ihre Experten vorgeschlagen haben, was Sie aber nicht umsetzen. Wir haben Ihnen unseren Gesetzentwurf schon vor einem Jahr vorgelegt. Wenn Sie an dieser Stelle etwas Vernünftiges tun wollen, sollten Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Stephan für die Fraktion der CDU.

#### **Peter Stephan (CDU):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir debattieren heute in dritter Lesung über einen Gesetzentwurf, der in weiten Teilen für uns nicht tragfähig ist und der deswegen auch dieses Mal keine Zustimmung erfahren wird.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Liebe Frau Hammann, ich habe die Auffassung der CDU-Fraktion detailliert in mehreren Reden hier dargelegt. Für Details bleibt aber heute in einer Debatte mit fünf Minuten Redezeit keine Zeit. Sie können das im Einzelnen nachlesen.

Für uns geht es darum, dass regenerative Energien keinen ausschließlichen Vorrang haben sollen, wie Sie das in Ihrem Gesetzentwurf fordern. Wir wollen einen vernünftigen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen. Ich will Ihnen das an vier Punkten noch einmal exemplarisch darstellen.

Wir wollen nicht, dass Windkraftanlagen über den Interessen der in der Nähe lebenden und arbeitenden Menschen stehen.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen auch nicht, dass die Windenergie absoluten Vorrang vor Naturschutz und Landschaftsschutz erhält. Wir wollen einen abgewogenen Ausgleich der Interessen. Wir wollen auch nicht, dass es keine Ausschlussflächen für Windkraftanlagen gibt, wie Sie es wollen. Wir sind der Auffassung, wir brauchen Ausschlussflächen.

(Zurufe von der SPD)

Wir wollen auch nicht, dass der Strom in Bälde ausschließlich regenerativ erzeugt wird, wie Sie es in Ihrem Gesetzentwurf fordern. Dazu fehlen uns jetzt und in der nächsten Zeit einfach die Voraussetzungen. Wir wollen einen ausgeglichenen Energiemix. Das haben wir mehrfach erläutert.

Wir wollen auch nicht, dass die Höhenbegrenzungen und die Standorte von Windkraftanlagen ausschließlich von einer Kommune festgelegt werden – nach dem Motto: „Ich baue an den Rand der Gemarkung, sodass die Nachbarn das Rad schön sehen und ich den Strom habe“. Nein, wir wollen auch hier ausgewogene Regelungen – insbesondere Abstandsregelungen – haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie haben zwischen der zweiten und der dritten Lesung keine neuen Argumente eingebracht, auf die wir uns heute beziehen können. Es müsste Ihnen aber eigentlich zu denken geben, dass das Verwaltungsgericht Gießen zwischenzeitlich die Klage der Stadt Marburg gegen die Beanstandung der sogenannten Solarsatzung abgewiesen hat.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Gesetzentwurf will die sogenannte Marburger Solarsatzung erneut durchboxen. Ich zitiere aus dem Urteil: „... mit Blick auf die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes nicht [zu] rechtfertigen“. So lautet das Urteil des Gerichts über die Solarsatzung in Marburg. Genau die wollen Sie mit diesem Gesetzentwurf aber noch einmal einbringen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gericht hat bestätigt, was ich hier schon einmal gesagt habe. Wir wollen nicht, dass in dieser Art und Weise in Eigentumsverhältnisse eingegriffen wird. Wir wollen den Schutz des Eigentums erhalten wissen, wie er in unserer Verfassung, im Grundgesetz steht. Das, was in Marburg auf den Tisch gelegt worden ist, war schlicht und einfach verfassungswidrig.

Das sind die wesentlichen Gründe, warum wir diesem Ihrem Gesetzentwurf nicht zustimmen können.

(Manfred Görig (SPD): Die Marburger Solarsatzung hat mit dem Gesetzentwurf überhaupt nichts zu tun! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, außerdem haben wir heute einen Dringlichen Antrag der SPD in der Aussprache. Ich möchte dazu sagen: Das ist ein Wischwaschi-Sammelsuriumantrag der SPD, ein Gemischtwarenladen. Er enthält ein bisschen was zur Fotovoltaik, ein bisschen was gegen das Bürgerschaftsprogramm der Landesregierung, ein bisschen was gegen Offshorestrom, ein bisschen was gegen Windkraftanlagen offshore sowie eine Zusammenfassung einiger Ideen aus den Energiegesetzen der SPD, geschmückt mit überschwänglichem Lob für die eigenen Zwangsgesetze, von denen wir, nehme ich an, in der Abstimmung zumindest eines beerdigen werden.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

– Sie haben einen Antrag gestellt. Zu dem nehme ich Stellung.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Er zeigt doch Ihre Hilflosigkeit in den Energiefragen: planlos, strukturlos, inhaltslos.

(Beifall bei der CDU)

Das hat Ihnen vermutlich Herr Scheer am Montag noch schnell diktiert, damit Sie es am Dienstag hier einreichen konnten.

(Lachen bei der SPD)

Das ist Energiepolitik à la Scheer: dürrtig und substanzlos. Wir werden deshalb auch den Dringlichen Antrag ablehnen.

Das erwähnte Urteil des Verwaltungsgerichts Gießen unterstützt unsere Auffassung, dass Ihr Gesetzentwurf nicht zustimmungsfähig ist. Wir wollen eine andere Energiewende als die SPD.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir setzen darauf, die Menschen zu informieren und zu motivieren. Wir setzen erst in zweiter Linie auf Vorschrift und Zwang. Wir setzen auf Freiwilligkeit, und wir setzen auf einen breiten Energiemix, den Sie mit Ihrem Gesetzentwurf ablehnen.

Wir setzen auf eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung für die Bürger und für die Unternehmen in Hessen. Dafür steht die CDU. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Manfred Görig (SPD): Atomenergie! Auf die saubere Atomenergie!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Abg. Hammann hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist die dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien, und da sich am Inhalt nichts geändert hat, kann ich mir große Ausführungen wie beim letzten Mal sparen.

Sie wissen, welche Vorstellungen wir damals eingebracht haben und dass wir erklärt haben, an welchen Stellen wir das Gesetz nicht weitreichend genug finden. Mit Entwürfen für Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetze haben wir unsere eigenen Vorstellungen in den Landtag eingebracht. Diese befinden sich noch in der parlamentarischen Diskussion. Sie können anhand dieser Gesetzentwürfe erkennen, wie es weitergehen kann, damit wir in Hessen eine Energiewende hinbekommen, die für uns alle der richtige Weg sein wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind uns mit der SPD über die Ausrichtung der Energiepolitik prinzipiell einig. Wir wollen keinen Energiemix, wie er von Herrn Stephan hier wieder dargestellt wurde. Ihr Energiemix bedeutet, dass es immer noch klimaschädliche Kohlekraftwerke und risikoreiche Atomkraftwerke gibt. Das ist das, wofür Sie eintreten. Sie treten nicht für die erneuerbaren Energien ein. Diese Diskussion hatten wir bereits gestern. Wir haben deutlich gemacht, dass dies der falsche Weg ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, um gegen das zu argumentieren, was CDU und FDP sagen. Wo bleiben denn Ihre Initiativen? Sie arbeiten sich doch immer nur

an dem ab, was wir vorlegen. Wir haben Entwürfe für Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetze vorgelegt. Die SPD hat einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht. Sie kritisieren nur an unseren Gesetzentwürfen herum. Wo sind Ihre Initiativen? Wo sind Ihre Vorschläge?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Wir haben bessere!)

Sie sagen immer nur, dass Sie eine Energiewende herbeiführen und die erneuerbaren Energien fördern wollen. Aber dort, wo Sie sie fördern können, machen Sie es nicht. An welcher Stelle haben Sie denn Einspruch gegen die Reduzierung der Solarförderung eingelegt, was das Erneuerbare-Energien-Gesetz angeht? Den Einspruch gab es nie. Im Gegenteil, Sie haben das für positiv erachtet.

(Zurufe von der CDU)

Wo ist Ihr Einspruch im Hinblick auf den Förderstopp beim Marktanzreizprogramm? Den gibt es nicht. Das zeigt uns, dass Sie immer noch nicht verstanden haben, wie eine Energiepolitik aussehen muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Statt eines Energiekonzepts legen Sie nur ein Eckpunktepapier vor. Ich möchte ein Beispiel daraus nennen. Sie haben in diesem Eckpunktepapier explizit auf die Wärmeversorgung hingewiesen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. 40 % des Energieverbrauchs – ohne Verkehr – für Raumheizung und Warmwasserbereitung entfallen darauf. Es müssen Einsparungen in diesem Bereich vorgenommen werden, z. B. durch die Installation moderner Gebäude- und Anlagentechnik oder über den baulichen Wärmeschutz. All das ist möglich.

Aber statt dass Sie sagen, wie Sie dies erreichen wollen, müssen wir in Ihrem Papier lesen – ich zitiere –:

Wir werden Antworten geben auf die Fragen: Was können Hausbesitzer, Unternehmer oder Kommunen tun – und wie können sie gefördert werden?

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie offenbaren hiermit Ihre verantwortungslose Energiepolitik. Wie lange sollen denn die Bürgerinnen und Bürger noch warten?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Immerhin ist Herr Ministerpräsident Koch jetzt schon seit über zehn Jahren in der Regierungsverantwortung. Aber wir sind noch keinen Schritt weitergekommen. Bis heute gibt es von Ihnen keine Antworten auf diese Fragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben gestern von Ihnen erneut erfahren, was Sie über unsere Energiekonzepte bzw. über unsere Entwürfe für Energiegesetze denken. Sie werfen uns immer wieder Dirigismus vor. Diese Art des Umgangs nervt nur noch. Ich sage Ihnen das von diesem Pult aus ganz deutlich. Wir erwarten von Ihnen die Darstellung, mit welchen Maßnahmen – ohne Gesetzesänderungen – Sie rechtliche Hemmnisse beseitigen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich haben Ihnen Ihre Experten gerade die Beseitigung rechtlicher Hemmnisse ins Stammbuch geschrieben. Das hat das Energie-Forum zutage gefördert. Soweit ich weiß, können rechtliche Hemmnisse nur über Gesetze beseitigt werden. Wenn Sie aber bei unseren Gesetzentwürfen von Dirigismus reden und selbst nicht in der Lage

sind, etwas vorzulegen, sage ich: Seien Sie lieber still. Arbeiten Sie sich nicht an unseren Gesetzentwürfen ab, sondern handeln Sie endlich; denn Sie sind in der Regierungsverantwortung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen in Erinnerung bringen, was Ihre Experten gesagt haben – ich zitiere –:

Derzeit bestehen teilweise noch rechtliche Regelungen, die für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz nicht optimal ausgestaltet sind. Das Spektrum reicht von haushaltsrechtlichen Vorschriften für Kommunen über unzureichende Anreize der Gebäudesanierung, über die Anwendung des Genehmigungsrechts bei Biomasseanlagen bis hin zur Landesplanung und zur Bauordnung.

Meine Damen und Herren, genau diese Punkte haben wir in unseren Gesetzentwürfen aufgegriffen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wollen Sie dies ohne gesetzliche Regelungen umsetzen? Wollen Sie einen Zauberstab schwingen, oder wie wollen Sie das erreichen? Sie sind die Antwort schuldig geblieben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Durch Gesetze, Frau Kollegin!)

Noch ganz kurz etwas zum Dringlichen Entschließungsantrag der SPD. Wir werden uns bei den Punkten 1, 2 und 3 der Stimme enthalten. Bei Punkt 4 sehen wir das anders im Hinblick auf die Bürgerschaft für Offshoreanlagen, die also nicht in Hessen gebaut werden. Den Punkten 5 und 6 werden wir zustimmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Abg. Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben über den Gesetzentwurf bereits zweimal ausführlich diskutiert. Ich bedauere sehr, dass die vielen guten Argumente zugunsten dieses Gesetzentwurfs, die hier gefallen sind, die Regierungsfractionen offensichtlich nicht sehr beeindruckt haben.

Der Gesetzentwurf der SPD ist ein Schritt in die richtige Richtung. Deswegen unterstützen wir ihn ausdrücklich. Wir brauchen den Vorrang für erneuerbare Energien. Der Vorrang für erneuerbare Energien muss auch gegen diejenigen durchgesetzt werden, die kein Interesse daran haben, dass die erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Deshalb gilt es auch, den Vorrang für erneuerbare Energien beispielsweise gegen die Atom- und Kohlelobby durchzusetzen.

Aber diese Landesregierung macht das Gegenteil. Sie macht sich zum Sprachrohr der Atomlobby. Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, Sie tragen hier immer wieder die Argumente der Atomwirtschaft vor. Sie lassen sich vor deren Karren spannen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Haben Sie irgendwann einmal etwas Neues?)

– Herr Irmer, wenn Sie irgendwann einmal etwas Neues zur Energiefrage von sich geben würden, hätte ich die Möglichkeit, etwas anderes dazu zu sagen. Aber solange Sie hier die Argumente der Atomwirtschaft wiederholen, fällt mir nicht ein, was man sonst noch darauf antworten sollte.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie haben doch keine Ahnung davon! – Clemens Reif (CDU): Langsam! Kein Schnellfeuergewehr machen! Ganz langsam!)

Wir müssen Immobilienbesitzern Auflagen für die energetische Gebäudesanierung machen. Wir müssen in der Raumplanung Vorgaben machen. Vorrang für erneuerbare Energien bedeutet auch den Vorrang für die dezentrale Energiegewinnung gegenüber Großkraftwerken.

Frau Ministerin und Herr Stephan, nichts zu tun ist keine Lösung. Sie machen seit eineinhalb Jahren nichts. Sie tun überhaupt nichts, um den Anteil der erneuerbaren Energien in Hessen wirklich zu erhöhen. Sie haben sich das Ziel gesteckt, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 auf 20 % zu erhöhen.

Ich habe das damals schon kritisiert. Ich halte es für ein Problem, dass Sie den Verkehr ausklammern; denn das konterkariert den Anspruch, dass Sie es ernst damit meinen. Jeder weiß nämlich, dass wir, wenn wir dem Klimawandel ernsthaft entgegenwirken und ernsthaft eine Wende in der Energiepolitik herbeiführen wollen, beim Verkehr ansetzen müssen. Dann können wir den Verkehr nicht völlig außen vor lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Ministerin, selbst für das absolut dürftige Ziel, im Jahr 2020 einen 20-prozentigen Anteil der erneuerbaren Energien zu erreichen, haben Sie bisher kein Konzept vorgelegt. Sie haben nichts dazu vorgelegt, wie Sie das erreichen wollen. Wir haben gestern über eine dürftige Bürgerschaftsrichtlinie gesprochen, bei der Sie die erneuerbaren Energien mit hineingeschrieben haben

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das gab es schon!)

– mit der Sie sie aber auch schon vorher hätten fördern können; richtig, Frau Kollegin Hammann, vielen Dank. Das haben Sie dort hineingeschrieben. Sie betreiben dort eine Schaufensterpolitik: die Showveranstaltung Nachhaltigkeitskonferenz. Sie produzieren nur viel heiße Luft, und die brauchen wir bei der Klimarettung am allerwenigsten.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Stephan, ich will noch einmal etwas zu dem sagen, was Sie gesagt haben. Sie haben von Zwangsgesetzen gesprochen. Das ist klar. Jedes Gesetz ist sozusagen eine Zwangsmaßnahme. In dem Moment, in dem man es einhalten muss, ist das so.

(Zuruf)

– Ich finde wirklich, dass Sie diese Anarchosprache, die Sie hier an den Tag legen, immer nur dann haben, wenn es um die erneuerbaren Energien geht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich brauchen wir Gesetze. Natürlich brauchen wir klare Vorgaben. Wir müssen die rechtlichen Hemmnisse beseitigen, die es erschweren, die Nutzung der erneuerbaren Energien auszubauen.

(Leif Blum (FDP): Nennen Sie einmal ein richtiges Hemmnis!)

Wir brauchen klare gesetzliche Vorgaben. An anderer Stelle bestreiten Sie das gar nicht. Aber wenn es um die wichtigste Frage hinsichtlich der Zukunft der Menschen geht, nämlich darum, ob der Planet in 30, 40, 50 oder 60 Jahren überhaupt noch lebenswert ist, sagen Sie: Das soll jeder so machen, wie er möchte. Da soll jeder selbst entscheiden. Es wäre schön, wenn man ein paar Solarzellen aufs Dach machen würde. – Eine solche Vorgehensweise bei einer gerade so wichtigen Frage für die Zukunft halte ich für wirklich absolut unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dann möchte ich auf den Mythos der Bezahlbarkeit zu sprechen kommen. Man kann das nur immer wieder sagen: Hätten Sie die Nutzung der Atomkraft und der Kohle nicht so stark subventioniert und nicht so stark gefördert, dann gäbe es heute überhaupt keine Atomkraft mehr. Vermutlich würde auch der Ausstieg aus der Nutzung der Kohlekraftwerke bevorstehen. Hätten Sie das Geld, das Sie in die Nutzung der Atomkraft investiert haben, in die Nutzung der erneuerbaren Energien investiert, dann würden wir darüber heute gar nicht mehr reden.

Herr Stephan, Sie haben gesagt, die CDU wolle eine andere Energiewende. Ich finde, das ist ein interessanter Ausdruck. Es interessiert mich brennend, aus was Sie in Zukunft Energie gewinnen möchten, wo Sie doch eine andere Energiewende anstreben.

Ich komme zum Schluss meiner Rede. Meine Redezeit ist vorbei. Wir, die Mitglieder der LINKEN, werden dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zustimmen. Meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, Sie wissen, dass es für Ihre Energiepolitik keine Mehrheit in der Gesellschaft gibt. Die Mehrheit der Menschen lehnt die Nutzung der Atomkraft ab. Sie will den Umstieg auf die Nutzung der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Timon Gremmels und Heike Hofmann (SPD))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort erhält nun Herr Abg. Sürmann für die Fraktion der FDP.

#### **Frank Sürmann (FDP):**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf das Thema zurückkommen. Es geht weder um Atomkraft noch um sonst irgendetwas anderes. Wir reden hier über den Einsatz erneuerbarer Energien und darüber, wie man den Anteil erneuerbarer Energien erhöhen kann. Das ist der eine Punkt.

Ein Punkt dabei ist, dass die SPD-Fraktion will, dass man den Häuslebauern, und zwar unabhängig davon, ob sie schon im Bestand leben oder ob sie neu bauen, in einem großen Umfang vorschreibt, was sie zu tun haben.

Der wesentliche Unterschied zwischen der Auffassung der Mitglieder der Fraktionen der FDP und der CDU und Ihrer Auffassung ist, dass wir den Begriff staatliche Gewalt nicht mit staatlicher Vergewaltigung gleichsetzen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Oh! – Zuruf: Herr Kollege, das war geschmacklos! – Weitere Zurufe)

Deswegen bauen wir darauf, auf eine andere Art und Weise mit den Bürgern umzugehen, um das Ziel 20 % im Jahr 2020 umzusetzen.

Ich rede jetzt einmal gar nicht von Frau Wissler oder Herrn Görig. Frau Hammann, Sie werfen uns immer wieder vor, wir hätten kein Konzept. Ich muss Ihnen das deshalb leider noch einmal vortragen. Wir haben ein solches Konzept. Wir haben nicht nur ein Eckpunktepapier. Vielmehr haben wir schon Maßnahmen zur Umsetzung. Ich wiederhole das noch einmal für die Öffentlichkeit, damit sie weiß, was diese Regierung vorhat und was sie schon getan hat.

(Zuruf)

– Sie müssen einmal zuhören. – Wir wollen insgesamt 21 TWh pro Jahr Strom aus erneuerbaren Energien schaffen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie?)

– Dazu komme ich gleich. – 9,5 TWh sollen mit Biomasse erzeugt werden, 7 TWh mit Windenergie, 3 TWh durch Solarenergie, 1 TWh durch Geothermie – mehr werden wir da wohl nicht hinbekommen – und 0,5 TWh durch Wasserkraft. Letzteres ist nicht besonders viel, spielt aber in der Gesamtabrechnung eine große Rolle.

Jetzt komme ich zu der Behauptung, wir hätten noch gar nichts gemacht. Ich habe mir jetzt einmal nur die Punkte aufgeschrieben, die mir von dem, was wir bisher mit dieser Regierung schon gemacht haben, präsent sind.

Erstens haben wir die Hessische Energiespar-Aktion mit dem Ziel der Energieeinsparung bei Heizungen in Alt- und Neubauten ins Leben gerufen. Dazu haben wir Kooperationen mit Verbänden aus der Wirtschaft und der Wissenschaft geschaffen. Wir informieren die Hauseigentümer und haben den Energiepass eingeführt.

Zweitens. Wir haben den Arbeitskreis „Kostengünstige Passivhäuser“ zur Bearbeitung von Strategien für die Einführung der Passivhauskonzeption im Gebäudebestand ins Leben gerufen und gefördert.

Drittens. Da geht es um die Erstellung der Leitfäden zur Altbaumodernisierung mit Passivhauskomponenten.

Viertens. Das betrifft die Förderung der Forschungsvorhaben etwa zu Modernisierungstrends oder zu den Einsatzmöglichkeiten kombinierter Heizungssysteme. Darauf werde ich gleich noch einmal zurückkommen.

Fünftens. Es gibt z. B. das Modellprojekt zur Schulerweiterung im Passivhausstandard, den Einsatz von Großelementen bei der Fassadensanierung als Dämmtechnik und die Weiterentwicklung des Passivhauskonzepts.

Sechstens. Das betrifft die Energiesparprojekte in den Berufsschulen, also Bildung und Ausbildung. Das macht einen nicht ganz unwesentlichen Anteil aus.

Siebtens. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde die Broschüre „Strom effizient nutzen“ aufgelegt. Das ist ein Wegweiser für private Haushalte. Die Datenbank „Be-

sonders sparsame Haushaltsgeräte“ ist auch für jeden Bürger verfügbar.

Achtens. Jüngst haben wir die Bürgerschaftsrichtlinie angepasst. Damit können investive Maßnahmen der Bürger bei der Hausbank abgesichert werden. Sie können dann also solche investiven Maßnahmen vornehmen.

Neuntens. Mithilfe des Herrn Kollegen Weimar haben wir die CO<sub>2</sub>-neutrale Landesverwaltung auf den Weg gebracht. Das betrifft insbesondere Neubauten, aber auch den Altbestand.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Sie müssen sich das anhören. Das ist halt viel.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP – Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Es gibt ein Programm zur Energieeffizienz im Mietwohnungsbau. Das ist zusätzlich zu dem Programm der KfW. Auch das wurde ins Leben gerufen.

Wir haben das Förderprogramm für Investitionsvorhaben zur nachhaltigen CO<sub>2</sub>-Reduktion. Das betrifft also die energetische Modernisierung mit passivhaustauglichen Komponenten. Auch das existiert schon.

Drittens haben wir das Investitionspaket des Bundes und der Länder zur Förderung der energetischen Modernisierung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen. Hessen erhielt aus diesem Investitionspaket Bundesmittel in Höhe von 35,5 Millionen €. In gleicher Höhe wurden Landesmittel beigesteuert.

Jetzt erklären Sie mir einmal, dass diese Landesregierung nichts tun würde. Wir werden unser Ziel erreichen, ob Sie das wollen oder nicht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Görig führt immer wieder aus, in Baden-Württemberg sei ein eigenes Gesetz zur Einsparung bei der Wärme aufgelegt worden. Er sagt aber nicht, worin die Unterschiede bestehen. Denn da handelt es sich um ein ganz flexibles und freiheitliches Gesetz. Da werden hinsichtlich des Bestands viel niedrigere Prozentzahlen vorgeschrieben. Außerdem gibt es dort eine ganze Latte Ausnahmetatbestände, die Sie nicht drin haben.

Ihr Gesetzentwurf zeigt in erster Linie nämlich auf, wie man mit den Bürgern nicht umgehen soll. Damit würde Politikverdrossenheit produziert.

Erklären Sie mir einmal bitte, warum Sie einem 60-jährigen Hausbesitzer bei einem Umbau auferlegen wollen, eine Dämmung zu schaffen, die vielleicht 40.000 € oder 60.000 € kostet, wenn man das vernünftig machen will. Wie soll sich das für den noch amortisieren, wenn er weiß, dass seine Kinder nicht einziehen werden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie Zwischenfragen?

**Frank Sürmann (FDP):**

Nein, ich lasse keine Zwischenfragen zu. – Auch das müssen wir berücksichtigen. Denn es gibt da auch die soziale

Komponente. Da haben sich Menschen mit ihrem sauer verdienten Geld ein Häuschen gebaut. Die sollen dann hinterher gezwungen werden, Sanierungen zu machen, die sie gar nicht machen können. Dann muss das Haus verkauft werden. Soll der Staat dann die Häuser kaufen und vermieten? – So kann es doch nicht gehen. Deswegen wäre es besser, wenn Sie mit uns den Weg gehen würden, den wir eingeschlagen haben. Das wäre vernünftig.

Lassen Sie uns lieber einmal darüber nachdenken, ob nicht anderes mit einem ganz anderen Einsatz förderungswürdig wäre. Wenn eine wirtschaftliche Sanierung durchgeführt wird, bei der nachhaltig Heizenergie eingespart wird, erhebt sich die Frage, ob man die Wirtschaftlichkeit nicht unterstützen sollte. Das wäre sicherlich ein ganz neuer Ansatz in der Politik.

Dazu haben wir gestern einen Vortrag gehört. Herr Kollege Görig hat ihn offensichtlich nicht richtig mit angehört. Gestern war Herr Prof. Dr. Küchen da. Er hat uns klar ins Stammbuch geschrieben, auf Freiwilligkeit zu bauen. Er sagte: Bauen Sie nicht auf Dirigismus.

Das ist kein Mann von der FDP oder der CDU. Das ist ein Wissenschaftler, der unter anderem an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen lehrt. Er weiß ziemlich genau, wovon er redet. Aber solche Dinge negieren Sie einfach, weil Sie nicht in der Lage sind, Ihre Ideologie aufzugeben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin, Sie haben das Wort. Es liegt keine andere Wortmeldung vor.

**Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben diesen Gesetzentwurf sehr ausführlich im Ausschuss diskutiert. Auch ich kann feststellen: Wir sind sicherlich immer noch unterschiedlicher Auffassung über die Wege, die zur vermehrten Nutzung erneuerbarer Energien zu beschreiten sind.

Wir haben eines sehr deutlich gemacht. Das haben wir gerade erst gestern diskutiert. Wir haben jetzt das erste Unternehmen, das die neu ausgestaltete Bürgerschaft des Landes nutzt. Es erhält eine Bürgerschaft in Höhe von 10 Millionen €. Es kann dann Ökostrom für 10.000 Haushalte aufgrund des Baus von Windrädern in einem Offshorewindpark erzeugen.

Das ist einer der Punkte, die wir möglich gemacht haben. Ein weiterer ist das Thema Biomasse. Der Ausbau der Biomasse geht nach wie vor in Hessen kontinuierlich voran. Sie wissen, nach unserem Energiekonzept wird die Biomasse bis 2020 die Hälfte der erneuerbaren Energien ausmachen. Wir halten das für einen ganz wichtigen Punkt. Deswegen werden wir über unsere Biomassepotenzialstudie in den Landkreisen vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern genau diese Beratungen fortführen, damit sie es umsetzen und damit wir von dem jetzigen Stand der Biomasse auf die 9,5 TWh kommen.

Sie können ganz einfach in den jährlichen Energieberichten überprüfen, ob wir das geschafft haben. Dafür brau-

che ich keine gesetzlichen Vorgaben. Die geben wir heute schon heraus. Daran werden wir uns als Landesregierung messen lassen: bis zum Jahre 2020 die 20 % Energieverbrauch zu schaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich glaube, wir brauchen uns heute nicht mehr in allen Details darüber auszutauschen. Aber auch zum Thema Landesentwicklungsplan und Regionalpläne haben wir im Ausschuss ausführlich miteinander gesprochen. Sie sind der Auffassung, Sie müssen bestimmte Dinge in ein Gesetz schreiben. Wir sind der Auffassung, in den Regionalplänen, die im Moment in Kraft treten, sind erste große Schritte enthalten. Wir haben heute schon die Signale der regionalen Planungsversammlungen, dass sie ihre Energiekonzepte anpassen werden.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Gleichzeitig – das habe ich Ihnen erläutert – arbeitet der Kollege Posch schon heute an der Überarbeitung des Landesentwicklungsplans. Auch dort wird es seinen Niederschlag finden. Dazu brauchen wir Ihr Gesetz heute nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Als weiteren ganz wichtigen Punkt will ich noch einmal das Thema aufrufen, was Bürgerinnen und Bürger heute beim Thema Warmwasser und Heizung schon selbst machen können, weil es 40 % ausmacht. Wir sind der Auffassung, dort gehören Aufklärungsarbeit und Beratung dazu – ebenso unsere Vorbildfunktion über kommunale oder Landeseinrichtungen, was wir mit unserer CO<sub>2</sub>-neutralen Landesverwaltung aufgenommen haben.

Das fließt in die Baubereiche und in die Vorgaben des Landes dort mit ein, genauso auch die Aufklärungsarbeit, die wir über die Hessische Energiespar-Aktion machen, die Module, die wir im Bereich Passivbau entwickeln, oder die Zusammenarbeit mit einem Lehrstuhl in Kassel, um in den energieintensiven Betrieben das Energiesparen umzusetzen. Das alles sind Maßnahmen, die wir in den letzten Monaten in die Wege geleitet haben. Wir könnten noch viele weitere aufzählen.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Richtig ist, ja, es sind keine dirigistischen Gesetze, sondern es fließt Geld über Programme mit ein. Es werden Module entwickelt und landesweit dazu Aktionen gestartet, zum Teil mit Handwerk und Industrie, zum Teil mit Lehrstühlen, zum Teil auch als Bundesprogramme, z. B. beim Thema „Passivhausmodule entwickeln“. All das gehört dazu. Das sind die Schritte, die wir weiter einen nach dem anderen bis 2020 umsetzen werden. Daran werden wir uns messen lassen, um unser Ziel 2020 mit 20 % Erneuerbaren tatsächlich so umsetzen zu können.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich kann Ihnen heute schon sagen, ich bin optimistisch, dass wir einen Schritt nach dem anderen umsetzen, und zwar ohne komplizierte Maßnahmen, aber mit den notwendigen Begleitungen durch das Land, zum Teil über Förderprogramme, zum Teil über gesetzliche Änderungen; einen Teil hat es im Nachbarschaftsrecht gegeben. Das wissen Sie.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber unzureichend!)

Sie hatten auch eine Initiative. Die Landesregierung hat ihre eigene vorgelegt und umgesetzt. Wir mögen über Details streiten. Aber ich halte es für falsch, wenn Sie so tun, als wäre das alles nur über Gesetze zu regeln.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir nie gesagt!)

Wir setzen auf die Zusammenarbeit mit der kommunalen Seite. Wir werden bestimmte Dinge auch anpassen. Aber so lange werden wir weiter Aufklärungsarbeit machen, damit die Bürgerinnen und Bürger sehen, wo für sie eine Energiewende tatsächlich sinnvoll ist, ob das die Dämmung ist, ob das ein neuer Brennkessel ist oder ob das der Einsatz von Erneuerbaren ist. Es muss vor allem darum gehen, möglichst viel und möglichst effizient CO<sub>2</sub> einzusparen. Mit diesen Mitteln werden wir unsere Ziele erreichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren! Ich bin in der Geschäftsordnung so weit, dass ich zwar noch Wortmeldungen zulassen kann. Herr Görig, da wir aber eine Redezeit von fünf Minuten haben, ist festgelegt worden, dass das ein zweiter Redner nicht machen kann. Das gilt für Aktuelle Stunden. Dies allerdings gilt wiederum nicht für diese Stunden hier. Trotzdem können Sie fünf Minuten reden. Sie sehen, es gibt bei mir Aufklärungsbedarf. Aber ich erteile Ihnen jetzt das Wort und kläre das später. Das gilt logischerweise für alle Fraktionen – fünf Minuten.

#### **Manfred Görig (SPD):**

Vielen Dank, Herr Präsident, dass Sie das noch einmal nachgelesen haben. Eigentlich hätte ich mir die zweite Runde lieber sparen wollen. Aber nachdem der Kollege Sürmann hier mit einem fachlich niveaulosen Vortrag – so muss ich das einmal sagen –

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der FDP und der CDU: Oh!)

auch noch absolut am Thema vorbeigeredet hat: Herr Sürmann, das Thema war nicht das Wärmegesetz. Wenn Sie schon zu einem Gesetzentwurf von uns reden, dann nehmen Sie bitte den, um den es geht, und nicht den, der noch im Geschäftsgang ist. Sie sind mit Ihrem fachlichen Vortrag total daneben gewesen.

Ich verahre mich auch dagegen, dass Sie hier sagen, wenn wir einen Gesetzentwurf einbringen, wir würden die Häuslebauer vergewaltigen. Ich erwarte, dass Sie das an der Stelle zurücknehmen. Das ist nämlich eine Unverschämtheit, was Sie sich hier leisten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege, wenn Sie schon fachlich nichts beitragen, dann sollten Sie sich die Beschimpfung anderer Fraktionen ersparen.

(Fortgesetzte Zurufe des Abg. Florian Rentsch (FDP))

– Lassen Sie es gut sein. Es muss etwas kommen. Keine Angst, wenn wir gerade über das Thema reden, nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass Sie über das, was Sie selbst in Auftrag gegeben haben, mit den Experten ein ganzes Jahr geredet haben. Das beinhaltet, was wir vorlegen. Ob Ih-

nen das in der Form so passt, wie wir das machen, ist eine andere Frage. Aber Sie haben selbst nichts vorgelegt.

Sie haben selbst nicht das ernst genommen, was Ihnen die Experten vorschlagen. Wenn Sie jetzt sagen, das seien alles Zwangsmaßnahmen, dann sagen Sie doch Ihren Experten: Schön, dass ihr ein Jahr darüber gesprochen habt, aber das, was ihr vorschlagt, machen wir nicht. – Das wäre dann eine ehrliche Antwort. Das haben Sie bisher nicht getan. Wenn Sie dann – das ist der Gipfel der Frechheit – auf die Regionalpläne verweise, will ich Ihnen sagen, dass in den Regionalversammlungen die Einzige, die immer bremst, die CDU-Fraktion ist.

(Beifall bei der SPD)

Diejenigen, die es in den Regionalplänen befördern, sind SPD und die GRÜNEN. Die befördern es.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie einmal genau schauen, an welcher Stelle Sie das immer behindern, dann wird Ihnen auffallen, dass immer Ihre Fraktion auf der Bremserseite ist, Herr Kollege Dr. Arnold.

(Beifall bei der SPD)

An der Stelle müssen Sie noch etwas tun, nämlich Ihre Kameraden vor Ort überzeugen. Das ist viel wichtiger, und das tun Sie nicht.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Frau Ministerin, dass Sie auf der fachlichen Seite ein wenig schwach auf der Brust sind, das wissen wir. Meine Damen und Herren, wenn Sie etwas von Ökostrom erzählen, dann sollten Sie sich fragen lassen, was Ökostrom ist und ob das überhaupt in Deutschland geht.

Herr Kollege Dr. Arnold, dann will ich Ihnen einmal ein Stückchen auf die Sprünge helfen. In Deutschland gibt es das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Es regelt die Einspeisung und Vergütung von regenerativ erzeugtem Strom. Dieser Strom wird gesetzlich subventioniert und von den Übertragungsnetzbetreibern am Spotmarkt vermarktet. Dabei verliert er seine Farbe. Das heißt, es ist kein grüner Strom, kein Ökostrom mehr. Er darf wegen des sogenannten Doppelvermarktungsverbot nicht noch einmal als Ökostrom vermarktet werden.

Wenn Sie hier von etwas reden, dann reden Sie von EEG-Strom und nicht von Ökostrom, der in der Nordsee für Hessen erzeugt wird. Das ist nämlich Blödsinn. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegt keine Wortmeldung mehr vor.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das hat uns jetzt fürchterlich nach vorne gebracht!)

Wir kommen daher zu den Abstimmungen, zunächst in der dritten Lesung des Gesetzentwurfs. Es ist gebeten worden, dass der Art. 1 separat abgestimmt wird.

Ich rufe zur Abstimmung in dritter Lesung über den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien, Art. 1, auf. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich

fest, dass der Art. 1 mit der Zustimmung von SPD und DIE LINKE bei Enthaltung der GRÜNEN und Ablehnung von CDU und FDP abgelehnt worden ist.

Ich rufe die übrigen Artikel auf. Wer den übrigen Artikeln zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann stelle ich fest, dass die übrigen Artikel bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und DIE LINKE und Ablehnung der Fraktion der CDU und der FDP abgelehnt worden sind. Damit ist das Gesetz in dritter Lesung in Gänze abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 81 zur Abstimmung auf. Das ist der Dringliche Entschließungsantrag der SPD betreffend SPD-Gesetze schaffen Voraussetzungen für erneuerbare Energien. Hier wird gebeten, dass wir die Nrn. 1, 2, 3 geschlossen abstimmen, 4, 5 und 6 separat.

Wer den Nrn. 1, 2 und 3 zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann stelle ich fest, dass die Nrn. 1, 2 und 3 dieses Entschließungsantrags bei Enthaltung der GRÜNEN und Ablehnung durch FDP und CDU bei Zustimmung von SPD und der LINKEN abgelehnt worden sind.

Ich rufe die Nr. 4 auf. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist Nr. 4 abgelehnt worden durch CDU, FDP und die GRÜNEN, bei Zustimmung von SPD und DIE LINKE.

Nr. 5: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben bei Nr. 5 die SPD, die GRÜNEN und DIE LINKE zugestimmt; FDP und CDU haben abgelehnt. Damit ist die Nr. 5 abgelehnt.

Nr. 6: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann stelle ich fest: Mit dem gleichen Ergebnis wie eben ist Nr. 6 abgelehnt worden.

Insgesamt stelle ich fest: Die Nrn. 1 bis 6 sind abgelehnt worden und damit der gesamte Antrag. Damit haben wir auch diesen Beschluss gefasst.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

#### **Große Anfrage der Abg. Wissler (DIE LINKE) und Fraktion betreffend auslaufende Konzessionsverträge für Strom und Gas und Neufeststellung der Grundversorger in Hessen – Drucks. 18/2182 zu Drucks. 18/1736 –**

Die vereinbarte Redezeit ist zehn Minuten je Fraktion. Das Wort hat Frau Abg. Wissler, Fraktion DIE LINKE.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manchmal kommen sie wieder – ich stehe schon wieder hier, und mit Energie geht es auch weiter.

(Florian Rentsch (FDP): Mit dem Thema Energie!)

Meine Damen und Herren, wir haben die Landesregierung um eine Antwort auf die Frage gebeten, wann für welche hessischen Gemeinden die Neuverhandlungen ihrer Konzessionsverträge mit den Grundversorgern für Gas und Strom anstehen.

Ich finde es schade, dass die Landesregierung keinen vollständigen Überblick über den Wechsel und den Stand der Konzessionsinhaber im Land Hessen hat, möchte mich aber trotzdem ausdrücklich für die ausführliche Antwort bedanken.

Der Großteil dieser Verträge wurde Anfang der Neunzigerjahre abgeschlossen, und zwar mit einer Laufzeit, die das durch Gesetz festgelegte Limit von 20 Jahren ausschöpfte. Daher laufen diese Verträge vielerorts gegenwärtig aus oder sind bereits ausgelaufen. Da die Versorgung mit Gas und Strom wirtschaftlich wie sozial zu den Grundleistungen gehört, müssen ohne Verzögerungen möglichst schnell neue Verträge an die alten anschließen.

Es gibt also nur ein sehr kleines Zeitfenster, in dem die betroffenen Kommunen Entscheidungen treffen können. Da Verträge über eine derart kapitalintensive Dienstleistung wie Strom- und Gasversorgung lange Laufzeiten unvermeidlich machen, wird es die nächste Möglichkeit, darüber erneut zu entscheiden, erst wieder in vielen Jahren geben.

Der Deutsche Städtetag sieht jetzt Handlungsmöglichkeiten bis ins Jahr 2016 – und dann eben erst wieder in 20 Jahren.

Die Wahl eines Versorgers ist eine schwerwiegende Entscheidung. Es geht um hohe Vertragswerte und langfristige Bindungen. Es geht um Entscheidungen, die sowohl Privathaushalte wie auch die Gemeinden als Gebietskörperschaften direkt und mit weitreichenden Konsequenzen betreffen.

Meine Damen und Herren, es ist auch eine politische Entscheidung: Sehen wir Strom und Gas als Waren, die auf dem Markt zu einem möglichst niedrigen Preis zu erstehen sind, oder betrachten wir auch deren Erzeugung, die Umstände ihrer Lieferung, die Wertschöpfungsketten, die Netze, das Umfeld? Und ganz wichtig: Wollen wir in das Treiben dieses Marktes eingreifen, etwa indem wir die Ware Strom zu unterschiedlichen Preisen abgeben?

Das tun übrigens die privaten Stromkonzerne auch. Großkunden zahlen nämlich deutlich weniger pro Kilowattstunde als Privathaushalte: je geringer der Verbrauch, desto höher der Preis pro Einheit. Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes als eine verdeckte Subventionierung der großen Verbraucher durch die kleinen Haushalte.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, eine sinnvolle Preisgestaltung bestünde in einer Entlastung der Privathaushalte und in der Einführung von Sozialtarifen. Ich halte es für skandalös, dass in einem so reichen Land wie Deutschland Rentner, Erwerbslose und Geringverdiener zum Teil im Winter frieren müssen, weil sie wegen steigender Preise ihre Heizkosten nicht mehr bezahlen können.

Meine Damen und Herren, für eine solche Preisgestaltung braucht man aber – und das ist das Entscheidende – politischen Zugriff auf die Energieversorgung. Die Verfechter des freien Marktes konnten nicht erklären, warum die Energiekonzerne Kosten für Emissionsrechte an ihre Kunden weitergeben dürfen, obwohl sie für diese Kosten gar nicht zur Kasse gebeten wurden.

Zur Bevorzugung der sogenannten großen Vier gehören die völlig unzureichende und unausgewogene sogenannte Liberalisierung des Strommarktes und die unablässige Werbung für die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, einschließlich der Stadtwerke.

Wir hören immer die gleiche Leier: Privat ist effizienter, der Staat ist ein schlechter Unternehmer und bremst Investitionen aus. – Meine Damen und Herren, in der Staatskanzlei gibt es ein Beratungszentrum zur Förde-

rung und Beratung öffentlich-privater Partnerschaften. In der Realität haben sich diese Projekte als die kostspielige Verpachtung der öffentlichen Daseinsvorsorge herausgestellt. Die Stadtverordneten bekommen die relevanten Verträge meist überhaupt nicht zu sehen, weil sie Geschäftsgeheimnisse enthalten; oder wenn sie sie zu sehen bekommen, dann sind das Tausende Seiten starke Konvolute in Rechtsenglisch, die von teuren Beratungsfirmen zusammengeschrieben wurden und bei denen ein normaler Stadtverordneter kaum die Möglichkeit hat, sich dort einzuarbeiten und das vollständig zu bewerten.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch in den Gemeinden hat es sich herumgesprochen: Diese öffentlich-privaten Projekte haben teilweise schwerwiegende Folgen. Deshalb hat meine Fraktion zu den letzten Haushaltsberatungen beantragt, das Beratungszentrum für ÖPP in der Staatskanzlei aufzulösen und durch ein Beratungszentrum Rekommunalisierung zu ersetzen.

(Beifall bei der LINKEN – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Eine gute Idee!)

Wir erleben derzeit bundesweit eine kleine Renaissance der Rekommunalisierung. Meine Damen und Herren, der Auslöser dafür sind oftmals sehr bittere Erfahrungen mit privaten Betreibern, die sich den Gemeinden, in denen sie tätig sind, gerade so weit verpflichtet fühlen, wie es eben die Verträge besagen. Das heißt, um jede Kleinigkeit muss gefeilscht werden. Es geht immer wieder vor Gericht. Die Gewinne der Betreiber stehen den Kommunen nicht zur Verfügung, sondern die Betreiber streichen sie ein. Dabei liegen die Preise in vielen Kommunen über jenen, welche die Stadtwerke verlangen würden.

Die Gewinne der Stadtwerke kommen der Gemeinde nicht zugute. Das hat zur Folge, dass die Gemeinden durch die Privatisierung nicht nur an politischer Gestaltungsmöglichkeit verlieren, sondern dass ihnen auch Geld flöten geht.

Stadtwerke, über die ihre Gemeinden als Eigentümer direkt entscheiden können, haben einen enormen volkswirtschaftlichen Nutzen für diese Gemeinden – und zwar nicht allein deswegen, weil sie billiger produzieren, auch das ist sehr häufig der Fall, sondern vor allem, weil sie nicht so viel Profit abwerfen müssen. Sie sind nicht Aktionären und institutionellen Anlegern verpflichtet, sondern dem Gemeinderat, der ein unmittelbares Interesse an stabilen Preisen und an Arbeitsplätzen hat oder haben sollte.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Stadtwerke bieten beispielsweise überdurchschnittlich viele Ausbildungsplätze an. Ich finde die Beweggründe der Kommunen, ihre Energieversorgung wieder in Eigenregie zu organisieren, interessant. Der Minister zitiert in der Antwort auf meine Anfrage einige Gemeinden. Die Gemeinde Gründau hat ihre Entscheidung für einen kommunalen Betreiber unter anderem damit begründet, dass so „das Vermögen des Landkreises und damit das der Bürger gesichert“ und „kommunaler Einfluss auf die Elektrizitätsversorgung gewahrt“ werde.

Andere Gemeinden räumen ihren Einwohnern die Möglichkeiten ein, selbst Anteile an genossenschaftlich organisierten Eigenbetrieben zu erwerben. Man kann sagen, die werden dann alle zu Genossen an ihren Orten.

(Heiterkeit bei der SPD)

So werden Arbeits- und Ausbildungsplätze gesichert, und demokratisch gewählte Gemeindevertreter haben die Entscheidung in der Hand, nicht ferne Konzernzentralen, die nur möglichst viel Geld verdienen möchten.

Meine Damen und Herren, die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge ist immer auch ein Abbau von Demokratie. Warum sollen die Menschen noch ein Stadtparlament wählen, wenn vom kommunalen Krankenhaus über die Müllabfuhr bis zum Stadtwerk überhaupt nichts mehr entschieden werden kann? Wir beschneiden die Spielräume politischer Gestaltungsmöglichkeiten; denn der Vorstandsvorsitzende eines Energiekonzerns wird nicht von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, der ist seinen Aktionären verpflichtet, nicht dem Gemeinwohl.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Privatisierung löst auch nicht die strukturellen Finanzprobleme, die wir in den Kommunen haben. Man kann alles immer nur einmal verkaufen. Die Kommunen verzichten auf Gewinne, die für andere Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge wichtig wären.

Deswegen gibt es verschiedene Initiativen und auch Privatpersonen, teilweise auch vom Verband kommunaler Unternehmen, die Überblicke über die auslaufenden Konzessionsverträge erstellen und den Kommunen, in denen diese Entscheidung ansteht, das nötige Fachwissen zur Verfügung stellen. Denn es ist gar nicht ohne Weiteres möglich, sich in der Gas- und Stromversorgung einfach so von den Monopolen unabhängig zu machen.

Die Gründung von Stadtwerken kann große Einstiegsinvestitionen erfordern. Gerade für kleine Kommunen stellen sie ein Hindernis dar, das sich z. B. durch eine Kooperation mit Nachbargemeinden überwinden lässt.

Technisch und rechtlich brauchen viele Gemeinden Beratung und geschultes Personal. Oftmals verfügen sie darüber nicht mehr, weil sie auf falschen Rat hin und vor dem Hintergrund knapper Kassen ihre öffentliche Daseinsvorsorge zum Teil veräußert hatten.

(Beifall bei der LINKEN – Clemens Reif (CDU):  
Sie wollen das Südtirolmodell?)

Wir werden die knappe Zeit nutzen, um in möglichst vielen hessischen Kommunen eine Diskussion um die Rekommunalisierung anzustoßen. Es gibt zahlreiche Gemeinden im Land, wo es Auseinandersetzungen mit den bisherigen Versorgern gegeben hat und wo viel Positives über die Rekommunalisierung zu berichten ist.

Meine Damen und Herren, Strom und Gas sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge – oder sollten es zumindest sein, wenn der politische Wille da ist.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben eben, gestern und auch im letzten Plenum immer wieder sehr lange darüber diskutiert, dass wir Vorrang für erneuerbare Energien brauchen. Das bedeutet, dass eine dezentrale Energiegewinnung Vorrang vor Großkraftwerken bekommen muss. Wir haben den Vorteil, dass Energie aus Sonne, Wind und Wasser zumindest fast überall verfügbar ist. Damit können wir lange Transportwege vermeiden, durch die viel Energie verloren geht.

Meine Damen und Herren, wir machen die Kommunen unabhängig von den Energieriesen. Stadtwerke können

auf erneuerbare Energien setzen, weil sie langfristiger denken und planen können. Sie müssen nicht nur auf die Quartalszahlen schauen. Natürlich haben die Kommunen auch ein ureigenes Interesse daran, ihre Landschaften nicht zu verschandeln, die Umwelt nicht übermäßig zu belasten. Ich denke, gerade in ländlichen Gebieten haben wir eine Möglichkeit, die Umstellung auf die erneuerbaren Energien zu schaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Schluss, die Zeit ist abgelaufen. – Projekte im Umfang von 6,5 Milliarden € sind im Moment in Planung, sagt der Verband kommunaler Unternehmen. Die Kommunen sind die einzige Alternative zu den Monopolisten, die weiter auf Atom und Kohle setzen. Deswegen halten wir die Rekommunalisierung der Energieversorgung für einen ganz wichtigen und richtigen Schritt für die Dezentralisierung der Energiegewinnung, aber auch die Dezentralisierung des Eigentums.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Dietzel für die Fraktion der CDU.

#### **Wilhelm Dietzel (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In vielen Kommunen gibt es im Augenblick Neuausschreibungen der Konzessionsverträge für Strom und Gas. In diesem Jahr wurden bereits 500 Verträge neu verhandelt. Wir gehen davon aus, dass in diesem und im nächsten Jahr weitere 2.000 Verträge hinzukommen, die ausgehandelt werden müssen, wohl wissend, dass die Mehrzahl der Verträge bis 2016 und 2017 ausgehandelt werden muss.

Es geht immerhin um eine Konzession von 2,8 Milliarden € in einem Jahr. Das war zumindest im Jahr 2008 so. Ich denke, dass es auch gerade vor dem Hintergrund der kommunalen Finanzversorgung sicher für viele ein Interesse daran gibt – ein Interesse der Kommunen, sicher aber auch ein Interesse der Abnehmer und Bürger.

Ursache dafür, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen, ist sicherlich die Kartellrechtsnovelle Anfang der Neunzigerjahre, bei der eine Laufzeitbeschränkung von 20 Jahren eingeführt wurde. Das heißt, es sind maximal 20 Jahre, es können auch kürzerfristige Verträge abgeschlossen werden. Deswegen laufen die Verträge im Augenblick aus.

Meine Damen und Herren, das macht deutlich, dass die Kommunen vor Herausforderungen stehen, aber auch vor Chancen, die sich in diesem Zusammenhang entsprechend nutzen lassen. Es ist eine einmalige Möglichkeit für die Kommunen, zu überprüfen, ob diese Verträge noch angemessen und richtig sind, und gegebenenfalls zu justieren. Denn inzwischen stellt sich die Frage, Synergien bei den kommunalen Aufgaben mit in diese Verhandlungen einbringen. Auf der anderen Seite gibt es politische Ziele wie Klimaschutz und erneuerbare Energien, die mit diskutiert werden müssen, weil sie in vielen Kommunalparlamenten ein Thema sind.

Meine Damen und Herren, der rechtliche Rahmen stammt von einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs

vom 16. November 1999, die die Netzbewertung ausführlich beschrieben hat, und zudem einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig vom 25. Januar 2006 zum Anschluss- und Benutzungszwang gerade für Wärmenetze. Dort wurde entschieden, Landesrecht, das es dem Satzungsgeber gestattet, einen Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Fernversorgung aus Gründen des Klimaschutzes anzuordnen, verstößt nicht gegen Bundesrecht und auch nicht gegen Europarecht.

Deswegen gibt es drei Möglichkeiten. Neben der Fortführung der Kooperation mit dem jetzigen Netzbetreiber besteht die Möglichkeit einer Vergabe an andere Netzbetreiber oder der Übernahme der Konzession in eigener Regie. In vielen Bereichen gibt es auch Zwischenlösungen.

Die Preisforderungen von Energieversorgern wird den einen oder anderen sich die Frage stellen lassen, ob man nicht mit anderen spricht. Das Thema erneuerbare Energien war in einer Nachbarstadt, Wolfhagen, eine wichtige Frage, sodass man dort zu neuen Entscheidungen gekommen ist. Aber wer diese Dinge diskutiert, muss auch die Entscheidung der Kommunen beachten, muss technische Fragen beachten, die Ausstattung mit qualifiziertem Personal. Vor allem aber müssen sich die Kommunen um ein überzeugendes Betriebskonzept kümmern. Ich denke, dass gerade das wichtig ist.

Nicht zuletzt ist es sicher legitim im kommunalpolitischen Bereich, auf Einnahmen für den Gemeindehaushalt zu hoffen. Eine Nachbargemeinde hat ein städtebauliches Problem mit diesem neuen Vertrag gelöst. Ein Bahnhof, der vor dem Zusammenfall stand, wird demnächst ein Beratungszentrum sein. Gestern sagte mir ein Bürgermeister, dass er die Straßenbeleuchtung mit einhandeln will. Ich meine vor allem auch, dass wir die soziale Komponente nicht außer Acht lassen sollen,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

da die Preise für den Kunden immer bedeutungsvoller werden. Ein Versorgerwechsel bei Strom und Gas zeigt, dass man den Wettbewerb nutzen kann. Es stellt sich aber die Frage, ob der Verbraucher mitgeht. Er wird es möglicherweise nicht in jedem Fall tun, aber er hat zumindest die Chance dazu.

Insofern kann man den kommunalen Einfluss in die Entscheidungsfindung bei diesen Verträgen einbauen. Das stärkt die kommunale Selbstverwaltung in jedem Fall.

Meine Damen und Herren, Rekommunalisierung ist nicht automatisch ein Selbstläufer.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja!)

Deswegen meine ich, dass man bei einer eigenen Strom- und Erdgasversorgung zum einen den Stand der Technik berücksichtigen soll. Auf der anderen Seite stehen möglicherweise erhebliche Investitionen an. Die Frage der demografischen Entwicklung darf nicht aus den Augen gelassen werden. Die wirtschaftliche Struktur der Region, die Siedlungsdichte oder auch der Zustand von Betriebsstrukturen spielen durchaus eine Rolle. Das mag verdeutlichen, dass eine Rekommunalisierung nicht in allen Fällen zielführend ist. Deswegen können auch Zwischenlösungen angestrebt werden wie technische oder kaufmännische Betriebsführerschaft.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin schon auf das gestrige Gespräch mit den Bürgermeistern hingewiesen. Dabei ging es um die Frage, dass vor allem kleine Kom-

munen wahrscheinlich Probleme haben, dies entsprechend umzusetzen, während bei großen Kommunen die Chance besteht, Vorteile für Kommune und Bürger herauszuholen.

Man muss die Vor- und Nachteile sehen. Die Chance ist, dass wir eine bekannte Technologie haben. Es kann eine auskömmliche Rendite erwirtschaftet werden, und wir haben eine örtliche Nähe für Kundenservice und Flexibilität. Vor allem aber haben wir eine emotionale Verbundenheit der Bürger und der Kommunen.

Auf der anderen Seite gibt es Risiken, die beachtet werden müssen. Zum einen geht es um eine aufwendige Entflechtung. Es gibt möglicherweise eine mangelnde Effizienz wegen mangelnder Betriebsgröße. Es besteht auch die Frage, ob die technischen Prozesse beherrscht werden können, die Wettbewerbsfähigkeit hergestellt werden kann, dass man auch mit anderen konkurrieren kann. Außerdem ist der Handlungsspielraum durchaus eingeschränkt, da wir uns mit Großversorgern – eben wurde von den großen Vier gesprochen – unterhalten müssen. Das müssen auch die Kommunen.

Bei der Netzübernahme besteht auch das Problem, dass Anlaufverluste anstehen können, dass Finanzierung organisiert werden muss und dass vor allem auch das entsprechende Personal zur Verfügung gestellt werden muss.

Meine Damen und Herren, diese Dinge sind sicherlich keine Entscheidung des Landes, und das wollen wir auch nicht entscheiden. Es muss eine Entscheidung der Kommunen sein, die sich in Eigenverantwortung mit diesem Thema beschäftigen, diese Entscheidung dann aber auch herbeiführen müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Deswegen ist eine Höchstlaufzeit von 20 Jahren, die beschlossen worden ist, angemessen und richtig, um eine Erstarrung der Strukturen abzuwenden. Sicher sind wir auch stark aufgefordert, zu prüfen, ob die Versorgungsverträge den Erwartungen aller Seiten noch entsprechen. Vor allem hat jeder die Möglichkeit, Verträge unterhalb von 20 Jahren abzuschließen

(Janine Wissler (DIE LINKE): Genau!)

und die Gestaltungsmöglichkeiten dann nach Ablauf des Vertrags erneut auszuhandeln. Deswegen kommt den Kommunen diese besondere Verantwortung zu, gerade auch im Interesse der eigenen Kunden und Bevölkerung.

Leitlinie muss eine Grundversorgung sein, die sauber in der Herstellung ist, sicher in der Verfügbarkeit und sozial bei den Preisen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Gremmels für die SPD-Fraktion.

#### **Timon Gremmels (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, nach Wilhelm Dietzel zu sprechen, dem Abgeordnetenkollegen, der als hessischer Umweltminister auch noch Ahnung und Ideen hatte. Das unter-

scheidet ihn maßgeblich von seiner Nachfolgerin. Herr Dietzel, es hat mich gefreut, was Sie hier gesagt haben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

In zahlreichen Städten und Gemeinden laufen in den nächsten Jahren die Konzessionsverträge im Bereich der Verteilnetze für Gas und Strom aus. Allein bis Mitte 2009 erfolgten im „Bundesanzeiger“ rund 500 Konzessionsanzeigen für örtliche Strom- und Gasnetze. Für dieses und das nächste Jahr rechnet der Verband kommunaler Unternehmen damit, dass rund 2.000 weitere Bekanntmachungsanzeigen hinzukommen werden.

Wenn wir also heute über die Antwort der Landesregierung auf diese Große Anfrage diskutieren, so ist dies ein Thema, das vielen hessischen Städten und Gemeinden unter den Nägeln brennt. Wir wundern uns dann schon, dass bei einer so bedeutenden Frage für die kommunale Ebene die Antwort der Landesregierung so schmallippig ausfällt;

(Minister Stefan Grüttner: Wen schauen Sie jetzt dabei an?)

denn die Entscheidung über zukünftige Konzessionsinhaber für die örtlichen Netze ist für die Kommunen eine strategisch wichtige Entscheidung.

(Beifall bei der SPD)

Es geht nicht nur um die Bereitstellung von Netzinfrastruktur, sondern darum, den kommunalen Einfluss im Energiesektor zurückzugewinnen.

(Holger Bellino (CDU): Wer hat die Rede aufgeschrieben?)

Ich stelle für meine Fraktion gleich zu Beginn fest: Es gibt keinen Königsweg und auch kein Richtig oder Falsch bei der Frage, ob die Konzessionsverträge mit dem jetzigen Energiemonopolisten verlängert werden sollen oder eine Übernahme der Verteilnetze durch Stadt und Gemeinde der richtige Weg ist. Ich betone ausdrücklich: Dies muss im Einzelfall abgewogen werden.

Ich möchte Ihnen unsere grundlegenden Kriterien für diese notwendige Abwägung kurz vorstellen:

Erstens. Eine sichere Versorgung bis ins abgelegenste Dorf muss möglich sein.

Zweitens. Der notwendige Umbau des Netzes hin zu sogenannten Smart Grids – auf Deutsch: intelligenten Stromnetzen – ist notwendig, damit erneuerbare dezentrale Energien leichter und einfacher eingespeist werden können.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Last, but not least ist es wichtig, dass die Preise für die Verbraucher auch in Zukunft bezahlbar bleiben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich möchte nicht verhehlen, dass es bei uns breite Sympathien für eine Rekommunalisierung gibt. Aus Sicht der SPD-Fraktion sprechen sechs Gründe dafür:

Erstens. Kommunale Gesellschafter sind eher in der Lage, das Gemeinwohlinteresse gegenüber den Gewinnmaximierungsabsichten Privater zu verwirklichen. Nicht umsonst profitieren kommunalwirtschaftliche Unternehmen von besonders hohen Akzeptanzwerten in der Bevölkerung.

Zweitens. Für eine Kommunalisierung spricht die Stärkung der regionalen Wertschöpfung.

Drittens. Für eine Kommunalisierung spricht, dass kommunale Gesellschafter auf eine arbeitnehmerfreundliche Politik in den Unternehmen einwirken können, anstatt von Unternehmenszentralen in München oder Düsseldorf ferngesteuert zu werden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Viertens. Für eine Kommunalisierung spricht, dass wirtschaftlich erfolgreiche kommunale Betriebe besser in die Gemeinschaftsstrategie zur Umsetzung kommunalspezifischer Konzepte, wie z. B. lokalen Energie- und Klimaschutzprojekten, eingebunden werden können.

Fünftens. Für eine Kommunalisierung spricht nicht zuletzt auch die Kundennähe.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sechstens. Last, but not least spricht für eine Kommunalisierung, dass die erwirtschafteten Renditen in die Kommunalhaushalte zurückgeführt werden können und somit einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung anderer kommunaler Aufgaben leisten.

(Beifall bei der SPD)

Gerade vor dem Hintergrund der kommunalfeindlichen Politik dieser Landesregierung ist das ein wichtiges Argument für die Handlungsfähigkeit der Kommunen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Nur wenn kommunale Betriebe einen beherrschbaren Einfluss auf das Versorgungsnetz haben, also über eine mehrheitliche Beteiligung am Versorgungsnetz verfügen, kann vor Ort die Energieversorgung gesteuert werden. Das kommunale Stromnetz ist der Schlüssel zum raschen Ausbau der dezentralen und erneuerbaren Energien.

(Beifall bei der SPD)

Rekommunalisierung kann es aber nicht um jeden Preis geben. Vielmehr müssen Pro und Kontra sorgfältig abgewogen werden. Machbarkeitsstudien sind ein sinnvoller Weg, um die wesentlichen Fragen einer Kommunalisierung zu klären. In ihnen sollte geprüft werden, unter welchen konkreten Bedingungen das Netz übernommen werden kann und welche Ressourcen dafür notwendig sind. Neben technischen und wirtschaftlichen Kriterien spielen hierbei auch regionale Aspekte eine wichtige Rolle.

In meiner Heimat, im Landkreis Kassel, haben sich 11 Städte und Gemeinden zusammengeschlossen und genau dies so gemacht. Wir wollen, dass nicht jede Kommune auf sich allein gestellt ist. Interkommunale Zusammenarbeit ist auch hier der richtige Ansatz.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Ein regionales Versorgungswerk unter der Führung der Kommunen ist unser Ziel. Nur so können auch finanziell klamme Kommunen mitgenommen und das Risiko für die einzelne Kommune minimiert werden.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf einen ganz zentralen Aspekt Ihrer Antwort eingehen, der mich schon etwas irritiert hat. Sie stellen Ihr Licht ganz schön unter den Scheffel. Das ist doch sonst nicht Ihre Art, Herr

Posch. Sie sagen, die Landesregierung erhalte lediglich Kenntnis über einen Betreiberwechsel. Das ist – gelinde gesagt – untertrieben. Natürlich hat die Landesregierung mehr Einfluss auf die Frage, ob eine Rekommunalisierung stattfindet oder nicht.

Natürlich muss mit der Kommunalaufsicht gesprochen werden, ob sie diesen Weg unterstützt. Gerade vor dem Hintergrund angespannter Haushaltslagen der Kommunen und angesichts der Tatsache, dass ein Netzzrückkauf nicht aus der Portokasse gezahlt werden kann, ist das so. Doch zu dieser wichtigen Frage gibt es keine Aussage in Ihrer Antwort auf diese Große Anfrage.

Auch erwarten wir eine glasklare Antwort, ob eine Rekommunalisierung im Einklang mit § 121 der HGO steht,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

der besagt, dass Gemeinden sich nur dann wirtschaftlich betätigen dürfen, wenn der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt oder der Zweck nicht ebenso gut durch private Dritte erfüllt werden kann.

Für die SPD-Fraktion sage ich klar und deutlich: Die Stromversorgung ist elementarer Teil der Daseinsvorsorge.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Aus unserer Sicht gestattet die HGO die Rekommunalisierung. Leider hat die Landesregierung die Chance verpasst, dies auch im Rahmen der Großen Anfrage klipp und klar festzustellen. Aber vielleicht nutzen Sie gleich die Gelegenheit, Herr Posch, dieses Versäumnis noch zu heben.

(Zuruf des Ministers Michael Boddenberg)

Wenn ich die Diskussion in den Städten und Gemeinden in Hessen zur Frage der Kommunalisierung der Stromnetze verfolge, so stelle ich fest: Es bewegt sich viel. Allein, dass ernsthaft geprüft wird, die Netze wieder in die kommunale Hand zu überführen, macht die jetzigen Konzessionsinhaber deutlich verhandlungsbereiter. Sie legen den Kommunen Angebote vor, die überraschen.

Selbst dann, wenn sich eine Kommune, aus welchen Gründen auch immer, jetzt nicht dazu entschließen kann, die Netze zurückzukaufen, sollte sie aber keinesfalls wieder Verträge mit einer Laufzeit von 20 Jahren abschließen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Im Energiemarkt ist so viel Bewegung, dass langfristige Bindungen den Bewegungsspielraum der öffentlichen Hand unnötig einschränken. Die Landesregierung folgt in der Antwort allerdings eher den Argumenten der jetzigen Konzessionsinhaber und teilt deren Auffassung möglichst langer Vertragslaufzeiten.

Daher mein abschließender Appell: Herr Staatsminister Posch, machen Sie sich im Interesse der Kommunen etwas unabhängiger von E.ON und Co., und übernehmen Sie nicht deren Argumente. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Mick für die Fraktion der FDP.

(Minister Michael Boddenberg: Nicht so laut bitte!)

#### **Hans-Christian Mick (FDP):**

Ich werde es versuchen.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Wissler, zunächst möchte ich mir die Bemerkung erlauben, die ich auch schon bei der letzten Großen Anfrage an Frau Cárdenas gerichtet habe. Ich hätte es besser gefunden, wenn Sie einen Antrag gestellt hätten. Denn ich finde, dass wir bei diesen Großen Anfragen immer ein bisschen im luftleeren Raum diskutieren.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Ja, aber ein Antrag wäre schöner gewesen. Denn dann hätten wir uns auch mit Ihren Vorstellungen von Energiepolitik auseinandersetzen können.

(Zurufe von der SPD)

Das wäre ein bisschen konkreter gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Aber Sie haben in Ihrer Rede einiges gesagt. Ich möchte auch versuchen, auf die Punkte einzugehen.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben uns einen relativ bunten Strauß präsentiert. Das ging von der Energiepolitik weiter zur Frage der Privatisierung im Allgemeinen und der Kommunalisierung.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Herr Dietzel hat es verstanden!)

Ich möchte es auf die Frage der Energiepolitik beschränken. Herr Gremmels, zunächst einmal haben Sie recht damit, dass die Energieversorgung, die Versorgung mit Elektrizität und Gas, elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge ist. Es ist nur die Frage, wie diese Daseinsvorsorge gewährleistet wird. Muss es der Staat selbst machen? Das muss aus unserer Sicht nicht sein. Wichtig ist aus unserer Sicht nur, dass der Staat gewährleistet, dass diese Versorgung gegeben ist. Dadurch kann er sich auch Privater bedienen, wenn er diese Privaten überwacht.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Hessische Verfassung! – Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Da gibt es nicht unbedingt einen Königsweg.

Aber ich möchte ein paar Anmerkungen zu den Preisen machen. Wir alle wissen, das Energiewirtschaftsgesetz fordert in § 1 eine umweltverträgliche, sichere und preisgünstige Energieversorgung. Wir mussten in den letzten Jahren feststellen, dass da gewisse Ziele im Widerspruch stehen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist klar, dass eine umweltfreundliche Energieversorgung zunächst einmal unmittelbaren Einfluss auf die Preise hat. Wir haben erlebt, dass nach der Liberalisierung 1998 die Preise zunächst gefallen sind. Auch wenn diese Preise immer in der Kritik stehen, müssen wir doch feststellen, dass die Preise, bereinigt von den Umweltauflagen, also der Ökosteuer, den Emissionshandelsbelastungen und den Auflagen für die erneuerbaren Energien, heute noch immer niedriger sind als zum Zeitpunkt vor der Liberalisierung. Das muss man auch dazusagen, wenn die LINKEN immer sagen, dass durch die Privatisierung die Preise gestiegen sind. Das ist so nicht richtig. Das Problem ist, dass wir keinen funktionierenden Wettbewerb auf dem Energiemarkt haben.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist keine Frage, die sich mit der Kommunalisierung lösen ließe.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Das ist kein Punkt, der sich mit einer Rekommunalisierung lösen ließe, sondern das ist ein Punkt, der sich mit einer effizienten Regulierung lösen lässt. Ich darf darauf hinweisen, dass es im Bereich der Telekommunikation, wo die Regulierung super funktioniert, einige Zeit gedauert hat, bis die Preise gepurzelt sind. Mitte der Neunzigerjahre ist die Telekom privatisiert und Deregulierung eingeführt worden. Die Preise für DSL, ISDN usw. sind erst Anfang 2004 gepurzelt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Breitbandversorgung!)

Beim EnWG haben wir die Regulierung durch die Bundesnetzagentur, die Preiskontrolle, erst seit dem Jahr 2005. Vorher wurde auf Verbändevereinbarung gesetzt. Das war nicht so effektiv. Das muss man zugeben.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Regulierung ist erst vor fünf Jahren eingeführt worden. Da müssen wir schauen. Wir sind auf einem guten Weg.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Überall!)

– Richtig, die Preise sind gesunken, und die Verbraucher haben eine Wechsellmöglichkeit. Aber, wie Herr Dietzel schon gesagt hat: Die Verbraucher müssten diese Möglichkeit dann auch wahrnehmen.

(Beifall bei der FDP)

Wir können so viele Gesetze machen, wie wir wollen. Es ist heutzutage kein Problem: Im Internet kann man die Strompreise vergleichen und dann auch ganz unkompliziert den Stromversorger wechseln. Insofern muss die Bevölkerung auch dafür sensibilisiert werden, dass sie diese Möglichkeit hat. Bei der Telekommunikation, bei Handyverträgen usw. ist das schon der Fall. Bei der Stromversorgung ist das noch nicht der Fall. Insofern muss hier die Sensibilität der Bevölkerung geschaffen werden.

Ich möchte jedoch noch einen Punkt erwähnen, da gerade die SPD immer die Frage der Großkonzerne anspricht. Es ist momentan en vogue, hier auf die Großkonzerne zu bashen.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN: Oh!)

Ich erinnere mich daran, dass es in Zeiten der rot-grünen Regierung eine Ministererlaubnis gab, dass der Großkonzern E.ON Ruhrgas übernehmen konnte.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das stimmt!)

Das war eine der Entscheidungen, die überhaupt erst zu dieser starken Vermachtung auf dem Energiemarkt geführt haben.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Gegen das ausdrückliche Veto des Bundeskartellamts hat das der parteilose, aber von der SPD benannte Wirtschaftsminister Müller durchgesetzt. Nach seinem Ausscheiden als Wirtschaftsminister hat er sofort angefangen, bei Ruhrgas zu arbeiten, sein Staatssekretär übrigens auch. – So viel zum Thema Lobbyismus für Großkon-

zerne. Die Lobbypartei für Großkonzerne hat einen Namen: SPD.

(Beifall bei der FDP)

Insofern darf man nicht in scheinheiliger Art und Weise Zustände beklagen, die man vorher selbst mit herbeigeführt hat.

(Zurufe der Abg. Ernst-Ewald Roth und Timon Gremmels (SPD))

Es ist nicht so, dass da alles in Ordnung wäre. Es ist richtig, die Preiskontrolle wurde vorher zu lasch gehandhabt. Wir haben jetzt eine neue Behörde, die Bundesnetzagentur. Seit Anfang 2009 gibt es die Anreizregulierungsverordnung, die erstmals die Preise der Vorleistungsentgelte, der Netznutzungsentgelte auch durch ein marktconformes Verfahren sicherstellt, so wie das sehr erfolgreich bei der Telekommunikation seit mehreren Jahren durchgeführt wird. Man muss sehen, wie sich das entwickelt.

Ich denke, ein weiterer Schwerpunkt der Regulierungspolitik wird eine konsistente Entgeltregulierung sein müssen, dass zwischen auf der einen Seite den Vorleistungsentgelten, also den Nutzungsentgelten, die durch die Bundesnetzagentur und durch die Landesregulierungsbehörden gewährleistet werden, und auf der anderen Seite der Kontrolle der Endkundenpreise, die durch das Bundeskartellamt gewährleistet wird, ein Gleichklang herrscht. Denn das Bundeskartellamt hat einigen Gasversorgern die Preise gekürzt. Das war auch richtig. Aber man muss das mit einem lachenden und einem weinenden Auge sehen. Denn dieses Kürzen der Endkundenpreise doktert nur an den Symptomen herum. Das heißt, es ist schön, wenn die Kunden weniger bezahlen müssen. Aber wichtig ist, dass der Wettbewerb auf dem Energiemarkt funktioniert. Dann werden sich die günstigen Preise für die Kunden von alleine einstellen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Funktioniert er denn?)

Es ist noch nicht alles gut. Da haben Sie vollkommen recht. Aber jetzt hier wieder mit der Rekommunalisierung zu kommen, das ist der absolut falsche Weg. Denn die kommunalen Energieversorger, die es teilweise schon vorher gegeben hat, waren in ihren Preisen viel höher. Sehen Sie sich beispielsweise die Mainova in Frankfurt an. Ich habe vor Kurzem meinen Stromanbieter gewechselt. Das ist sogar Ökostrom, und der ist weitaus billiger als der von der Mainova. Das ist ein privates Unternehmen. Dieses Unternehmen liefert billigeren Ökostrom als der kommunale Energieversorger in Frankfurt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Insofern ist der Gegensatz, der hier immer aufgemacht wird: „die guten Kommunalen und die bösen Privaten“, vollkommen fehl am Platze. Das hat mit der Sache überhaupt nichts tun. Sie machen es sich viel zu einfach. Wir brauchen ein Bündel aus Energieregulierungsmaßnahmen, aus neuen Maßnahmen im Kartellrecht.

Zum Beispiel muss die Frage der Marktgebiete bei der Gasversorgung angesprochen werden. Die Gasversorger schotten sich selbst innerhalb ihrer Marktgebiete ab. Das Kartellamt hat schon darauf hingewirkt, dass die Gebiete zusammengelegt worden sind. Aber wir werden langfristig dazu kommen, dass ganz Deutschland als ein einziger Gasversorgungsmarkt zu betrachten ist, damit die Kunden wirklich deutschlandweit zwischen den Versorgern

wählen können. Das ist der richtige Weg, und nicht eine Rekommunalisierung. Frau Wissler, Sie haben es gesagt: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. – Das galt vorher. Das gilt auch weiterhin. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zu einer Kurzintervention hat Frau Abg. Wissler das Wort.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Mick, Sie hatten angekündigt, nur über Energie reden zu wollen. Dann sind Sie bei der Telekom gelandet.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dazu möchte ich gerne noch zwei, drei Sätze sagen. Denn ich finde, gerade die Telekom ist nicht unbedingt das beste Beispiel für eine gelungene Privatisierung.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Nicht nur, dass da Zehntausende Arbeitsplätze abgebaut werden, will ich Sie auf ein ganz konkretes Problem hinweisen. Wir haben im Landtag schon über die Breitbandversorgung im ländlichen Raum geredet. Wir haben eine große Anhörung dazu durchgeführt, in der viele Experten gesagt haben: „Wir haben es hier mit einem Marktversagen zu tun.“ Gerade da zeigt sich doch das Problem, wenn man öffentliche Daseinsvorsorge, grundlegende Dienstleistungen, auf die die Menschen angewiesen sind, privatisiert. Damit macht man klar, dass es das Angebot nur noch dann gibt, wenn es sich für den Anbieter rechnet. Dadurch haben wir gerade bei der Breitbandversorgung ein Problem.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Ich will aber noch zwei Sätze zu den Preisen sagen. Erst einmal sage ich nicht – das wird Sie überraschen –, dass ein staatliches Unternehmen automatisch ein besseres Unternehmen ist. Vattenfall ist auch in staatlicher Hand und ist mir wenig sympathischer als RWE und E.ON. Aber wenn ein Unternehmen in kommunaler Hand ist, haben wir zumindest theoretisch die Möglichkeit, auch etwas an der Politik eines Unternehmens zu ändern,

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

eben auf die Preise und die Versorgungsqualität einzuwirken. Dann hat man die Möglichkeit, auch politischen Einfluss auf ein solches Unternehmen auszuüben.

Herr Mick, die Frage ist doch auch, wem die Gewinne zugutekommen. Gerade die Energieversorgung ist ein Bereich, mit dem sich Geld verdienen lässt. Deswegen glaube ich, es ist sinnvoll und gut – die Entscheidung liegt natürlich bei den Kommunen und nicht beim Landtag; da gebe ich Herrn Dietzel vollkommen recht –, dass sich die Kommunen überlegen, ob man einen solch wichtigen Bereich, mit dem man Geld verdienen kann, mit dem man andere Bereiche subventionieren kann, nicht besser in die kommunale Hand zurückführt, damit diese Profite, diese Gewinne nicht allein bei den privaten Unternehmen landen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Abg. Hammann, ich erteile Ihnen das Wort.

(Zurufe der Abg. Florian Rentsch (FDP), Timon Gremmels (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider waren die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage der LINKEN nicht sehr ergiebig. Wir wissen nun zwar, welche Grundversorger für Elektrizität und Gas in Hessen mit welchem Netzbetreiber in welchem Versorgungsgebiet mit welchen Konzessionsverträgen zusammenarbeiten. Aber wir wissen nicht, wann die Konzessionsverträge für die jeweiligen Kommunen auslaufen und welche Inhalte die Konzessionsverträge haben.

Das liegt einfach auch daran, dass der Behörde keine systematischen Übersichten über das Auslaufen, den Neuausschluss oder die Verlängerung der Konzessionsverträge mehr vorliegen. Nichtsdestotrotz bietet die Große Anfrage eine Chance, das Thema Konzessionsverträge zu erörtern, und das sollten wir auch tun.

Frau Kollegin Wissler, ich gebe Ihnen ausdrücklich recht: Gerade die kommunalen Versorger, die Stadtwerke, haben eine unglaubliche politische Möglichkeit, vor Ort dezentral eine andere Energiepolitik umzusetzen, und das ist etwas, was wir von grüner Seite natürlich absolut unterstützen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Diese Diskussion um die Konzessionsverträge ist auch deshalb so notwendig, weil zurzeit ganz viele Konzessionsverträge auslaufen. Das heißt, die Neuvergabe steht auf der Tagesordnung. Deshalb stehen natürlich auch die Kommunen vor ganz neuen Herausforderungen. Es bietet sich jetzt wirklich einmal die Chance, im Energiebereich auf kommunaler Ebene die richtigen Weichenstellungen hin zu einer umweltfreundlichen Energieerzeugung vorzunehmen.

Jetzt schauen wir uns die Große Anfrage noch einmal an. Aus der Antwort geht hervor, dass viele Konzessionsverträge – mindestens 230 von 501 – mit Netzbetreibern für Elektrizität mit den großen Energieversorgern RWE und E.ON abgeschlossen sind. Herr Mick, das sind natürlich marktbeherrschende Unternehmen. Wir können durch eine andere Politik von E.ON und RWE wegkommen, und das ist am Ende für die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger etwas Positives. Es besteht endlich die Chance, vor Ort die Weichen für eine nachhaltige Energieerzeugung und -versorgung zu stellen und von den Großen wie E.ON und RWE wegzukommen, die immer noch auf die großen klimaschädlichen Kohlekraftwerke und auf risikoreiche Atomkraftwerke setzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, nun haben die Kommunen drei Möglichkeiten. Sie können einen Abschluss des Konzessionsvertrags zu fairen Bedingungen mit den bisherigen Netzbetreibern vornehmen, sie können einen Abschluss mit einem neuen Netzbetreiber vornehmen, aber sie können auch eine Rekommunalisierung des örtlichen Stromnetzes durch einen Rückkauf des Stromnetzes, ent-

weder in eigener Verantwortung oder auch im Zusammenschluss mit Kommunen, vornehmen.

Wir müssen doch feststellen, dass gerade auch im Rhein-Main-Gebiet die Unzufriedenheit gegenüber den Energiemultis zugenommen hat. So hat auch die „Frankfurter Rundschau“ gerade im letzten Jahr über die Kritik der Kommunen an den Energiemultis – da wurden sie auch so benannt – berichtet: zu hohe Preise, geringe Flexibilität und schlechter Service. Nun haben die Kommunen die Chance, sich der Macht der großen Stromkonzerne zu entziehen, indem sie die Stromnetze eben wieder selbst betreiben. Denn wer das örtliche Stromnetz betreibt, hat auch großen Einfluss auf die Energiepolitik vor Ort.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Kommunen, die die Energieversorgung rekommunalisieren, sind am besten in der Lage, die Eigenstromversorgung und die erneuerbaren Energien auszubauen, die energieeffiziente Kraft-Wärme-Kopplung und eine klimafreundliche Nahwärmeversorgung auszubauen, sie können Ökostrom anbieten und die Beratung für Energieeinsparungen vorantreiben, d. h. verbraucherfreundlich handeln.

Die Bürgerinnen und Bürger können davon profitieren, da die nun von den Kommunen erhobenen Netzentgeltgebühren wieder in die kommunalen Haushalte fließen können. Dieser Umbau der Energieversorgung beinhaltet viele positive Effekte. Er dient dem Klimaschutz. Er stärkt die kleinen Energieversorger und schwächt die Marktdominanz der vier großen Energieversorger, die ich vorhin schon einmal benannt habe. Er stärkt eben die regionalen Wirtschaftskreisläufe, und er stärkt den regionalen Arbeitsmarkt. Aus diesem Grunde haben schon einige Kommunen vor einiger Zeit diesen Sprung gewagt. Sie haben den Rückkauf des Stromnetzes vorgenommen. Aus der Antwort auf die Große Anfrage geht eben auch hervor, dass beispielsweise die Stadt Vilbel im Wetteraukreis – –

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Bad Vilbel!)

– Bad Vilbel, das habe ich doch gesagt.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Sie haben nur Vilbel gesagt!)

– Nein, Bad Vilbel. Es bleibt immer noch beim Bad Vilbel.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Gut! Danke!)

– Bitte schön. – Bad Vilbel hat bereits vor zehn Jahren das Stromnetz im Stadtgebiet – mit Ausnahme des Ortsteils Gronau – vom Friedberger Versorger ovag gekauft und ist auch heute noch davon überzeugt. Ich denke, es ist ganz besonders wichtig, dass sich diese 22 Millionen Mark als gute Investition erwiesen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn dann noch die Kommunen künftig die Energieerzeugung selbst mitbestimmen, würden die Einnahmen für die Stromversorgung wieder direkt an die Kommunen zurückfließen.

Ich möchte jetzt noch einmal an die Anhörung zu unseren Energiegesetzen erinnern. Dort wurde von mehreren Anzuhörenden gefordert, dass durch eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung, die Aufnahme der Energieversorgung in § 121 Abs. 2, die Fesseln der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden bei der Energieversorgung gelöst werden müssten, um den Kommunen auch die

nötige Rechtssicherheit für eine eigenständige Energieversorgung zu verschaffen. Genau das sollten wir von Landesseite unterstützen – weg von den großen Stromversorgern und hin zu einer dezentralen Energieerzeugung in öffentlicher Verantwortung, denn das ist wirklich Daseinsvorsorge vor Ort, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Ist das auch wirtschaftlich?)

Herr Kollege Arnold, ich möchte noch einen weiteren Punkt erwähnen. Wo Kommunen diesen Weg des Netzurückkaufs nicht oder noch nicht gehen wollen, können die Kommunen dennoch ihre Chancen nutzen. Um einen fairen Vertrag abschließen zu können, ist es jedoch notwendig, diese Verhandlungsposition der Kommunen auch deutlich zu stärken. Wir haben daher von den GRÜNEN einen Musterkonzessionsvertrag entworfen, der den Kommunen eine Handreichung sein kann, um mit einem bestimmten Know-how in die Verhandlungen eintreten zu können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Unser Ziel ist es, eine neue klimafreundliche kommunale Energiepolitik möglich zu machen. Deshalb wollen wir mit diesem Mustervertrag eine Handreichung an die Kommunen geben. Ich möchte aber noch ein paar Aspekte nennen, die in diesem neuen Konzessionsvertrag dann unbedingt enthalten sein sollten. Das ist in unserem Mustervertrag auch erkennbar: Ein klares Bekenntnis beider Vertragspartner zum Ausbau der erneuerbaren Energien und zu dezentralen Erzeugungsstrukturen muss verankert werden. Insbesondere soll der Ausbau erneuerbarer Energien oder dezentraler Energieversorgungsstrukturen ebenso vertraglich vereinbart werden können wie die Entwicklung eines Konzeptes für die Elektromobilität. Der Energieversorger sollte sich vertraglich zu einer Unterstützung, zur Gründung von Bürgersolaranlagen und zur Nutzung kommunaler Dächer für die Solarstromerzeugung verpflichten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Ebenso sollte er sich verpflichten, die Kommunen bei der Erarbeitung von kommunalen Energiekonzepten zu unterstützen. Aber auch die Abschlagszahlungen der Gemeinden aus der zu entrichtenden Konzessionsabgabe müssen gegenüber der Gemeinde detailliert und nachvollziehbar dargestellt werden. Denn aufgrund dieser detaillierten Darstellung – das liegt im kommunalen Interesse – ist es auch möglich, Rückschlüsse auf die energieökonomische Strukturierung der Gemeinde zu ziehen. Auch mehr Flexibilität im Vertrag ist notwendig. 20 Jahre Vertragslaufzeit sind falsch, meine Damen und Herren. Kurze Vertragslaufzeiten – –

(Dr. Walter Arnold (CDU): Bis zu!)

– Man muss aber als Kommunen heute darauf achten, dass man dieses „bis zu“ nicht ausschöpft, sondern eben eine geringere Laufzeit im Vertrag festhält, um in diesem Bereich auch weiterhin flexibel zu bleiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Ja, klar!)

Sie können an den Ausführungen erkennen, dass wir uns energiepolitisch in einer wichtigen Entscheidungsphase

befinden. Lassen Sie uns alles tun, um den Weg für die Kommunen hin zu einer umweltfreundlichen dezentralen Energieerzeugung so hürdenlos wie möglich zu gestalten. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Wirtschaftsminister Posch.

#### **Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es steht mir nicht an, Empfehlungen zu geben, wie ein bestimmtes Thema behandelt wird. Das muss jede Fraktion für sich selbst entscheiden. Herr Kollege Gremmels, allerdings haben wir die Fragen zu beantworten, die in der Großen Anfrage stehen. Da steht z. B. nicht drin, wie wir § 121 HGO verändern wollen oder nicht.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Wenn man diese Diskussion führen will, wie man sie eben geführt hat, dann müssen wir eine Diskussion anhand eines Antrags über mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt führen. Das werden wir im Zusammenhang mit der Novellierung des GWB tun. Da wird die Frage eine Rolle spielen, wie ich es erreichen kann, mehr Wettbewerb zu gewährleisten. Dabei werden die Stadtwerke eine Rolle spielen. Da wird die Frage eine Rolle spielen: Kann ich Netze abtrennen und bis hin zur Entflechtung etwas unternehmen?

Meine Damen und Herren, das alles ist eigentlich nicht Gegenstand dieser Großen Anfrage, denn diese befasst sich mit dem Problem der auslaufenden Konzessionsverträge. Deswegen, verehrte Frau Kollegin Wissler, spielt alles, was Sie hier eben dazu gesagt haben, dass immer behauptet werde, die Privaten seien effizienter, und das sei nicht richtig, in diesem Zusammenhang bitte wirklich keine Rolle.

Dann muss man das Ansinnen, das man politisch verfolgt, hier anders artikulieren. Ich sage das nur deswegen, weil ich beim Zuhören fast den Eindruck hatte, das, was wir hier diskutiert haben, hatte mit der Großen Anfrage überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Sie haben doch gar nicht zugehört!)

– Ich kann nichts dafür, wenn Sie von den LINKEN von der Formulierung der Großen Anfrage bis zu ihrer Behandlung vergessen, was Sie gefragt haben. Dafür kann ich nichts.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP – Zurufe von der LINKEN)

Ich habe gar nichts gegen die Diskussion, die hier geführt wird, aber ich bin immer für Effizienz. Effizienz dokumentiert sich z. B. darin, dass wir die Fragen beantworten, die Sie gestellt haben.

Erlauben Sie mir noch ein paar Hinweise, damit wir wissen, worüber wir hier diskutieren. Die Vergabe der Konzessionen für Strom- und Gasverteilnetze ist eine Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge, an der die Landesre-

gierung aber nicht mitwirkt. Das Ministerium in seiner Funktion als Energie- und Regulierungsbehörde – das habe ich deutlich gemacht – ist an der Stelle nicht kartellrechtlich tätig, sondern wird in aller Regel erst dann informiert, wenn die Konzessionsverträge abgelaufen sind. Das führt auch dazu, dass wir letztlich nicht alle Fragen bis ins Kleinste beantworten können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Erst wenn der Netzbetreiberwechsel vollzogen ist, werden wir tätig. Wir sind allerdings sehr wohl dann tätig, wenn wir Hinweise geben können. Deswegen weisen wir darauf hin, dass die Städte und Gemeinden bei der Auswahl der geeigneten Netzbetreiber eine hohe Verantwortung tragen. Das ergibt sich aus § 1 des Energiewirtschaftsgesetzes. Dort heißt es, dass die Netzkunden eine sichere, preisgünstige, effiziente und umweltverträgliche Energieversorgung erwarten können. Das sind die Kriterien, die in § 1 des Energiewirtschaftsgesetzes genannt werden.

Lassen Sie mich etwas zu den einzelnen Kriterien sagen, um deutlich zu machen, welche Aufgabe wir erfüllen. Natürlich ist es schwierig, die Entwicklung der Netzentgelte des bisherigen Netzbetreibers und der neuen Wettbewerber um ein Konzessionsgebiet zu prognostizieren. Das hat in der Tat etwas mit der Frage zu tun, für welche Laufzeit man sich entscheidet. Das muss eine Kommune aber in eigener Verantwortung entscheiden. Wenn man eine lange Laufzeit wählt, weiß man, unter welchen Bedingungen für diese Laufzeit Energie geliefert wird.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man dieses Risiko nicht eingehen will, besteht die Möglichkeit, kürzere Fristen zu vereinbaren.

Meine Damen und Herren, es ist sicherlich keine Frage, dass es zur Sorgfaltspflicht der Kommunen gehört, bei der Konzessionsvergabe die eigenen wirtschaftlichen Belange zu wahren. Da geht es z. B. – um das aus kommunaler Sicht zu beantworten – um die Wiederherstellung der Straßenoberflächen nach dem Leitungsbau sowie um Informations- und Zusammenarbeitspflichten. Allerdings will ich auch sagen, weil bei der Frage der kommunalen Betriebe in der Diskussion ein gewisser Touch spürbar war: Das Energiewirtschaftsrecht setzt den Gemeinden in der Konzessionsabgabenverordnung bei der Durchsetzung fiskalischer Interessen Grenzen. Für die Konzessionsabgaben sind Höchstgrenzen festgelegt, und auch die Nebenleistungen sind durch die Verordnung auf Ausnahmen begrenzt. Was bedeutet das? Damit soll verhindert werden, dass das Wegerechtsmonopol zulasten der Energiekunden zur gemeindlichen Einnahmierzweckung unzulässig ausgenutzt wird. Es kann also nicht genutzt werden, um über Gebühr zulasten der Energiekunden gemeindliche Einnahmen zu kassieren. Auch das haben die Gemeinden nach dem Gesetz bei der Frage zu berücksichtigen, ob sie die Verträge verlängern oder neue Vertragspartner suchen.

Lassen Sie mich zum Wechsel des Netzbetreibers noch etwas sagen. Ein Wechsel ist aus energie- und wettbewerbspolitischer Sicht deshalb noch kein Wert an sich. Darum dreht sich ja die Diskussion, die in vielen Kommunen im Moment stattfindet. Es muss in jedem Einzelfall geprüft werden, ob auch die neuen Netzbetreiber in ihrer Funktion Monopolisten sind, die einer Regulierung unterliegen. Wenn man sich auf eine Fortsetzung der Partnerschaft verständigt hat, spricht nichts dagegen, wenn man in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht hat. Deswegen schalten wir uns in diesen Zusammenhang bei der

Frage, ob das über eigene Stadtwerke gemacht werden soll, nicht ein. Wir raten aber von der Neugründung kleinster Stadtwerke ab, denn eine kostentreibende Zersplitterung der Netzbetreiberstruktur am Standort Hessen wäre wahrscheinlich nicht sinnvoll. Ich wiederhole: Kleinste Stadtwerke machen keinen Sinn.

Lassen Sie mich zusammenfassend noch einmal sagen: Es liegt in der Verantwortung der Kommunen, unter Berücksichtigung der Zielvorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes darüber zu entscheiden, ob die bestehenden Verträge verlängert werden oder ob man sich einen neuen Anbieter sucht. Es ist aber nicht der Sinn von Konzessionsverträgen, zusätzliche Einnahmen zu erzielen, sondern es soll eine kostengünstige Energieversorgung der Endverbraucher sichergestellt werden. Das ist die Aufgabe, die wir dabei wahrnehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache über die Große Anfrage vollzogen.

Wir sind bei den Punkten, zu denen eine Aussprache erfolgen sollte, am Ende der Tagesordnung. Wir bereinigen jetzt die Tagesordnung. Damit wir auch in der nächsten Sitzung etwas zu tun haben, teile ich Ihnen mit, was die Geschäftsführer für uns an Vorschlägen vereinbart haben.

Zur abschließenden Beratung sollen die Punkte **14, 26 und 27** an den Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen werden. – Kein Widerspruch, dann ist so beschlossen.

Zur abschließenden Beratung sollen die Punkte **19 und 24** an den Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit überwiesen werden. – Kein Widerspruch, dann ist so beschlossen.

Punkt **39** soll zur abschließenden Beratung an den Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen werden. – Kein Widerspruch, so beschlossen.

Zur abschließenden Beratung soll **Punkt 45** an den Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit überwiesen werden. – Dem widerspricht niemand, auch das ist so beschlossen.

Auf die Tagesordnung des nächsten Plenums sollen folgende Punkte gesetzt werden: **15, 16, 17, 18, 20, 21, 22, 23, 25, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 37, 40, 43, 46, 47 und 49.**

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 51:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der**

#### **FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Anhörung zu Gewalt und Extremismus in Hessen – Drucks. 18/2347 zu Drucks. 18/2343 –**

Berichtersteller wäre Herr Abg. Schaus. – Wir verzichten auf die Berichterstattung und danken Ihnen, dass Sie dazu bereit gewesen wären.

Wir stimmen jetzt ab. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, die Beschlussempfehlung ist bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE mit Zustimmung der übrigen Fraktionen angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 62:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Fortsetzung der Arbeit des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ – Drucks. 18/2362 zu Drucks. 18/2342 –**

Wir verzichten auf den Bericht.

Wir stimmen ab. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE und mit Zustimmung der anderen Fraktionen ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 65:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP betreffend Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden – ein wichtiger Baustein für das wirtschaftliche Fundament der Region Nordhessen – Nutzungskonzept entwickeln – Partner integrieren – Drucks. 18/2368 zu Drucks. 18/2349 –**

Berichterstellerin ist Frau Kollegin Waschke. – Wir verzichten auf die Berichterstattung.

Wir stimmen ab. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und mit Zustimmung der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP ist die Beschlussempfehlung somit mehrheitlich angenommen.

Im nächsten Plenum rufen wir die **Tagesordnungspunkte 75 und 76** auf.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg. Auf Wiedersehen.

(Schluss: 18:22 Uhr)